

**Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik**

Dokumentation zur Europäischen  
Fachkonferenz vom  
30. Januar bis 1. Februar 2006

## **Impressum**

Herausgeber:  
Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin  
„Walter May“  
Nazarethkirchstraße 51  
13347 Berlin  
Telefon 0 30. 457 986-0  
Fax: 0 30. 457 986-50  
Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartnerin/Redaktion:  
Antje Klemm

## **Inhalt:**

- 4 Zum Berlin-Prozess – Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche**
- 6 Ergebnisse der Diskussion in den Panels**
- 16 Interviews**
- 21 Reden**
- 32 Dokumentation der Statements auf dem Abschlusspodium**
- 45 Beiträge der Referenten/innen aus den Panels (Originalbeiträge)**
- 83 Programm**
- 86 Liste der Teilnehmer/innen**

## Zum Berlin-Prozess – Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat in Kooperation mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, dem Direktorat für Jugend und Sport des Europarates und dem Französischen Ministerium für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände vom 30. Januar bis 1. Februar 2006 in Straßburg erfolgreich eine Europäische Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ durchgeführt. Damit wurde der im Jahr 2004 begonnene „Berlin-Prozess / Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ fortgesetzt.

Wie die Bundesministerin Ursula von der Leyen in ihrem Interview zur Konferenz deutlich machte, ist das Ziel dieser Initiative, verschiedene Praxiserfahrungen und Lösungsansätze aus europäischen Kommunen zusammenzubringen und einen europaweiten Prozess Regionen übergreifenden Lernens anzustoßen. Über 280 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 32 europäischen Staaten und 123 Kommunen nahmen an der Straßburger Konferenz teil und diskutierten drei Tage lang in fünf Arbeitsgruppen über kommunale Strategien zur Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten.

Eröffnet wurde die Konferenz durch die stellvertretende Generalsekretärin des Europarates, Maud de Boer-Buquicchio, die Bürgermeisterin der Stadt Straßburg, Fabienne Keller, Dr. Peter Fricke, Abteilungsleiter des BMFSFJ sowie Valéry Genniges, Vertreter des Kabinetts des französischen Ministers für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände und Jordi Curell Gotor, Referatsleiter für Jugendpolitik der Direktion Jugend, Sport und Beziehungen mit den Bürgern der Europäischen Kommission.

In ihren Eingangsstatements verwiesen die Redner/innen auf die gemeinsame europäische Aufgabe: die Herausforderung, allen jungen Menschen bessere Möglichkeiten für ihre Entwicklung zu bieten und durch Integration den sozialen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit der europäischen Gesellschaften zu sichern. Der Europarat sieht dabei große Chancen in einem transkommunalen Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene. Die stellvertretende Generalsekretärin beschrieb es folgendermaßen: „...this conference is an opportunity (...), creating a peer-to-peer-network of cities exchanging software for social

inclusion.“

Dr. Peter Fricke machte für das BMFSFJ in seiner Eröffnungsrede deutlich, dass Deutschland die Präsidentschaft in der EU im Jahr 2007 nutzen wird, um gemeinsam mit den Partnern die Ergebnisse des Berlin-Prozesses weiterzuführen.

Wegen der Bedeutung der Konferenz auf europäischer Ebene wurde während der Veranstaltung der europäische Jugendpreis „Young Active Citizens“ 2005 des Europarates verliehen. Ausgezeichnet wurden fünf Projekte, die die Zusammenarbeit zwischen Kommunal- und Regionalbehörden und Jugendlichen fördern.

In seinen Schlussfolgerungen zur Konferenz verwies Yavuz Mildon, Vize-Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates auf die Ergebnisse der fünf Arbeitsgruppen, in denen über 30 Städte ihre Praxis zur Diskussion stellten.

Die Beiträge aus den Arbeitsgruppen haben in besonderem Maße verdeutlicht, dass die europäischen Kommunen zu ihrer Verantwortung und Aufgabe stehen, Integration zu gestalten und zu moderieren und zusammen mit den Fachkräften, Nichtregierungsorganisationen und den Bewohnerinnen und Bewohnern die Zivilgesellschaft weiterzuentwickeln. Ein möglichst präventiver Ansatz der Integration muss alle benachteiligten Kinder und Jugendlichen erreichen. Dazu gehört die gezielte Sprachförderung, ein qualifizierter Schulabschluss, eine Perspektive auf die berufliche Integration und die Möglichkeit für die jungen Menschen, ihre Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Zentral ist eine Beschäftigungsperspektive für alle Jugendlichen.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft Europas. Wie die Beispiele aus europäischen Kommunen verdeutlicht haben, gehören in vielen sozial benachteiligten Stadtteilen integrierte Ansätze und Strategien zum Fachstandard, um Kindern, Jugendlichen und ihren Familien bessere Zukunftschancen zu ermöglichen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz waren sich einig, dass der Berlin-Prozess die einzigartige Chance bietet, einen kommunalen Praxisaustausch auf europäischer Ebene zu führen, der seit dem Jahr 2004 zu einer neuen Qualität lokalen Handelns beiträgt. Zugleich wird Europa dadurch in den Stadtteilen sichtbar.

Alle Beteiligten wünschten deshalb die Fortsetzung des transkommunalen Erfahrungsaustausches. Yavuz Mildon verband mit seiner Abschlussrede noch einmal ausdrücklich den Wunsch und Aufruf des Kongresses der Gemeinden und Regionen, den Berlin-Prozess unter alternierender Federführung europäischer Kommunen fortzuschreiben.

Um den Prozess lebendig zu halten, hat die Regiestelle E&C ein dreisprachiges Internetportal eingerichtet. Unter [www.berlinprocess.eu/de/](http://www.berlinprocess.eu/de/) sind alle Beiträge, Reden, Praxisbeispiele etc. dokumentiert. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, miteinander in Kontakt zu treten und sich über kommunale Praxis auszutauschen.

# Ergebnisse der Diskussionen in den Panels

## Panel I: Junge Menschen erobern Räume – Partizipation und Beteiligung vor Ort

### Praxisbeispiele:

- Giuseppe Porcaro, Advisory Council on Youth, Europarat
- Chantal Risser, Stadt Mulhouse, Frankreich
- Joachim Barloschky, Stadt Bremen, Deutschland
- Mary Hanlon, John Hanley, Stadt Dublin, Irland
- Elfa Spitzenberger, Gertraud Sobotka, Stadt Linz, Österreich

### Kommentare:

- Maren Sierks, Stadt Berlin, Deutschland
- Anikó Molitorisz, Stadt Budapest, Ungarn

### Moderator:

Alexander Bartling, Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates

### Berichterstattung:

Antje Klemm, Regiestelle E&C

In der Präambel der *European Charta on the Participation of Young People on Local and Regional Life* sind fünf Schlüsselemente für die Partizipation junger Menschen festgehalten: das Recht, die Mittel, der Raum, die Gelegenheiten und wo notwendig, die Unterstützung. Diese Begriffe bilden auch den Rahmen für die Ergebnisse, die in diesem Panel zusammengekommen sind.

Grundsätzlich gilt: Es gibt keinen Königsweg, der für alle gleich ist. Aber wichtig ist, überhaupt loszugehen und neue Wege zu beschreiten. Das haben unsere Beispiele demonstriert. Darüber hinaus wurde auch deutlich, dass eine Vielfalt an Bedingungen vor Ort auch eine Vielfalt an Instrumenten erfordert. Um dem Anspruch gerecht zu werden, insbesondere auch benachteiligte junge Menschen aktiv einzubinden – und zwar zu ihren Bedingungen –, ist zunächst einmal nicht mehr und nicht weniger notwendig als ein Paradigmenwechsel: Partizipation und Beteiligung konsequent zu leben und zwar nicht als Mittel zum Zweck, sondern als einen Wert an sich.

Was sind wesentliche Standards, Methoden oder Erfahrungen bei der Beteiligung junger Menschen, die in Panel I formuliert wurden?

Partizipation muss an der konkreten Lebenswelt der jungen Menschen ansetzen. Ihre Interessen und Bedürfnisse und vor allen Dingen ihr Potential und ihre Ressourcen sind als

Ausgangspunkt zu nehmen, um Angebote zu entwickeln – Angebote, die die Kinder und Jugendlichen wirklich ernst nehmen. Wir haben viele gute Beispiele kennen gelernt, in denen Kinder und Jugendliche z. B. aktiv eingebunden waren in die Gestaltung ihres Wohnviertels und sich so auch für alle sichtbar ihre Räume erobern. Gerade mit Blick auf Benachteiligte ist die langfristige Begleitung wichtig, denn die Fähigkeit zur aktiven Beteiligung kann sich nur über einen Prozess des Lernens ausbilden und insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche müssen kontinuierlich dabei unterstützt werden.

Das bedeutet, dass die Arbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen und die dafür notwendigen Strukturen und Ressourcen verlässlich sein müssen. Um auch das notwendige Vertrauen zu schaffen, ist es außerdem von enormer Bedeutung, die Aushandlungsprozesse, die Beteiligungsprojekte oft auszeichnen, transparent zu gestalten und deutlich zu machen, warum die eine oder andere Idee möglicherweise doch nicht oder nicht sofort realisiert werden kann. Ein Schwerpunkt der Diskussion in diesem Zusammenhang war die Frage danach, wie man die Kinder und Jugendlichen „bei der Stange halten kann“, wenn sich jene Aushandlungsprozesse als zäh und langwierig erweisen. Eine alle Beteiligten zufrieden stellende Antwort war hier nicht in Sicht.

Darüber hinaus wurde diskutiert, ob Modelle repräsentativer Demokratie wie Kinder- und Jugendräte der richtige Weg sind, um benachteiligte junge Menschen einzubinden. Dass es Modelle gibt, wie z. B. in Mulhouse, die diesem Anspruch versuchen gerecht zu werden, zeigt, dass dies machbar ist. Dennoch wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern betont, dass auch spontane Aktionen und Interessensbekundungen von Kindern und Jugendlichen ernst genommen werden müssen und dass sich mit ihnen auseinander zu setzen ist. Dass daneben aber auch weiterhin Bemühungen zur Einbindung in die formalen Systeme statt finden müssen, zeigen Ansätze wie das Co-Management-System, dem sich der Europarat schon länger verpflichtet hat.

Ganz wichtig scheint es, das oft negative Image der Kinder und Jugendlichen, die in benachteiligten Stadtteilen leben, zu verbessern (und nicht nur den Stadtteil zu verschönern oder in Stand zu setzen). Das bedeutet, dass sie Anerkennung und Wertschätzung in der Gemeinschaft erfahren müssen. Denn die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und das Selbstvertrauen der Kinder und Jugendlichen in die eigenen Fähigkeiten sind die Voraussetzung für eine aktive Bürgerschaft. Dies so früh wie möglich zu fördern – und auch in den formalen

Bildungssystemen – wurde als eine große Herausforderung formuliert. So kann die Schule, auch das haben Beispiele deutlich gemacht, einen wertvollen Beitrag leisten, um Zugang zu möglichst allen Kindern und Jugendlichen zu bekommen.

Um den Zugang ging es auch bei der Diskussion um die möglichst frühe Förderung und Begleitung von jungen Menschen. Dabei wurde die Rolle von Kindertagesstätten betont, über die auch die Eltern erreicht werden können. Denn auch die Einbindung der Familien wurde als eine grundlegende Erfolgsbedingung genannt, um gerade auch benachteiligte Kinder und Jugendliche in die Lage zu versetzen, sich aktiv einzumischen, wenn es um ihre Belange geht.

Ein wesentlicher Handlungsbedarf, der von mehreren Seiten formuliert wurde, liegt in der Ausstattung der professionellen Fachkräfte wie Sozialarbeiter/innen oder Quartiersmanagements mit den notwendigen Kompetenzen und Instrumenten, die sie befähigen, in ihrer Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen Standards wie Ressourcenorientierung und Empowerment umzusetzen. Angesichts der heutigen Realitäten in vielen europäischen Städten ist hier vor allem auch eine interkulturelle Ausrichtung der Arbeit unabdingbar.

Ganz wichtig für die gelingende Einbindung der Kinder und Jugendlichen in die Gestaltung ihrer Lebenswelten sind – das haben alle Praxisbeispiele gezeigt – verlässliche und belastbare Kooperationen und Partnerschaften auf lokaler Ebene, die die wichtigsten Akteure einbinden: die Bewohnerinnen und Bewohner, die Verwaltung, Politik, soziale Einrichtungen, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Gruppen, lokale Unternehmen und Wohnungsgesellschaften. Die Darstellung aus Bremen hat verdeutlicht, dass dies auch funktionieren kann, wenn es konsequent umgesetzt wird und wenn Stadtteilgruppen z. B. auch mit eigenen Budgets ausgestattet sind und dadurch eigenverantwortlich über Erneuerungsprojekte im Stadtteil entscheiden können. Dies sind selbstverständlich auch Prozesse, die ausgehalten und moderiert werden müssen. Eine weitere Forderung war – und hier ist der Bezug zu Panel V hergestellt – die Aktivitäten von Forschung in den Bereichen Partizipation, Empowerment, Demokratieerziehung zu verstärken und die Vernetzung mit den Akteuren aus der Praxis vor Ort voranzubringen. Dies soll den Weg dafür ebnen, dass neue Strategien ausprobiert und entsprechend begleitet werden.

Ganz wichtig sind, das wurde mehrmals betont, ein langer Atem für langwierige Veränderungsprozesse und das nötige Kleingeld. Und vor allem, und das ist die Voraussetzung für

die finanzielle Absicherung, die notwendige Unterstützung durch die kommunalpolitisch Verantwortlichen. Schließlich erbringen die belasteten Quartiere ungleich größere Integrationsleistungen als andere Stadtteile. Dabei sollten auch die Leistungen, die Nichtregierungsorganisationen in den Kommunen leisten, viel stärker als bisher anerkannt werden.

Was die Mittel für Modelle guter Praxis betrifft, so haben die Beispiele gezeigt, wie ein Mehrwert entstehen kann durch die Kombination unterschiedlicher Ressourcen wie europäische, nationale, kommunale, private Mittel und bürgerschaftliches Engagement. Die Sammlung an guten Erfahrungen in europäischen Kommunen ist, so die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, unbedingt fortsetzen. Dabei sollten jedoch auch die Bedürfnisse junger Menschen in ländlichen Regionen nicht vergessen werden.

## **Panel II: Good Governance und integrierte Ansätze – Standards für die Zusammenarbeit von Verwaltung, NGOs und Zivilgesellschaft**

### *Praxisbeispiele:*

- Dr. Konrad Hummel, Stadt Augsburg, Deutschland
- Britta Ström, Stadt Malmö, Schweden
- Dr. Maria Joaquina Marques Serrão, Leiria, Portugal
- Janice Hoiles, Nigel Jenner, Sue Feighery, Kalishia Le Coutre, Brighton, Großbritannien

### *Kommentare:*

- Ursula Schenk, Stadt Mannheim, Deutschland
- Hermann Dorenburg, Stadt Offenbach, Deutschland
- Dr. Siegfried Haller, Stadt Leipzig, Deutschland
- Nika Tavnikova, Stadt St. Petersburg, Russland

### *Moderation:*

Hartmut Brocke, Stiftung SPI, Berlin

### *Berichterstattung:*

Rainer Schwarz, Regiestelle E&C

Die Stadt Augsburg aus Deutschland präsentierte ihr Vorhaben, die sozialräumliche Steuerung aus den Erfahrungen des benachteiligten Stadtteils heraus zum Steuerungsprinzip der kommunalen Administration zu entwickeln. Am Beispiel Malmö in Schweden wurde die Umsetzung der schwedischen *Metropolitan Policy* vorgestellt und hierbei geschildert, vor

welchen Herausforderungen die kommunalen Institutionen im Spannungsfeld zwischen Prosperität und zunehmender Exklusion Jugendlicher stehen.

Aus Leiria in Portugal wurde berichtet, wie Stadtentwicklungsprozesse („*Living Better*“) zur Gestaltung spezifischer Programme in der Stadt führten und diese sich wiederum auf die Entwicklung auswirkten. Brighton in Großbritannien stellte sich mit dem Projekt „*eb4U – east brighton’s communities working together*“ vor. Vier Akteure des Programms stellten ihre jeweilige Perspektive und Rolle im gemeinsamen Vorgehen dar. Das ermöglichte uns, insbesondere durch die Teilnahme einer jugendlichen Beraterin besonders authentische Einblicke.

Die Diskussion im Panel II reichte von der Kohärenz kommunaler Politik über Diskriminierung, die durch Wohlstandsdiskrepanz entsteht, tradierte Geschlechterrollen und Migrationshintergrund, über Partizipation, die bedeutet, mehr mit als *über* jugendliche Bewohner/innen zu sprechen, bis hin zum Ethos sozialräumlicher Programmatik, bestehend in Respekt gegenüber den Bewohner/innen, den gesellschaftlichen Gruppen und Ethnien, dem aufmerksamen Hinhören und Hinschauen und der Authentizität der Programme und Akteure. Strittig geblieben sind dabei u.a. die Weite und Tiefe des Paradigmas Sozialraum und die Notwendigkeit unmittelbaren Einholens der Perspektive von Kindern und Jugendlichen.

Folgende Thesen und Aussagen – so das gemeinsam erzielte Ergebnis des Panels – sind von besonderer Bedeutung für die Gestaltung von *Good Governance* und integrierten Ansätzen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf:

Das Agieren in integrierten Handlungskonzepten ist in europäischen Städten wichtigster Bestandteil zur partizipativen Entwicklung von Stadtteilen und Quartieren, in denen sich soziale und strukturelle Probleme konzentrieren. Die hier gewonnenen Erfahrungen kommunaler Politik und kommunaler Steuerung können Grundlage für eine moderne Entwicklung der Städte insgesamt sein. Eine solche gesamtstädtische Neuorientierung ist auch die Grundlage für eine gerechtere, wenn auch ungleiche Verteilung von kommunalem Engagement, also die Grundlage für einen gerechtigkeitsorientierten „Stadtteillastenausgleich“. In diesem Sinne gilt auch hier: „*all different – all equal*“.

Die Entwicklung von *Good Governance* im Stadtteil verläuft im Spannungsfeld zwischen sektoral ausgerichteten nationalen und europäischen Politiken und holistischer, integrierter Stadtentwicklung. Zugleich haben sich die Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

verändert: Die großen gesellschaftlichen Institutionen gewährleisten soziales Lernen nicht mehr, den Kommunen steht weniger Geld zur Verfügung und sie sind gekennzeichnet durch eine rasant zunehmende Vielfalt von Menschen und Kulturen in den Städten. Geblieben ist die Aufgabe, soziale Integration zu ermöglichen und Kohärenz herzustellen.

Der Ausgestaltung und Stärkung der Bürgergesellschaft kommt in den benachteiligten Stadtteilen besondere Bedeutung zu. Im Dreiecksverhältnis von Politik, Zivilgesellschaft und Staat (Verwaltung) gilt es, das bürgerschaftliche Engagement aller Seiten zu stärken, um so Langfristigkeit, Transparenz und Legitimität für eine soziale Entwicklung in den Städten zu sichern. Nachhaltigkeit entsteht, wenn Experimentierraum und -zeit zur Verfügung steht, um wirkungsorientiert (evidenzbasiert) Projekte zu entwickeln und langfristig kommunal zu verankern oder zu beenden.

Integratives Vorgehen ist mehr als ein additiver Prozess der stadtteilbezogenen Ausrichtung sektoralen Planens und Handelns. Hierzu gehören Strategien des Festlegens gemeinsamer Entwicklungsziele für den Stadtteil und des Gewinnens der hierfür vorhandenen Ressourcen. Es geht um ein grundsätzliches Prozessverständnis von Veränderung: Maß für den Erfolg ist nicht das elitär visionierte Ergebnis, sondern die tragfähige, andauernde und auf permanentes Justieren ausgerichtete Prozessgestaltung. Neues kommunales Management in benachteiligten Stadtteilen kann nicht nur ein permanentes 'mehr desselben' bedeuten, sondern muss gerichtet sein auf ganzheitliche Lösungen, das Gestalten von Netzwerken und Steuern durch Aushandeln.

Problemlösungsstrategien sozialräumlich definieren – dies bedeutet nicht nur, sich auf ein Territorium zu beziehen, sondern auch auf die sozialen Beziehungen und Strukturen darin. „Sonderzuweisungen“ der kommunalen, regionalen, staatlichen oder europäischen Ebene sollten diese Prozesse initiieren und temporär gestalten, so dass Raum zum Experimentieren und Einführen des neuen Vorgehens entsteht. Gestaltet werden müssen hierbei sowohl *Top down* als auch *Bottom up* Prozesse: *Top down* gilt es, strategisch Zielvorgaben zu formulieren, Erfolgskontrolle (Controlling) zu ermöglichen und Strukturen bereitzustellen, die Handlungsfreiräume schaffen. Verantwortung, Entscheidungen, Personen, Finanzen werden auf die Ebene der Stadtteile gebracht. *Bottom up* gilt es, die Prozesse in den Stadtteilorganisationen und kommunalen Institutionen im Handlungsleitbild Sozialraum partizipativ zu gestalten.

Diese Prozessgestaltung bedeutet, insbesondere den jugendlichen Bürger/innen, den



gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen im benachteiligten Stadtteil Wege zu ermöglichen, eigene Problemlösungen zu finden und umfasst das Herstellen von Dialogfähigkeit im Sinne des Miteinander-Sprechens und respektvollen Zuhörens. Stadtteilorientierte Steuerung bedeutet, „machtvolle“ Entscheidungen in den Stadtteil und in bürgerorientierte Entscheidungsformen zu geben.

Die nachhaltige Entwicklung von Bildungs-, Berufs-, Gesundheits-, und Integrationschancen bedarf einer deutlichen Verschiebung der Investitionen von intervenierenden Systemen hin zu präventivem Agieren. Zugleich gilt es, die Prävention – die Gestaltung von Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen – auf die Basis breiter gesellschaftlicher Bündnisse zu stellen. *Good Governance* braucht die präzise Benennung von Handlungsbedarfen: Kinder, Jugendliche und Familien sollten Priorität haben für die Entwicklung des Stadtteils, somit im Verständnis einer Investition einer ökonomischen Zukunftsgröße ins Zentrum kommunaler Politik rücken. Jugendpolitik in diesem Sinne ist Querschnittspolitik und sollte sich in allen Feldern kommunalen Handelns wieder finden – Jugend als „Mainstream“ sozialer Stadt(teil)entwicklung. Kommunale Steuerung, die dem Sozialraumparadigma folgt, bedarf neuer Formen der Finanzierung, wie Stiftungen und Fonds mit Delegation der Entscheidung hierüber an die (jugendlichen) Bewohner/innen, aber auch ressortübergreifende Quellen und den Einsatz kommunaler Mittel (sozialraumorientierter kommunaler Haushalt).

Was bedeutet dies für europäische Programme in der Zukunft? Diese Programme sollten:

- die Kommunen direkt erreichen, mehr Eigenverantwortung zulassen und auf die Ressourcen, die Energien der Bewohner/innen, zivilgesellschaftlichen Akteure und Institutionen im benachteiligten Stadtteil vertrauen und somit Authentizität und holistische Prozessgestaltung ermöglichen,
- den Sozialraum als Paradigma politischer Steuerung voraussetzen,
- Fehlschläge zulassen,
- auf der kommunalen Ebene mit Budgets arbeiten,
- eine Botschaft mit einem ganzheitlichen Blick auf die benachteiligten Stadtteile vermitteln.

Das Ergebnis der Diskussion im Panel fasste ein Teilnehmer in dem Satz zusammen: „Damit die Programme die Kommunen erreichen, müssen sie Prozesse der Beteiligung initiieren und moderieren, Problemlösungen ressortü-

bergreifend und partizipativ organisieren und eine Kultur der Authentizität und des interkulturellen Vorlebens fördern.“

### **Panel III: Interkulturelle Strategien und die Förderung von Toleranz im Gemeinwesen**

#### *Praxisbeispiele:*

- Paul Kmen, Iași, Rumänien
- Anne Wehkamp Solingen, Deutschland
- Panagiota Ligdopoulou, Stadt Athen, Griechenland
- Dr. Martina Schmied, Stadt Wien, Österreich
- Hibat Tabib, AFPAD, Stadt Pierrefitte-sur-Seine, Frankreich

#### *Kommentare:*

- Christian Meineke, Stadt Marburg, Deutschland
- Miriam Traversi, Stadt Bologna, Italien

#### *Moderation:*

Peter Lauritzen

#### *Berichterstattung:*

Dr. Heike Riesling-Schärfe, Regiestelle E&C

Integration von Zugewanderten, Menschen mit Migrationshintergrund bzw. ethnisch-kulturellen Minderheiten ist eine wichtige kommunale Zukunftsaufgabe, die zentral ist für den sozialen Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften. Diese These der ersten Europäischen Fachkonferenz 2004 in Berlin wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Panels III ausdrücklich bestätigt. Die Beispiele und Beiträge des Panels haben verdeutlicht, dass der Diskussionsprozess dazu in den Kommunen geführt wird. Der mit der Europäischen Fachkonferenz 2006 weiter geführte „Berlin-Prozess“ ist ein wichtiger Ansatz, um die Diskussion auf kommunaler Ebene mit der nationalen und europäischen Ebene zu verknüpfen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Panels III haben unterstrichen, dass die europäischen Kommunen die Verantwortung, die sie bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund haben, annehmen müssen und dass die Kommunen diese Verantwortung auch aktiv ausfüllen müssen. Die europäischen Kommunen haben die Aufgabe, den Gestaltungsprozess zu moderieren und zusammen mit Nichtregierungsorganisationen, mit Migrantenselbstorganisationen und den Bewohnerinnen und Bewohnern die Zivilgesellschaft weiter zu entwickeln. Diese Aufgabe kann nicht an Dritte delegiert oder „verkauft“ werden.

Im Landkreis Iași geschieht dies durch eine

beispielhafte Einbindung internationaler Organisationen, mit denen Koalitionen gebildet werden, um die Chance der Integration für Sinti und Roma in Bildungsinstitutionen und auf dem Arbeitsmarkt unter problematischen makro-ökonomischen Bedingungen zu erhöhen. Der Beitrag aus Athen hat gezeigt, wie Nichtregierungsorganisationen ohne Unterstützung der Kommune und teilweise sogar mit erheblichem Widerstand die wichtige kommunale Aufgabe der Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen aus ethnischen Minderheiten übernehmen. Dies kann kein Beispiel sein, zeigt aber, dass soziale Initiativen und Projekte unter schwierigsten Bedingungen entstehen und Wichtiges leisten.

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz wachsen, wenn die Unsicherheit in einer Gesellschaft wächst. Ein vorbeugender Ansatz der Integration muss auf *alle* benachteiligten Kinder und Jugendlichen zielen: Dazu gehört ein gesicherter Aufenthaltstatus, Sprachförderung, ein qualifizierter Schulabschluss, eine Perspektive in Arbeit und die Möglichkeit von jungen Menschen, ihre Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Zentral ist eine Beschäftigungsperspektive für alle Jugendlichen. Eine realistische Chance auf einen Arbeitsplatz für junge Menschen wird über die Qualifikation, aber auch über das Vorhandensein von Netzwerken entschieden.

Die kommunale Integrationspolitik der Stadt Solingen baut hier in einem Schwerpunkt eine spezielle Angebotsstruktur für Migrantinnen und Migranten auf: Hier werden Spracherwerb und Beschäftigungsangebote kombiniert mit sozialräumlicher Zielgruppenarbeit, Coaching und Begleitung von Schülerinnen und Schülern, der Zertifizierung von Teilqualifikationen und einer strategischen Steuerung von Netzwerken im Bereich „Schule-Beruf-Weiterbildung“ unter Beteiligung von Migrantenorganisationen.

Auf der Berliner Konferenz 2004 stand an erster Stelle die Frage, wie die Ressourcen von Menschen mit Migrationshintergrund und Zuwanderern positiv aufgegriffen und ihre mitgebrachten Fähigkeiten genutzt werden können. Die gestrige Arbeitssitzung hat stärker die gesamtkommunale Ebene, die Ebene der Systeme und Institutionen betont. Eine große Rolle spielte auch das Thema der *Governance*: Angesprochen wurde dabei die Frage, wie und woraus sich die Gemeinschaft der Bewohner in einer Kommune bildet.

Dabei hat das Beispiel aus Pierrefitte-sur-Seine gezeigt, dass die Verantwortung für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und ethnischen Minderheiten auch bei jedem Bewohner, jeder Bewohnerin eines

Stadtteils liegt und sozusagen an die Bürgerinnen und Bürger „zurückgegeben“ werden muss. Begeistert hat das Beispiel Wien, wo die neu gegründete Magistratsabteilung für Integration und Diversitätsangelegenheiten eine Brücken- und Querschnittsfunktion für andere Ämter übernimmt. In verschiedenen Stadtteilen sind zusätzlich Regionalstellen eingerichtet worden, die im Bereich der Integration aktiv sind und es gibt Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund auf allen Hierarchieebenen der Verwaltung – so sind 14 Herkunftsländer und 23 Sprachen vertreten.

Dies ist ein Vorbild dafür, wie kulturelle Vielfalt und Unterschiedlichkeit in den Alltag eingebracht werden kann – auch eine Frage, die das Panel III aufgeworfen hat: Wie bekommen die europäischen Kommunen es hin, die Toleranz, die – so der Befund – in den Problemgebieten mit aller Widersprüchlichkeit alltäglich gelebt wird, in die Gesamtgesellschaft zu tragen? Vielleicht, so wurde diskutiert, müssen in Zukunft noch viel konkretere Strategien miteinander ausgetauscht werden, um gute Beispiele in die „Breite“ der Gesellschaft zu tragen.

Der Erfahrungsaustausch hat deutlich gemacht, dass einige Diskussionen die vor drei Jahren in dem einen Land geführt worden sind, heute in einem anderen Land erst beginnen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Panels haben unterstrichen, wie wichtig es ist, die europäische Öffentlichkeit zu erreichen und zu nutzen und den kommunalen Austausch auch auf europäischer Ebene fortzuführen. Der transkommunale Praxisaustausch im Rahmen des Berlin-Prozesses hat auf lokaler Ebene viel bewirkt und den Beteiligten seit dem Jahr 2004 viele Anregungen gegeben. Der Berlin-Prozess sollte weiter geführt werden.

Die Botschaften der Europäischen Fachkonferenz 2006 sollen dazu beitragen:

- Diskriminierung zu bekämpfen und Toleranz gegenüber jeglicher Art von „Anderssein“ zu stärken,
- interkulturelle Kompetenzen zu erweitern,
- Berufsangebote für benachteiligte Jugendliche zu verbessern und
- die Bürgermeister/innen der europäischen Städte zu motivieren, das Thema des sozialen Zusammenhalts vor dem Hintergrund einer zunehmend heterogenen Zusammensetzung der Bevölkerung auf die politische Tagesordnung zu setzen.

## Panel IV: Der Beitrag non-formaler Bildung für die beruflichen Perspektiven von benachteiligten Jugendlichen

### Praxisbeispiele:

- José Alfaro, Eva Martín Pérez, Telesfora Ruiz, Stadt Granada, Spanien
- Sandra Subota, Stadt Riga, Lettland
- Chester Morrison, Stadt Liverpool, Großbritannien
- Katrin Lundmark, Stadt Skellefteå, Schweden

### Kommentare:

- Heidrun Nedoma, Stadt Stralsund, Deutschland
- Bernd Kammerer, Stadt Nürnberg, Deutschland
- Annette Berg, Stadt Monheim am Rhein, Deutschland
- Merete Papapetros, Frank Stoerup, Stadt Kopenhagen, Dänemark
- Prof. Dr. Nazmi Oruç, Stadt Eskisehir, Türkei

### Moderation:

Peter Kupferschmid, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

### Berichterstattung:

Judith Schwarzburger, Regiestelle E&C

In dem Panel gab es vier Präsentationen, von denen sich drei auf kommunale Strategien (Granada, Riga und Liverpool) bezogen. Die vierte Präsentation bezog sich auf ein Projekt und die Sicht einer NGO (Skelleftea, Schweden). Anhand der Präsentationen sowie der Kommentare und der Diskussionen wurde zunächst deutlich, dass der Begriff der non-formalen Bildung in den einzelnen europäischen Ländern sehr unterschiedlich definiert wird.

Einigkeit bestand darüber, dass non-formale Bildung besonders wichtig für benachteiligte Jugendliche ist. Denn für sie ist nicht nur der Zugang zu den formalen Bildungssystemen erschwert, sie haben auch oft schon Erfahrungen des Scheiterns in diesen Systemen gemacht. Non-formale Bildung setzt zum einen bei den Fähigkeiten und Kompetenzen der jungen Menschen an und trägt zum anderen zum Erwerb sozialer, „demokratischer“ und darauf aufbauend auch beruflicher Kompetenzen bei. Es geht dabei nicht vorrangig um Qualifizierung, sondern um die Aktivierung von benachteiligten Jugendlichen, die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und die Stärkung ihres Selbstbewusstseins. Non-formale Bildung soll sie befähigen, sich für sich selbst einzusetzen. Dies ist besonders wichtig für Jugendliche, die in

sozialen Brennpunkten leben. Wenn Jugendliche in diesem Sinne durch non-formale Bildungsaspekte unterstützt werden, wird ihnen auch das formale Lernen erleichtert. Dabei ist ein abgestuftes System von Qualifikationen notwendig. Dadurch wird das Erlernte für die Jugendlichen schrittweise sichtbar.

Die Beteiligung von Jugendlichen, z. B. auch an politischen Entscheidungen, ist eine wichtige Form der non-formalen Bildung. Dies wurde besonders eindrucksvoll deutlich am Beispiel von Liverpool. Hier beraten sog. Jugendberatergruppen die politischen Entscheidungsträger und nehmen so Einfluss auf die Politik der Stadt. Jugendliche werden zudem so ausgebildet und angeleitet, dass sie selbst andere Kinder und Jugendliche über die Angebote der Stadt informieren und ihnen bei der Inanspruchnahme dieser Angebote helfen können. Auf diese Weise erleben Jugendliche am Beispiel anderer, dass Benachteiligungen überwunden werden können. Beteiligung hat dabei nicht nur einen motivierenden Effekt, sondern die Angebote und Programme können dadurch ganz eng an den Bedürfnissen, Wünschen und Zielen der Jugendlichen ausgerichtet werden.

Die Teilnehmer/innen waren sich auch darüber einig, dass eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Institutionen, NGOs und anderen Akteuren erforderlich ist, um die Chancen für Jugendliche zu verbessern.

Hierbei geht es um:

- die Integration formaler und non-formaler Bildung,
- eine Kombination von Methoden der außerschulischen Jugendarbeit mit denen im System Schule,
- eine Kombination von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mit der Schule und Freizeitaktivitäten,
- die Kooperation zwischen den Systemen Schule, Jugendhilfe und Ausbildung,
- die Förderung junger Menschen stärker als bisher in einem Netzwerkprozess,
- die Stadtteilorientierung, so dass die Angebote stärker an der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet werden können,
- die Beteiligung und Einbindung der Eltern in den formalen, aber auch non-formalen Bildungsprozess ihrer Kinder.

Weitere Erfolgsvoraussetzungen für Konzepte der non-formalen Bildung sind eine gute Planung sowie die (selbstkritische) Überprüfung der Ergebnisse. Auch die Möglichkeiten der Zertifizierung non-formaler Bildung sind in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dieser Aspekt wurde im Hinblick auf eine stärkere soziale Anerkennung dieser

Bildungsaspekte als sehr wichtig hervorgehoben. Die Zertifizierung erhöht aber auch die Kompatibilität von non-formaler und formaler Bildung, indem die erworbenen Kenntnisse beim Einstieg in den Beruf anerkannt damit für die Jugendlichen verwertbar werden. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für alle – aber insbesondere auch benachteiligte – Jugendliche der wichtigste Punkt. Denn dabei geht es um ihre Zukunft und um die Zukunft der europäischen Gesellschaften.

Anhand der vorgestellten verschiedenen kommunalen Strategien hat sich gezeigt, dass vor Ort unterschiedliche erfolgreiche Möglichkeiten gefunden wurden, die soziale Integration von Jugendlichen zu erreichen, die aus der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Die zentrale Botschaft aus dem Panel IV lautet: Jugendliche müssen als Wert und als Chance und nicht als Problem oder Belastung gesehen werden, damit sie sich als wichtige Mitglieder der Gesellschaft verstanden fühlen. Es geht darum, Jugendliche ernst und ihre Wirklichkeit wahr zu nehmen. Jugendliche brauchen Anleitung und Unterstützung, um ihre vorhandenen Potenziale zu erkennen, diese einzusetzen und, bestätigt durch (non-formale) Bildungserfolge, die nächsten Schritte hin zur beruflichen und sozialen Integration zu gehen.

So unterschiedlich die vorgestellten Projekte waren, hat sich doch gezeigt, dass es ähnliche Ansätze in den lokalen Strategien gibt. Diese Ansätze wurden auf der Grundlage sehr verschiedener Ausgangsbedingungen in den einzelnen Ländern entwickelt. Der Austausch auf dieser Konferenz ermöglicht es, die Gemeinsamkeiten der Ansätze herauszuarbeiten und so Standards zu identifizieren, die europaweit Geltung haben können. Deshalb sollte dieser Austausch fortgesetzt werden.

#### **Panel V: Kommunalen Forschungsdialog zwischen Jugendforschung, Jugendpolitik und Jugendarbeit**

##### *Praxisbeispiele:*

- Lasse Siurala, Stadt Helsinki, Finnland
- Terje Grytten, Else Marie Stuenæs, Oslo Youth Council, Norwegen
- Prof. Dr. Helmut Willems, Luxemburg
- MMag. Manfred Zentner, Österreich
- Prof. Howard Williamson, Großbritannien

##### *Kommentare:*

- Alexandra Raykova, Forum of European Roma Young People
- Sunduss Al-Hassani, Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO)

- Bettina Schwarzmayr, European Youth Forum
- Margo Gorman, Combined European Bureau for Social Development (CEBSD)
- William Lay, Confederation of Family Organisations in the European Community (COFACE)

##### *Moderation:*

Dr. Heike Förster, Deutsches Jugendinstitut e.V.

##### *Berichterstattung:*

Andreas Hemme, Regiestelle E&C

Das Panel hatte die Aufgabe zu bearbeiten, wie ein kommunaler Forschungsdialog zwischen Jugendforschung, lokaler Jugendpolitik und Jugendarbeit zu initiieren ist, das Verhältnis zwischen diesen drei Handlungsfeldern näher zu beleuchten und Empfehlungen für eine zukünftige Koordinierung dieser Aktivitäten zu erarbeiten. Ausgangspunkt war die Frage, wie die Erfahrungen und Erkenntnisse der jeweils anderen Akteure besser aufeinander bezogen und für die eigene Arbeit nutzbar gemacht werden können.

Fünf Beiträge aus Finnland, Norwegen, Luxemburg, Österreich und Großbritannien gingen sowohl vor wissenschaftlichem als auch stark praxisbezogenem Hintergrund auf die Möglichkeiten und Hindernisse eines Dialogs zwischen Jugendarbeit, kommunaler Jugendpolitik und Jugendforschung ein. Kommentiert und intensiv diskutiert wurden diese Beiträge von Vertreterinnen und Vertretern europäischer Jugendverbände und europäischer Netzwerke, die sich mit Fragen der sozialen Integration beschäftigen. Zentrale Fragestellung waren: Wie gelingt uns der Brückenschlag zwischen den drei Handlungsfeldern? Wie können die Hindernisse für eine Kooperation zwischen Jugendforschung, lokaler Jugendpolitik und Jugendarbeit beschrieben werden?

Zum einen wurde auf die fehlende gemeinsame Sprache zwischen den Beteiligten aus der Jugendforschung und Jugendarbeit hingewiesen, die zu Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Akteuren führt. Obwohl im Panel auch auf gute Beispiele der Zusammenarbeit verwiesen wurde, schien diese fehlende gemeinsame Sprache bzw. die mangelnden Bemühungen, die jeweils andere „Sprache“ zu erlernen, das größte Hindernis für eine Verständigung zu sein. Es wurde weiter festgestellt, dass Wissenschaft und Praxis unterschiedliche Medien zum Diskurs und Fachaustausch nutzen und sich nicht aufeinander beziehen. Die Zeitschriften der Wissenschaft werden nicht von der Praxis gelesen und die

Zeitschriften, die praxisnah sind, werden wenig oder gar nicht zur Veröffentlichung durch die Jugendforscher selbst genutzt. Man bleibt weitgehend unter sich.

Die unterschiedliche Interessenlage der Akteure wurde als ein weiterer Grund genannt, der die Kooperation und den Dialog erschwert. So sind die Adressaten einer wissenschaftlichen Arbeit nicht in erster Linie Praktiker/innen, sondern selbst zumeist Vertreter/innen der Forschung. Gemeinsame Interessen als Ausgangspunkt für eine Zusammenarbeit zu definieren und Formen für einen kommunalen Forschungsdialog zu entwickeln, bleibt eine Herausforderung. So gibt es z. B. Unterschiede in der Gewichtung der Themen, denen sich kommunale Jugendarbeit und Jugendforschung zuwenden. Als Beispiele wurden wieder die Fachmagazine aus der Jugendarbeit genannt, die sich nur selten auf Themenstellungen aus forschungsorientierten Fachmagazinen beziehen.

Gleichzeitig wurde von den Referenten/innen und Teilnehmer/innen betont, dass es lokal bzw. regional positive und modellhafte Ansätze gibt, Jugendforschung mit Jugendarbeit und lokaler Jugendpolitik ins Gespräch zu bringen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. So wurde von den Vertreter/innen aus Oslo über Foren berichtet, die lokal entwickelt wurden, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendarbeit Ergebnisse der Jugendforschung näher zu bringen und in einen Diskurs darüber zu treten. Ein weiteres Beispiel für einen gelungenen Diskurs auf nationaler Ebene sind die Koordinationstreffen im Rahmen des deutschen Bundesmodellprogramms „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“, auf denen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung präsentiert und mit den Jugendarbeiter/innen in den Modellprojekten diskutiert wurden. Dies seien allerdings vereinzelt Ansätze, systematisch würde dies als Strategie bislang kaum verfolgt. Die Forderung lautete hier, dass Jugendforschung ihre Ergebnisse besser und verständlicher zugänglich machen muss.

Auf nationaler Ebene bietet sich im europäischen Vergleich ein sehr unterschiedliches Bild: Während einige Länder wie Frankreich und Deutschland über landesweit agierende Institutionen der Jugendforschung verfügen, gibt es diese Koordinierung von Aktivitäten und den damit erleichterten Zugang zu Forschungswissen in den meisten europäischen Ländern in dieser Form nicht. Darüber hinaus wurde diskutiert, ob die führende Rolle der kommunalen Jugendpolitik bei Entscheidungskreisläufen einen Dialog mit den Forscher/innen und den Akteuren der Jugendarbeit auf gleicher Augenhöhe erschwert. Daraus leitete sich die Forde-

rung ab, möglichst alle Akteure von Beginn an in den kommunalen Forschungsdialog zu integrieren, um ein hohes Maß an Transparenz für alle Beteiligten zu schaffen.

Unter dem Stichwort der sozialen Koproduktion von Wissen wurden die positiven Auswirkungen aufgezeigt, die ein Zusammenbringen von Praxiserfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Beispiel für lokale Jugendpläne haben können. Manfred Zentner aus Österreich erörterte an Beispielen aus den Kommunen Dornbirn und Schwechat, wie aus dem politischen Beschluss der Kommunen, die Jugendarbeit zu verstärken, gemeinsam mit NGOs verschiedene Maßnahmen ergriffen wurden, die nach 5-jähriger Laufzeit durch die Forschung evaluiert wurden und daraufhin in einem gemeinsamen Prozess von Forschern, Jugendarbeitern und kommunaler Politik eine Anpassung des Maßnahmeplanes vorgenommen wurde. Es wurde in diesem Zusammenhang auf die Finanzknappheit der Kommunen verwiesen und als eine Lösung dieses Dilemmas der Vorschlag unterbreitet, auch stärker als bisher Studentinnen und Studenten einzubeziehen, die ein sehr großes Interesse an Praxiswissen haben.

Prof. Dr. Helmut Willems von der Universität Luxemburg verwies auf die positiven Entwicklungen auf nationaler Ebene der letzten Jahre bei der Zusammenwirkung von Praxis, Forschung und Politik, die dazu geführt haben, dass die Anwendung von Handlungsansätzen wie „*evidence based policy making*“ mehr und mehr Normalität werden. Auch die Hierarchien unter den Wissensproduzenten aus Praxis, Wissenschaft und Kommunalpolitik haben eine Wandlung erfahren und werden heute stärker als gleichberechtigt wahrgenommen. Insbesondere Langzeitstudien wie der Jugend-Survey in Deutschland führen zu einer engeren und andauernden Zusammenarbeit und einer neuen Dialogstruktur zwischen den Akteuren. Als weiteres Beispiel aus Deutschland wurden die regelmäßigen „Kinder- und Jugendberichte“ der Bundesregierung genannt, die in enger Verzahnung mit der Wissenschaft erarbeitet werden.

Dieses Zusammenwirken von Praxis, Forschung und Politik auf nationaler Ebene findet auf kommunaler, lokaler Ebene unter erschwerten Bedingungen statt, die nur überwunden werden können, wenn von Seiten der lokalen Jugendpolitik und Jugendarbeit der Wille stärker formuliert wird, Ergebnisse und Erfahrungen aus der Jugendforschung entsprechend zu nutzen und in kommunale Strategien umzusetzen. Notwendig seien jugendpolitische Strategien, die längerfristig angelegt sind und keine kurzfristigen Programme oder

Kampagnen, die nur unzureichende Wirkung erzielen können. Die kommunale Jugendhilfeplanung, bzw. auf lokaler Ebene die lokalen Aktionspläne, wie sie in Deutschland im Rahmen der Bundesprogramme Soziale Stadt und E&C entwickelt wurden, bieten hier gute Anknüpfungspunkte. Auf der anderen Seite wurde angemerkt, dass die Fachpraxis, die in den einzelnen Ländern durch unterschiedliche Vereinigungen und Verbände (die ihren eigenen Zielen, ggf. weltanschaulichen oder religiösen Vorstellungen verpflichtet sind) vertreten wird, ebenfalls den kommunalen Forschungsdialog forcieren oder bremsen können. Als ein weiteres Hindernis für bessere Zusammenarbeit wurde benannt, dass die Finanzierung und der Auftrag von Forschungsvorhaben oft nicht den Transfer in die Praxis beinhalten, so dass nicht selten trotz guter Kooperation Frustrationen entstehen.

Von der Seite der Wissenschaft wurde selbstkritisch angemerkt, dass die internen Diskussionen über den Stellenwert von Grundlagenforschung gegenüber der praxisorientierten Forschung („Wer zu praxisnah ist, ist verdächtig.“) die Dialogpartner „irritieren“ könnten. Es wurde darauf verwiesen, dass die Evaluationsforschung eine wichtige Rolle spielt und dass vor allem auf den Ebenen der lokalen Jugendforschung und der Jugendarbeit gemeinsam an Instrumenten und Mechanismen gearbeitet werden muss, um Ergebnisse messbar und vergleichbar zu machen. Letztlich müssen diese Instrumente der Evaluation von Jugendarbeit auf den unterschiedlichen Ebenen (zentral, regional, lokal) eingesetzt und finanziert werden. Prof. Williamson aus Großbritannien zeigte anhand seiner Ergebnisse aus Evaluationsprojekten auf, dass man argumentativ auch gegenüber den politischen Entscheidungsträgern stärker werden kann, wenn bestimmte Präventionsmaßnahmen nachweisbar kostengünstiger sind, als reaktive Reparaturmaßnahmen vor allem in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. Von einigen Teilnehmer/innen des Panels wurde beispielhaft auch auf die jüngsten Jugendkrawalle in Frankreich verwiesen. Die Jugendforscher/innen erklärten sich an dieser Stelle auch bereit, sich einer intensiven Analyse darüber zu stellen, was Jugendforschung kostet und was sie leistet.

Von vielen Teilnehmer/innen des Panels wurde außerdem darauf hingewiesen, dass es nicht nur um die drei Akteure geht, sondern dass sich auch andere Akteure wie z. B. die Wirtschaft und die Jugend selbst an diesem Dialog beteiligen müssen. Dabei wurde deutlich, dass auch die unterschiedlichen Ebenen der Kooperation eine Rolle spielen: Was lokal funktioniert, klappt noch lange nicht auf natio-

ner oder internationaler Ebene oder umgekehrt. Als Beispiel wurde hier die Umsetzung des Weißbuch-Prozesses genannt, die national zwar vorangetrieben wird, aber auf der lokalen Ebene nur in Ausnahmefällen angekommen ist. Hier fehlt es an intermediären Vermittlungsebenen.

Insgesamt wurde im Panel V festgestellt, dass es trotz aller Hindernisse sehr gute Beispiele der Zusammenwirkung der drei Akteure auf nationaler Ebene und konkret vor Ort gibt. So wurde zum Beispiel bezogen auf die Integration und aktive Beteiligung von Jugendlichen in der Gemeinschaft auf ein Programm in zehn schwedischen Kommunen hingewiesen. Es ist notwendig, solche Beispiele öffentlich zu machen und so wurde vorgeschlagen, Beispiele guter Praxis zum Beispiel auf der Internetseite des *Youth Knowledge Centre* (<http://www.youth-partnership.net/INTEGRATION/EKC/Intro/>) zu veröffentlichen und/oder die jeweiligen nationalen Projektdatenbanken besser miteinander zu verlinken.

Eine Intensivierung der Kommunikation zwischen lokaler Jugendforschung, Kommunalpolitik und Akteuren lokaler Jugendarbeit (vor allem der Nichtregierungsorganisationen) sei dringend geboten. Der kommunale Forschungsdialog sollte auch dazu führen, dass die kommunalen Akteure der Jugendarbeit und Jugendpolitik sich aktiv an der Formulierung von forschungsleitenden Fragestellungen beteiligen und so die Praxisrelevanz angewandter Forschung verbessern helfen.

In der gesamten Diskussion wurde deutlich, dass die Ebenen des Diskurses genau unterschieden werden müssen. Auf der lokalen Ebene geht es vordergründig um unterstützende Leistungen von Wissenschaft bei der Erarbeitung von Maßnahmeplänen und Strategien für Jugendpolitik im kommunalen Kontext. In Ausnahmefällen werden auch kommunale Maßnahmen durch Forschung evaluiert. Jugendforschung als Grundlagenforschung existiert auf der kommunalen Ebene jedoch nicht. Dies ist das Feld, wo die nationale Jugendpolitik gefordert ist, den Ansatz des „*evidence based policy making*“ mit Leben zu füllen und Angebote zum kommunalen Forschungsdialog zu entwickeln. Für Deutschland und andere Länder mit föderaler Struktur kommen weitere Zuständigkeitsebenen (in Deutschland die Länderebene) hinzu, die zusätzlich als Interventionsebene fungiert, aber auch Jugendforschung im regionalen Kontext forcieren kann.

Von Seiten der Jugendforschung muss kritisch angemerkt werden, dass die Wissenschaftsgemeinde (vor allem die Universitäten) oft Distanz zur Praxis hält und an umsetzungsorientierter Forschung wenig interessiert

scheint. In Deutschland wird die sogenannte Praxisforschung in großem Umfang von Fachhochschulen oder eigenständigen Instituten realisiert, die sich nicht selten dem Vorwurf der Theorielosigkeit ausgesetzt sehen, da sie sehr nah an und in Bezug auf die Jugendhilfepraxis agieren. Auch aus Österreich und Luxemburg wurden diese Tendenzen bestätigt. Für die Politikberatung oder -unterstützung sind jedoch beide Richtungen (Grundlagen- und Praxisforschung) notwendig.

Auf der kommunalen Akteursebene wird auf der anderen Seite oft die Relevanz wissenschaftlicher Unterstützung nicht ausreichend berücksichtigt bzw. aufgrund der finanziellen Situation gänzlich darauf verzichtet oder nicht wahrgenommen. Hier können die positiven Beispiele aus Österreich und Schweden sicher dazu beitragen, den Nutzen wissenschaftlicher Begleitung oder Evaluation zu verdeutlichen und deren Stellenwert auch im kommunalen Kontext zu erhöhen. Als wesentlich für den Erfolg einer solchen Kooperation zwischen den drei sehr unterschiedlichen Akteuren wurde herausgestellt, dass möglichst im Vorfeld von Maßnahmen und Projekten bzw. bereits in der Planungsphase alle drei Akteursgruppen einbezogen werden müssen, so dass wechselseitig voneinander profitiert werden kann, die Rollen und die Aufgaben jedes Einzelnen in diesem Prozess geklärt sind und mögliche Interessenkonflikte bearbeitet werden können.

# Materialien

## Interviews anlässlich der Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ vom 30. Januar bis 1. Februar 2006 in Straßburg

### Interview mit Bundesministerin

**Ursula von der Leyen:** „*Die Menschen vor Ort müssen sich aktiv beteiligen*“

**Europarat:** Mit welchem Ansatz versuchen Sie in Deutschland, die Probleme marginalisierter Jugendlicher zu lösen?

**Von der Leyen:** Der Blick auf die Ursachen der Ausgrenzung hilft, das Gefühl der Ausweglosigkeit und Ohnmacht der Jugendlichen besser zu verstehen. Wir müssen direkt bei den Kindern und Jugendlichen ansetzen, um den Teufelskreis aus schlechten Arbeitsmarktperspektiven, Abhängigkeit von Sozialleistungen, Frustration, Gewalt und Abkoppelung vom Rest der Gesellschaft zu durchbrechen. Das bedeutet konkret, die Jugendlichen gerade in problematischen Großstadt-Vierteln zu aktivieren. Sie müssen sich zum Beispiel erst einmal an eine regelmäßige und dauerhafte Beschäftigung gewöhnen. Mit allem, was dazugehört: pünktlich sein, sich anstrengen, sich fortbilden, mit dem verdienten Geld haushalten. Wenn das gelingt, machen sie die unglaublich wichtige Erfahrung, dass sie etwas wert sind und etwas schaffen können, wenn sie sich bemühen. Nicht selten sind sie damit die ersten im Haus, die nach zwei oder drei „Sozialhilfe-Generationen“ zu einer erfolgreichen Generation gehören.

**Europarat:** Welches Programm hat bereits Früchte getragen und wieviel kostet das?

**Von der Leyen:** Alle Erfahrung zeigt: Große Fördertöpfe sind meist wenig wirkungsvoll, wenn sich die Bewohner nicht selbst für ihr Quartier engagieren. Projekte, die die Menschen selbst entwickeln und umsetzen, können hingegen mit wenig Geld viel erreichen. Daher fördern wir beispielsweise mit unserem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) bewusst nur kleine Projekte, an denen sich allerdings alle in sozialen Brennpunkten beteiligen müssen. Die Projekte führen Arbeitsvermittlung, Berufsqualifizierung, Bildungsangebote zusammen und stärken den sozialen Zusammenhalt. Inzwischen sind es rund 5.500 Projekte geworden, mit denen wir über 150.000 Menschen in 286 sozialen Brennpunkten ansprechen, davon fast 40 Prozent junge Menschen unter 25

Jahre. In den letzten Wochen haben wir das Budget dieser Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds auf insgesamt 87 Mio. Euro aufgestockt, um die Förderung bis Mitte 2007 zu garantieren. Zudem stärken wir seit dem Jahr 2000 mit unserem Programm „E&C“ (Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten) gezielt das soziale Umfeld im Stadtteil. Allein die bessere Zusammenarbeit der Menschen, Ämter und Träger vor Ort hat viel bewirkt.

**Europarat:** Sind Ihrer Meinung nach die Politiker erst nach den jüngsten Ausschreitungen in Frankreich und anderswo aufgewacht?

**Von der Leyen:** Integration – und sie ist an erster Stelle ein soziales, kein ethnisches Problem – steht in Deutschland bereits seit einigen Jahren ganz oben auf der Agenda, quer über alle Parteigrenzen. Die Leitfrage ist: Wie schaffen wir es, Menschen zu befähigen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen? Einige Antworten liegen auf der Hand. Es braucht mehr Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten. Die Jüngeren müssen den Kindergarten besuchen, um von Anfang an Deutsch zu sprechen. An den Schulen muss es mehr Angebote für Jugendliche geben, deren Elternhäuser über wenig Bildung verfügen. Und natürlich muss jeder Jugendliche die Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Entscheidend ist dabei aber stets der feste Wille der Menschen vor Ort, all dies aktiv mit zu gestalten. Denn Integration findet in den Kommunen und im Stadtteil statt, nicht am grünen Tisch oder im Gesetzblatt. Das soziale Umfeld von jungen Menschen ist entscheidend: die Familie, der Kindergarten, die Vereine, der Jugendclub.

**Europarat:** In Deutschland hat man mit dem Berlin-Prozess versucht, der Marginalisierung entgegen zu wirken. Wie sieht Ihrer Einschätzung nach die vorläufige Bilanz des Berlin-Prozesses aus?

**Von der Leyen:** Bei unserer Konferenz Anfang 2006 kommen 280 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus 32 europäischen Ländern und 123 europäischen Kommunen in Straßburg zusammen. Das hohe Interesse zeigt, wie wichtig es ist, dass die, die direkt mit den Menschen



arbeiten, ihre Erfahrungen austauschen – über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg. Ein Beispiel dafür ist das Berliner Viertel in Monheim: In den Kindertageseinrichtungen lernen kleine Kinder und ihre Familien, die nicht aus Deutschland kommen, nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch Ernährung, Bewegung und Gesundheitsvorsorge. Dabei helfen alle mit: Krankenkassen, Ärzte, Erzieherinnen, Ämter und Bürgerinitiativen. Die Erfahrungen aus diesem Projekt sind auf großes Interesse in vielen europäischen Ländern gestoßen. Ich erhoffe mir viel von dieser Konferenz. Neue Impulse und Ideen für unsere Arbeit sind wichtig, denn wir wollen mit dem „Berlin-Prozess / Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ einen europaweiten Prozess regionenübergreifenden Lernens anstoßen. In Berlin 2004 haben wir die Grundlage dafür gelegt.

**Europarat:** Können diese Erfahrungen für unsere europäischen Nachbarn Impulsgeber sein?

**Von der Leyen:** Unsere positiven Erfahrungen mit „E&C“ und „Soziale Stadt“ wollen wir an andere europäische Regionen weiterreichen. Die rege Beteiligung an unserer Konferenz zeigt, dass sich viele Kommunen etwas von diesem Fachaustausch versprechen. Denn die guten Beispiele zeigen, dass sie mit pfiffigen Ideen Langzeitarbeitslosen, Schulabgängern, Ausbildungsplatzsuchenden oder Berufsrückkehrerinnen eine neue Perspektive für den Arbeitsmarkt geben können. Deutsche Kommunen wie z. B. Mannheim, Wiesbaden oder Bielefeld gestalten nicht nur ihre eigene Beschäftigungspolitik; sie sorgen auch dafür, dass kein Jugendlicher verloren geht. Das fängt in den Schulen an: Jeder junge Mensch, der seine Schule verlässt, erhält ein Angebot für seine berufliche Integration. Wenn er Probleme hat, wird er qualifiziert oder – falls erforderlich – zusätzlich geschult. Wenn er zu scheitern droht, wird er rechtzeitig beraten und erhält Hilfe, so dass kein Jugendlicher im Stich gelassen wird. Durch die Arbeit in den Kommunen konnten viele Menschen wieder neuen Mut schöpfen – Schritt eins auf dem Weg der Integration.

**Europarat:** Was können wir von europäischen Ländern lernen?

**Von der Leyen:** So unterschiedlich die Situation in Deutschland und Frankreich ist, so große Unterschiede bestehen auch zwischen anderen Ländern. Viele Probleme sind aber ähnlich, und vor allem: Von guten Beispielen und wegweisendem Engagement kann man immer lernen, auch wenn man den Erfolg nicht direkt übertragen kann. Ein besonders spannendes Beispiel

kommt aus Liverpool: Dort gestalten und führen Gemeinderäte gemeinsam mit benachteiligten Jugendlichen Projekte in sozialen Brennpunkten durch. Unternehmen, Kirchen und Vereine unterstützen sie dabei. Ich bin mir daher sicher, dass die Konferenz weitere wertvolle Anstöße für unsere Arbeit mit Jugendlichen vor Ort bietet. Wir wollen unsere Präsidentschaft in der EU im nächsten Jahr nutzen, um gemeinsam mit der Europäischen Kommission die Ergebnisse weiter zu führen.

**Hibat Tabib, Leiter der französischen Vereinigung Association pour la formation, la prévention et l'accès au droit (AFPAD), Pierrefitte sur Seine: „Es muss in jedem Quartier derjenige gefunden werden, der Institutionen und Zivilgesellschaft zusammenbringen kann“**

Der gelernte Rechtsanwalt Tabib Hibat führt seit etwa zehn Jahren Projekte in den Vorstädten durch. Als Leiter der französischen Vereinigung für Ausbildung, Prävention und Zugang zu Recht (AFPAD) in Pierrefitte sur Seine in der Nähe von Paris bringt er Vertreter der Gemeinde, des Staates, der Justiz, des Bildungsbezirks und der Zivilgesellschaft zusammen, um den Einwohnern den Zugang zu ihren Rechten zu erleichtern und die Vermittlung bei Konflikten zu fördern.

**Europarat:** Der Titel der Konferenz des Kongresses, der eine integrierte Politik als Chance für soziale Brennpunkte bezeichnet, weist darauf hin, dass dies ein Schlüssel zur Lösung der Schwierigkeiten der dort lebenden Kinder und Jugendlichen und zur Überwindung der Gewalt sein könnte. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

**Hibat Tabib:** Das ist richtig, ich sehe nicht, wie man anders arbeiten könnte. Wir sind mit Problemen konfrontiert, die zahlreiche Facetten haben. Die Gewalt ist nur das Symptom dafür, dass etwas nicht funktioniert. Natürlich spielen wirtschaftliche Faktoren eine Rolle. In Frankreich ist die Arbeitslosigkeit in den Vororten beispielsweise zweimal höher als der nationale Durchschnitt. Bildung ist ebenfalls ein wichtiger Faktor. In den Quartieren sehen wir uns komplexen Situationen gegenüber, in denen mehrere Kompetenzen gefragt sind: die der Familie, der Justiz, der Schule, der Verbände und Vereine, der Zivilgesellschaft etc. In Pierrefitte sur Seine haben wir vor fünf Jahren die Vereinigung für Ausbildung, Prävention und Zugang zu Recht (AFPAD) geschaffen, die das Ziel hat, alle Partner zusammenzubringen.

Unsere Arbeit basiert auf drei Achsen: dem kostenlosen Zugang aller zum Recht, der politischen Bildung der Jugendlichen und Mediation. Wir setzen uns dafür ein, dass Konflikte durch Vermittlung gelöst werden. Wir haben 160 Vermittler geschult, die auf Polizeistationen, in Schulen etc. arbeiten.

**Europarat:** Wer eignet sich von allen Beteiligten in den Quartieren am besten als treibende Kraft für diesen Prozess?

**Hibat Tabib:** Ich glaube, dass es in jedem Gebiet einen „Motor“ braucht, der die Arbeit aller Beteiligten koordiniert und die Verbindung zwischen den Institutionen und der Zivilgesellschaft fördert. Ich persönlich habe es lieber, wenn die Projekte nicht in den Händen der Institutionen liegen, denn ihre Arbeitsmethoden sind restriktiv, oft wenig flexibel und passiv. Die Vereine und Gruppen passen sich besser an die Bedürfnisse und die Realität an, wenn es sein muss, arbeiten sie auch abends und am Wochenende.

**Europarat:** Auf welche Schwierigkeiten und Hindernisse stoßen Sie bei Ihrer Arbeit?

**Hibat Tabib:** Die größte Schwierigkeit besteht darin, alle dazu zu bringen, dass sie im selben Gebiet zusammenarbeiten und sich gegenseitig ergänzen. Wir stoßen auf unterschiedliche Arbeitskulturen, wir haben keine Zeit, keine Mittel... Wir müssen uns mit Machtfragen auseinandersetzen und mit zwischenmenschlichen Beziehungen, was ziemlich kompliziert ist. Bei unseren Treffen sprechen wir oft von Partnern, aber in der Praxis ist das leider nicht so einfach...

**Europarat:** Hat Ihre Arbeit zu konkreten Ergebnissen geführt?

**Hibat Tabib:** Durch die Eröffnung eines Gemeindezentrums vor einigen Jahren konnten wir die Gewalt im Quartier und die Unterstützung der Rechtsextremen senken. Bei den jüngsten Ausschreitungen in der Pariser Region gab es bei uns weniger Schäden zu verzeichnen. Natürlich wurden Autos in Brand gesetzt, aber keine öffentlichen Gebäude. Es gab auch keine gewalttätigen Übergriffe. Wir haben sehr schnell gehandelt, sind in die Schulen gegangen, um zu diskutieren und ein Forum zu bieten, bei dem die Kinder und Jugendlichen ihre Meinung äußern können und das Gefühl haben, respektiert zu werden.

**Paul Kmen, Stadtrat in Iași (Rumänien):** „Die größte Schwierigkeit besteht darin, zu den Roma-Gemeinden vorzudringen.“

In Rumänien sind vor allem Roma am Rand der Stadtzentren von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen. Die Stadt Iași versucht, in allen Bereichen Fortschritte zu erzielen: Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, Rassismusbekämpfung – eine große Aufgabe, bei der die Hoffnung auf den Mitgliedern der Gemeinden ruht, die geschult werden und als Verbindung zwischen der Stadt und ihren Familien fungieren.

**Europarat:** Was gab den Ausschlag für die Arbeit Ihrer Gemeinde mit jungen Roma in Iași?

**Paul Kmen:** Die Regierung hat 1993 einen Plan gegen Armut und soziale Ausgrenzung ins Leben gerufen. In diesem Rahmen hat unsere Stadt damit begonnen, sich für die Gemeinde der Roma einzusetzen, die sich mit zahlreichen Problemen konfrontiert sieht, in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Kriminalität und die auch Opfer von Diskriminierung wird. Etwa 10 % unserer Bevölkerung stammen von Roma ab, das heißt etwa 80.000 Personen. Aber um die Wahrheit zu sagen, kennen wir die genaue Zahl nicht, weil sie sich meistens nicht bei den zuständigen Ämtern registrieren lassen.

**Europarat:** Welche Politik wurde ins Leben gerufen, um diese Diskriminierung zu bekämpfen und den Bedürfnissen der Roma Rechnung zu tragen?

**Paul Kmen:** Das ist eine sehr schwere Aufgabe. Wir haben mehrere Programme ins Leben gerufen, um Schritt für Schritt Fortschritte zu erzielen und gleichzeitig alle Probleme zu berücksichtigen, auf die Roma treffen. Das geht vom Erlernen unserer Sprache, dem Rumänischen, bis hin zur Finanzierung von Studien durch Stipendien. Wir geben etwa 6 % des Budgets der Stadt für Programme und Maßnahmen zugunsten der Roma aus. Wir arbeiten mit Verbänden, in die die Führer der Gemeinden eingebunden sind dank der nationalen Agentur für die Roma, die ein regionales Büro in unserer Stadt hat. Wir versuchen auch, die großen gesundheitspolitischen Probleme zu beheben, indem wir Ärzte in ihre Lager begleiten und Präventionsmaßnahmen zeigen. Etwa zehn Mitglieder dieser Gemeinde sind Angestellte der Stadt und arbeiten in den sozialen Diensten und im Kinderschutz.

**Europarat:** Was kann gegen die große Diskriminierung der Roma, insbesondere der Jugend-

lichen, getan werden?

**Paul Kmen:** Wir haben ein Gesetz, das jede ethnische Diskriminierung verbietet. Im Beschäftigungsbereich ermutigen wir die Unternehmen mit Hilfe eines speziellen Programms, Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren einzustellen und ihnen ein Mindesteinkommen zu garantieren. Wir zeigen auch regelmäßig Werbekampagnen im Fernsehen, vor allem beim Schulanfang nach den Ferien, um der Bevölkerung zu zeigen, dass Roma Menschen wie alle anderen sind.

**Europarat:** Auf welche Schwierigkeiten stoßen Sie vor Ort?

**Paul Kmen:** Am schwierigsten ist es, den Kontakt zu den Jugendlichen herzustellen, sie sind manchmal sehr aggressiv. Manchmal ist es sogar unmöglich, in bestimmte Gebiete zu gehen und wir müssen die Polizei um Hilfe bitten. Daher ist es wichtig, auf die Mitglieder der Gemeinde zu setzen, die sich schulen lassen und so die perfekte Verbindung herstellen, um ihre Gemeinde zu informieren und sie zu überzeugen, dass es in ihrem Interesse ist, in die Schule zu gehen, die Gesetze einzuhalten, an den für sie bestimmten Programmen teilzunehmen.

**Europarat:** Sehen Sie konkrete Ergebnisse der städtischen Maßnahmen?

**Paul Kmen:** Einige: Mehrere Roma arbeiten in unseren Teams. Ich glaube, dass die Menschen ein positiveres Bild der Roma haben, die Mentalitäten fangen an, sich zu verändern. Aber in den Bereichen Gesundheit und Bildung bleibt noch viel zu tun.

**Chester Morrison, Stadtrat für Bildung in Liverpool:** „Wir wollen die Jugendlichen in Liverpool zu engagierten Bürgern machen.“

Die Stadt Liverpool tut alles, um die Jugendlichen dazu zu motivieren, sich in ihrem Viertel, ihrer Schule oder ihrer Gemeinde zu engagieren. Indem man ihnen zeigt, dass sie etwas bewirken können und ihnen zuhört, gibt man ihnen das verlorene Vertrauen wieder und unterstützt sie bei ihrer beruflichen Zukunft.

**Europarat:** Die Stadt Liverpool leistet mittels der sogenannten außerschulischen Erziehung und Bildung einen großen Beitrag zur Förderung der Jugendlichen. Worum handelt es sich hierbei genau?

**Chester Morrison:** Es handelt sich um alle er-

zieherischen Maßnahmen, die außerhalb der Schule stattfinden können. Dies kann natürlich unter anderem innerhalb der Familie sein. Die Entwicklung der Kommunikationsfähigkeit und die Bewältigung von Konflikten sind nur zwei Beispiele.

**Europarat:** Was ist Ihre konkrete Aufgabe hierbei?

**Chester Morrison:** Wir bemühen uns, unseren Jugendlichen den Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern zu garantieren, so dass sie die Möglichkeit haben, ihre Anliegen zu äußern. Wir beschäftigen Jugendliche in unseren städtischen Einrichtungen, derzeit sind es neun, und es kommen noch diejenigen hinzu, die während des Sommers arbeiten. Wir haben ca. 80 junge Menschen, die schulische Unterstützung geben, Freizeitbeschäftigungen anbieten oder direkt vor Ort mit jugendlichen Straftätern arbeiten. Sie ermöglichen ihnen den Zugang zu verschiedenen städtischen Aktivitäten, die den Jugendlichen helfen können, und geben gleichzeitig ihre Meinung an die politischen Instanzen weiter, in denen sie arbeiten.

**Europarat:** Welche Strukturen haben Sie eingeführt, um die Jugendlichen selbst zu Wort kommen zu lassen?

**Chester Morrison:** Die Strukturen umfassen ein breites Spektrum: Die Stadt ist aufgeteilt in zehn Gebiete und fünf Viertel. Acht Gebiete haben Beratungsausschüsse, die von Jugendlichen geleitet werden und denen ebenfalls Vertreter der Stadt beiwohnen. Es gibt außerdem Schulparlamente in Grundschulen und weiterführenden Schulen. Zudem haben wir einen Stadtrat, dem ca. 30 Jugendliche angehören, die von dem jeweiligen Gebiet gewählt wurden. Sie beschäftigen sich zusammen mit den Jugendlichen unseres Teams mit allen auftretenden Fragen und führen Debatten zu Themen, die die Stadt betreffen. Unser Ziel ist es, ihnen genauso viel Anerkennung zu geben wie den erwachsenen Städtevertretern. Schließlich beantwortet das städtische Team, Vertreter und Beamte, einmal jährlich ihre Fragen zur Jugendpolitik des Rates.

**Europarat:** Nehmen die Jugendlichen aus den sozialen Brennpunkten an diesen Strukturen teil?

**Chester Morrison:** Wir gehen auf die Jugendlichen zu und wir versuchen vor allem, so schnell wie möglich auf ihre Anliegen einzugehen, um sie nicht zu entmutigen. Unsere städtischen Dienste stehen in engem Kontakt

mit allen Jugendlichen, die nicht zur Schule gehen, keine Ausbildung oder Arbeit haben. Wir besuchen sie in ihrem Umfeld, das ist unsere Verantwortung.

**Europarat:** Wie geht die Gemeinde auf die Anliegen der Jugendlichen ein?

**Chester Morrison:** Wir wollen die Jugendlichen auf dem Laufenden halten, ihnen zeigen, dass wir sie ernst nehmen, denn sie werden schnell zynisch, wenn es um politische Fragen geht. Beispielsweise tritt der Vorsitzende unseres Jugenddienstes in regelmäßigen Abständen vor den Jugendausschuss und die Schulausschüsse, um sie über die laufenden Programme zu unterrichten, ihre Kommentare hierzu einzuholen und wenn nötig, seine Programme zu ändern.

## Reden

### Maud de Boer Buquicchio, Stellvertretende General- sekretärin des Europarates

Diese Konferenz befasst sich mit den benachteiligten Stadtquartieren, was ja bedeutet, dass es auch bevorzugte Quartiere gibt. Hierbei handelt es sich nicht um freiwillige Ausgrenzung, sondern um die tiefgreifende Chancengleichheit, aufgrund derer Lebensperspektiven sich nicht dadurch definieren, was die Menschen sind, sondern durch den Ort, an dem sie leben, wo sie geboren und aufgewachsen sind. Dies ist eine flagrante Diskriminierung, die einen eisernen sozialen Vorhang für Millionen von Menschen in den benachteiligten Stadtteilen in ganz Europa errichtet.

Die Armut, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung in diesen Stadtquartieren stellen ganz klar eine Verletzung der Menschenrechte dar. Unter derartigen Bedingungen zu leben sucht man sich nicht aus, es ist das Ergebnis des Mangels an Chancen und der nötigen Unterstützung, um hier Abhilfe zu schaffen. Das mag auf der Hand liegen, aber man muss es auch sagen, denn die Mauer der sozialen Ausgrenzung besteht aus Vorurteilen und Verzweiflung. Um sie niederzureißen, müssen wir an mehreren Fronten zugleich kämpfen, und dafür braucht man, das soll hier auch gleich *en passant* gesagt werden, keinen Hochdruckreiniger<sup>1</sup>.

Wir müssen handeln, um vorgefasste und intolerante Meinungen in Verbindung mit den Bewohnern sogenannter „schwieriger“ Quartiere zu bekämpfen, insbesondere gegen die Anstiftung zur sozialen Intoleranz vorgehen, gegen die Tatsache, dass man daraus auch noch Nutzen zieht. Und wir müssen gegen die von demagogischen Politikern verkündete Engstirnigkeit angehen. Wir müssen auch die Jugend in den betroffenen Quartieren davon überzeugen, dass, auch wenn ihre Forderungen gerechtfertigt sein mögen, die Gewalt keine Lösung ist und es auch niemals sein kann. Aber hüten wir uns davor, ihnen mit leerem Gerede zu kommen, denn sie werden uns mit Molotow-Cocktails antworten. Wenn wir glaubwürdig sein und Ergebnisse erzielen wollen, müssen wir Alternativen vorschlagen, die auch in der Praxis umgesetzt werden können und den Jugendlichen realistische, erreichbare und unmittelbare Emanzipationschancen bieten. Wir müssen handeln, aber nicht nur handeln, denn

1) Dies ist eine Anspielung auf den Vorschlag des französischen Innenministers Sarkozy, man müsse in den *Banlieues* mit einem „Kärcher“ aufräumen. Anm. d. Übers.

Maßnahmen als reine Reaktion sind oft kostspielig und viel weniger effizient, was ja die jüngsten Ereignisse in Frankreich klar zeigen.

Dergestalt sind auch die Überlegungen, die dem von der deutschen Bundesregierung in 2000 aufgelegten Förderprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ und dem anlässlich der Fachkonferenz im November 2004 eingeleiteten Berlin-Prozess zugrunde liegen, dessen Ergebnis die heutige Europäische Fachkonferenz ist. Der Europarat, insbesondere die Generaldirektion für Bildung/Kultur, Kulturerbe, Jugend und Sport sowie der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas haben aktiv zum Berlin-Prozess beigetragen, der mittlerweile eine größere europäische Dimension entfaltet hat, wie die Teilnahme an dieser heutigen Konferenz zeigt.

Der Europarat zielt mit seinen Aktionen auf die Verbesserung der Bildungschancen, der Berufsausbildung und der beruflichen Eingliederung junger Menschen und ihrer Eltern sowie des Zugangs zu sozialen Rechten ab. Aber dabei kommt es darauf an, intelligente Integrations- und Emanzipationsstrategien zu konzipieren, die sich auch an den eben genannten Zielen orientieren, anstatt diese Fragen immer nur als Sicherheitsproblem zu betrachten. Das Problem der benachteiligten Stadtteile ist in erster Linie eine soziale Fragestellung. Die Antwort liegt in der Verbesserung der politischen Ansätze und nicht in der Verstärkung der Polizeipräsenz.

Die Problematik der Integration benachteiligter Stadtteile in die Gesellschaft steht zugleich auch in direktem Zusammenhang mit der Beteiligung ihrer Bewohner am öffentlichen Leben und der jeweiligen Kommunalpolitik. In diesem Zusammenhang erwähne ich gern zwei Instrumente des Europarates, die Konvention zur Beteiligung der Ausländer am politischen Leben auf lokaler Ebene, die jedem Ausländer, der in dem betroffenen Land seit mindestens fünf Jahren lebt, sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene einräumt, und die revidierte Fassung der Europäischen Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region.

Auch die neue Jugendkampagne des Europarates mit dem Titel „Alle anders – alle gleich“ verdient Erwähnung, die der Förderung der Andersartigkeit, der Integration, der Menschenrechte und der Teilhabe an der Gesellschaft dienen soll. Sie wird von Juni 2006 bis September 2007 auf europäischer, nationaler, regionaler und vor allem kommunaler Ebene durchgeführt. Unser Ziel ist es, die größtmögliche Anzahl Bürger und Bürgerinnen in Europa zu erreichen, nicht nur die Jugend, und wir fordern Sie alle auf, diese Kampagne zu unter-

stützen und Ihre eigenen Aktivitäten zu organisieren. Die nationalen Komitees der Kampagne und die für die Koordinierung zuständigen Ansprechpartner und -partnerinnen des Europarates werden Ihnen gern jegliche Information, die Sie in diesem Zusammenhang benötigen, zur Verfügung stellen.

Die heutige Konferenz soll uns mit den integrierten Ansätzen der Kinder- und Jugendpolitik in Europa vertrauter machen. Das brauchen wir mehr denn je. In den meisten Ländern sind hierfür spezielle Fachministerien zuständig, die allerdings wenig, wenn nicht gar überhaupt keinen Einfluss haben, sobald es um die Verwendung geeigneter Mittel und notwendiger Werkzeuge zur wirksamen Behandlung der tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ursachen für diese Probleme geht, unter denen die benachteiligten Stadtteile so sehr leiden. Wir sollten auf jeden Fall für eine stärkere Koordinierung und größere Integration der politischen Ansätze auf nationaler Ebene plädieren, wobei die Mehrzahl der entsprechenden Aktivitäten auf lokaler Ebene umgesetzt werden können – und sollten – in Zusammenarbeit mit den Kommunalbehörden, der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren.

Ein Kollege beschrieb diese Konferenz als einen gigantischen Workshop, und ich glaube, er hatte recht. Sie alle zusammen repräsentieren 123 Städte aus 32 europäischen Ländern. Viele von Ihnen haben mit denselben Problemen zu kämpfen. Diese Konferenz wird Gelegenheit bieten, sich über Lösungsansätze auszutauschen, Lehren aus den negativen Erfahrungen der Vergangenheit und vor allem auch aus den bereits erzielten Erfolgen zu ziehen. Heute haben wir den Berlin-Prozess, morgen den Straßburg-Prozess, dann Madrid und schließlich Bukarest, und wir schaffen ein Netzwerk aller Partnerstädte, die sich über die Instrumente der sozialen Integration austauschen werden.

Eine ganze Generation den benachteiligten Stadtteilen in Europa entstammender Jugendlicher akzeptieren es nicht mehr, unbemerkt zu bleiben. Diese Jugendlichen sind zornig, weil man sie nicht respektiert, zornig, weil sie nicht wie seinesgleichen behandelt werden. Sie wollen Bildung und Arbeit. Sie wollen keine Almosen, sie wollen ihren Beitrag leisten. Und dieser Beitrag ist beachtenswert. In ihre Zukunft investieren darf nicht so aussehen, als wolle man nur die negativen Aspekte im Zaum halten, es muss bedeuten, das blühen und reifen zu sehen, was unsere Gesellschaften an Positivem haben.

Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam einen großen Schritt vorwärts machen und Theorie in die Praxis umsetzen können. Damit meine

ich, dass wir nicht nur Strategien entwerfen, sondern sie auch in die Tat umsetzen werden. Was wir zur Zeit am ehesten brauchen, ist Integration durch Beteiligung mit starker Unterstützung Jugendlicher für Jugendliche.

## **Fabienne Keller, Oberbürgermeisterin der Stadt Straßburg**

Die Frage nach der Jugend und ihrer Zukunft in den benachteiligten Nachbarschaften stellt sich täglich mit neuer Schärfe in all unseren Ländern und Städten. Sie ist vielleicht eines der Charakteristika, die die Gesamtheit der europäischen Gesellschaft und, allgemeiner gesprochen, der westlichen Welt prägen: es wird für uns immer schwieriger, die Jugendlichen in die Gesellschaft, die Arbeitswelt, in Bildung und Berufsausbildung zu integrieren.

Die Methoden und Instrumente, mit denen wir vor zwanzig Jahren noch für den sozialen Aufstieg sorgten, scheinen heute keine geeigneten Lösungen mehr zu bieten. Mehrere Symptome, die ausführlich schon während der Berliner Konferenz im November 2004 analysiert wurden, sorgen fortlaufend für Besorgnis unter all denen, die öffentlich Verantwortung tragen:

- Das Problem des Zugangs zu Bildung und Berufsausbildung ist allen europäischen Ländern gemein. Die jüngste, in Deutschland durchgeführte PISA-Studie zeigt sehr deutlich, dass der soziale Status der Eltern die Zugangschancen ihrer Kinder zu Bildung und Berufsausbildung bestimmen.
- Man könnte auch die Probleme der Kriminalität und der Gewalt in Schulen aufwerfen, die die ohnehin schon fragilen Bevölkerungsgruppen noch mehr schwächen und den vielen Ungerechtigkeiten eine neue hinzufügen.
- Außerdem müssen wir Antworten auf die soziale und alle anderen Formen von Diskriminierung finden.
- Und nicht zuletzt stellt sich auch die Frage nach der Identität und Bürgerschaft, d. h. nach der Beteiligung der Jugend am „politischen“ Leben (den Terminus „politisch“ muss man dabei in seiner größtmöglichen Bedeutungsvielfalt verstehen), am „politischen“ Leben in ihrem Quartier, ihrer Stadt, ihrer Region und ihrem Land.

Angesichts dieser ganzen Reihe von Problemen, die durchaus schwerwiegend sind, müssen wir, so meine ich, neue Lösungen erfinden. Wir müssen *tabula rasa* machen mit unseren überkommenen Vorstellungen und Vorurteilen, all den Schemata also, nach denen unsere Ge-

sellschaft bisher funktionierte und mit denen sie die Jugendlichen in das gesellschaftliche, ökonomische, kulturelle bzw. politische Leben integrierte. Dieser Bruch mit unseren Mentalitäten, Gewohnheiten und der Art und Weise, wie wir schon immer vorgingen, vollzieht sich nicht von allein. In Frankreich haben wir hierfür ein ganz besonderes Beispiel. Es reichte, dass ein Minister von „positiver Diskriminierung“ sprach, um ihn der Schmach preiszugeben.

Ich wüsste allerdings nicht, wie man die Frage der Jugend und der benachteiligten Stadtteile ohne die „positive Diskriminierung“ in Angriff nehmen könnte, das heißt, ohne die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln, die sie dort benötigen. Es geht nicht darum, die Bevölkerung in den überforderten Nachbarschaften zu bevorzugen; es geht vielmehr darum, die Politik der gelebten Wirklichkeit anzupassen, im alltäglichen Leben, mit Beteiligung der Bewohner, und mit Hilfe des Eingreifens der öffentlichen Gebietskörperschaften gegen die sozialen Ungleichheiten anzugehen.

Genau das ist das Prinzip der Chancengleichheit, eines Wertes, den alle Länder des Europarates teilen, einem Wert aber auch, den wir, die gewählten Kommunalpolitiker und öffentlich Verantwortlichen mit Leben füllen und praktizieren müssen. Mehr denn je bin ich davon überzeugt, dass wir mit Einfallsreichtum und Kühnheit ans Werk gehen müssen. Wir müssen mit der Logik der Krise ein für allemal brechen und zur Hoffnung zurückfinden. Daher denke ich, dass die Konferenz des Europarates ein hervorragender Ansatz sein kann, die Herausforderungen anzunehmen, vor die uns unsere Jugend heute stellt.

Die Jugendlichen in unseren Quartieren stellen uns Fragen. Sie fragen uns, was die Grundlage unserer Gesellschaft, unsere Werte, unsere politischen Grundsätze eigentlich ausmacht. Wir müssen auf jede einzelne dieser Fragen antworten. Das ist unsere Rolle, das ist unsere Aufgabe. Fertige Antworten gibt es dabei nicht. Sie müssen erfunden werden, im Austausch der Gedanken und Erfahrungen, in der Auseinandersetzung und auf dieser Konferenz, die hier und heute dank der Entschlossenheit und des Engagements des Europarates und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas in Straßburg beginnt.

## **Valéry Genniges, Kabinett des französischen Ministers für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände**

Es ist mir eine große Freude, heute hier den Minister für Jugend, Sport und Vereinswesen, Herrn Jean-François Lamour vertreten zu können. Schon an der offiziellen Bezeichnung unseres Ministeriums erkennen Sie, warum das Thema, zu dem Sie sich hier und heute zusammenfinden, für uns ein wichtiges Anliegen und zugleich auch ein bedeutendes Betätigungsfeld unseres Referats im Ministerium ist.

Die Diagnose der Schwierigkeiten, die alle überforderten Nachbarschaften in Europa prägen, ist klar, und die Symptome sind überall in Europa spürbar, auch wenn ich hierbei besonders an die Ereignisse des vergangenen Herbstes in Frankreich denke. Die Schwierigkeiten, mit denen die Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Quartiere zu kämpfen haben, sind vielfältig und betreffen in letzter Konsequenz die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Die Berichterstattung hierüber in den Medien lenkte die Aufmerksamkeit auf die jungen, zuweilen sehr jungen Menschen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Schwierigkeiten einer umfassenden Lösung bedürfen.

Abbau der Ungleichheiten, bewusste Konzentrierung auf die betroffenen Quartiere, Beteiligung der Bevölkerung und insbesondere der Jugendlichen, Kohärenz zwischen den von den unterschiedlichsten Akteuren vor Ort durchgeführten Maßnahmen, Effizienz und Evaluation – das sind die Stichwörter, an denen sich unsere Arbeit orientieren muss, und die große Herausforderungen für die öffentliche Politik heute und in den kommenden Jahren bedeuten.

In diesem Sinne möchte ich eine in Frankreich gemachte Erfahrung mit Ihnen teilen: die sog. lokalen Bildungsvereinbarungen (*contrats éducatifs locaux*). Die Frau Oberbürgermeisterin wird mir gewiss nicht widersprechen, weil die Stadt Straßburg seit jeher führend auf diesem Felde ist. Es handelt sich dabei um eines der bedeutsamsten Beispiele für partnerschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der öffentlichen Politik. Überlegungen zur Bildungs- und Präventionsproblematik führten alle beteiligten Akteure schnell zu einer Bündelung ihrer Anstrengungen. Diese Politik ist das Ergebnis eines langen Prozesses, der auch auf der nunmehr 20-jährigen, starken Dezentralisierung der französischen Verwaltung basiert.

Nach einer ersten Phase der Umsetzung unmittelbar durch die für lokale Politikansätze verantwortlichen Ministerien und der anschließenden gemeinsamen Fortführung mit

den kommunalen Gebietskörperschaften und lokalen Initiativen ist heute der Augenblick der Partnerschaften und integrierten Politikansätze gekommen. Was ist nun eine lokale Bildungsvereinbarung? Ganz einfach die Bündelung aller von den verschiedensten Akteuren im Rahmen eines gemeinsamen Bildungsprogramms durchgeführten Maßnahmen. Ich sage „ganz einfach“, aber Sie, die Sie ja vor Ort arbeiten, wissen sehr gut, dass ein solches Vorgehen täglich neues Engagement und neuen Einsatz erfordert.

Konkret:

- die unterschiedlichen Ministerien an einen Tisch bringen – das Ministerium für Jugend und Sport, das nationale Bildungs- und vor allem Kultusministerium –, die lokalen Gebietskörperschaften – Städte, Gemeindeverbände, Departements und hier und da auch die Region –, das Vereinswesen / die Initiativen, die Bewohner, vor allem die Jugendlichen, aber auch ihre Eltern, die Vertreter und Vertreterinnen der Jugendarbeit u.s.w.;
- gemeinsam die Lage eines Quartiers analysieren, positive und negative Punkte;
- gemeinsame Zielsetzungen festlegen im Hinblick auf Bildung und Prävention;
- die Mittel eines jeden einzelnen Beteiligten allgemein verfügbar machen und
- schließlich die Ergebnisse auswerten.

Das alles sind nicht nur die verschiedenen Etappen der Umsetzung einer lokalen Bildungsvereinbarung, sondern auch die Grundbedingungen für deren Erfolg. Denn für dieses gemeinsame Bemühen um Bildung und Prävention bedarf es eines integrierten Ansatzes. Selbstverständlich reiht sich diese Politik mit denselben Kohärenzanforderungen ein in den größeren Rahmen der öffentlichen Förderung der von Ausgrenzung, Diskriminierungen, Gewalt und Armut geprägten Quartiere. Daher ist die lokale Bildungsvereinbarung in Frankreich auch Teil einer breiter angelegten Zielvereinbarung, dem *contrat de ville*, der alle Bereiche staatlicher Förderung umfasst: soziale Eingliederung, Kriminalitätsprävention, Zugang zu Recht, Alphabetisierung, soziale Mediation, Gesundheitswesen, Schulförderung, Freizeitangebote, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung etc.

Dies ist nur ein Beispiel, das natürlich ausgewertet werden muss, und in den Workshops werden Sie morgen viele andere Beispiele aus ganz Europa kennenlernen. „Think global, act local“, forderte der Wirtschaftsjournalist Theodore Lewitt 1983. Beherzigen wir diese Aufforderung in unserem Sinne. Denn das Wesentliche an unserer heutigen Zusammenkunft

sind sowohl der Austausch von Erfahrungen und guter Berufspraxis (warum eigentlich nicht auch schlechter?), als auch die Möglichkeit, auf dieser Grundlage Instrumente für das weitere Vorgehen zu entwickeln.

Unsere Sorgen sind dieselben. Dies belegen die immer zahlreicheren europäischen Initiativen auf diesem Feld. Gemeinsam mit unseren deutschen Partnern wollten wir in unserer Kooperation das Hauptaugenmerk auf die Integration der Jugendlichen lenken. Sie wird auch das zentrale Thema des kommenden deutsch-französischen Ministerratstreffens am 14. März 2006 in Berlin sein. Wir haben in der Europäischen Union die Initiative des Europäischen Jugendpaktes lanciert, die genau diese Frage nach der Rolle der Jugendlichen in der Politik der sozialen Integration und der Verwirklichung der Lissabonstrategie stellt; und dieser Jugendpakt wird nun gerade zu einem Zeitpunkt umgesetzt, wo wir sehr große Hoffnung in sein Gelingen setzen.

Sie sehen also, dass es zahlreiche Stellen gibt, die Ihre Arbeiten durchaus als Inspiration begreifen. Diese Konferenz muss nützlich sein, dem Handeln zweckdienlich, sinnvoll für die Antworten, die wir alle für die Probleme benachteiligter Quartiere finden müssen. In diesem Sinne lag dem Ministerium für Jugend, Sport und Vereinswesen auch sehr daran, sich dieser ausgezeichneten Initiative des Europarates und des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend anzuschließen. Und ich danke hier auch allen Beteiligten für ihr Engagement. Herr Minister Lamour ist seinerseits sehr an den Schlussfolgerungen Ihrer Arbeit interessiert und wird sie auch gern in allen Referaten unseres Ministeriums berücksichtigen, deren Aufgabe es ist, den Jugendlichen in den betroffenen Quartieren die Antworten zu geben, die sie von uns erwarten.



# „Der Berlin-Prozess und seine Folgen“ – Statements der Veranstalter

## Ulrich Bohner, Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates

Zunächst möchte ich mich sehr herzlich dafür bedanken, dass Sie hier so zahlreich zu uns gefunden haben. Immerhin sind ja von den 46 Mitgliedstaaten des Europarates 32 hier vertreten mit Teilnehmer/innen aus 123 Städten. Dies spricht dafür, dass dieser Gedankenaustausch hier durchaus interessiert. Dafür gibt es, glaube ich, auch einige aktuelle Gründe, wenn man sich erinnert an das misslungene Referendum über die Europäische Verfassung, so, wie es in Frankreich und in den Niederlanden stattgefunden hat, oder an die Unruhen der Jugendlichen, die es vor zwei Monaten hier in Frankreich gegeben hat.

Heute morgen konnte man in den Medien hören und lesen, dass laut jüngsten Meinungsumfragen 80% der Franzosen heute denken, dass sich solche Aufstände jederzeit wiederholen könnten. Und mehr als 80% meinen gleichzeitig, dass die bisherige Politik nicht ausreicht, um wirklich an die Wurzeln dieser Probleme zu greifen und die Herausforderungen anzunehmen, denen unsere Städte sich heute gegenüber sehen. Diese Problematik beschränkt sich natürlich nicht auf Frankreich, und ich bin auch kein Meinungsumfragefetischist. Aber ich glaube schon, dass man berechtigterweise besorgt sein sollte, und das beunruhigt auch unsere Kommunal- und Regionalpolitiker/innen, die an unserem Kongress teilnehmen.

Natürlich gibt es hier und da auch positive Reaktionen mit dem Bestreben, diese Situationen in einen politischen Kontext zurückzuführen, wo sie auch hingehören, da die gewählten Politiker/innen den jungen Leuten, die vor mannigfachen Problemen stehen, auch zuhören sollten. Ein gutes Beispiel: viele Jugendvereine sind erfolgreich in Frankreich mobilisiert und ermutigen die Jugendlichen, sich in die Wahllisten einzutragen, damit sie an den nächsten Wahlen teilnehmen können. In diesem Sinne schlussfolgerte Brüssel ja auch als Reaktion auf das Referendum in Frankreich zum Europäischen Verfassungsentwurf, dass man mehr Dialog braucht. Mehr Dialog mit der Bevölkerung im allgemeinen, aber vor allem mehr Dialog mit den Jugendlichen. Im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates haben wir diese Ereignisse selbstverständlich nicht abgewartet, um jetzt die Bedeutung der Partizipation zu entdecken. So kann man beispielsweise schon in der Einleitung der Europäischen Charta der Kommunalen Selbstver-

waltung, die vor nunmehr 20 Jahren von fast allen Mitgliedstaaten des Europarates, abgesehen von vier Ausnahmen, ratifiziert wurde, lesen: „In der Erwägung, dass das Recht der Bürger auf Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten einer der demokratischen Grundsätze ist, die allen Mitgliedstaaten des Europarates gemeinsam sind...“. Diese Charta wurde 2001 durch eine Empfehlung des Ministerausschusses zur Beteiligung der Bürger am öffentlichen, kommunalen Leben ergänzt, und das ist ein sehr umfassender Text, der zugleich auch viele Denkanstöße gibt.

Wir haben auch an spezifischen Themen gearbeitet, zum Beispiel der Teilhabe von Ausländer/innen am öffentlichen, kommunalen Leben, und wir haben eine Konvention des Europarates aus dem Jahre 1992, die aber leider in den Mitgliedstaaten nicht sonderlich erfolgreich war, denn nur acht von ihnen haben sie ratifiziert. Mindestens drei andere haben sie unterzeichnet, ohne sie bis heute zu ratifizieren. In gewisser Hinsicht ist sie gescheitert, was sich möglicherweise dadurch erklären lässt, dass die Europäische Union Ausländer/innen durch den Maastricht-Vertrag zwischenzeitlich das Wahlrecht gewährt hat. Aber das reicht nicht aus, weil viele Ausländer/innen, die unter uns leben, nicht aus der EU stammen. De facto erhielten sie durch den Maastricht-Vertrag nicht das Recht, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen.

1992 initiierten wir auch die Europäische Charta für die Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und Region. Diese Charta wurde 2003 revidiert und nach ihrer Verabschiedung durch den Kongress, gemeinsam mit dem Direktorat für Jugend des Europarates, unmittelbar in eine Empfehlung des Ministerausschusses der Mitgliedstaaten umgewandelt. Nun bedeutet dies nicht, dass schon alles erreicht wäre. Wir arbeiten zur Zeit an der Entwicklung eines Leitfadens und einer CD ROM mit guten Beispielen, die aus dieser Charta resultierten, um die politisch Verantwortlichen zu ermutigen, diesen Text aus der Schublade zu holen und umzusetzen.

Natürlich können Konferenzen wie diese, die wir gemeinsam in Berlin mit dem deutschen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend organisiert haben, den Austausch über gute Praxis fördern und die Partizipationsdefizite sichtbar machen. Daher ist das Programm „Soziale Stadt“ und „E&C“, das in Deutschland mit der Absicht aufgelegt wurde, jungen Leuten Entwicklungschancen zu bieten, hilfreich, insbesondere in den benach-

teiligten Wohnquartieren. Und wir begrüßen ausdrücklich das Bestreben der deutschen Institutionen, den Dialog mit anderen europäischen Städten über erfolgreiche, aber auch gescheiterte Projekte bzw. die Gründe des Scheiterns zu suchen. Das ist nämlich der Anfang dieses Prozesses.

Parallel dazu begannen wir mit der Stadt Stuttgart den Prozess der Beteiligung von Ausländer/innen an der öffentlichen Kommunalpolitik, um das Augenmerk darauf zu lenken, was es bereits gibt: Ausländerräte, Ausländervereine usw., und um die guten Beispiele in diesem Bereich hervorzuheben. Auch dabei handelt es sich nicht um ein abgeschlossenes Projekt, im Gegenteil: Wir werden alle gemeinsam den Dublin-Prozess zur Ausbildung, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, für eine bessere Integration von Ausländern starten, um das umzusetzen, was der Kongress und die Stadt Stuttgart den „Pakt für Integration“ nennen. Unsere Städte wissen, wie schwierig es zuweilen ist, wenn man 25, 27, 30 % Ausländeranteil hat und diese Ausländer nicht dieselben Rechte genießen wie alle anderen Staatsbürger.

Nun, was sind denn genau jugendpolitische Ansätze? Es reicht sicher nicht aus, die Gewalt über Polizeiaktionen eindämmen zu wollen. Es liegt auf der Hand, dass das nicht ausreicht, denn die Hauptgründe bleiben nach wie vor dieselben: Die Jugendlichen leben in Ghettos, in denen sie keine ordentlichen Wohnungen haben, keine Arbeit. Dazu kommen zuweilen Drogenprobleme, Gewalt usw., und vor allem der Mangel an Respekt. Es ist ja kein Zufall, dass eine neue feministische Bewegung gerade in den französischen Vororten entstanden ist: Die Bewegung „Weder Hure, noch unterworfen“ (*Ni putes, ni soumises*), die in wenigen Monaten eine kleine Schrift verbreitet hat über den Respekt, vor allem den Respekt gegenüber den jungen Frauen in unseren Städten, der ihnen viel zu selten entgegengebracht wird. Wir betrachten daher unsere Aktion nicht als punktuell Handeln, sondern als eine Aktion, die weiterverfolgt werden muss, bis es gelingt, gute Lösungen für die Probleme zu finden.

Zunächst einmal gehen wir davon aus, dass das, was hier auf den Tisch kommen soll, ein Angebot für alles sein muss. Von einander zu lernen, Arbeitsmethoden, Ergebnisse und Erfahrungen auszutauschen, um Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen wieder Kraft, Selbstvertrauen und Motivation zum Neuanfang zu geben. Es geht darum zu integrieren statt auszugrenzen. Das ist die große Schwierigkeit. Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen. Es darf aus Sicht des Europarates keine Bürger zweiter Klasse ge-

ben. Das gilt sowohl für die Jugendlichen, das gilt für die Ausländer, die bei uns leben und arbeiten. Hier setzt der Berlin-Prozess erfolgreich an.

Ein Schlüssel aus Sicht des Europarates ist die Partizipation, die Beteiligung der Jugendlichen. Unsere Charta zur Beteiligung der Jugendlichen setzt hier den Hebel an. Nur wenn Jugendliche bereit sind, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, und wenn man ihnen die Gelegenheit gibt, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, können wir wirklich dazu beitragen, die Zukunftschancen der Jugendlichen zu verbessern. Die Vernetzung der Arbeits- und Kompetenzbereiche von Sozialarbeiter/innen, NGOs, Jugendorganisationen und gewählten Gemeinde- und Regionalvertreter/innen trägt entscheidend dazu bei, Kräfte und Mittel zu bündeln und neue Initiativen vor Ort – da wo sie gebraucht werden – auf den Weg zu bringen. Hierzu gehört es auch, dass sich die gewählten Vertreter darum bemühen müssen, das Vertrauen der Bürger und insbesondere der Jugendlichen wieder zu gewinnen. Der Kongress hat in diesem Zusammenhang bereits vor mehreren Jahren einen Europäischen Verhaltenskodex für gewählte Vertreter auf der kommunalen Ebene erarbeitet. Einen Kodex, an dem wir auch heute noch festhalten und den wir uns bemühen, in den verschiedenen Mitgliedstaaten des Europarates zu publizieren und zu verbreiten.

Wir behaupten nicht, dass wir irgendwelche Patentrezepte anbieten können, aber sicher kann diese Konferenz Gelegenheit sein, Lösungsansätze zu präsentieren, die dazu beitragen, dass Jugendliche nicht in Ausweglosigkeit und Gewalt abgleiten. Nach Schätzungen der französischen Versicherungsunternehmen haben die Krawalle und Ausschreitungen des letzten Jahres einen Schaden von 200 Mio. Euro verursacht. Wenn man sich einmal vergegenwärtigt, wie viele interessante Projekte man vor Ort für einen solchen Betrag hätte durchführen können und hätte durchführen sollen, um die Eingliederungschancen der Jugendlichen in unsere Gesellschaft zu verbessern. Stattdessen wird lediglich gekittet und repariert, was weitgehend an unzureichender Infrastruktur in den Vorstädten bei solchen Unruhen zu Bruch gegangen ist bis hin zu Schulen, Kindertagesstätten und so weiter.

Ich sehe daher mit Interesse auch die Initiative „Kompetenzagenturen“ in den benachteiligten Stadtteilen, die Herr Dr. Fricke angesprochen hat. Wir brauchen solche Anlaufstellen in den Stadtteilen. Quartiersmanagement setzt vor Ort an, auf lokaler Ebene, da wo Probleme sind, wo sie von den Betroffenen gelebt bzw. erduldet werden. Unser Ansatz muss sein:

Weg vom passiven Erdulden hin zum aktiven Handeln. Nur so können wir zu einer wirklichen Trendwende in den benachteiligten Stadtgebieten beitragen. Sich als ein nützlicher, wertvoller Teil einer Gesellschaft zu empfinden, ist für die Jugendlichen entscheidend. Ich kann mich an meine eigene Jugend erinnern, es war für die Jugendlichen oft sehr viel einfacher, einen richtigen Platz in der Gesellschaft zu finden. Ich sehe heute bei vielen Jugendlichen, dass dieser Prozess für sie sehr schwierig geworden ist.

Die Jugendlichen in Pariser und anderen Vororten sehen genau diese Perspektive für sich nicht mehr. Sie fühlen sich ausgeschlossen und an den Rand eines gesellschaftlichen Systems gedrängt, das für sie keine Verwendung mehr hat, das für sie keine Arbeit mehr hat und das für sie keinen angemessenen Wohnraum bereithält. Es bedarf deshalb der aktiven Mitwirkung der Jugendlichen auf lokaler und regionaler Ebene, um Brücken zu bauen zum besseren gegenseitigen Verständnis durch die konkrete Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten: Jugendlichen, Politikern, Sozialarbeitern und Lehrern. Wir sollten uns hier alle eingeladen und motiviert fühlen, die Chance zu ergreifen, damit von dieser Konferenz eine Art Dominoeffekt für die benachteiligten Stadtteile ausgeht. Der aufzeigt, dass wir gemeinsam eine realistische Chance haben, Ghattobildung zu vermeiden und die Teilhabe aller Bürger und vor allem der Jugendlichen und Kinder an der Entwicklung unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Erlauben Sie mir noch ein paar Worte zu unserer Charta, mit dem Versuch, Ihnen dieses gelungene Instrument des Europarates ans Herz zu legen und zur direkten Anwendung weiterzuempfehlen. Ich möchte in diesem Zusammenhang ein paar Passagen aus der Präambel der Charta zitieren, die belegen, dass anhand dieses Leitfadens Bedingungen geschaffen werden können, die den Jugendlichen endlich den Platz in der Gesellschaft einräumen, der für den Aufbau und die Fortführung einer lebendigen Demokratie unerlässlich ist. Es heißt dort: „Die Herausbildung aktiver Bürger oder der Aufbau einer Demokratie für die Zukunft ist jedoch nicht das einzige Ziel der Einbeziehung der Jugend. Damit ihre Beteiligung sinnvoll ist, ist es unerlässlich, dass die Jugendlichen Beschlüsse und Aktionen schon heute und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt ihres Lebens beeinflussen können.“ In Artikel 59 der Charta heißt es: „Eine wahrhafte Beteiligung am Leben der Gemeinde und der Region muss darauf beruhen, dass sich die Jugendlichen der in ihrem Gemeinwesen im Gange befindlichen gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen

bewusst sind. Das bedingt das Vorhandensein einer ständigen Vertretung oder einer Struktur von der Art eines Jugendrates, Jugendparlaments oder Jugendforums.“

Wir glauben, dass dieser Weg, der in vielen Städten schon seit Jahrzehnten beschritten wird, auch für andere Städte, auch in Zukunft richtungsweisend sein sollte, weil eine Politik für die Jugendlichen ohne die Jugendlichen nicht möglich ist. Die Jugendlichen müssen sich selbst daran beteiligen und die Erwachsenen und insbesondere unsere kommunalen und regionalen Politiker müssen den Jugendlichen dazu die Möglichkeiten an die Hand geben. Wenn wir dies auf dieser Konferenz und vielleicht im Rahmen einer Konferenz im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft in einem Jahr noch weiterführen können, dann hat sich unser Zusammensein hier gelohnt und dann ist es erfolgversprechend und diesen Erfolg möchte ich uns allen und vor allen Dingen den Jugendlichen in unseren Mitgliedstaaten wünschen.

### **Dr. Ralf-René Weingärtner, Direktorat für Jugend und Sport des Europarates**

Ulrich Bohner hat schon so viele wichtige Dinge gesagt, die zu sagen waren, und das braucht nicht wiederholt zu werden. Ich möchte mich deshalb auf einige ergänzende Anmerkungen beschränken. Dieser Programmteil trägt den Titel „Der Berlin-Prozess und seine Konsequenzen“. Lassen Sie mich zuallererst einige dieser Konsequenzen nennen und anschließend einige Wunschvorstellungen äußern bzw. Konsequenzen, die nach meiner Vorstellung in zukünftige Veranstaltungen der 46 Mitgliedstaaten des Europarates fließen könnten.

Der Berlin-Prozess begann aufgrund einer Initiative des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Kongresses der Gemeinden und Regionen und des Direktorats für Jugend des Europarates anlässlich einer Konferenz im November 2004. Was ist bisher geschehen? Ein Ergebnis vom November 2004 ist die gemeinsame Erklärung, die von den Teilnehmer/innen verabschiedet wurde. Diese Erklärung hatte ihre Auswirkungen sowohl auf die Konferenz der Minister für Jugend im September 2005 in Budapest als auch auf die Vorbereitungen der neuen Jugendkampagne „Alle verschieden – alle gleich“ des Europarates, so dass ein positiver Schneeballeffekt erzielt wurde. In 2005 waren es drei Partner, wie ich schon sagte: das deutsche Bundesministerium für Jugend, der

Kongress und das Direktorat für Jugend. Mittlerweile sind auch das französische Jugendministerium und die Europäische Kommission mit an Bord, und wir sind recht optimistisch. Das bringt mich auf die Zukunft: Wir werden noch mehr Partner an Bord nehmen, weitere Regierungen und internationale Institutionen.

In 2004 war noch nicht vorauszusehen, was im Herbst 2005 in Frankreich geschehen sollte. Ich möchte das nicht auf Frankreich beschränken, weil wir dieselben Themen und Probleme in den meisten anderen Mitgliedstaaten auch beobachten können. Im Jugendbereich des Europarates glauben wir, dass die Jugendlichen den Unterschied ausmachen, dass junge Leute nicht etwa das Problem sind, zu dem die Presse und die Medien sie machen, sondern dass sie auch die Lösung der zu beobachtenden Probleme liefern können. Für uns sind die Jugendlichen Partner – und das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis – nein, sie sind Partner im besten Sinne von Partnerschaft. Wir haben Mitscheidungs- und Mitbestimmungspartnerschaften (*Co-Management*, Anm. der Red.) im Europarat, in denen die Vertreter/innen der Jugendorganisationen das selbe Mitspracherecht haben wie die Vertreter/innen der Jugendministerien im Hinblick darauf, was wir planen und wie wir es umsetzen wollen.

Dieses Modell mag nicht von allen Regionen bzw. Regierungen übernommen werden können, aber es ist bereits Realität und wurde – so kann man fast schon sagen – zu einem gewissen Maße imitiert und an spezifische Situationen in den Mitgliedstaaten angepasst. Es gibt dieses Modell schon seit über 30 Jahren, und zwar erfolgreich, wie wir meinen. Oft wurde gesagt, dass wir ja immer nur mit den schon „bekehrten“ Jugendlichen zusammenarbeiten, jungen Leuten mit gutem Willen, die sich politisch korrekt verhalten. Zwar mag darin ein Körnchen Wahrheit liegen, aber wir sollten uns auch klarmachen, dass in der Jugend eine große Kraft liegt, die bisher nur wenig genutzt wird. Viele Jugendliche arbeiten in Jugendorganisationen mit, in politischen und umweltorientierten Jugendorganisationen, bei den Pfadfindern, in religiösen Jugendorganisationen und in Organisationen bzw. Projekten, die gegen jegliche Form von „Ismen“ und für positive Werte kämpfen.

Das bringt mich auf etwas, was die stellvertretende Generalsekretärin heute nachmittag schon sagte, nämlich diese neue Kampagne, die von den Staats- und Regierungschefs der 46 Mitgliedsstaaten des Europarates im Mai 2005 in Warschau ausdrücklich unterstützt wurde: „Alle verschieden – alle gleich“. Dies ist eine Kampagne für die Unterschiedlichkeit, eine Kampagne für Partizipation, eine Kampa-

gne zur Förderung der Menschenrechte, die sich unmittelbar gegen Rassismus richtet, gegen Antisemitismus, gegen Islamfeindlichkeit, gegen die Diskriminierung von Homosexuellen, Minderheiten usw. und für die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau, Mädchen und Jungen kämpft.

Die Kampagne steht in engem Zusammenhang mit dieser Konferenz, aber nicht ausschließlich. Wenn man sich die Themen der Workshops anschaut, dann stehen drei Themen in unmittelbarem, zwei in mittelbarem Zusammenhang mit der Kampagne. Sie wird auf europäischer und nationaler, auf regionaler und lokaler Ebene durchgeführt und startet im Juni 2006. Offiziell endet sie im September 2007. Ich bin mir sicher, dass die Kampagne einen anhaltenden Prozess in Gang setzen wird, so wie das auch der Berlin-Prozess tut. Die Kampagne steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser Konferenz und ich sehe gute Synergien zwischen Konferenzen wie dieser, dem Berlin-Prozess und der Kampagne.

Die Erklärung der Berlinkonferenz in 2004 war schon ein starker Input für die Vorbereitung der Kampagne, und ich bin sicher, dass sich die Ergebnisse, die Sie hier erzielen werden, auch auf die Durchführung der Kampagne auswirken werden. Ich bin sicher, dass unsere Freunde in den Regierungen, die Akteure auf lokaler und regionaler Ebene und unsere Partner in der Jugendarbeit vor Ort schon sehr neugierig auf die Ergebnisse dieser Konferenz sind. Die Organisatoren zählen auf Sie und sind sicher, dass Sie zu unser aller Ziel beitragen werden: Diskriminierung und negative Lebenssituationen Jugendlicher in benachteiligten Quartieren zu überwinden. Wir sind sicher, und ich denke, davon sind alle überzeugt, dass niemand von Ihnen die Patentlösung hat, aber wir haben alle unsere kleinen, guten Beispiele, *Tools* und Instrumente, die Stück für Stück dazu beitragen werden, die Lage in unseren Quartieren zu verbessern.

**Peter Kupferschmid,  
Ministerium für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend der Bundes-  
republik Deutschland**

Was ich bis jetzt erlebt habe, ist beeindruckend. Ich finde es, auch vor dem Hintergrund, dass wir in Deutschland seit 1999 und richtig seit 2000 in dem Bereich engagiert sind, beeindruckend, wie viele Kommunen, wie viele Praktiker hier sind und mit welcher Ernsthaftigkeit sie an das Problem herangehen. Und vielleicht sollte man an dieser Stelle sagen, die Voraus-

setzung dafür, mit Problemen fertig zu werden ist, sie zu erkennen und sie ehrlich, ernsthaft und seriös anzugehen. Wir haben viel davon gehört, was soziale Brennpunkte ausmacht. Ich möchte den einen Punkt hinzufügen und der ist für mich ein sehr zentraler: Die Kinder und Jugendlichen, die in sozialen Brennpunkten leben, leben dort nicht freiwillig. Sie können sich nicht aussuchen, ob sie umziehen, wie das ja viele Familien tun, wenn sie zu Geld kommen. Sie wachsen dort auf und haben weniger oder deutlich schlechtere Chancen als ihre Gleichaltrigen, auf die sie dann in Kindergärten oder spätestens in der Schule treffen. Dies darf in einer Gesellschaft, die auf soziale Gerechtigkeit setzt, nicht passieren. Deshalb ist es so wichtig und von zentraler Bedeutung, dass die Politik sich um dieses Problem kümmert.

Wenn Kinder und Jugendliche also eine Welt als normal erlernen, in ihr aufwachsen und diese sich nachher in der Gesellschaft als Außenseiterposition darstellt; wenn sie als normal erfahren, dass der Verdienst ihrer Eltern nicht erarbeitet wird, sondern vom Staat kommt; wenn sie als normal erfahren, dass öffentliche Einrichtungen weit, weit weg sind; wenn sie als normal erfahren, dass Gewalt, Unruhe herrscht, dass öffentliche Plätze und Straßen in ihrem Stadtteil nicht die Qualität haben wie anderswo, dann muss man sich nicht wundern, wenn sie dann später als Teenager, als Twens und als Erwachsene sich ganz anders in ihrer Gesellschaft bewegen als die Kinder und Jugendlichen, die in anderen Stadtteilen groß geworden sind, die unsere Gesellschaft mit einem sehr viel menschlicheren Gesicht erlebt haben.

Es ist unsere Aufgabe, hier eine Brücke zu schlagen und Solidarität einzubringen. Und das fängt sehr früh an. Wir haben die Daten in Deutschland, dass diejenigen, die in sozialen Brennpunkten aufwachsen, eine geringere Lebenserwartung haben als die Menschen, die anderswo aufwachsen. Wir wissen, dass die Frage der Gesundheitsvorsorge, ganz schlicht zum Beispiel Zähne putzen, dort ein sehr viel größeres Problem ist als anderswo. Wir wissen auch, dass Eltern und Familien in diesen Sozialräumen häufig überfordert sind und wir sind gehalten, und ich glaube, das ist der erste Schritt, zu schauen, was wir tun können und was wir hier ergänzen können.

Für mich sind vier Punkte zentral. Der erste ist, was ich als integrierte Strategien oder Querschnittsaufgabe bezeichne: Wir haben viele Ämter und Strukturen und ich habe mir als Utopie schon oft gedacht, dass, wenn alles Geld, was irgendwo im Territorium eines sozialen Brennpunkts ankommt, völlig frei wäre und frei verwendet werden könnte und sich alle zusammensetzen und überlegen, was sie

damit täten, ganz unerwartete Resultate erzielbar wären. Nun geht es nicht, weil Gesellschaft Strukturen und Spielregeln hat, die auch ihren Sinn machen. Aber es ist notwendig, dass Arbeitsämter, Sozialämter, Schulen, Ärzte, Krankenkassen, Kirchen, Projekte zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen und dann ist schon sehr viel erreicht.

Der zweite Punkt, ohne den es nicht geht, ist die Hoffnung und die Eigeninitiative. Hoffnung und Aufwärtsbewegung sind nur möglich, wenn es die Bewohner selbst wollen. Bei Jugendlichen sagen wir, Partizipation, Beteiligung: Wir müssen lernen, sie ernst zu nehmen und wir müssen Wege finden, sie so zu begeistern, sie so anzusprechen, dass sie bereit sind, sich selbst um ihre Stadtteile zu kümmern und von selbst merken, dass Autos oder Schulen anzünden nun wirklich nicht der richtige Weg in eine bessere Zukunft ist.

Der dritte Punkt und das ist das Thema Nr. 1, zumindest in Deutschland bei Kindern und Jugendlichen, ist die Frage der beruflichen Zukunft. Was habe ich später an beruflicher Zukunft, wenn ich, und das ist der zweitwichtigste Wunsch, Familie gründen will, habe ich dann auch Arbeit, habe ich die Möglichkeit, Familie überhaupt zu realisieren. Wir werden alle an dieser Frage der beruflichen Zukunft gemessen werden und wenn wir dort nicht erfolgreich sind, werden wir kaum eine Chance haben. Es gibt die Europäische Beschäftigungsstrategie, es gibt viele Ansätze und ich glaube, die Konferenz wird auch da einiges an Ergebnissen bringen. Der vierte Punkt: Überall dort, wo wir die Probleme haben, haben wir einen weit überproportionalen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. So nennen wir das mit all dem, was zusammen kommt. Die Probleme sind vielleicht qualitativ keine anderen als bei denen, die einen deutschen Hintergrund in Deutschland haben oder einen französischen Hintergrund in Frankreich, aber sie sind eben dort, wo sich der Migrationshintergrund konzentriert und rein von der Quantität erheblich größer. Und insofern ist das eindeutig: Wenn wir es nicht schaffen, diese Kinder und Jugendlichen zu integrieren, auch in die Gesellschaft zu integrieren mit all dem, was eine Gesellschaft ausmacht, werden wir kaum eine Chance haben.

Abschließend: In der Jugendforschung liegen noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Ich erlebe viele Praktiker, viel Kreativität, viele und ganz tolle Projekte, aber mir fehlt häufig die Hilfe, die ich fachlich bräuchte, um dieses in allgemein gültige Strategien umzugießen – deshalb hier auch der Wunsch an die Jugendforschung. Diese Tagung muss sich letztlich an ihrem Erfolg messen lassen und Erfolg wird

sein, inwieweit wir es schaffen, zu diesen Problemen konkrete Lösungen, Strategien zu entwickeln, die vor Ort in den Kommunen, in den Städten, in den Stadtteilen helfen. Ich will uns allen ganz zum Schluss eigentlich nur noch ein Beispiel mit auf den Weg geben: Es gibt in der Bibel im Alten Testament das Beispiel eines Vaters, der eine große Familie mit vielen Kindern hatte. Einer der Söhne wollte nicht einsehen, dass es Dinge gibt, die nur gemeinsam lösbar sind, die den Konsens und die Zusammenarbeit aller erfordern. Der Vater hat dem Sohn ein Bündel von Ruten in die Hand gedrückt und hat ihn aufgefordert, es zu zerbrechen. Er konnte dies nicht. Dann hat er das Bündel aufgebunden und ihm eine einzelne Rute in die Hand gegeben. Es war sehr einfach, diese zu zerbrechen. So hat er seinem Sohn deutlich gemacht, dass Gemeinsamkeit und Solidarität stark macht. In sozialen Brennpunkten wird es nur aufwärts gehen, wenn wir zusammenarbeiten und wenn wir aus vielen einzelnen Disziplinen, aus vielen einzelnen Ansätzen zu einer gemeinsamen neuen und solidarischen Strategie für soziale Brennpunkte kommen.

### **Abschlussrede: Yavuz Mildon, Präsident der Kammer der Regionen, Kongress der Gemein- den und Regionen des Europa- rates**

Ende der 1980er Jahre wurde mit dem „Wohnkomplex für die Jugend“ eine neuartige Initiative in Moskau gestartet. Der erste dieser Komplexe wurde in Saburovo am Stadtrand gebaut. Dieses Quartier war für junge Familien gedacht, verfügte über ein eigenes Statut und einen von den jungen Familien selbst gewählten, eigenen Verwaltungsrat – eine Miniregierung, wenn man so will. Der Komplex hatte seine eigenen Geschäfte, Sport- und Freizeitanlagen und diverse Kleinunternehmen. Die Bewohner hatten das Gefühl, zu einer großen Familie zu gehören, die ihre Zukunft selbst in die Hand nahm, und erlebten zum ersten Mal Demokratie, da sie ihre „Regierung“ selbst wählten.

Dieses innovative Projekt war nur möglich, weil es von der Stadt Moskau unterstützt wurde. Heute, zum Ende dieser Europäischen Fachkonferenz über soziale Brennpunkte, ist die Notwendigkeit, weitere Projekte dieser Art aufzulegen, für jeden von uns offensichtlich. Die überforderten Nachbarschaften, die von der Mehrheit eher als Sicherheitsproblem denn als soziale Frage begriffen werden, sind sich schon viel zu lang selbst überlassen. Und dennoch hat die Gewalt des letzten Jahres in den Städten klar gezeigt, dass man für die

Wiederherstellung eines Klimas der Sicherheit, von dem alle Mitbürgerinnen und Mitbürger profitieren, einerseits die sozialen Ursachen der Armut bekämpfen muss, als da sind Integrationsdefizite, mangelhafte Bildung und Berufsausbildung sowie die Arbeitslosigkeit, und andererseits mit den Vorurteilen und Klischees aufräumen muss, die gemeinhin mit diesen Quartieren in Verbindung gebracht werden.

Die französischen Versicherungsgesellschaften schätzen die Kosten für die aus dem Aufruhr des vergangenen Jahres entstandenen Schäden auf 200 Mio. Euro. Stellen wir uns einen Augenblick nur vor, was man alles hätte machen können, wenn dieses Geld sinnvoll in die benachteiligten Stadtteile und spezielle, zielgerichtete Projekte investiert worden wäre, anstatt es für die Schadensbeseitigung auszugeben.

Anlässlich der Eröffnung des Forums des Europarates zur Zukunft der Demokratie im vergangenen November unterstrich der Hauptredner, Timothy Ash, die wesentliche Bedeutung der Kommunalbehörden für die Entwicklung der benachteiligten Stadtteile und die der Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger vor Ort, einschließlich der Ausländerinnen und Ausländer, am demokratischen Prozess, und zwar dergestalt, dass sie sich in die Gesellschaft integrieren, ihren Anliegen Ausdruck verleihen und vertreten sind. Als Präsident der Kammer der Regionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen möchte ich gern hinzufügen, dass die Beteiligung auf regionaler Ebene ebenfalls wichtig ist, selbst wenn der Prozess naturgemäß auf der lokalen Ebene beginnt. Denn die Regionen sind keine abstrakten Gebilde, sondern Zusammenschlüsse der Gebietskörperschaften. Indem wir auf der lokalen Ebene zuerst handeln, können wir neue Initiativen auf die regionale und letztendlich auf die nationale und europäische Ebene ausdehnen. Dies ist der einzige Weg zum Erfolg.

Aus diesem Grund war diese Konferenz auch so wichtig. Sie bot uns Gelegenheit, die verschiedenen Ansätze aus 123 Städten Europas und den Vereinigten Staaten miteinander zu vergleichen. Sie verdeutlichte, dass es notwendig ist, in den benachteiligten Stadtteilen integrierte Politikansätze für die Kinder und Jugendlichen, und ich möchte noch hinzufügen: auch ihre Eltern, zu verwirklichen. Sie erinnerte uns daran, dass der Europarat mit seiner europäischen Dimension schon jetzt dank seiner Konvention zur Beteiligung von Ausländern am politischen Leben auf lokaler Ebene und seiner Revidierten Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region eine gute Rechtsgrundlage für die Politik der Integration und Partizipation geschaffen hat.

Vor allem sorgte diese Konferenz aber auch für den Fortschritt des im November 2004 in der deutschen Hauptstadt eingeleiteten Berlin-Prozesses. Ich bin überzeugt, dass weitere Städte die Staffel übernehmen werden – durch Konferenzen, aber auch zielgerichtete, innovative Maßnahmen auf lokaler Ebene. Wir müssen die Theorie in die Praxis umsetzen, den Worten Taten folgen lassen, die beschlossenen Politikansätze mit Leben füllen. Das müssen wir tun, denn wir bauen ein Europa des sozialen Zusammenhalts, das die Ausgrenzung bestimmter Gebiete und Menschen nicht tolerieren darf, nur weil diese Menschen in jenen Vierteln leben. Wir müssen überall für Chancengleichheit sorgen. Das ist die einzige Möglichkeit, die Menschenrechte zu verteidigen, und das ist ja schließlich die eigentliche Berufung und Primäraufgabe des Europarates.

Ich würde sagen, dass die wichtigste Schlussfolgerung – oder gar der Appell, wenn Sie so wollen – aller fünf Arbeitsgruppen dahin geht, die Jugendlichen in den überforderten Nachbarschaften zu betrachten wie alle anderen Jugendlichen woanders auch: als Chance für die Zukunft, unsere Chance für die Zukunft. Sie nicht stigmatisieren, ihnen kein Etikett aufkleben, anstatt dessen negative Stereotypen aufbrechen, die wir manchmal haben. Wenn wir ihnen helfen wollen, brauchen wir ganzheitliche Ansätze, das vereinte Bemühen aller beteiligten Akteure, der nationalen Regierungen, der Stadträte, der Zivilgesellschaft und der Sozialarbeiter.

Wir brauchen eine kohärente Politik auf lokaler Ebene, den echten Dialog der Kommunalregierung mit den Praktikerinnen und Praktikern der Jugendarbeit, mit den Jugendlichen selbst, die oft einzig und allein auf der Grundlage ihres jeweiligen Wohlstandsniveaus diskriminiert werden, allerdings ein Recht darauf haben, respektiert zu werden wie jeder andere.

Eine Arbeitsgruppe unterstrich, wie wichtig es auch ist, dass die Jugendlichen untereinander aktiv sind – dies betrifft vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die Schaffung von Jugendorganisationen, die zum einen den Neuankömmlingen die Integration in die Gesellschaft erleichtern und zum anderen den interkulturellen Dialog, das interkulturelle Verständnis und die Akzeptanz der jeweiligen Andersartigkeit fördern. Und natürlich brauchen wir auch den Dialog zwischen Jugendarbeitern, Jugendforschern und Jugendpolitikern – eine bessere Kommunikation zwischen Forschung, Politik und den Nichtregierungsorganisationen. Praxisorientierte Forschung muss hierbei die Grundlage für politisches Handeln sein; zugleich müssen die Nichtregierungsorganisationen auch die die Jugendlichen betref-

fenden Ergebnisse der Forschung so weit wie möglich berücksichtigen.

Zusammenfassend möchte ich allen Teilnehmer/innen dieser Konferenz dafür danken, dass Sie ihre Zeit und Energie für dieses wichtige Thema opferten – die Kinder und Jugendlichen in den sozialen Brennpunkten unserer Städte. Wir dürfen nie vergessen, dass die Investition in sie eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaften bedeutet. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass der Berlin-Prozess ein nachhaltiger Prozess zum Wohle der zukünftigen Generationen wird. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement und hoffe, Sie mit neuen Projekten und neuen Initiativen bald wiederzusehen.

# Von Konferenzen zu sozialer Koproduktion – zur Notwendigkeit einer integrierten Jugendpolitik und transkommunalen Zusammenarbeit in Europa

## Zusammenstellung der Positionen der Teilnehmer/innen an der Podiumsdiskussion

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Rückkopplung der Konferenzergebnisse an die Perspektiven des transkommunalen Austauschs. Dabei wurden noch einmal aus unterschiedlicher Sicht zentrale Herausforderungen für die Integration junger Menschen in den Städten formuliert. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang das Thema Partizipation und Beteiligung junger Menschen. Beispiele aus der Praxis zu möglichen Strategien für die Integration benachteiligter junger Menschen wurden zusammengetragen.

Abschließend folgen Empfehlungen der Podiumsteilnehmer/innen zur Fortführung des Berlin-Prozesses.

## Der Berlin-Prozess – Transkommunale Kooperation in Europa

### Peter Lauritzen

Der Berlin-Prozess. Was ist ein Prozess, politisch gesehen? Sicher mehr als nur eine Konferenz pro Jahr, aber mehr haben wir im Moment nicht. Was ist so originell an Städtetreffen in Europa? Städte treffen sich ständig, sie arbeiten auf vielen verschiedenen Ebenen zusammen. Haben wir nicht mehr zu bieten? Was ist so neu am Thema Marginalisierung? Wenn ich mir die Texte über Jugendaustauschprogramme ansehe, die über die Jahre hinweg in Europa verfasst wurden, sei es von der EU oder vom Europarat, finde ich dort ausführliche Passagen, in denen vorgeschlagen wird, benachteiligte Jugendliche sollten die ersten sein, die von diesen Austauschprogrammen profitieren. Tatsächlich aber haben viele Organisatoren große Schwierigkeiten, die Schüler/innen, die normalerweise an diesen Austauschprogrammen teilnehmen, als benachteiligte Jugendliche zu bezeichnen. Man könnte also sagen, dass das, worüber wir sprechen, tatsächlich existiert. Aber stimmt das denn? Was ist denn so spezifisch an unserer Zusammenarbeit, was ist denn so spezifisch an dem, was wir in Berlin getan haben, und was ist so spezifisch an dem, was wir hier in Straßburg tun?

Ich würde vier Voraussetzungen nennen: Eine ist die Entscheidung, in benachteiligten oder belasteten Stadtteilen zu arbeiten. Dabei geht es nicht nur um die Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden, sondern auch um die Entscheidung, in Gebieten zu arbeiten,

die innerhalb einer Stadt benachteiligt sind. Die zweite Voraussetzung ist, mit jungen Menschen unter 25 zu arbeiten und sich auf diese Menschen in benachteiligten Stadtteilen zu konzentrieren. Die dritte Voraussetzung ist – und diese ist der Grund, warum ich über Jugendaustauschprogramme gesprochen habe und über die Bedingung, dass sie hauptsächlich benachteiligten Jugendlichen zur Verfügung stehen sollten – ,dass wir ein politisches Modell integrierter Kinder- und Jugendpolitik fördern. Und schließlich, um es kurz zu machen, eine politische Botschaft: Europa darf nicht nur einer Elite gehören. Europa muss ein sicherer Lebensraum für alle werden, auch für alle jungen Menschen. Doch wenn das so ist, dann sind wir mit der Gefahr konfrontiert, dass es genau zu dem wird, was es nicht werden soll. Ich denke, wenn man sich tiefer mit den Gründen für das „Nein“ Frankreichs zur europäischen Verfassung auseinandersetzen würde, oder mit dem „Nein“ der Niederlande, würde man auf einige sehr unbequeme Wahrheiten stoßen, die darauf hindeuten, dass Europa heute als eine Sache der Elite und nicht als etwas wahrgenommen wird, das alle angeht.

### Hilde Zach

Ich darf Ihnen sagen, dass sich die Stadt Innsbruck, die ca. 120.000 Einwohner plus 30.000 Studentinnen und Studenten hat, durch ein sehr starkes Vereinsleben auszeichnet mit über 200 Sportvereinen, 100 kulturellen Vereinen musischer Ausrichtung, mit einer Musikschule, die fast 4.000 Jugendliche und Kinder das ganze Jahr über begleitet, teilweise auch kostenlos und sozial treffsicher. Daraus bilden sich jugendliche Musikbands, die unterstützt werden. All das sind Türen, die man Kindern und Jugendlichen öffnen kann. Gleichzeitig erreichen wir sie auch damit. Diese Konferenz geht aber noch einen wesentlichen Schritt weiter und ich begrüße das außerordentlich. Sie bezieht sich explizit auf benachteiligte Jugendliche. Das sind zum einen die Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das sind aber auch jene, die durch den nicht vorhandenen Wohlstand oder durch den Bildungsgrad der Eltern benachteiligt sind und die ebenfalls mit eingebunden werden müssen. Ursula von der Leyen hat etwas Wesentliches gesagt: Wir müssen in der Politik schauen, dass dieses Mitmachen, dieses Begeistern, dieses Aktivwerden, dieses Erlernen und damit die Schaffung eines Selbstbewusstseins bei den Jugendlichen vor Ort er-



reicht wird. Jugendlichen, denen von der Gesellschaft signalisiert wird „Wir brauchen euch nicht.“ sind eine tickende Bombe und – wir haben es in Frankreich gesehen – sie sind zu allem fähig, glauben Sie es mir. Deswegen bin ich so dankbar für diese Konferenz und biete meine Mitarbeit an. Es ist richtig, es müssen sich die Städte zusammentun, es müssen die Erfahrungen rasch ausgetauscht werden. Wir müssen also voneinander lernen effizienter zu werden, damit der Einsatz der Mittel und der persönlichen Betreuung und Unterstützung und des Wissensmanagements möglichst rasch Erfolge zeitigt. Es geht nur mit solchen Konferenzen.

### **Hibat Tabib**

In einer Zeit, in der Arbeitslosigkeit, Armut, Gewalt und die Angst vor dem Mitmenschen die Aufnahmebereitschaft und die Annäherung der Generationen bedrohen, bedarf es dringend und verstärkt lokaler Entwicklungsprojekte auf kommunaler Ebene. Meines Erachtens muss man stets mit der Stärkung sozialräumlicher Projekte auf kommunaler Ebene beginnen. Im Austausch und in der Kooperation der Städte Europas muss man an die Fachkräfte vor Ort appellieren, die in den Städten arbeiten, aber auch an die Kompetenzen der Bewohner/innen, der Bürgergesellschaft. Das Ziel dieser Konferenz besteht in der Stärkung dieses Erfahrungsaustauschs und das ist auch notwendig, ja sogar von vitalem Interesse für die Handelnden vor Ort. Aber es ist auch wichtig, Erfahrungen und Projekte vorzustellen, die funktionieren, da man in Frankreich die Angewohnheit hat, nur über Projekte zu reden, die gescheitert sind. Ich denke, über die Projekte zu reden, die funktionieren, fördert auch eine Pädagogik der Hoffnung, denn ohne Hoffnung kann man nicht widerstehen, nicht handeln, nicht aktiv sein. Und genauso wichtig ist die Erkenntnis und dieses Wissen über die einzelnen Fachbereiche und administrativen Grenzen hinaus.

## **Zentrale Herausforderungen für die Integration junger Menschen in den Städten**

### **Howard Williamson**

Es ist ein Trauerspiel in unseren Städten, dass es so viele Jugendliche gibt, die schon sehr früh in ihrem Leben jegliche Hoffnung verloren haben. Sie haben keine Hoffnung mehr, dass es irgendeine positive, sie integrierende und sie beteiligende Zukunft gibt. Sie glauben, dass ihnen nur der Kampf um das nackte Überleben bleibt. Das führt oft zu schlimmen Verletzungen, bedeutet unter Umständen Lebensge-

fahr für sie und ihre Umgebung: ihre Familien und ihre Gemeinschaften (communities). Also steht da ein enormer moralischer Imperativ im Raum darüber, was zu tun ist, und ich würde Ihnen gern drei Begriffe nahe bringen und diese Begriffe dann etwas anders reflektieren. Und ich verspreche Ihnen, dass keiner dieser drei Begriffe „Partizipation“ lauten wird. Ich bin mir nicht sicher, ob die am stärksten benachteiligten Jugendlichen darin wirklich die Hauptpriorität ihres Lebens sehen. Die Begriffe, über die ich mit Ihnen gemeinsam nachdenken möchte, lauten „Sicherheit“, „Engagement“ und „Gerechtigkeit“. Ich möchte, dass Sie über diese Wörter nachdenken und über deren Bedeutung für Jugendliche einerseits und für die Gemeinschaften und die Gesellschaft andererseits.

„Sicherheit“ (safety) im Sinne von Gefährlosigkeit bedeutet für die Jugendlichen so etwas wie „Sicherheit“ (security) im Sinne von Gewissheit und Geborgenheit. Wir haben das Wort „Sicherheit“ sehr oft während der Konferenz gehört. Die Jugendlichen, über die wir reden, sind sozusagen die „Unfälle“ (casualties), die verwundbarsten Opfer des globalisierten Wandels, über den Akademiker so viel schreiben. Diese Veränderungen, Übergänge zu Neuem haben zwar vielen jungen Leuten phantastische Möglichkeiten in unseren europäischen Gesellschaften eröffnet, zugleich aber auch die entsprechenden „Unfälle“ produziert. Und die Jugendlichen, über die wir während dieser Konferenz sprechen, sind die Opfer. Wie gelingt es uns also, hier für mehr Sicherheit für die Jugendlichen zu sorgen, die in sehr prekären Verhältnissen und häufig nur von einem Tag auf den anderen leben? Was sind die Ziele, wenn sie an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen? Welche positiven, stärker partizipativen, integrativen Zukunftsformen sind denn für sie erreichbar? Das Problem liegt darin, dass die sie umgebenden Gemeinschaften und die Gesellschaft Sicherheit eher als Schutz interpretieren. Und sie wollen sich selbst vor diesen Jugendlichen schützen, sie wollen mehr Polizei, mehr Regeln und eine stärkere Kontrolle der jungen Leute. So sieht die politische Antwort zahlreicher Regierungen aus – und nicht etwa so, wie diese wundervollen Schwärmerien, die wir in den letzten drei Tagen über die Beteiligung Jugendlicher an Projekten gehört haben. Es geht um mehr Polizei. Es geht um mehr Kontrolle. Wie vereinbaren wir aber dann Sicherheit für die jungen Leute mit dem Schutz der Gemeinschaften?

Das zweite Wort: „Engagement“. Hier geht es für die Gemeinschaften um Partizipation, Beteiligung, und eben die Gemeinschaften haben sich mehr und mehr von der Beteiligung Jugendlicher verabschiedet. Historisch

waren die Eltern, die unmittelbaren Nachbarn und die Bewohner/innen derselben Straße auf vielfältige Weise mit den Jugendlichen verbunden. Diese Form der Teilhabe/Teilnahme gibt es nicht mehr. Eines der Themen ist also – wie schon jemand sagte – dass, wenn die Gemeinschaften den öffentlichen Raum aufgeben, gesetzlose Männlichkeit dort Einzug hält. Wie können wir also die Gemeinschaften der „Soziale Stadt-Projekte“ ermutigen, hier eine aktivere Rolle im Leben der Jugendlichen zu übernehmen, beispielsweise in Form von Partnerschaften für Programme, durch besondere Formen der Partnerschaft, durch Mitarbeit in den Projekten – all diese Dinge, die Sie meinen, wenn Sie die Beteiligung der Bevölkerung an Jugendprojekten ansprechen. Für junge Leute, insbesondere benachteiligte, bedeutet das Wort Engagement etwas ganz anderes, nämlich Bindung (attachment). Wie können wir diese jungen Leute auf sinnvolle Bildungswege lenken, vielleicht durch Kultur und Kreativität? Wie bringen wir Jugendliche dazu, eine Berufsausbildung zu beginnen, die nützliche Kenntnisse vermittelt und eine sinnvolle Beschäftigung eröffnet, anstatt all dieser „Mickey-Mouse-Qualifikationen“, die absolut nirgendwo hinführen? Und mal kritisch – und das sind Worte, die ich in den Veranstaltungen, denen ich hier beiwohnte, nicht gehört habe – wie binden wir diese Jugendlichen in die Drogenhilfe, die psychiatrischen und all die anderen Dienste ein, die eine Art „sozialer Feuerwehr“ sind? Denn die Teilhabechancen der Jugendlichen, über die wir debattieren, ist deutlich eingeschränkt in unserer Gesellschaft, weil die Jugendlichen alle möglichen psychischen Probleme haben. Und das Verhalten vieler ist durch Drogenerfahrungen geprägt. Wo sind denn die Dienste, die ihnen helfen, damit aufzuhören – wenn sie denn soweit sind, dass sie davon loskommen wollen? Es gibt also eine Reihe von Themen dazu, wie junge Leuten an sinnvolle Dienste rechtzeitig, sinnvoll und in der geeigneten Weise herangeführt werden sollten.

Und das dritte Wort, vielleicht sogar das wichtigste, weil es wieder an die hier so oft vorgelegene Menschenrechts- und Demokratiedebatte anknüpft, ist das Wort „Gerechtigkeit“. Die Gesellschaften finden sich immer mehr damit ab, mit benachteiligten – schwierigen, lästigen, von der Norm abweichenden – Jugendlichen in erster Linie juristisch umzugehen, nach strafrechtlichen Gesichtspunkten: weg damit zur Polizei, vor Gericht und dann ins Gefängnis. Und wir müssen uns tatsächlich Gedanken darüber machen, wie wir hier eine Agenda für soziale Gerechtigkeit für diese Jugendlichen hinbekommen, indem wir anerkennen, dass sie zwar den Aufstand in Frankreich oder den

englischen Midlands und wahrscheinlich demnächst auch noch anderswo proben, dass sie aber zugleich auch die am stärksten Benachteiligten in unseren europäischen Gesellschaften sind und wir ihnen Chancengleichheit und Hoffnung schulden.

#### **Hibat Tabib**

Ich glaube, die Gesellschaft war noch nie so sehr beherrscht von der Debatte über die Unsicherheit, die von den Jugendlichen ausgeht, und hat sich gleichzeitig noch nie so wenig Sorgen über die Unsicherheit gemacht, in der Jugendliche leben. Diese Jugendlichen, die man sich nicht mehr traut, Kinder zu nennen, unsere Kinder. In einem derartigen Kontext gibt es Kommunalvertreter, Vereine, Menschen, die sich um diese Frage kümmern, die sie mit Sorge erfüllt. Wir haben vergessen, dass diese Jugendlichen Personen sind, die Probleme, aber auch Rechte und Verantwortungen haben. Staatsbürger zu werden bedeutet ja, einen Rechtsstatus der Gleichheit mit allen anderen Staatsbürgern zu erwerben. Staatsbürgerschaft in unserer heutigen Zeit heißt politische und rechtliche Chancengleichheit. Aber welche Rolle hat denn die Staatsbürgerschaft angesichts der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ungleichheiten? Wenn sich Staatsbürgerschaft über Pluralismus, multikulturelle Demokratie definiert, dann gibt es zwischen französischer, deutscher und europäischer Staatsbürgerschaft keinen Widerspruch. Dieser Ansatz setzt auf Integration und Entwicklung. Staatsbürgerschaft bedeutet, Unterschiede zu akzeptieren, zu wagen, die Zukunft zu denken. Wenn man nun in den gefährdeten Wohnquartieren feststellt, dass unsere Jugendlichen noch in einer Quartierskultur verhaftet sind, indem sie sich zwar mit ihrem Quartier, nicht aber mit der Stadt identifizieren, und wenn man die Kluft zwischen diesen Quartieren und dem restlichen Europa sieht, wenn man Europa wirklich aufbauen und gestalten will, wie kann man dann diese Jugendlichen in einen Raum, in einen europäischen Kontext, in Umstände eingliedern, in denen noch immer das Risiko des Auseinanderklaffens von Gesetz und Recht droht, vor allem für diese Jugendlichen? Die Aufgabenstellung ist immens.

### **Partizipation und Beteiligung junger Menschen**

#### **Hilde Zach**

Im Ausschuss für Kultur und Erziehung, Jugend, Sport und Medien mit 46 Mitgliedern aus 46 Staaten haben wir erkannt, dass die Beteiligung der Jugendlichen am Leben der

Gemeinden und Regionen äußerst wichtig ist. Wir sind zu diesem Zweck letztes Jahr in die Ukraine, nach Komsomolsk gefahren, um mit der Jugend zu diskutieren. Es hat sich herausgestellt, dass dort, wo diese Beteiligungsmodelle überhaupt noch nicht entwickelt sind, die Jugend äußerst interessiert ist. Wir wissen aus unseren kommunalen Geschehen, dass dort, wo die Beteiligung erwünscht ist, die Jugend nicht so sehr interessiert ist. Das mag mit der jugendlichen Entwicklung und dem oppositionellen Geist zu tun haben, der gerade in diesem Alter sehr ausgeprägt und zur Entwicklung notwendig ist. Als Kommunalpolitikerin bin ich aber vollkommen davon überzeugt, dass wir Formen entwickeln müssen, um der Jugend die Plattform zu bieten, die sie annimmt und wo sie sofort Erfolge sieht. Darum geht es. Demokratie fängt klein an. Wenn wir von unseren Kindern und Jugendlichen erwarten, dass sie demokratisch denken, dass sie Gemeinschaft leben, dass sie sich engagieren, dann müssen wir diese Beteiligung forcieren und zwar jeweils altersgerecht. Was meine ich damit?

Es gibt mehrere Formen, welche schon in den Panels angesprochen wurden. Zum einen die projektbezogene Arbeit, wo man relativ rasch einen Erfolg sieht, mit der eigenen Beteiligung bei der Gestaltung der eigenen Lebensräume. Wichtig ist dabei, dass ein Ende abzusehen ist, denn die Beteiligung erfordert ja auch Arbeit und Disziplin und Pünktlichkeit. Hier wird der Erfolg absehbar. Das ist ansprechend. Das zweite ist eine parlamentarische Einbindung. Die ist eher zum Erlernen der demokratischen Spielregeln, wie Streitkultur, Opposition, Zuhören, Überzeugen und Argumentieren geeignet. Damit gemeint sind diese Jugendparlamente, die aber weiter nicht sehr viel Einfluss haben. Das sind Spielarten, die sich in der Politik ganz gut machen. Da steht man als Moderner da, hat eine gewisse Berechtigung, hat auch einen Auftritt in den Medien. Aber dann geht es eigentlich nicht wesentlich weiter. Was ich eigentlich als sehr sinnvoll erachte, sind offene Formen, die in den höheren Schulen praktiziert werden. Das sind Sprechstunden mit Politikern und Politikerinnen, das sind Vorschläge zur Gestaltung von Vereinen, Jugendforen, Jugendstammtischen, Studien, die zum Ziel haben, verwirklicht zu werden.

### **Didi Baenziger**

Ich werde ein Statement vortragen, in dem die Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region ein Kernelement sein wird. Bevor ich jedoch darauf eingehe, ist es wichtig, die Erfahrung einer Minderheit zu verstehen, wenn Sie die damit verbundenen negativen Spannungen

bekämpfen und überwinden wollen – Einschüchterung, Ausgrenzung, Zorn, Gewalt, Zurückgezogenheit, Suizid, Verzweiflung usw. All diese Dinge können vor dem Hintergrund einer Minderheit und der mit dem Minderheitenerlebnis verbundenen Gefühlen entstehen, die in der Regel reale Gefühle sind, wie z. B. die Gefühle von Ohnmacht und Ausgrenzung, Furcht, Neid, Bedeutungs- und Machtlosigkeit, das Gefühl, fehl am Platze und unerwünscht zu sein, usw. Diese Erfahrung zu verstehen, muss das Kernanliegen jeder Integrationsbemühung und Bewertung der in Europa zutage tretenden Vielfalt sein. Wir müssen dieses Erlebnis durch die Schaffung von Räumen überwinden, in denen das Selbstvertrauen und die eigene Artikulationsfähigkeit gefördert werden, in denen alle Jugendlichen, unabhängig von ihrem jeweiligen Hintergrund, ihrem Aussehen, ihrer Orientierung usw. zusammenkommen, teilhaben und in ihrer Unterschiedlichkeit feiern können. Ich weiß, das ist ein Slogan der Europäischen Union, nichtsdestotrotz ist hier ein guter Ort, ihn auch zu benutzen.

Nun hat sich die Beteiligung der Jugend seit den frühen Tagen der Jugendparlamente bis zu den heutigen, eher ganzheitlichen Ansätzen ja schon beträchtlich entwickelt. Heutzutage wird der Grundsatz weitgehend unterstützt und akzeptiert, dass die Beteiligung Jugendlicher integraler Bestandteil jeglicher Politik auf kommunaler und regionaler Ebene zu sein hat und dass Jugendliche ein Mitspracherecht hinsichtlich der sie betreffenden Entscheidungen und Aktionen haben. Beteiligung ist das grundlegende Thema in vielen Bereichen. Sie ist wie ein alles übergreifender Schirm. Allerdings haben wir in anderen Aspekten keinen so großen Fortschritt erzielt, denn obschon der Grundsatz der Beteiligung Jugendlicher allseits anerkannt ist in Europa, so wird er doch in der Praxis vielfach nicht umgesetzt. Der Schritt von der reinen Rhetorik zur tatsächlichen Umsetzung ist einfach noch nicht getan. Darüber hinaus stellen Einige den Grundsatz immer noch in Frage: Warum sollten Jugendliche überhaupt mitbestimmen? Eine Reihe von Bedenken und Argumenten möchte ich heute hier ansprechen, darunter als erstes die folgenden:

Ich stelle fest, dass, obschon viele Personen in verantwortlichen Führungspositionen sagen, dass sie die Beteiligung der Jugendlichen unterstützen und fördern wollen, nicht wirklich an das glauben, was sie sagen. Denn wenn man von vornherein sozusagen ganz natürlich gegen die Beteiligung der Jugend eingestellt ist, wäre das ein wenig so, als würde man sagen, man sei gegen Demokratie. Es ist schon richtig, es handelt sich um ein grundlegendes Menschenrecht, aber diejenigen un-

ter uns, die an den Wert und die Bedeutung der Beteiligung der Jugend glauben, müssen ganz deutlich auch die Vorzüge und die positiven Auswirkungen der Beteiligung Jugendlicher nicht nur für die Jugendlichen selbst klarmachen, sondern auch für die Behörden und die Gesellschaft insgesamt. Wir müssen auf praktische Weise demonstrieren, dass von einer sinnvollen Beteiligung Jugendlicher alle profitieren. Wir müssen die Politiker und Entscheidungsträger davon überzeugen, dass Beteiligung nicht irgendeine hübsche Idee ist, die sich gut macht in Wahlprogrammen oder Forschungsunterlagen, sondern dass es aus sozialer, bürgerschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht durchaus Sinn macht, sie zu unterstützen, zu fördern und umzusetzen. In diesem Zusammenhang kommt es besonders darauf an, dass die Auswirkungen der Beteiligung Jugendlicher erarbeitet und erforscht, abgebildet, festgehalten und in Beispielen guter Praxis dokumentiert werden.

Die zweite Herausforderung ergibt sich für diejenigen, die den Grundsatz der Beteiligung zwar unterstützen, allerdings echte Beteiligung mit anderen Interpretationen verwechseln, wie z. B. dem schlichten Dialog, die annehmen, es reiche schon aus, der Jugend nur zuzuhören. In vielerlei Hinsicht haben sich solche Ansichten vielleicht geändert, nicht aber die Grundeinstellungen. So mancher verwechselt Anhörung mit Beteiligung und denkt, dass er, weil er ja bei den Jugendlichen deren Meinung zu einem bestimmten Thema abfragt, deren Beteiligung fördert. Das ist nicht der Fall. Die Anhörung ist an sich zwar schon sehr wertvoll, sie bedeutet aber noch nicht echte Beteiligung. Sie erschöpft sich eben darin, dass man die Ansichten der Menschen einfach nur abholt, und zwar zu Themen und Fragestellungen, die man selbst vielleicht für wichtig hält, nicht aber die Jugendlichen. Deshalb müssen wir zwischen den verschiedenen Praktiken unterscheiden und nicht so tun, als ob alle Formen der Zusammenarbeit gleich wären und dieselben Ergebnisse bzw. Werte hätten.

Die dritte Herausforderung, der wir uns zu stellen haben, ist das Fehlen eines ganzheitlichen Ansatzes für Beteiligung. Wie schon in der „Revidierten Europäischen Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und Region“ ausgeführt, sind wir unglaublich, wenn wir uns einerseits darüber beklagen, dass die Jugendlichen sich nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben in ihrem jeweiligen Wohnquartier beteiligen, und die Jugendlichen andererseits aber kein Mitspracherecht im formalen Bildungssystem haben. Wir müssen eine „Kultur der Beteiligung“ für alle Lebensaspekte der Jugendlichen schaffen,

nicht nur in den Bereichen, wo wir meinen, sie müssten beteiligt sein, wie in Jugendparlamenten oder Jugendräten.

Die vierte Herausforderung, die ich sehe, besteht darin, dass Menschen, die an Beteiligung glauben und diese fördern wollen, vielfach die Informationen, Unterstützung und Ausbildung zur Umsetzung ihrer Vorhaben fehlen. Und dies gilt meines Erachtens sowohl für die Jugendlichen als auch die Erwachsenen. Beteiligung zu fördern ist nicht einfach, besonders wenn man versucht, es mit Jugendlichen gemeinsam zu tun, mit sich selbst überlassenen Jugendlichen in benachteiligten Quartieren, die häufig das Gefühl haben, stigmatisiert und vom gegenwärtigen System „untergepflegt“ zu werden.

Und, last but not least, die fünfte Herausforderung: Sie besteht in der positiven Unterstützung der Beteiligung Jugendlicher. In vielen Debatten über Beteiligung hat man die Jugendlichen bisher ausschließlich als Problem betrachtet. Zu oft höre ich Klagen darüber, dass sich die jungen Leute von heute für nichts interessieren, dass sie apathisch „rumhängen“ und in Wirklichkeit gar nicht mitwirken wollen. Nach meiner Erfahrung – und ich bin mir sicher, dass viele unter Ihnen mir zustimmen werden – will die große Mehrheit der Jugendlichen ein Mitspracherecht, sie will beteiligt sein an den Entscheidungen, die sie und ihre Zukunft betreffen. Dies ist besonders wichtig, so meine ich, für die benachteiligten Jugendlichen, die nur über begrenzte Chancen verfügen. Aber nur die Feststellung, die Jugendlichen sollten beteiligt sein, sorgt noch nicht dafür, dass dies auch geschieht. Die Charta stellt fest, dass Partizipation am demokratischen Leben jeder Gemeinschaft mehr bedeutet, als nur wählen zu gehen bzw. für eine Wahl zu kandidieren, obschon dies offensichtlich wichtige Bestandteile sind. Partizipation und aktive Staatsbürgerschaft bedeuten auch, dass man die Rechte, die Mittel, den Raum, die Chance und die Unterstützung erhält, die nötig sind, will man wirklich teilhaben, Entscheidungen beeinflussen und sich aktiv an Aktionen und Aktivitäten beteiligen, um an einer besseren Welt zu arbeiten. Dies ist übrigens ein Zitat aus der Präambel der Charta. Ich meine, dass man viele dieser Herausforderungen bewältigen kann, die ich hier angesprochen habe, aber wir müssen anerkennen, dass es sie überhaupt gibt und wir uns darum kümmern müssen, wenn wir wollen, dass die Beteiligung der Jugendlichen an Entscheidungen und Aktionen eher die Regel als die Ausnahme sein soll. Wir werden auf dieser Konferenz nicht nur erfolgreich Netzwerke geknüpft haben, wenn wir heimfahren, sondern wir kehren auch heim mit gestärkter Ver-

antwortung dafür, dass wir das Jugendengagement auf allen Ebenen verankern müssen.

## **Strategien zur Integration benachteiligter junger Menschen – Beispiele aus der Praxis**

**Sarah Levin**

Banlieues d'Europe ist ein kulturelles, europäisches Netzwerk, das künstlerische und kulturelle Projekte für ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen miteinander verknüpft. Man spricht über die Banlieues im etymologischen Sinn, der Begriff geht zurück auf das französische Wort für „verbannen“, mise au ban, und natürlich im Kontext des im Zentrum unserer Sorgen stehenden urbanen Raums sowie der jugendlichen Bevölkerung der Wohnquartiere in Europa. Unser Handeln besteht in der Reflexion über Praxis, die zugleich Kunst, Kultur, soziale Aktion, Stadtpolitik, Entwicklungspolitik und den Zugang zu Kultur miteinander verbindet, der aus unserer Sicht für die Entfaltung des Individuums in unserer partizipativen und staatsbürgerlichen Gesellschaft unverzichtbar ist. Und hier zitiere ich Jean Hurstel: „Der Kampf gegen die Ausgrenzung und für die Förderung der kulturellen Vielfalt erschöpft sich nicht in städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen; Stadterneuerung impliziert nämlich die Neuerschaffung, den Neuentwurf, die Umwandlung der Repräsentationen, Werte und Symbole einer Stadt. In diesem Sinne ist die Kultur ein wesentlicher Motor für die Stadterneuerung.“

Ich werde Ihnen einige Beispiele guter Praxis in diesem Bereich vorstellen, der ja nicht immer die allererste Priorität zu haben scheint, aber stets bedeutende und nachhaltige Veränderungen bewirkt. Wir sprachen wiederholt von den jüngsten Ereignissen in den französischen Banlieues und ich meine, es ist wichtig, die positiven Aktionen hervorzuheben, die mit den Bewohner/innen durchgeführt wurden, um das Image dieser Quartiere zu verbessern. Ein erster Punkt ist die Stadterneuerung im eigentlichen Sinne, also die Quartiersentwicklung, und ich weise schon jetzt darauf hin, dass wir eine Veranstaltung für März (2006, Anm. der Red.) planen mit dem Titel „Die Städte und Großwohnsiedlungen in Europa leben“. Die Veranstaltung orientiert sich an einem Werk mit dem Titel „Die Stadt neu verzaubern“. Als Beispiel haben wir da „Fablevision“, ein Künstlerkollektiv aus Glasgow, das gemeinsam mit den Bewohner/innen einen künstlerischen Themenpark zwischen zwei Großwohnsiedlungen eingerichtet hat, in dem die Bewohner/innen zahlreiche Projekte durchführen können. Ein

zweites Beispiel stammt aus Lyon. Junge Hip-Hop-Tänzer treten dort in Kultureinrichtungen auf, insbesondere in der Maison de la Danse und in der Oper, mit professioneller Begleitung und entsprechender Vernetzung für die Verbreitung dieser Veranstaltungen. Diese Projekte illustrieren, dass die Jugendlichen vor allem das Gefühl brauchen, dazu zu gehören, und wir haben hier ja viel über partizipative Demokratie gesprochen, die in der Tat vonnöten ist, und ich glaube, dass man in dem Zusammenhang auch von kultureller Demokratie sprechen muss, d. h. von der Anerkennung der Talente durch die Aufwertung unterschiedlichster kultureller Einzelkomponenten und ihrer Durchmischung. Das bedeutet Aufwertung der Artikulationsräume und Vermeidung einer reinen KonsumEinstellung gegenüber Dienstleistungen und Freizeitangeboten.

Ich wollte noch ergänzen, dass wir in unserem Netzwerk auch mit der vertikalen Logik arbeiten, sowohl mit den Fachkräften vor Ort als auch den politisch und öffentlich auf allen Ebenen Verantwortlichen. Das macht die Besonderheit unseres Netzwerks aus, das ein Netzwerk der Reflexion ist. Es ermöglicht uns, zugleich die Akteure der Sozialarbeit, Künstler und Jugendgruppen zu erreichen, die in den Quartieren aktiv sind, aber auch die Verantwortlichen der Kommunalbehörden, die Leiter/innen der unterschiedlichen Verwaltungsabteilungen, Verantwortliche auf europäischer Ebene, Ministerialbeamte und die Vertreter/innen der Länder, in denen wir jeweils tagen, zu unseren Veranstaltungen einzuladen. Für uns ist es wichtig, die Projekte vor Ort aufzuwerten. Man kann hier auch von guter Praxis sprechen, aber wir versuchen vor allem zu sehen, wo die Schwierigkeiten und die Grenzen dieser Projekte liegen, um ihre Arbeitsweise zu analysieren und die Arbeit der Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen, auch gegenüber den Kommunalpolitiker/innen zu fördern. Es ist wichtig, die verschiedenen Entscheidungsebenen zusammenzubringen, damit sie mit den Akteuren vor Ort zusammenarbeiten, die ja in unmittelbarem Kontakt mit der Gemeinschaft stehen. Das ist natürlich eine Arbeit, für die man einen langen Atem braucht, und auf lange Sicht bedeutet das auch, dass die Projekte analysiert werden. Aber ich denke, dass die Idee, zugleich vertikal und horizontal zu arbeiten, genau der Weg ist, den man gehen muss.

### **Hibat Tabib**

In Pierrefitte hat sich die Kommune zur ersten europäischen „Stadt der Mediation“ ernannt. Am Ortseingang stehen Schilder: „Pierrefitte sur Seine, Stadt der Mediation“. Und das ist nicht nur eine politische Absichtserklärung, es

geht vor allem um den Inhalt dieses Projekts. Wir betrachten die Jugendlichen grundsätzlich als Menschen, die Probleme haben, nicht als solche, die ein Problem darstellen. Mit diesem „AFPAD“-Projekt (AFPAD – Association pour la Formation, la Prévention et l’Accès au Droit, Anm. der Red.) soll der Zugang zu Recht und Mediation gewährleistet, soll ein Raum geschaffen werden, in dem es nicht um Macht geht, sondern in dem wir die Bewohner/innen über ihre Rechte und Pflichten aufklären, aber auch Konflikte ansprechen können, die das alltägliche Leben der Bewohner/innen erschweren. In dem Raum der Mediation sagen wir den Bewohner/innen: „Ihr habt Konflikte, sicher, aber Ihr seid Teil der Lösung. Erwartet bloß nicht, dass alles von der Polizei, von der Justiz geregelt wird.“ So nehmen wir die Menschen mit unserer Politik verstärkt in die Verantwortung. Im Beisein von Vermittlern setzen wir auf den Dialog. Wir bemühen uns, Lösungen für die Konflikte und Probleme zu finden, denen die Institutionen nicht gewachsen sind. Mit diesen Ortseingangsschildern „Stadt der Mediation“ sagt man Ihnen: „Sie betreten hier einen Raum, in dem man immer wieder miteinander reden muss, egal wie schwerwiegend die Konflikte, der Kampf auch sind.“ Genau darin liegt der Sinn des Projekts, dessen Zielsetzungen vor allem im Neuaufbau und der Pflege der sozialen Bindungen liegen und in dem Bemühen, die Bewohner/innen stärker in die Verantwortung zu nehmen und sie und die Institutionen wieder stärker aneinander heranzuführen. Ich meine, dass man mit Hilfe solcher lokalen Projekte mit einer nationalen und europäischen Dimension daran arbeiten kann, die Städte Europas einander näher zu bringen.

#### **Howard Williamson**

Was meines Erachtens am besten funktioniert – mein Kollege Chester Morrison aus Liverpool mag da anderer Meinung sein – ist etwas, an dem ich sehr stark beteiligt bin, was man den Jugendjustizausschuss (Youth Justice Board) für England und Wales nennt. Er wurde per Gesetz 1998 eingerichtet, nach Blairs „Hart gegen Kriminalität, hart gegen die Ursachen von Kriminalität“. Die beiden Dinge, die ich tat, waren zum einen die Gründung des Ausschusses, zum anderen aber auch die Forderung an alle Gemeinden, ein Team für jugendliche Straftäter (YOT = Youth offending team) einzurichten. Gesetzlich vorgeschrieben waren mindestens die folgenden fünf Partner in diesen Teams: Schulamt, Gesundheitsamt, Wohnungsamt, Sozialamt und die Polizei. Andere Partner können sich den Teams anschließen: Nichtregierungsorganisationen, karitative Organisationen usw. Sie alle können ihren jeweiligen Part über-

nehmen und sicherlich viel zum Kampf gegen Jugendkriminalität beitragen. Ich bin übrigens unmittelbar für die Agenda der Prävention von Jugendkriminalität zuständig, denn ich bin der Vorsitzende des Ausschusses für Kriminalitätsprävention und Integration in England und Wales. Darauf bin ich wohl am meisten stolz, aber worüber ich wirklich traurig bin: Warum müssen wir solche Aktivitäten eigentlich aus der Strafjustiz heraus finanzieren? Akademiker beschuldigten meinen Ausschuss und den Jugendjustizausschuss, wir würden die Wohlfahrt kriminalisieren. Wir stellten enorme öffentliche Mittel zur Verfügung, hervorragende Ressourcen, um viel zu unternehmen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Erziehung sowie Soziales und anderen Förderprogrammen für Familien und Einzelpersonen: immer auf der Grundlage der Kriminalitätsprävention. Natürlich verhindern wir dadurch auch zahlreiche andere Dinge: Gesundheitsrisiken, Schulversagen, unterdurchschnittliche schulische Leistungen und eine Reihe anderer Dinge. Aber wir mussten es an der Kriminalitätsprävention festmachen und deshalb sind die Jugendlichen, mit denen wir arbeiten, auch in unterschiedlichster Weise kriminalisiert, wenn sie nicht schon sowieso vor Gericht zu erscheinen hatten. Und ich habe es ja schon gestern auf den Punkt gebracht: Die beste Jugendforschung, die wir machen können, besteht darin, schon im Vorfeld herauszufinden, was es kostet, wenn wir nichts tun für diese jungen Leute. Arbeitslosengeld für Langzeitarbeitslose, Strafvollzugskosten, ein hohes Invalidisierungsrisiko aufgrund gesundheits-schädlichen Verhaltens. Und wenn wir uns diese Kosten anschauen, stellen wir fest, dass die Option, unsere Ressourcen auf kommunaler Ebene diesen Jugendlichen in konstruktiver Weise, zielgerichtet und chancenfördernd zur Verfügung zu stellen, verhältnismäßig preiswert ist. Und sie hat den Vorteil, dass wir sie nicht über die Agenda zur Jugendkriminalitätsprävention umzusetzen brauchen.

## Empfehlungen zur Fortführung des Berlin-Prozess – Was können wir tun?

**Peter Lauritzen**

Wie können wir dem nun mehr Substanz geben? Wie können wir einen wirklichen Prozess in Gang setzen? Wie können wir aus den schon durchgeführten Aktivitäten Nutzen ziehen, wie können wir sie weiterentwickeln? Es muss etwas zwischen den Konferenzen geschehen. Wir müssen die Agenda, über die wir gesprochen haben, und die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, die wir gehört haben, in unsere Arbeit einfließen lassen. Aber für diejenigen, die Verantwortung dafür übernommen haben, das zu organisieren, bedeutet das auch, sich ihre Agenda daraufhin anzusehen, ob es nicht Zeit wäre zu klären, was die Agenda „Soziale Stadt“ für ihre eigene Arbeit bedeutet. Ich meine den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, ich meine das Direktorat für Jugend und Sport des Europarats, das deutsche Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und auch die Regiestelle E&C, die die beiden Konferenzen so professionell organisiert hat.

Um sicher zu gehen, werde ich nur für mich selbst sprechen, und nicht nur für mich persönlich, sondern auch für meine Einrichtung. Wenn man mich fragt, was das, was in praktisch allen Berichten der Arbeitsgruppen gesagt wurde, für die Arbeit meiner eigenen Einrichtung bedeuten könnte, würde ich sagen, wir müssen uns fragen, wie wir unsere Arbeit angesichts dieser Berichte neu orientieren könnten. Zunächst einmal könnten wir den Berlin-Prozess in unsere Agenda aufnehmen, in die Agenda unserer Meetings. Bisher wird über die Ergebnisse dieser Arbeit nicht einmal berichtet. Wir nehmen teil, das ist alles. Ein erster Schritt wäre aber, unserem gemeinsamen Rat für Jugendfragen und unseren von der Satzung vorgesehenen Organen Bericht zu erstatten und zu erklären, was wir da tun, und die Partner des Co-Managements mit einzubeziehen.

Der zweite Schritt könnte eine Erweiterung des Berlin-Prozesses und der Zusammenarbeit der benachteiligten Stadtteile sein, um damit eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik innerhalb des European Knowledge Centre zu schaffen, einer Datenbank zur Jugendpolitik, die gemeinsam vom Europarat und der Europäischen Kommission betrieben wird. Zurzeit bauen wir dieses Wissen mit Hilfe von Korrespondenten aus, die wir noch zahlenmäßig erweitern werden, eröffnen vielleicht eine Sektion, die wie eine Einladung zum Austausch von Wissen wäre, und entwickeln dieses Kapitel weiter. Wir könnten und sollten diesen Prozess in die bevorstehende Kampagne zu Vielfalt,

Menschenrechten und Mitwirkung einbeziehen. Diese Kampagne muss hauptsächlich auf lokaler Ebene betrieben werden. Die Arbeitsgruppe, an der ich gestern teilnahm, formulierte klare Aussagen gegen Diskriminierung, gegen Rassismus und für Aktionen, die die Öffentlichkeit auf jene Bevölkerungsteile aufmerksam machen sollen, die keine Erfahrung damit haben, in heterogenen Gemeinschaften zusammenzuleben und die ironischer Weise umso rassistischer sind, je weiter sie von Fremden entfernt sind. Genau darum würde es in der Kampagne gehen. Wir könnten auch stärker an der Europäischen Charta arbeiten, an der Mitwirkung junger Menschen am lokalen und regionalen Leben, und dies zu einem lebendigen Instrument der Zusammenarbeit machen. Außerdem könnten wir einige der Ergebnisse des Berlin-Prozesses in unser Forschungsprogramm einbauen. Wir überprüfen anhand gewisser Kriterien und Indikatoren regelmäßig die Kinder- und Jugendpolitik in unseren Mitgliedstaaten und wir könnten die Kriterien und Indikatoren aus diesen Prozessen in unsere Forschung aufnehmen. Warum sollte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene immer nur über die Regierungen laufen? Es ist sehr wichtig, dass sie über die Regierungen läuft. Aber warum sollten wir nicht auch einen transkommunalen Prozess der Zusammenarbeit in Kinder- und Jugendangelegenheiten anstreben, etwas, das nicht über die Regierungen läuft, sondern von den Städten und Gemeinden selbst durchgeführt wird? Wir müssten uns damit auch an die EU wenden und – in meinem Bereich läuft ein Abkommen zur Zusammenarbeit und über eine europäisch-mediterrane Zusammenarbeit – über Ausbildung und Jugendforschung reden. Es wäre auch wichtig, über junge Leute zu sprechen, die Schwierigkeiten haben, den Zielen des Lissabon-Prozesses zu folgen, und uns bei unserer Arbeit besonders auf solche jungen Leute zu konzentrieren.

Außerdem sagten gestern einige in meiner Arbeitsgruppe – und das tauchte auch im Bericht auf – dass die Diskussionen, die wir in der Arbeitsgruppe hatten, veröffentlicht, verbreitet, Diskussionsthema anderer, öffentliches Eigentum der Stadtteile werden müssten, in denen wir arbeiten. Dafür stehen uns verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. Unsere Ausbildungsprogramme zum Thema Menschenrechte sollen den Menschen kein abstraktes Wissen über Menschenrechte vermitteln, sondern direkt Diskriminierung und Demütigung in der Jugend- und Gemeindearbeit verringern. Wir haben Erfahrung damit, wir haben auch ein Instrument, den „Kompass“, ein umfassendes Handbuch zu den Menschenrechten. Wir haben Ausbildungsmodelle für interkulturelles Lernen

und Friedens- und Konflikterziehung, für Empowerment von NGOs und für die Jugend- und Gemeindearbeit. Diese Erfahrungen konnten wir über 30 Jahre sammeln, Erfahrungen, die nur darauf warten, mit anderen geteilt zu werden, die Zugang dazu haben wollen. Das wäre also eine Überlegung zu meinem eigenen Arbeitsbereich und dazu, was der Berlin-Prozess für uns bedeuten könnte. Aber da wir all das nun schon tun und auf jeden Fall genug zu tun haben: Warum sollten wir noch mehr tun?

Hier möchte ich wieder auf den Ausgangspunkt zurückkommen. Dieser Ausgangspunkt ist, wie ich gestern erläutern konnte, zu verstehen, dass der Berlin-Prozess eine soziale Antwort auf den Lissabon-Prozess ist. Wir müssen dabei jedoch nicht nach Bürokratie auf unserer Seite streben, sondern wir brauchen ein Netzwerk. Vorläufig haben wir nur das deutsche Angebot als Ausgangspunkt und das kann nicht so einfach ersetzt werden. Einfach zu hoffen, dass andere Länder am Berlin-Prozess teilnehmen, ist, wie ich gestern sagte, vielleicht zu viel verlangt. Ich muss selbst sagen, dass sich die deutsche Regierung mit so viel Großzügigkeit beteiligt, dass es sehr schwer werden wird, einen Partner zu finden, der das Gleiche leisten würde. Aber wie wäre es, wenn man das alles aufbrechen würde? Warum hören wir nicht auf, über große und teure Konferenzen wie diese zu reden, und reden stattdessen über ein System von Netzwerken, von Arbeitsgruppen, von Zusammenarbeit zu bestimmten Themen, die immer Gruppen von fünf, sechs, sieben, acht, maximal zehn Personen involviert? Und wie wäre es, die Ausgaben und Kosten so eines Systems des Teilens von Wissen miteinander zu teilen?

Das halte ich für viel vernünftiger und so sollten wir es machen. In Berlin haben wir uns letztes Jahr auf diese Analyse geeinigt, auf die Bedürfnisse. Wir haben versucht, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden, wie man aus der Abschlusserklärung ersehen kann. Hier in Straßburg konnten wir miteinander sprechen. Es gab Gelegenheit, sich über Projekte auszutauschen. Die Leute haben zugehört, sie haben etwas gelernt, und wir sind seit Berlin einen ganzen Schritt vorangekommen. Was wir von jetzt an brauchen, ist eine Vision. Wir müssen wissen, wie wir diesen Prozess nutzen können, um im Hinblick auf das kommende offene Europa die Ausgangslage junger Menschen in benachteiligten Gebieten durch eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik dramatisch zu verändern. Das ist leicht gesagt, aber wie lässt sich das konkret umsetzen? Ein Aspekt ist die politische Lobbyarbeit, ein anderer ist es, Regierungen dazu aufzufordern, ihre Ausgaben in Vorbereitung auf die europäische Einheit

zu überprüfen. Außerdem ist die EU aufgefordert, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Und natürlich müssen wir die Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren in diesem Bereich aufrechterhalten: NGOs, Ämter und Behörden, Lehrer, Jugend- und Gemeinwesenarbeiter, die Forschungsgemeinde und so weiter. Das ist sehr wichtig, wichtiger, als sich auf Konferenzen und Diskussionen zu beschränken. Wir brauchen soziales Handeln und ich hoffe, dass der Berlin-Prozess dahin führen wird.

#### **Didi Baeinziger**

Wir haben die Charta als Sprungbrett und Werkzeug. Darüber hinaus haben wir Erfahrungen und Projekte in verschiedenen Ländern. Nun ist es entscheidend, ernsthaft in Erwägung zu ziehen, auch mehr Ressourcen für die Aus- und Fortbildung der Akteure und der Verantwortlichen auf allen Ebenen zur Verfügung zu stellen. Wir müssen den Behörden Fortbildung und fachlichen Rat hinsichtlich der Beteiligung Jugendlicher und ihrer Bedeutung sowie Umsetzung bieten. Das beste Beispiel dafür ist hier präsent in diesem Zuhörerkreis: Ich beziehe mich auf den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, der in Zusammenarbeit mit dem Direktorat für Jugend und Sport des Europarates die „Revidierte Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und Region“ initiierte. Wenn man es wirklich ernst meint und sich für die Belange der Jugendlichen engagieren will, dann muss man diese Charta umsetzen. Zweieinhalb Jahre ist es her, dass sie verabschiedet wurde, aber allzu viel ist nicht geschehen. In Sachen Fortbildung und Umsetzung der Charta müssen wir nun aber wirklich an die Arbeit gehen und, was mindestens genauso wichtig ist, den Umsetzungsfortschritt analysieren.

#### **Sarah Levin**

Wir meinen, dass künstlerische Aktionen, urbane Kulturen fortentwickelt werden müssen, aber auch andere Formen wie beispielsweise das Theater, Literaturworkshops, vielleicht kennen einige von Ihnen den Film „L'Esquive“ („Ausweichmanöver“) von Abdellatif Kechiche, der die Bedeutung der Sprache in den Großwohnsiedlungen herauskristallisiert. Und es gibt weitere Beispiele, z. B. die Stadt Reims, die in Zusammenarbeit mit der Médiathèque einen Workshop für Rapliteratur eingerichtet und als Ergebnis schon einige Platten mit beachtlichem Erfolg produziert hat. Oder die Stadt Turin mit ihrem Projekt „Peripherie im Herzen der Stadt“, das umfassend angelegt ist und zahlreiche Jugendliche in Musik- und Theaterworkshops integriert und dabei bewusst auf die Herkunft aller setzt. Ich komme auch auf



den Aspekt der Aus- und Fortbildung zurück. Wir denken, dass insbesondere die kulturelle und die interkulturelle Ausbildung für die mit den Jugendlichen arbeitenden Fachkräfte von großer Bedeutung ist. Ich weiß, einige von Ihnen haben schon darüber gesprochen, und wir beabsichtigen die Einrichtung entsprechender Fortbildungsmaßnahmen auf europäischer Ebene zum Thema der kulturellen Mediation mit den europäischen Fachkräften, die in diesen Bereichen arbeiten.

Abschließen möchte ich mit einer Zusammenfassung der Vorschläge und Auswertungen der Kulturprojekte von Jean Hurstel: „Die Kulturprojekte tragen, wie man sieht, sehr stark zur Förderung des Gefühls bei, zu einer bestimmten Stadt, einer bestimmten urbanen Gemeinschaft jenseits aller sozialen und ethnischen Grenzen zu gehören. Sie identifizieren sich mit der Stadt und die Stadt mit ihnen. Dieses Zugehörigkeitsgefühl ermöglicht es, den teilnehmenden Personen wieder Selbstvertrauen zu geben, sie aus der Isolierung und anderen Formen der Resignation herauszuholen, insbesondere aus der Opferrolle, die leider nur allzu oft das Ergebnis des urbanen Lebens ist. So gelingt es, den Wert dieser Menschen und Gruppen wieder neu anzuerkennen, unabhängig vom finanziellen, schulischen oder medialen Erfolg. Die Menschen öffnen sich für andere Kulturen, andere Lebens- und Denkweisen, sie überwinden Stereotype und Vorurteile, insbesondere in Bezug auf die Bewohner/innen der Großwohnsiedlungen. Non-formale Bildungsprozesse bilden sich heraus, man lernt voneinander durch gemeinsame Aktionen, Reflexe, Phantasie, besser jedenfalls als durch die Abstraktion im Schulsystem. Allen diesen Aktivitäten ist die Kreativität gemeinsam, ein wesentlicher Antrieb, denn die Kreativität der Individuen kann kollektiv ihren Ausdruck in Kreationen finden; die Kreativität kann die Gesamtheit aller sozialen Kräfte fördern, die erneut zur Wirkung kommen können, falls sie brachlagen. All diese Aktivitäten beeinflussen das Leben. Wir meinen, dass kreative Aktivitäten neue Formen des gesellschaftlichen Miteinanders hervorbringen können. Diese Projekte sind eine neue Form partizipativer Demokratie, Bürgerforen, in denen Informationen ausgetauscht werden, und nicht Verwaltungsmaßnahmen, die unsensibel nur umgesetzt werden.“ Ich darf Sie alle jetzt noch zur nächsten Zusammenkunft unseres Netzwerks im November 2006 in Belfast zum Thema „Kulturen und Konfliktprävention“ einladen. Wir werden dort einige von den hier behandelten Themen aufnehmen, und im Zusammenhang mit dem, was Herr Lauritzen zur Arbeit in Netzwerken sagte, stehen wir gern allen zur Verfügung, die sich für die Arbeit

zu kulturellen Themen und künstlerischer Kreation interessieren. Wir bringen Sie auch gern in Kontakt mit anderen Teilnehmern unseres Netzwerks Banlieues d'Europe.

### **Konrad Hummel**

Erstens glaube ich, dass die Städte in gleichen Sprach- und Kulturbereichen kleine Netzwerke bilden können und zwar ab sofort und auch zwischen den Konferenzen, um damit auf ihre jeweilige nationale Politik mehr Einfluss nehmen zu können. Das findet noch zu wenig statt. Zweitens: Ich glaube, dass die wenigen, die solche Projekte managen und leiten, auf der gleichen Augenhöhe miteinander reden sollten und weder durch Jugendliche noch durch Politiker gestört werden sollten, damit sie über Management nachdenken, über das, was wir hier dauernd fordern: nämlich Querschnittpolitik und integrierte Politik. Das ist ein sehr kompliziertes Geschäft. Und drittens: Ich knüpfe an Peter Lauritzen an. Es ist egal, ob man es den Berlin-Prozess nennt oder den Strassburg-Prozess oder Lissabon-Prozess oder ob man es vielleicht vor einem Jahr den Dialog Schröder-Blair genannt hat. Wir brauchen eine Diskussion um das europäische Wohlfahrtsprogramm. Ohne dieses bleibt die ganze Diskussion um die Moral der Jugend noch in 30 Jahren unverändert.

Als bekennender Europäer seit 40 Jahren sehe ich eine riesige Chance, dass wir endlich in diesem Kongress nicht nur nach oben starren, wo irgendeine Politik sitzt, die sowieso wenig umverteilen kann, sondern dass wir Europa als eine unendliche Chance begreifen. Wenn meine Nachbarin sofort bei Banlieues auf Kultur kommt, dann schmunzele ich mit meinem deutschen Herzen und sage: „Ja, das ist vielleicht französisches Denken.“ Ich bin froh, dass ich nach Deutschland immer wieder das französische Denken mitnehmen kann. Denkt an die Kultur, macht einen Rap-Preis. Ich weiß aber, dass meine mittelstandsdeutschen Jugendlichen zuerst an Pop denken und einen anderen Preis wollen und dass die alten traditionellen Verbände aber bitte den türkischen Volkstanz wollen, der ist genauso wichtig. Und dann müssen Sie entscheiden, welcher Preis jetzt wichtig ist. Wir brauchen nichts Neues entdecken, wir müssen entscheiden.

Daher brauchen wir eine vertikale Vernetzung. Eine, die zwischen oben und unten in Europa, zwischen kulturellen, nationalen Werten und unseren lokalen Entscheidungen besser vermittelt. Wir brauchen eine neue Kultur, wo wir auf kommunaler Ebene ganz selbstverständlich französische, englische, italienische Elemente verbinden, denn wir wissen eines: Die besten Politikansätze werden die sein, bei

denen wir italienisches Temperament mit dänischer Planung, spanische Esskultur mit polnischer historischer Erfahrung verbinden. Diese Elemente, die jeder, der ein bisschen Europa kennt, spürt. Da muss man nur in die Städte fahren. Die besten Projekte sind nach meiner festen Überzeugung wie bei einem guten Essen „richtig gemischt“. Vielleicht sollten das die französischen Kollegen bei „ihren“ Banlieues bedenken. Vielleicht wäre ein Schuss deutsch-polnisch-spanische Erfahrungen in den Banlieues gut? Vielleicht haben die französischen Jugendlichen davon zu wenig, weil es der französische Staat allein lösen will. Ich denke wir könnten vielleicht mithelfen, voneinander zu lernen.

Aus diesem Grund glaube ich, dass Vernetzung in Europa eine riesige Chance wäre, über ein europäisches Wohlfahrtsprogramm nachzudenken, da die Vielfalt dieser Kulturen besteht. Es heißt daher im Sinne von Anthony Giddens, dass Demokratie in Europa eben mehr ist als eine Herrschaftsform. Vielleicht ist es eine Lebensweise? Und eine letzte Bemerkung, in Anlehnung an Margret Mead: Ich denke, inzwischen sind wir bei der Jugendpolitik in Europa einfach an der Stelle angekommen, die sie als Anthropologin schon vor 50 Jahren gut beschrieben hat. Wir haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa vor allem das Wissen an die Jungen weitergegeben, sozusagen postfigurativ. Wir haben dann gelernt, mit den Jugendlichen die Computerwelt zu entdecken und wir mussten schon bei den eigenen Kindern lernen, das war kofigurativ. Heute können wir nicht Jugendliche in den schwierigen Bereichen an unserer Kultur teilhaben lassen. Die ist veraltet, die ist schwierig und herrschaftsförmig. Wir müssen ihnen ermöglichen, ihre eigene Kultur mit uns zu entwickeln und uns am Ende, wenn wir pflegebedürftig sind, nicht zu vergessen.

Ich weiß, dass hier im Publikum auch Vertreter von Städte- oder Gemeindetagen sitzen. Ich habe in Erinnerung zum Beispiel Litauen. Vielleicht bekommen wir es hin, dass ein solches Beispiel wie Mulhouse in Frankreich nicht ein exotisches Einzelbeispiel bleibt, sondern diskutiert wird, vielleicht mit anderen Städten und zwar auf der praktischen Ebene anhand von drei, vier entscheidenden Punkten. Dann kommt es darauf an, ob die Ministerebene davon erfährt. Wir neigen dazu, gute Initiativen zu haben, aber sagen wir einmal, meine Nachbarin trifft sich dann mit gleichgesinnten soziokulturellen Freunden in Belfast. Das ist gut. Nur wie erreicht es dann die Kultusministerebene? Wie schnell können wir eine Idee innerhalb der vertikalen Vernetzung transportieren? Vielleicht können wir eine Struktur schaffen, in

der wir beweglicher werden in den Systemen zwischen Ministerebene und Ministerialbüros, die nicht nur für den Erfolg der Minister arbeiten sollten, sondern vielleicht auch einmal berichten könnten, wie die Resonanz von der Basis zur Ministerebene ist. Das meine ich ein Stück weit und da erlebe ich Europa als hilfreich, weil manchmal die europäische Ebene hilft, sich bei der nationalen Regierung Gehör zu verschaffen

### **Hibab Tabib**

Ich glaube, wir können uns alle darauf verständigen, dass wir es mit Problemen mit vielschichtigen Dimensionen zu tun haben, schon wenn man die Integration, die Gewalt und die Aufstände in den Banlieues nimmt. Da gibt es nicht nur eine Lösung, sondern viele Lösungen, und wenn wir mit diesen Situationen richtig umgehen wollen, brauchen wir auch vielschichtige Kompetenzen. Da sind wir gezwungenermaßen sofort bei der Transversalität, der Partnerschaft, aber die Schwierigkeit besteht vor allem darin zu wissen, wie man eine solche Partnerschaft angesichts von professionellen Einstellungen und Herangehensweisen aufbaut, die nicht immer dieselben sind angesichts der Rollenverteilung, der Probleme mit der Macht, den Gewohnheiten, den Problemen, wer die Gelder verwaltet, wie finanziert wird usw. Das sind echte Hindernisse, aber man muss auch in jeder Partnerschaft sozusagen den Motor definieren, der koordiniert, wer macht was. Eine Partnerschaft baut sich nicht von allein auf. In dem Projekt „Stadt der Mediation“ haben wir diese Erfahrung gemacht, dass wir als methodische Ausrichtung der Projektentwicklung von Anfang an mit allen Partnern zusammengearbeitet haben. Wir haben nicht zuerst ein Projekt eingerichtet und dann den Leuten gesagt, sie sollten jetzt mitarbeiten. Wir haben in diesem Projekt beispielsweise 160 Akteure der Stadt ausgebildet: Polizeibeamte, Kommunalpolitiker usw. Diese 160 Personen waren stets auf dem Laufenden, sie trugen zur Konzeptionierung und Umsetzung der Projekte bei. Und die Auswertung ergab, dass 21 Prozent aller Mediationen von der Stadtverwaltung, dem Bürgermeister, dem Bürgermeisteramt und den Kommunalbehörden initiiert wurden. Der politische Wille ist dabei die zentrale Frage. Man kann in den Städten einfach keine großen Projekte ohne den entsprechenden politischen Wille umsetzen. Denn der bedeutet Legitimation, politische Unterstützung, Finanzierung und vor allem: Die Stadt wird von den Kommunalpolitikern repräsentiert; wie will man also mit allen Institutionen zusammenarbeiten, wenn man dabei nicht auch die politische Wirklichkeit berücksichtigt? In diesem Zusammenhang

wichtig ist auch die Herangehensweise beim Aufbau der Projekte, damit man überhaupt eine Kultur der Gemeinschaft erreicht. Hier liegt die Problematik: Man kann nicht zusammenarbeiten, wenn man nicht dieselben Werte, dieselbe Kultur der Zusammenarbeit teilt. Mein letzter Vorschlag, den auch schon die Vertreterin aus Italien erwähnte: Es ist wichtig, ein Schreiben an alle Bürgermeister Europas zu senden, um ihnen diese Initiative vorzustellen. Denn der Europarat ist weniger bekannt als das Europäische Parlament bzw. die Europäische Kommission. Ich meine, dass es wichtig ist, allen Bürgermeister/innen im Hinblick auf eine bessere Kommunikation ein solches Schreiben zu senden, um sie zu informieren, was bis jetzt schon unternommen wurde, aber auch um ihnen konkrete Fragen zu stellen, beispielsweise ob sie an der nächsten Konferenz teilnehmen wollen und falls ja, welche Fragestellungen und Meinungen sie haben.

#### **Didi Baenzinger**

Ich glaube, dass es der Sache förderlich wäre, mehr über und von Jugendlichen zu hören, die unmittelbar involviert sind, sodass der Prozess schon auf Augenhöhe und unter Nutzung der Grundsätze der Mitbestimmung ablaufen würde, was ja hier im Europarat schon seit geraumer Zeit praktiziert wird. Zur vertikalen Vernetzung: Ich meine, ein weiterer Punkt, den wir erwähnen müssen, ist der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas. Ich denke, dass dem Kongress für den Know-how-Transfer eine Rolle zukommt, dass er diese Kenntnisse in ganz Europa zugunsten aller Kommunal- und Regionalbehörden verbreiten sollte. Und damit möchte ich auch zum wichtigsten Punkt kommen, der meines Erachtens von großer Bedeutung ist: das Teilen, das gemeinsame Nutzen von Know-how. Was immer wir auf diesen vielen Konferenzen auch tun, oft versuchen wir nur einfach, das Rad neu zu erfinden. Aber vieles von dem, was heute gesagt wird oder auf anderen Konferenzen schon gesagt wurde, ist schon zimal vorher gesagt worden. In dieser Hinsicht meine ich, dass die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Jugendfragen durch das Direktorat für Jugend und Sport des Europarates und die Europäische Kommission – Knowledge Centre on Youth – ein wesentliches Element ist und ich hoffe, dass es uns erfolgreich voranbringen und neue Ideen entwickeln wird, wie wir mit den hier von uns besprochenen Themenkomplexen umgehen können.

#### **Hilde Zach**

Ich gehe ein Stück weiter und biete mich an. Augsburg ist doppelt so groß wie Innsbruck. Mein Vater stammt aus Augsburg. Ich würde

Dr. Hummel gerne für ein entsprechendes Jugendforum, auf dem Betreuer und Problemlöser beisammensitzen, einladen. Um etwas zusammenbringen, um etwas Konkretes zu sagen, sozusagen Städtepartnerschaften mit einem klar formulierten Ziel. Was wollen wir erreichen? Natürlich gegenseitig abschauen, aber noch mehr wahrscheinlich etwas neues Europäisches entwickeln. Der Dachbegriff ist – und deshalb werde ich mich gerne mit den Kollegen aus Augsburg vernetzen – der Umbau der Stadtgesellschaft, weg von diesem Verwalteten hin zur Bürgergesellschaft, die die Verantwortung neu regelt. Das Zusammenarbeiten von engagierten Menschen, von Koordinatoren, von Quartiersmanagern etc. mit der Verwaltung, um Projekte zu entwickeln – in diese Richtung müssen wir gehen. Diese neue Bildungsbürgerschaft, dieses Bündnis mit den Bürgern in einer Stadt, dieses Erwecken der gemeinsamen Verantwortung und der eine Satz, der hier gefallen ist: Die Jugend hat Probleme, die Jugendlichen sind kein Problem. Ich glaube, wenn wir das alle mitnehmen und überall kommunizieren, ist das ja auch schon etwas Wesentliches. Als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung, Jugend, Sport und Medien werde ich das Thema aufgreifen.

Jede Aufmerksamkeit in Form von Konzeption und finanziellen Mitteln, die wir der Entwicklung der Jugendlichen zumessen, ist bestens angelegt und bringt reichlichere Früchte als die Reparatur und all das, was wir aufwenden um Fehlentwicklungen entsprechend zu minimieren oder im Nachhinein abzuändern.

#### **Sarah Levin**

Ich meine, man müsste die neuen Kommunikationsmethoden, die neuen Technologien nutzen, insbesondere Email, Internetforen und -seiten, so dass die Kommunikation zwischen den Netzwerkmitgliedern vereinfacht wird. Ich denke, dass Sie das bereits tun, aber das kann die Dinge vereinfachen, auch im Hinblick auf neue Netzwerke in Verbindung mit den Jugendprojekten vor Ort, so dass auch die gemeinsame Koproduktion vereinfacht wird. So haben die Jugendlichen auf jeden Fall die Möglichkeit, auch Projekte aus anderen europäischen Quartieren kennen zu lernen.

#### **Peter Lauritzen**

In Bezug auf diese Konferenz hat der Europarat langjährige Erfahrung, die wir oft betont haben. Er blickt zurück auf fast 30 Jahre Erfahrung mit Kinder- und Jugendpolitik, und wir haben auch die Einrichtungen dafür, die hier schon genannt wurden: Wir haben ein Treffen von Regierungsvertretern, wir leiten die Konferenz der europäischen Jugendminister. Beim

letzten Treffen der europäischen Jugendminister in Budapest im September 2005 ging es darum, wie die Jugendpolitik auf Gewalt reagiert. Dabei wurde auf einige aktuelle Themen eingegangen, die direkt mit sozialen Problemfeldern zusammenhängen. Wir haben außerdem Vertreter von NGOs und das berühmte Co-Management-System, was bedeutet, dass von Jugendorganisationen und Regierungen gemeinsam beschlossen wird, wie wir unser Geld ausgeben. Was die Weiterentwicklung von Instrumenten der Jugendpolitik angeht, brauchen wir nichts mehr. Wir haben die Foren und wir können uns innerhalb dieser Foren auch mit den Problemen benachteiligter Jugendlicher befassen. In der Jugendpolitik haben wir vor 20 Jahren damit begonnen, dass wir glaubten, Jugendpolitik sei dazu da, sich mit Problemen zu befassen, über die in der Presse berichtet wurde, mit Problemen, von denen die Leute glaubten, sie müssten dringend gelöst werden. Die Antwort war eine Art Feuerwehrsysteem: Die Jugendpolitik greift kurz ein und zieht sich dann wieder zurück.

Später glaubten wir, wir sollten die Jugend als Ressource ansehen und Jugendpolitik bestünde also darin, alles zu tun, um diese Ressource zu entwickeln. Heute nähern wir uns einem Stadium, in dem wir über Jugendpolitik im Sinne eines Zielmanagements sprechen. Das heißt, wir planen, was in einer bestimmten Zeit getan werden kann und wie diese Aktionen für junge Leute der Öffentlichkeit präsentiert werden können, wie dem Parlament und der Presse darüber Bericht erstattet werden kann und wie es anschließend eine Debatte darüber geben kann, warum dieses und jenes getan oder nicht getan wird. Wir brauchen eine transparente, offene Debatte darüber, was für junge Leute getan wird.

Das Wichtigste, was wir bei unserer Arbeit gelernt haben, ist, dass alle Maßnahmen der Jugendpolitik miteinander zusammenhängen. In diesem Sinne ist diese Konferenz für mich etwas ganz Besonderes. Jugendpolitik hat mit Verbindungen und Schnittstellen (links) zu tun, zur Bildung, zum Arbeitsmarkt, zu sozialen und Wohlfahrtssystemen, zur Kultur, zur Strafgesetzgebung, zum Gesundheitssystem, zum Wohnungswesen etc. Sie existiert immer in Verbindung mit anderen Politikfeldern. Daraus wird ersichtlich, welche politische Maßnahme ergriffen werden muss. Innerhalb dieser Konferenz muss etwas gefunden werden, das wir sonst nirgendwo haben. Es geht nicht nur darum, Regierungen oder NGOs zusammenzubringen, sondern darum, Akteure auf lokaler Ebene zusammenzubringen, aus Gemeinden, Verwaltungen, Jugend- und Gemeindeeinrichtungen, NGOs und der Forschungsgemeinde.

In dieser Konstellation diskutieren wir Jugendpolitik auf europäischer Ebene. Es ist eine einzigartige Konstellation, die thematisiert hat, dass für junge Menschen in benachteiligten Gebieten wenig getan wird, auf jeden Fall nicht genug. Ich spüre eine starke Dringlichkeit, mit politischen Taten auf lokaler Ebene zu beginnen. Wenn wir das nicht tun, kann das dazu führen, dass wir Teile einer ganzen Generation verlieren, was wir uns einfach nicht leisten können. Junge Menschen vom Wertschöpfungsprozess und von der Möglichkeit auszuschließen, das Beste aus ihrem Leben zu machen, ist nicht nur für sie selbst gefährlich. Es ist auch für die Gesellschaft insgesamt und für das Wohlfahrtssystem, in dem wir leben, gefährlich.

Was Deutschland angeht, habe ich mir die Beschlüsse der Koalition angesehen und darin viel Jugend gefunden. Aber ich habe nicht gesehen, dass jemand den Mut hat, dieses Thema so voranzutreiben, wie es im Lichte unserer Konferenz hier vorangetrieben werden sollte, trotz der Erfahrungen, die wir im Oktober und November letzten Jahres in Frankreich gemacht haben. Eine Gruppe wie diese muss weitermachen, ihre Stimme erheben und sich selbst auch als Lobby der Kinder und Jugendlichen verstehen. In diesem Sinne hoffe ich, dass der Berlin-Prozess konkreter, ein transkommunaler Prozess der Zusammenarbeit werden kann, und dass diese besondere Mischung beibehalten und vielleicht sogar erweitert werden kann. Ich denke, diese Konferenz gibt uns etwas mehr Hoffnung, in dieser Richtung arbeiten zu können. Aber ich glaube trotzdem, dass noch viel an den Details gearbeitet werden muss. Wir müssen dazu beitragen, diese Probleme zu lösen, und wir müssen auf die Dringlichkeit reagieren, die ich angesprochen habe.

# Originalbeiträge aus den Panels <sup>1</sup>

## Panel I: Junge Menschen erobern Räume – Partizipation und Beteiligung vor Ort

Mary Hanlon, John Hanley,  
City of Dublin, Irland

### Developing policies and strategies to address the needs of Children and Young People in Disadvantaged Neighbourhoods

Dublin City Council, like all local authorities, is engaged in a huge variety of work (in fact over 500 functions), much of which now, while complementing and enhancing traditional activities, represents a significant departure from these. This has required a huge change in both mindset and vision.

Dublin is one of the fastest growing regions in Europe. It covers an area of 11,500 hectares and within the city boundaries has a population of over 500,000. It is a prosperous city and is changing rapidly to cope with the pressures of constant and rapid growth and development. Despite this prosperity Dublin has 15 of the 88 national black spots with unemployment rates of up to 24% resulting in people and families in the city being caught in a cycle of unemployment and disadvantage. It has become a multi-cultural city with a multiplicity of new emerging communities mainly from Africa and Eastern Europe. This presents a huge challenge at all levels of Irish society, as immigration is a relatively new phenomenon.

The City of Dublin has a wide range of youth services that provide a wide array of opportunities for young people, with Dublin City Council being one of the major providers of youth services in the city. The Council works closely with a range of partners to deliver a quality service for youth across the city; experience has demonstrated that such a partnership and integrated approach is crucial to quality youth service provision. The current Youth Strategy under development aims to strengthen our existing partnerships: and promote a greater level of co-ordination and integrated planning with our young people, community, voluntary and business partners, all of whom have a vested interest in the young citizens of our city.

Dublin City Council, directly manage and resource a wide variety of facilities and services that afford young people a range of options for expression and active engagement at a social, physical, intellectual and emotional level. It is

through the Community Section with its wide range of youth services provided by professional youth and community workers, community and youth centres, playgroup support, summer projects and activities and the provision of recreational infrastructure (Swimming pools, sports and recreation centres, playgrounds), cultural and informal educational activities through libraries and art programs etc. that a holistic and inclusive experience can be had by all young people regardless of age, gender, ability or ethnicity.

Joachim Barloschky, Projektgruppe Tenever,  
Amt für Soziale Dienste Bremen

### Junge Menschen erobern Räume im internationalen Quartier Bremen – Tenever

Wir kommen aus Bremen, der Stadt, die sie vielleicht aus dem Märchen von den Bremer Stadtmusikanten kennen: laah, laah; wow wow, miau miau, Kikeriki, Kikeriki! Esel, Hund, Katze und Hahn bildeten die erste interkulturelle Selbsthilfegruppe, die sich solidarisch für ihre Interessen einsetzte und so auch die Räuber verjagte. Auch die Jugendlichen aus den benachteiligten Quartieren wissen: Geschenkt bekommt man nichts! Man muss sich für alles solidarisch engagieren! Man muss sich seine (Frei-) Räume erobern und aneignen. Mit diesen Stadtmusikanten-Erfahrungen haben wir letzte Woche auch unseren Bürgermeister Jens Böhrnsen konfrontiert. Da ihm der soziale Zusammenhalt in den Städten sehr wichtig ist, soll ich diese Konferenz herzlich grüßen und seine Solidarität mit den Brennpunkten bekunden. Ich berichte Ihnen nun von den Jugendlichen aus Bremen-Tenever, ihrem Engagement, ihren Sorgen und auch ihren Freuden und Erfolgen.

Tenever ist eine am äußersten Stadtrand Bremens gelegene Hochhaussiedlung; ein sozialer Brennpunkt mit einem schlechten Image. Wenngleich man sagen kann: das Leben ist besser als der Ruf (Image)! Aber nun machen Sie sich keine Sorgen. In Tenever sind wir so wie überall auf der Welt, wie in Mulhouse, Dublin oder Palermo oder wo auch immer: wir lachen und weinen, wir lieben und hassen, wir hoffen und verzweifeln, sind apathisch oder voller Power – wir sind wie Sie.

*Aber wir haben fünf Besonderheiten:*

1. Tenever ist hoch: Tenever ist eine Hochhaussiedlung der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts. Das ist für Bremen untypisch. 5.000 Menschen (im ganzen Ortsteil 11.000) leben in diesen Sozialwohnungen. Und auch wenn die Architekten und Planer „Urbanität durch

1) Die Power Point Präsentationen finden Sie auf der Webseite: <http://www.berlinprocess.eu/de>

Dichte“ versprochen, so kann man heute feststellen, dass diese Trabantenstadt eine städtebauliche Sünde war/ist. Oder wie der Dichter Christian Morgenstern sagt „Der Architekt jedoch entfloh nach Afri- oder Americo“ Die Häuser gehör(t)en Immobiliengesellschaften – und die haben „Monopoly“ gespielt. Ganze Straßenzüge wurden gekauft und verkauft und gekauft und wieder verkauft: Es ging immer um Gewinne – und die Bewohner hatten darunter zu leiden, dass die Wohnungsunternehmen zum Teil kein besonderes „bürgerschaftliches Engagement“ zeigten. Sie vernachlässigten die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen, Modernisierungen und Wohnumfeldverbesserungen. Glücklicherweise hat die Stadt Bremen unterstützt durch bürgerschaftliches Engagement vor Ort vor vier Jahren eine Korrektur eingeleitet. Durch Kauf der meisten Gebäude wurde eine städtebauliche Sanierung des Quartiers eingeleitet, die Rückbau und Modernisierung der Blöcke vorsieht. Und die Bewohner sind aktiv beteiligt.

2. Tenever ist jung: Es ist eines der kinderreichsten Quartiere in Bremen, 1/3 der Bewohner/innen ist unter 18 Jahren – und das in einer schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft. Hier wächst ein Teil der Zukunft Bremens heran – und der Sozialversicherungssysteme. Nur leider haben Kinder in unserer Gesellschaft nicht solch eine Lobby wie Investoren.

3. Tenever ist international: Hier haben Menschen aus 80 Ländern der Welt ihre Heimat gefunden. 40 % sind Ausländer (bei den Kindern und Jugendlichen ist der Anteil noch höher), ca. 25 % sind Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten; also: Zwei Drittel der Bewohner/innen haben einen Migrationshintergrund. Es gibt ein gewöhntes internationales (Nebeneinander-) Leben; und immer mehr auch, bei den Kindern selbstverständlich, wunderbares Zusammenleben. Trotzdem verlangt diese – in einer globalisierten Welt zukunftssträchtige – Internationalität eine erhebliche Integrationsleistung: Fremdheit zwischen den Kulturen muss abgebaut, die Integration (Sprache, Arbeit, Rechte) gefördert werden.

In direktem Zusammenhang mit den erst genannten Besonderheiten (hoch, jung, international) sehe ich die 4. Besonderheit Tenevers (und fast aller Großsiedlungen in (West)Deutschland): Tenever ist arm: Hier konzentrieren sich materiell und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Über 40% der Einwohner sind – bedingt durch Arbeitslosigkeit oder auch Krankheit – auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Bei uns verhungert niemand; wir haben (noch) einen aktiven Sozialstaat – aber am gesellschaftlichen

und kulturellen Reichtum unseres Landes haben Sozialhilfeempfänger und ALG II- Bezieher nur sehr bedingt Anteil. Und es ist eigentlich ein gesellschaftlicher Skandal, dass in diesem reichen Land mit zehntausenden Millionären Kinderarmut zunimmt. So leben in meiner Stadt Bremen 25,8% aller Kinder unterhalb der Armutsgrenze (bis zu 60% des Durchschnittseinkommens), in Tenever jedes zweite Kind. Und Langzeitarbeitslosigkeit / Armut hat dramatische Auswirkungen auf die menschlichen Lebensbedingungen (z.B. Gesundheit, Bildung). Zum Beispiel Gesundheit: Arme Männer sterben über 7 Jahre eher als im Durchschnitt. Zum Beispiel Bildung: Die OECD-Studie PISA hat deutlich gemacht: Deutschland ist leider Weltmeister der sozialen Selektion bei den Bildungschancen, also auch dem späteren Lebensweg / Karriere. Wer aus einer Migrations- oder Arbeiter- / Arbeitslosenfamilie kommt, besucht deutlich seltener die höheren Schulen oder gar Universitäten.

Vor diesem Hintergrund der Spaltung der Städte hatte der große deutsche Dichter Bertolt Brecht bereits vor 75 Jahren formuliert:

*Die große Decke*

*Der Gouverneur, von mir befragt, was nötig wäre*

*Den Frierenden in unsrer Stadt zu helfen*

*Antwortete: Eine Decke, zehntausend Fuß lang*

*Die die ganzen Vorstädte einfach zudeckt.*

Ich bin froh und stolz, dass in meiner Stadt Bremen die Probleme der Vorstädte wie Tenever nicht einfach „zudeckt“, nicht ignoriert werden. Als langjähriger Bewohner Tenevers und Quartiersmanager des Amtes für Soziale Dienste leite ich ein ressortübergreifendes Quartiersmanagement-Team, das sich diesen Herausforderungen stellt. Und damit bin ich auch schon bei der 5. Besonderheit Tenevers: Tenever ist engagiert und vernetzt: Der Bremer Senat hat ein Programm aller sieben Ressorts aufgelegt für die benachteiligten Quartiere / Ortsteile: WiN – Wohnen in Nachbarschaften. Dieses Programm wird noch ergänzt um das bundesweite Investitionsprogramm „Soziale Stadt“ für Quartiere mit besonderem Erneuerungsbedarf und das europäisch finanzierte Programm LOS – Lokales Kapital für Soziale Zwecke.

Das Programm WiN ist Teil einer langfristig angelegten, integrierten Stadtentwicklungspolitik der Stadtgemeinde Bremen. Das Programm Wohnen in Nachbarschaften ist Antwort auf:

- die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in arm und reich (und die damit einhergehenden Segregationsprozesse),

- die sich daraus ergebende Notwendigkeit der nicht nur städtebaulichen Korrekturen in den benachteiligten Gebieten,
- die wachsende Distanz zwischen Politik / Verwaltungsprofis und dem realen Leben und Stimmungen in der Bevölkerung,
- den wachsenden Bedarf nach Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement.

Herauskristallisiert hat sich in nunmehr fünfjähriger Praxis (mit dem Vorläufermodell „Nachbesserung von Großsiedlungen“: 15 Jahre), dass dezentrale Ressourcenverteilung und neue Formen des Bürgerengagements möglich und sinnvoll, ja erfolgreich sind. Der Bremer Senat hat dieses Programm für den Zeitraum 1999-2004 aufgelegt, um 10 benachteiligten Quartieren und ihren Bewohnern eine Verbesserung ihrer Lebens-, Wohn- und Alltagssituation zu ermöglichen. Das Programm wird wegen seines Erfolges trotz der großen Haushaltsnotlage des Bundeslandes Bremen leicht modifiziert bis 2010 fortgesetzt. Für Tenever steht jährlich ein Budget von ca. 400.000 Euro (WiN, Soziale Stadt und LOS) zur Verfügung, über das die Akteure des Quartiers, also auch die Jugendlichen, nach dem Konsensprinzip selbst entscheiden. Es werden damit keine Regelaufgaben finanziert, sondern nur zusätzliche Verbesserungsprojekte. Denn die Finanzierung (zwischen 500 und 150.000 Euro) der Projekte erfolgt aus dem Quartiersbudget. Und darüber entscheidet die Stadtteilgruppe Tenever – und zwar im Konsens. Das heißt: Alle Beteiligten haben ein Veto-Recht. Wenn einer der Beteiligten, ein Vertreter der Verwaltung, des Parlaments, oder aber eben auch ein Bewohner sein Veto einlegt, dann wird das Geld nicht zur Verfügung gestellt.

Wir haben also die originären Rechte der Politik (Haushaltssouveränität), der Wohnungsgesellschaften (geschütztes Privateigentum), der Verwaltung (Gesetze, Verwaltungsvorschriften) ergänzt um das Veto-Recht der Hauptbetroffenen (bzw. Nutznießer) aller Maßnahmen, der Bewohner. Und es hat dann auch noch den Vorteil, dass die Projekte äußerst kostengünstig werden, denn niemand ist so sparsam wie die Bewohner.

#### Prinzipien:

- Das Programm ist ressortübergreifend.
- Das Programm lebt von *public-private partnership*. Nach dem Prinzip der Grund- und Ergänzungsfinanzierung können WiN-Projekte mit bis zu 50% der Gesamtkosten gefördert werden, wenn die Grundfinanzierung sichergestellt ist. Hierdurch wird der Einsatz von Drittmitteln sowie die Mittelbündelung in hohem Maße befördert. Für

Tenever hat eine Programmbilanz ergeben, dass ein Euro aus WiN-Förderung rund sechs Euro Drittmittel nach sich zieht.

- Alle Maßnahmen sollen zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beitragen.
- Bildung von Quartiersbudgets.
- Die Mittel werden in erster Linie eingesetzt in folgenden Handlungsfeldern:
  1. Wohnungsbestand und Neubau (u.a. Wohnumfeldverbesserung)
  2. Städtebau (u.a. Verbesserung der Infrastruktur)
  3. Wirtschaftliche Effekte und Ökonomie (eine der wichtigsten Punkte für die Quartiere, aber bisher am schwierigsten und nur bei ganz wenigen Projekten realisiert)
  4. Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung (bedeutsam für die Menschen in den Quartieren mit ihrem geringeren Qualifikationsniveau und der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit; die meisten Maßnahmen allerdings im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes)
  5. Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration (die meisten Projekte sind in diesem Bereich angesiedelt)
  6. Soziale und kulturelle Netzwerke / Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation

Nun könnte man vermuten, dass die Ministerien, die Planer aus der Stadt ein ganzes Maßnahmenbündel zusammenstellen – und umsetzen. Aber die Bremer Verwaltung war so klug (die engagierte Bewohnerbewegung hatte das auch eingefordert) zu berücksichtigen, dass schließlich die Bewohner des Quartiers die Betroffenen aller Maßnahmen sind. Deshalb sollten sie entscheidende Beteiligungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte erhalten. Die Bewohner/innen sind die Experten ihres Lebens und ihres Wohnquartiers. Und sie sind nicht Objekte der Verwaltung – sondern Subjekte mit eigenen Vorstellungen und Engagement. Dafür haben wir die Stadtteilgruppe Tenever geschaffen. Sie ist ein öffentliches Forum, das sich seit nunmehr 15 Jahren alle sechs Wochen (128 Sitzungen bis heute) trifft. Und zwar treffen sich alle, denen Tenever am Herzen liegt.

Es treffen sich die, die hier leben, arbeiten oder Verantwortung für das Gemeinwesen haben:

- Interessierte Bürgerinnen und Bewohnergruppen und natürlich auch die Jugendlichen. Sie sind die Hauptakteure, die Experten ihres Lebensumfeldes.
- Die Wohnungsgesellschaften – gilt doch die Wohnung als „dritte Haut“ des Menschen und ist von zentraler Bedeutung für Lebensqualität.

- Vertreter/innen der sozialen, kulturellen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, der Kinder- und Jugendhilfe
- Die Gewerbetreibenden – in Tenever gibt es jedoch nur wenige Geschäfte und Ärzte sowie einige Imbisse, die alle unter der geringen Massenkaukraft und dem negativen Image des Quartiers leiden.
- Die Politik – Mitglieder des Kommunalparlaments (Beirat Osterholz) sowie zwei bis drei Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) nehmen an den Sitzungen teil.
- Vertreter/innen der öffentlichen Verwaltung (Polizei, Stadtgrün, Stadtplanungsamt, Amt für Soziale Dienste, Bauressort).

Geschäftsführung dieser Stadtteilgruppe ist das Quartiersmanagement, das im Rahmen des „Aktivierenden Sozialstaats“ die Stadt Bremen vorhält. An diesen öffentlichen Sitzungen abends nehmen ca. 50 bis 100 Menschen teil, davon jeweils 40% bis 70% Bewohner. Was passiert auf diesen Sitzungen? Die ersten anderthalb Stunden findet der „Quartiersdiskurs“ statt. Das ist kein „professioneller“, gar wissenschaftlicher Diskurs, sondern das Leben selbst: Da geht es um die brennenden Probleme des Quartiers; Ideen, Anfragen, Forderungen, Wünsche, z. B. Drohende Schließung einer Stadtteilbibliothek, Dreck vor dem Hochhaus oder Ärger über zu hohe Mieten, Ärgernisse im Zusammenhang mit Alkohol / illegalen Drogen, Berichterstattung über das Quartier in den Medien. Oder Jugendliche kommen auf ihren Skates in die Sitzung gefahren und fordern eine Skateranlage ein, oder muslimische und deutsche Frauen und massenhaft Jugendliche setzen sich für ihre Halle für Bewegung ein. Jede und jeder, gerade die Bewohnerinnen und Bewohner können ansprechen, was sie bewegt, und die Ansprechpartner, z. B. die öffentliche Verwaltung oder die Wohnungsgesellschaft sitzen mit am Tisch. So werden schnelle Lösungen gefunden oder Argumente für andere Sichtweisen verdeutlicht oder es entwickeln sich sogar mittelfristige Projekte daraus. Und es entwickeln sich Stimmungen, ein gemeinsamer, generationenübergreifender Quartiersblick! Das Quartier bekommt über den Diskurs eine öffentliche, in der ganzen Stadt hörbare Stimme.

Im zweiten Teil der Stadtteilgruppensitzungen werden neue Verbesserungsprojekte für das Quartier vorgestellt, diskutiert und verändert – und Finanzmittel aus dem gemeinsamen Quartiersbudget zur Verfügung gestellt. Die Projekte werden, basierend auf dem Quartiersdiskurs, beantragt von Ämtern oder Wohnungsgesellschaften oder sozialen Vereinen oder Schulen oder eben Bewohner- und

auch Jugendgruppen. Allein in den letzten fünf Jahren wurden ca. 250 große oder kleine Projekte initiiert und auch beschlossen, z. B. ein Kinderbauernhof für diese kinderreichste Bontonsiedlung, Deutsch-/Analphabetenkurse vor allem für Migranten, Ausbau des öffentlichen Hallenbades mit einem zusätzlichen Becken für Eltern mit kleinen Kindern, ein gemeinnütziges Internet-Cafe, die Renaturierung eines Baches durch Schulklassen, die Einrichtung einer Concierge in Hochhäusern mit mehr als 100 Wohneinheiten. Hier finden gerade ältere Arbeitslose eine sinnvolle, wohnortnahe Beschäftigung und erbringen Serviceleistungen für die Bewohner und stärken die objektive und subjektive Sicherheit. Weitere Projekte waren die Durchführung von Seniorentreffen, auf denen die Senioren ihre Anforderungen an das Wohnquartier benennen (z. B. Bau einer Ampel, um sicherer über die Straße zu kommen), Unterstützung von Selbsthilfegruppen der Jugend, der Bau einer gläsernen Polizeiwache im Einkaufszentrum Tenevers mit ganz bevölkerungsnah arbeitenden Quartierspolizisten, die Schaffung eines Mütterzentrums und eines Frauengesundheitstreffpunktes, die Umgestaltung von Spielflächen für Kinder und Jugendliche, die Integration durch Sport, familienorientiertes Arbeiten in den Kindergärten, Unterstützung von Musikgruppen, Kulturevents und Feste u.s.w.

Voraussetzung all dieser Projekte ist eine aktive Bewohner- und Nutzerbeteiligung. Und vor allem setzen solche Projekte viel freiwilliges bürgerschaftliches Engagement frei. Und das ist ja auch ein Hauptziel des Programms WiN – Wohnen in Nachbarschaften: dass die Menschen sich für öffentliche Belange interessieren (nicht nur bei Wahlen alle vier Jahre), sich einmischen in ihr Gemeinwesen, (Selbst-)Verantwortung übernehmen, sich für ihre Interessen einsetzen. Und das gilt besonders für die Jugendlichen. Ihre Bedingungen in den sozialen Brennpunkten sind nicht einfach. Armut, Bildungsbenachteiligung, fehlende Schulabschlüsse etc. Es gibt nicht genügend Ausbildungsplätze, viele sind arbeitslos, keine Perspektiven, Zusammenleben in beengten Wohnverhältnissen, wenig Chancen eigenen Wohnraum zu erhalten unter Bedingungen der Arbeitslosigkeit / Armut, Gefahr des Abrutschens in Süchte oder (Klein-)Kriminalität. Hinzu kommt, dass Jugendliche häufig als „störend“ empfunden werden, ihre Kultur nicht verstanden wird etc. Umso bedeutender ist, dass ein Klima in unseren Quartieren entwickelt wird, das Jugendliche ernst nimmt, achtet, ihnen Entwicklung, Mitwirkung einräumt, ihnen Raum gibt.

Neben den staatlichen Regelleistungen mit



Kindergarten, Horten, mehr und mehr Ganztagschulen, Leistungen des Jugendamtes etc. ist besonders wichtig die Jugendförderung: Jugendzentren, Straßensozialarbeit (ganz wichtig!), Sportaktivitäten etc. Dass Jugendliche RÄUME haben, Treffpunkte drinnen und draußen, sozialen und politischen Raum, ihre Ideen, ihr Leben zu entfalten, Ansprechpartner, Ernstnehmer haben und keine Gummiwände. Und eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung aller Jugendarbeiter/innen und Jugendeinrichtungen (AG Jugend).

Wie eroberten sich die Jugendlichen Tenevers ihre RÄUME? Indem sie sie einfordern, und auch „besetzen“. Natürlich gibt es draußen Treffpunkte, wo Jugendliche sich sammeln, austauschen. Und es gibt die Räume der Jugend in den drei Jugendzentren. Da unser Prinzip in Tenever ja Partizipation und Aktivierung ist, haben die Jugendlichen sowohl in den Jugendzentren Mitbestimmung als auch so genannte selbstgenutzte Räume in den Jugendzentren (mit Schlüsselgewalt). Darüber hinaus fordern Jugendliche vom Stadtteil ein, ihre Bedarfe abzudecken: Im Rahmen der Sanierung Tenevers wurde es notwendig, ein neues alkoholfreies Jugendcafé zu bauen. Die Einrichtung ist zurzeit in einer größeren Wohnung untergebracht, mit entsprechenden Störungen für die Nachbarn im Hochhaus. Die Jugendlichen haben auf Zukunftswerkstätten Raumbedarf und Verortung ihres neuen Domizils entwickelt. Sie haben sich eingesetzt mit Aktionen (symbolische Platzbesetzung, Aktion in politischen Ausschüssen, „Überlebensparty“) für die entsprechende Finanzierung – und die politische Bereitschaft, trotz Kürzungen im Jugendhaushalt dies auch durchzusetzen. Und im Frühling beginnen wir zu bauen. Ebenso wurde verfahren bei der Planung eines Jugendspielplatzes. Natürlich haben wir in Tenever, diesem kinderreichen Quartier, viele Spielplätze, von den Wohnungsunternehmen vorgehaltene Kleinkindspielplätze und zwei zentrale Spielflächen, die mit Bewohnerbeteiligung neu hergerichtet werden. Aber wir hatten bis vor kurzem noch keinen Spielplatz, der vor allem Kids zwischen 14-20 Jahren besonders anspricht.

Auf Zukunftswerkstätten am Wochenende und durch Jugendlichen-Befragungen und Begehungen wurden Ideen entwickelt, welche Outdoor-Bedingungen junge Menschen brauchen. Besondere Berücksichtigung fanden dabei auch die Wünsche von Mädchen (Nischen und Beleuchtung), die sonst manchmal Schwierigkeiten haben, sich in der Jugendszene durchzusetzen. Die Pläne wurden auf der Stadtteilgruppensitzung vorgestellt, korrigiert und beschlossen.

Einen zentralen Stellenwert für Jugendli-

che haben Sportaktivitäten. Etliche spielen im Verein – aber viele Familien können den Beitrag nicht aufbringen. Deshalb haben wir die Tenever-Liga geschaffen. Der Sport geht auf die Straße. Zweimal in der Woche spielen 25 international bunt zusammengesetzte Freizeit-Jugendmannschaften um den Tenever-Pokal. Sport, gemeinsames Fußballspielen wirkt sozial integrativ und präventiv. Auf dieser von den Jugendeinrichtungen getragenen Basis entwickelte sich der Fit-Point Tenever. Er ist eine Sport- und Jugendförderungseinrichtung, wo Jugendliche und Kinder an den Sport herangeführt werden.

Beim Fit-Point kann man umsonst Spielgeräte, Bälle, Schach etc. ausleihen und erhält Unterstützung für sportliche Belange. Wegen der großen Bedeutung des Sports wurde basisorientiert eine umfassende Bestands- und Bedarfsanalyse erstellt. Auf der Grundlage konnte der Stadtteil mit Hilfe des Programms Soziale Stadt und WiN Bolzplätze mit Jugendbeteiligung (nicht nur Planung, sondern auch praktische arbeitsame Umsetzung) schaffen und eine Halle für Bewegung als Attraktion Tenevers herrichten. Diese Halle ist nicht nur ein architektonisches Highlight, sondern schafft mit seiner integrierten Bewegungslandschaft eine Attraktion für die Kinder – zumal die Preise den Armutsbedingungen Tenevers entsprechen. Hier können Kinder- und Jugendgruppen fast kostenlos gemeinsam Sport treiben und finden in den Mitarbeitern auch Ansprechpartner für andere Sorgen. Allerdings ist der Kampf um die Bewirtschaftung der Halle sehr schwer. Denn obwohl eine gute Kooperation zwischen Sport, Jugendhilfe und Bildung die Verantwortung hat, gelingt es noch nicht, die erforderlichen Kosten für das Personal aufzubringen. Wie gut, dass das Programm WiN hier Überbrückungshilfe leistet.

Aber auch ohne Sozialarbeiter und bewährte Träger der Jugendhilfe erobern Jugendliche sich Räume, eignen sich ihr Quartier an, verändern es für ihre Bedürfnisse. So hat eine richtige Straßenbewegung von Jugendlichen sich ein Jahr lang intensiv bemüht, um einen Fitness-Raum (auch weil sie die teuren Fitness-Studios nicht bezahlen können). Ein echtes Beispiel für bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement gepaart mit Anschubfinanzierung und Kooperation mit einer Wohnungsgesellschaft, die Räume nur zu Betriebskostenbedingungen zur Verfügung stellte. Und die *Hoodworker* (aus dem amerikanischen „hood“: Ghetto, aber mit heimatlichem, positiven Beigeschmack; Kiez), eine Jugendinitiative, mischen sich in alle großen Stadtteilfragen ein, bringen ihre Meinung in der Stadtteilgruppe und auf Seminaren ein.

Überhaupt Druck machen: mit Unterschriftensammlungen, Auftreten auf Stadtteilgruppensitzungen und die Bedarfe der Jugend einbringen und Selbstorganisation: So haben Aussiedler-Jugendliche z. B. einen Verein gegründet und mischen sich in die Gestaltung des Jugendzentrums und auch für die Interessenvertretung für die russischen Jugendlichen ein. Unter anderem brauchten sie dringend Nachhilfe in Russisch für Mathematik. Beeindruckt durch die Masse der versammelten Jugendlichen sowie die gute Begründung und unterstützt von der Stadtteilgruppe (auch mit Geld) wurden vom Amt für Soziale Dienste kurzfristig Mittel zugesagt und nach dem ersten Jahr eine Überführung dieses WiN-Projektes in Regelfinanzierung ermöglicht.

Räume erobern, das heißt auch, Resonanz finden im gesellschaftlichen Raum. Sich einmischen in die Zivilgesellschaft. Bestes Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung um einen Jugendlichen, der von Abschiebung bedroht war. Die Jugendlichen, seine Kumpels, konnten es nicht einsehen, dass er, als Zweijähriger mit seinen Eltern aus Libanon kommend, hier Asyl suchend, 16 Jahre hier groß wird, um dann abgeschoben zu werden. Sie schlossen sich zu einer Initiative zusammen, sammelten Unterschriften und gingen an die Öffentlichkeit. Es war ihre erste Pressekonferenz und es folgte eine Lektion in politischer Bildung: Was ist ein Beirat? Was ist ein Petitionsausschuss? Welchen Politiker muss man ansprechen? Nachdenken über Kirchenasyl, Auftritt in der Stadtteilgruppe. Sie haben dieses Thema zu einem öffentlichen gemacht und einen großen (Teil-)Erfolg errungen: Mahmoud kann zunächst ein weiteres Jahr hier bleiben und ist auch noch bei uns.

*Fazit:*

- Jugendliche wertschätzen und ernst nehmen.
- Interkulturell arbeiten, also auch interkulturelle Mitarbeiter-Teams bilden.
- Der Jugend Raum und Räume für Entwicklung geben.
- Eine gute soziale Infrastruktur sicherstellen – und an die Bedeutung kontinuierlicher Beziehungsarbeit zwischen Jugendlichen und Jugendarbeitern denken.
- Jedes Quartier und insbesondere die sozialen Brennpunkte brauchen „ihre Stadtteilgruppe“.
- Dezentrale Quartierbudgets sind motivierend, wenn Jugendliche auf die Vergabe Einfluss haben.
- Die Beteiligungsformen sollten jugendgemäß, nicht mittelschichtenpassend sein.
- Kampf um Ausbildungsplätze / Arbeit zwin-

gend notwendig. Allerdings mit den Quartiersmöglichkeiten kaum (z. B. LOS) beeinflussbar, außer durch Skandalisierung.

Denkt man an die Integrationsleistungen (für Kinder, Migranten etc.) solcher Quartiere wie Tenever für die Gesamtstadt, dann ist es richtig, dass die Gesamtstadt diesen Quartieren und ihren Bürger/innen mehr als die normale Unterstützung zukommen lässt.

*Elfa Spitzenberger, Gertraud Sobotka,  
Stadt Linz, Österreich*

### **Zur Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation**

Am Beispiel Landeshauptstadt Linz, Gemeinwesenarbeit in der „Stadtteilarbeit Leben im Franckviertel“ und unserem Angebot für Lückekinder „*Sports Player*“ möchten wir anhand der in der letzten Konferenz erarbeiteten Aussagen unsere Arbeit präsentieren. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir praktisch ausführen, was in den letzten Jahren im Rahmen der Tagungen und Arbeitsgruppen bereits theoretisch formuliert wurde. Vieles was in den von Ihnen geführten Diskussionen ausgeführt wurde, können wir aus praktischer Erfahrung bestätigen. Wir möchten daher zu jedem in Panel IV ausformulierten Satz unsere Erfahrung einbringen und anschließend mit Beispielen untermalen.

Zuerst ein paar Daten von Linz und dem konkreten Stadtteil:

- Landeshauptstadt Linz, Oberösterreich:
- ca. 189.000 EW, davon ~ 32.700 Minderjährige
- Statistischer Bezirk Franckviertel:
- ca. 10.000 EW, davon ~ 1.600 Minderjährige
- Probleme in der Sprengelsozialarbeit – Einzelfallhilfe
- Viele akute Problematiken
- Wenig Ressourcen und Ausdauer der Familien zur Zusammenarbeit
- Niedriger Bildungsstandard
- Unbetreute Kinder auf der Straße
- Gemeinwesenorientierte Sozialarbeit als Ergänzung der Einzelfallhilfe und zur Prävention, Träger: Stadt Linz

Gemeinwesenarbeit (GWA) beschäftigt sich mit einer Anzahl von Menschen, die durch Gemeinsamkeiten gesellschaftlich definiert sind - dem Gemeinwesen. GWA befasst sich mit komplexen, funktional oder räumlich abgegrenzten Bevölkerungsgruppen. Das Arbeitsprinzip GWA integriert Methoden der Sozialarbeit, der Sozialforschung, des politischen Handelns wie

auch anderer Disziplinen (Empowerment, Netzwerk, Vermittlerrolle).

Der erste Satz aus Panel IV lautet: „Vielfältige Partizipationsangebote sind erforderlich, um umfassende demokratische Beteiligung zu ermöglichen.“ Wir sagen aus Erfahrung dazu: Vielfältige Angebote sind erforderlich, um der Bevölkerung umfassende Beteiligung zu ermöglichen. Partizipation muss in der Lebenswelt der Menschen ansetzen; sie muss alle Altersstufen und alle Interessenslagen der örtlichen Bevölkerung einschließen bzw. ansprechen. Partizipation setzt Entwicklungsprozesse voraus. Diese gilt es auf den Weg zu bringen, zu begleiten und fortwährend zu fördern. Das erfordert kontinuierliche, mitunter viele Jahre dauernde Arbeit sowie Präsenz an Ort und Stelle. Man muss jene Themen aufgreifen, die die Menschen interessieren und Entwicklungsprozesse fördern. Vertrauen muss aufgebaut werden.

Die Stadtteilarbeit „Leben im Franckviertel“ leisten wir seit einigen Jahren. Dabei ist es unsere Aufgabe, die (sozialen) Vereine und Institutionen zu vernetzen, um eine kontinuierliche Plattform für die regionalen Themen im Stadtteil zu schaffen und die Angebote bedarfsgerecht zu gestalten. Die Bevölkerung erhält Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Anliegen und Ideen. Bestehende örtliche Vereine, aber auch lose Gruppen sowie einzelne Personen sollen bei ihrer Arbeit unterstützt werden. Es gilt, Anliegen aufzugreifen, gleiche Anliegen zusammenzubringen, Raum und Wissen bei der Umsetzung zur Verfügung zu stellen. Besonderes Augenmerk liegt auf der Verbesserung der Lebensqualität für Familien. In diesem Stadtteil gibt es viele Kinder zwischen 9 und 13 Jahren. Dafür gibt es hingegen wenig passende Angebote. Dieses Problem wurde beispielsweise in einer unserer Arbeitsgruppen von Eltern und Netzwerkpartnern formuliert und anschließend im Rahmen der Gemeinwesenarbeit ein Projekt „Sports Player“ gestartet:

Sports Player ist ein aufsuchendes, mobiles Angebot für die Zielgruppe der 9-14jährigen Kinder im Franckviertel. Die Aufgabe der befassten Pädagogin, der so genannten Sports Playerin, ist es, Kindern sinnvolle, konstruktive Freizeitaktivitäten näher zu bringen und sie dabei ein Stück weit zu begleiten. Dafür ist es notwendig, die Interessen der Kinder im Stadtteil wahrzunehmen und zu vertreten, den Kindern bewährte Aktionsräume zu erhalten, sowie durch Kooperationen neuen Möglichkeiten zu erschließen. Durch die Arbeit mit Kindern in einem benachteiligten Stadtteil ergeben sich grundlegende, soziale Lerninhalte wie Kommunikation, Konfliktkultur, Integration und Akzeptanz von Regeln, um einige wichtige

herauszugreifen. Die Arbeit ist präventiv angelegt. Die Pädagogin beteiligt die Kinder an der Planung der Angebote. Diese Aktivität hat sich zu einem Kernthema entwickelt, womit die Sports Playerin ein kontinuierliches Angebot im Stadtteil geworden ist und die Pädagogin im Team der beiden Gemeinwesenarbeiter integriert wurde.

Andere Beispiele sind für die GWA typischer. Es handelt sich immer um Aktivitäten, die für die Situation des Stadtteils passen und die von den Bewohnerinnen und Bewohnern aufgegriffen werden, wie die Wandzeitung: Im Rahmen der Umgestaltung des Lonstorferplatzes musste eine Baugrube ausgehoben werden. Ein naher Spielplatz wurde durch eine Plakatwand abgesichert. Der Eigentümer der Plakatwand, ein Linzer Werbeunternehmen, stellte über unser Ersuchen einen Teil der Werbefläche der Bevölkerung für eine Wandzeitung zur Verfügung. Erwachsene wie Kinder nützten sie einige Wochen lang, um ihre Vorstellungen vom Stadtteil aufzuzeichnen und aufzuschreiben. Das Bauvorhaben am Lohnstorferplatz ist ein Lehrbeispiel für Zusammenarbeit. Auf diesem Platz waren vor dem Umbau Kioske, die an Marktbeschicker vermietet worden waren. Ferner befinden sich dort (nach wie vor) eine Grünfläche und ein Spielplatz. Es gab daher unterschiedliche Interessen: Von Seiten des Bauvorhabens, von den Kioskbesckickern, den Stadtgärten, dem Amt für Jugend und Familie (in Bezug auf den Spielplatz) und den Nutzern der Grünflächen.

Es war unser erster Versuch der Kooperation, aus dem wir viel gelernt haben: Zwischen den einzelnen Interessengruppen muss jemand die Kommunikation im Bezug auf den Wissenstransport übernehmen. Es bedarf eines Entwicklungsprozesses, so dass alle Interessengruppen den positiven Effekt der Kooperation sehen können. Für die Ausgestaltung des Stadtteilbüros und die Wiedereröffnung des Volkshauses (Veranstaltungshaus) wurde eine Ausstellung „Wohnen im Franckviertel“ erarbeitet, in der ein historischer Abriss der Geschichte des Bauens und Wohnens im Stadtteil gegeben wird. Ziel des Projektes ist es, den Bewohner/innen des Viertels zu zeigen, dass sie in einem historisch interessanten Stadtteil leben, der trotz seines nicht gerade guten Rufs sehr wohl auch Lebensqualität zu bieten hat. Wir hoffen, solcher Art die Identifikation der Bewohnerschaft mit der eigenen Wohngegend fördern zu können und gleichzeitig das Stadtteilbüro bekannter zu machen.

„Die Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen erfordert neue Formen der Partizipation.“ Teilhabe beginnt bei der Planung von Angeboten für Kinder und Ju-

gendliche. Diese muss einerseits flexibel und verlässlich auf die Wünsche der Kinder und Jugendlichen eingehen. Man muss sie dort abholen wo sie stehen, mit geeigneten Methoden, die sie verstehen und denen sie folgen können. Ziel ist es, die Wahrnehmungs- und Erfahrungswelt der Kinder zu erweitern, ihnen ihre eigenen Bedürfnisse bewusst machen. Für solche Vorhaben kooperieren wir meist mit bereits bestehenden Einrichtungen und Initiativen. Das Turnsaalprojekt der Sports Playerin ist ein Beispiel für die einfache Nutzung von Ressourcen im Stadtteil. Grundschulkindern haben einen starken Bewegungsdrang, daher wurde gemeinsam mit den Kindern ein Programm gestaltet, bei dem der Turnsaal der Schule und die Geräte genutzt werden konnten. Der Effekt sollte neben Bewegung auch Spannungsabbau und soziales Lernen sein. Der Andrang war so groß und so betreuungsintensiv, dass Kinder auch abgewiesen werden mussten. Derzeit suchen wir Eltern, die bereit sind, die Veranstaltung mitzubetreuen. Dies ist erforderlich, um die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten.

Eine wichtige Kontaktstelle war für uns von Anfang an die Pfarre Don Bosco. Die Pfarre verfügt über eine gute Infrastruktur und Kontakte zu einem wesentlichen Teil der Bevölkerung. Es lag *a priori* in unserem wie auch im Interesse der Pfarre, die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auszuweiten. In Folge gab und gibt es immer wieder gemeinsame Aktivitäten. Am Beginn unserer Zusammenarbeit stand ein Tischtenniskurs während der Semesterferien im Februar. Der Kurs war ein voller Erfolg und wird daher jedes Jahr weitergeführt. Ferner wurde gemeinsam eine Jugendgruppe mit albanischen Jugendlichen über ein Jahr lang geführt. Dies hat wesentlich zu deren Integration beigetragen.

Kernaktivitäten der Sports Playerin sind die Angebotsplanung gemeinsam mit den Kindern und der Nachmittag im Stadtteilbüro selbst. Die Kinder haben sich mit Begeisterung am Brot und Kekse backen beteiligt. Manchmal zu besonderen Gelegenheiten helfen auch Mütter mit. Zusätzlich zu den mit den Kindern geplanten Aktivitäten wird der „Kinderraum“ selbstständig von den Kindern genutzt. Er ist mit Spielen, Büchern, Comics, Mal- und Zeichenartikel ausgestattet. Der Bildungsbegriff beinhaltet nicht nur intellektuelle Bildung, sondern auch entwicklungsgemäßes selbst gesteuertes Lernen. Bildung ist unbestritten eine wichtige Voraussetzung für Partizipation und Demokratisierung, wie die nächste Aussage der letzten Tagung bestätigt.

„Damit sich Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen an repräsentativen demokratischen Prozessen beteiligen können,

benötigen sie neben entsprechenden Bildungsangeboten ggf. auch finanzielle Ressourcen für Kommunikation (z. B. Telefon, Internet) und Mobilität“, und „Beteiligung muss altersgerecht ab dem Vorschulalter ermöglicht werden.“ Wir sind der Meinung, Demokratie muss in jedem Lebensbereich der Kinder ansetzen, um sie überhaupt zu befähigen, sich an solchen Prozessen zu beteiligen. Demokratie muss sozusagen von Kindesbeinen an gelernt werden in Familie, Kindertagesstätten und Schule. Über diese gesellschaftlichen Teilbereiche kann ferner Wissen vermittelt, Gemeinschaft und Integration gefördert werden. Dabei wollen wir weg von Defizitorientierung hin zur Ressourcenorientierung. Der Einsatz von (finanziellen) Ressourcen, die Kinder und Jugendliche zusätzlich benötigen, muss jedenfalls begleitet werden. Um Ressourcen im Stadtteil effizient zu nutzen, wurde die Sozialplattform gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss der (sozialen) Vereine und Institutionen im Stadtteil. Man trifft sich regelmäßig. Es werden Angebote abgesprochen und dem Bedarf angepasst. Ferner werden gemeinsame Problemstellungen besprochen und Lösungsansätze erarbeitet. Eine gemeinsame Stadtteilzeitung wird vier- bis fünfmal jährlich herausgegeben. Hier können sich auch Bewohner/innen als Redakteure betätigen. Bei den Sommeraktivitäten im Stadtteil, die der Magistrat an verschiedene Leistungsträger vergibt, stellen unsere Gemeinwesenarbeitskontakte zu Kindern und Eltern her. Die Gemeinwesenarbeitskontakte sind immer wieder vor Ort. Im letzten Turnus erwiesen sich die Kontakte bei Konfliktlösungen als äußerst hilfreich.

Ein Projekt zur Förderung der sozialen Fähigkeiten für Kinder im Volksschulalter hielten viele Experten für notwendig. Im Rahmen ihrer Abschlussarbeit entwickelten Erlebnispädagogen ein zehntägiges Programm, das gemeinsam mit der Grundschule umgesetzt wurde. Einzelne Elternteile wurden an den Projekttagen einbezogen, das Abschlussfest fand mit den Eltern statt. Fortschritte im sozialen Lernen konnten von den Lehrkräften noch vor Ferienbeginn festgestellt werden.

„Beteiligung ist ein Lernprozess, und zwar nicht nur für die Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die Professionellen aus der Jugend- und Sozialarbeit, sowie Politik.“ Unser Vorschlag wäre: Solche Projekte sind sinnvoller Weise „von oben“ einzurichten. Politik lässt sie erarbeiten und beschließt sodann eine Richtlinie, damit Kooperation langfristig gewährleistet ist. Ferner gilt es, die Vernetzung und Koordination von Behörden, Institutionen und (sozialen) Vereinen zu sichern. Ein gutes Beispiel für vernetztes Arbeiten, das die Be-

wohner/innen beim Artikulieren ihrer Anliegen unterstützt, ist die Bewohnerversammlung der Dr. Ernst Korefsiedlung. Die Bürger/innen der neu erbauten Wohnanlage formulierten gegenüber den Gemeinwesenarbeitern immer wieder verschiedene Anliegen. Zum Beispiel benutzen viele Verkehrsteilnehmer/innen eine Seitenstraße an der Wohnanlage, um (in hohem Tempo) eine Ampel zu umgehen. Man wollte daher eine Straße für Anlieger beantragen. Die Gemeinwesenarbeiter besprachen mit den Bürger/innen, an wen sie sich wenden können, wie das zu organisieren sei. Im Vorfeld wurde das konkrete Anliegen erarbeitet. Die zuständigen Kollegen des Planungsamtes wurden zur Versammlung eingeladen und fanden das Gespräch sehr konstruktiv. An günstigen Lösungsmöglichkeiten wird daher gemeinsam weiter gearbeitet.

Zusammenfassend können wir aus unseren Erfahrungen berichten, dass eine kontinuierliche Arbeit im Stadtteil für Familien und Kinder integrative Arbeit leistet, die sozialen Problemen vorbeugt. Um effektives Arbeiten zu ermöglichen, könnte Politik Kooperation der (sozialen) Vereine, Institutionen und Planungseinheiten in ein Leitbild der Stadt/Region aufnehmen und solche Aktivitäten fördern. Damit wäre Folgendes gesichert:

- Langfristiger Einsatz von Fachkräften im Stadtteil als wichtige Voraussetzung für die Kontinuität des bürgerlichen Engagements,
- Kooperation aller Verwaltungseinheiten und sozialen Einrichtungen, sowie Institutionen im Stadtteil,
- Aktuelle Informationen und Vernetzung des Wissens und der (Human-)Ressourcen im Stadtteil.

Ferner ist notwendig, Gemeinwesenarbeit in den Ausbildungsstätten besser zu verankern – der Schwerpunkt liegt derzeit auf der Einzelfallhilfe – sowie die Förderung der Forschungsarbeiten, die bereichsübergreifende Themen bearbeiten.

## **Panel II: Good Governance und integrierte Ansätze – Standards für die Zusammenarbeit von Verwaltung, NGOs und Zivilgesellschaft**

*Britta Ström, City of Malmo, Sweden*

### **Good Governance and integrated approaches**

I am the coordinator of the Metropolitan Initiative in Malmo, which is an integrated approach to combating social differences in living conditions between different areas of the City. I am also a member of the Monitoring Committee for the EU's Urbact programme. As you perhaps know, this is an initiative to compile and develop experiences from urban programmes.

Malmo is the third biggest city in Sweden, with 275.000 inhabitants. It is situated in the far south of Sweden, near Copenhagen. In fact, we are connected to Denmark by a bridge; it takes me half an hour by train to get to the Danish capital or to the airport. Malmo presents two images. On the one hand, it is a city that is developing well, in a growth region that is home to more than three million people, the Öresund Region. The number of jobs is increasing, as is the influx of new inhabitants. There are a large number of universities and two airports. But there is another side to Malmo: a substantial decline in the entire structure of industry in the 1990s is still making its mark, and unemployment is high. This has been worsened by the fact that large numbers of refugees have been coming to Malmo for many years now. In 1960, five per cent of the city's inhabitants were born abroad. In 2005, the figure was twenty-six per cent. And the refugees who have arrived in the past fifteen years need different kinds of help than previous immigrants, many of whom immigrated to jobs.

Since the riots in Paris last autumn, the living conditions of children and young people in disadvantaged neighbourhoods have become a very topical and real issue. People in most circles have probably asked themselves, "could it happen here"? Malmo, where a third of children grow up in such neighbourhoods, is no exception. I'm going to focus on this issue in my presentation, mainly based on my view of what we need to do in order to prevent similar events from happening in Malmo.

This means that I will be talking about:

- Governance – goal and control systems from central government level to regional and local levels, and the link between municipalities and residential areas.
- Cross-sector work – how different policy areas must work together to develop wel-

fare provision.

- Bottom-up perspective – how to create participation, with special emphasis on what is required for social inclusion of young people who live in socially vulnerable neighbourhoods.
- Partnership for perseverance and long-term work.

The facts and experiences that I will refer to are based on the evaluations made by the Metropolitan Policy in Sweden, and especially in Malmo. I will also refer to the knowledge compiled through Malmo's participation in the EU's Urbact programme.

#### *Urban governance and the Metropolitan Policy*

What does the Metropolitan Policy mean to young people in Malmo? I think we all agree that the living conditions and future prospects of children and young people depend a great deal on their parents' situation. And in Sweden, just like in other countries, there are big differences in living conditions in different parts of metropolitan areas. Of course, we can see differences in all fairly large cities, but in metropolitan areas they make a particular impact due to their size. What is the Swedish Metropolitan Policy?

Following a decision in the Swedish parliament in December 1998, the Swedish government has developed a national metropolitan policy. Local development agreements are the main tool for achieving sustainable development. These agreements are based on the assumption that the best results will be achieved if efforts are co-ordinated and are based on inhabitants' perspective of what will work in their own community.

The Swedish Metropolitan Policy rests on two overall objectives, namely:

- To support development in urban areas towards long-term sustainable economic growth.
- To break down social, ethnic and discriminatory segregation in these areas and work towards equal opportunities on both an individual and a gender level.

From 1999 to 2001, seven local development agreements were established between the Swedish government and seven municipalities, covering 24 distressed urban areas. The agreements focus on individuals and city districts and take a holistic approach, combining a variety of measures that address unemployment, language training, crime prevention, education and participation. The development agreements include locally developed objec-

tives, and an individual action plan for each city district covered by the local agreement. The metropolitan work is based on four major principles:

1. The bottom-up perspective, which means that all measures prioritise inhabitants' interests and participation;
2. Management by objectives, which means that each measure taken should relate to a given objective and be a part of an overall plan;
3. Co-operation, because measures should – as far as possible – involve cross-sector activities; and
4. Long-term work, which naturally means that this development process will extend over a long period of time. A major evaluation programme is carried out at both national and local level.

As one of seven municipalities, Malmo has received 50 million Euro from the government. The City has had to contribute the same amount as co-funding. Up to now, the term "governance" has involved finding ways of using the extra resources to support positive development in four neighbourhoods in Malmo where poverty and social vulnerability dominate. We have drawn up local action plans, based on the central government guidelines I have just referred to. New forms of co-operation have been developed at the same time, between the municipality and the local branch of some government authorities, mainly focusing on the unemployed, but also including co-operation with police authorities, for example. As a result of the Metropolitan Policy, a new government agency has been created for the development of schools in deprived areas. This agency is now an important co-operation partner.

How has the term governance taken shape in government agencies? Through its various subject-based departments, the Swedish Government Offices annually issue appropriation directions to the different government agencies that play a part in metropolitan policy. These appropriation directions state how money should be used and how follow-up and reporting should take place. The Metropolitan Policy includes special instructions on co-operation with the seven municipalities that have agreements with central government. Central government thereby plays its part in the local development agreement with the municipality, and lays the foundation for putting the agreement's local programmes of measures into practice.

The operative work in the Metropolitan Policy takes place in municipalities and residential areas. Central government also has a decentralised organisation for some tasks, such as work to reduce unemployment. In practice, this

means that the local employment office is to work with the municipality, based on the information stated in the appropriation directions issued to the government agency called the Labour Market Administration. In between, there is also a regional level with its own requirements. It's not always easy to achieve transparency between different levels. You need good communication, and everyone involved must be aware of goals, the problem and their role. Central government goals are usually written from a national perspective and are often poorly suited to the situation in vulnerable neighbourhoods. Even though the Metropolitan Policy is supposed to support local development needs and programmes of measures, there are built-in inconsistencies that must be dealt with and must be understood by decision-makers at different levels.

The Metropolitan Policy is now entering a new phase in which no extra funds are being made available. Instead, everyone involved is expected to continue the work using existing resources. Central government and municipalities are to tackle metropolitan problems together, and continue to find ways of complying with the appropriations directives. We're currently giving a lot of thought to how we can do this. The challenges facing the welfare state have become clear to a lot more people, and we are better organised at local and central level. However, the difficult work of finding concrete ways in which to jointly achieve the goals of better welfare provision and reduced divisions in cities still requires major effort. It's equally important to eliminate territorial thinking and instead create forms of co-operation.

#### *The need for cross-sector work to tackle welfare issues and create favourable conditions for development*

Public sector activities are usually organised by subject. Schools have special legislation and their own institutions and government agencies, while social services have theirs, for example. Physical planning, the infrastructure, also has its different forms. But these forms are rarely appropriate for people, especially those on the margins of society. This is the key issue in welfare policy: how can we find forms of support that are based on people's needs? How can we meet people where they are, in order to help open doors for them to work and society? We know that problems of social deprivation and exclusion show a clear tendency to build up in certain neighbourhoods. In Malmo, like in the rest of Sweden, we're talking about the expansion of the "million homes" programme in the 1960s, when building on a large scale became the norm. We have now altered a lot of

this housing. The standard of housing is, with a few small exceptions, generally high. But stigmatisation is still prominent: there are areas whose residents meet with a negative reaction if they tell people where they live.

Why are certain areas still unattractive to outsiders, although residents there are often happy with their homes and surroundings? Social structure is the main explanation, but the view of established society plays a part too. The mass media are also a major influence in this context. The lack of a holistic perspective for the measures that have been implemented and are ongoing is clear. There is a real lack of participation from residents. We need more knowledge of how to organise and develop functioning social environments. Each government authority or activity must do its bit, but there is often a shortage of officials, teachers and others who have the ability to create dialogue with residents. We're trying to develop the forms of work, but there is a lot to do. And the situation has become more complex due to the concentration of immigrants in the poorest areas, where there is a minority of Swedish speakers or sometimes none at all.

#### *The bottom-up perspective*

The bottom-up perspective means that all measures must prioritise inhabitants' interests and participation. This is a strategic term that has required a lot of work and has not proved particularly easy to put into practice. However, the work on solving segregation problems has increasingly shown that creating active participation and influence among people in neighbourhoods is central to achieving change. Challenges therefore involve creating an organisation and work method that bring together residents in goal-oriented ventures with authorities at different levels. We have tried various approaches in our aim to create communication and influence for different parties.

I'd like to tell you about the development work that we run within the framework of Urbact, which I mentioned earlier. Malmo is leading a theme: Young People, from exclusion to inclusion. This means that together with a number of other local authorities in different European countries, we have developed criteria for young people's participation. The objective is to identify the most important aspects to focus on in an integrated work method for, and with, young people. Mikael Stigendal, a researcher in Malmo, has developed the subject. He has studied what is required for social inclusion of young people, and I refer to him and his work here. He states: „First, we must establish a definition of social exclusion. I suggest that we define social exclusion as a combination of

have-not and do-not. The definition revolves around three principles: Social exclusion has to be addressed from a multi-dimensional perspective, including factors such as income, work, family, ethnicity, housing, culture and power. Social exclusion has to be related to social inclusion in society, which means that we need to know about the structures, systems and cultures of society in order to understand how social exclusion can occur. Social exclusion contains potential. Admittedly, such potential could be negative and pose a threat to society, but it could also be inspirational and the impetus for a positive development of society. The emergence of social exclusion indicates the existence of problems. Poverty seems to be the most general problem affecting these young people.”

In the Nordic countries, social exclusion tends to be associated with a high proportion of immigrants. The concomitant lack of knowledge among their parents about the labour market, school system and society often weakens these parents’ support of their children. Health problems and traumatic experiences make things worse. The clashes described above could also result in overcrowded households with no space where young people can do their homework. Education systems contain problems which could cause social exclusion of young people or make it more difficult for them to be included. In general, education systems tend to be ethnocentric, which affects and discriminates young people of immigrant origin.

The democratic influence of young people in education systems is often seriously underdeveloped, which may have an impact on excluded young people in particular; those whose only opportunity of learning and supporting democracy is available at school. Grading has become one of the main indicators of social exclusion. Also, labour markets often contain problems which could cause social exclusion of young people or make it more difficult for them to be included.

Two such problems are that:

- Labour markets are often ethnocentric, which affects and discriminates young people of immigrant origin.
- In general, the increased demands on skill and education have made it more difficult for young people to get a job, not only regular ones but also temporary positions during the summer and leisure time.

A very special problem is the one of failure at school. Young people who fail, in particular those whose performance is registered in the form of failing grades, become the agents of a crucial problem. While problems of pover-

ty stem from a family’s situation, and the problems of the education systems and the labour market are structural, the problem of failing grades becomes linked to the individual. And in deprived areas, nearly half of children do not get the grades required for further study. The problem scenario indicates that there are structural obstacles and individual obstacles that must be addressed by understanding and working together with young people.

In his study, researcher Mikael Stigendal points out the need for the following when approaching the problems: Strategies that aim to promote sustainable revitalisation of cities by changing the situation of young people from social exclusion to social inclusion must include five criteria, or at least some of these criteria:

- Empowerment: Opposite of objectify, empowerment means to subjectify and concerns roles and individuals, separately or both.
- Strengthening social relations: Creating trust and improving communication in ways that boost empowerment.
- Structural changes in schools: Tackling causes of exclusion, in particular the implicit ones, in order to prevent pupils from losing faith and opting out. Promote the feeling of participation instead.
- Cooperation between schools and the local community: Tackling the causes of exclusion in the local context of schools, in particular by breaking down barriers between the school and its surroundings, also to boost empowerment and strengthen social relations.
- Changing the view on knowledge: Treating knowledge as a context, created in social conditions and expressed in various forms, to bridge the gaps between practical and theoretical knowledge.

In Malmo we have some examples where these strategies are applied. Some are working well, while others are less effective.

#### *Partnership for perseverance and long-term work*

What must our society and institutions do to create young people’s participation in society and prevent their exclusion? How can we counteract unrest, vandalism, destructive behaviour and criminality? Or, adopting a positive approach; how can we utilise young people’s energy and ideas? We need a social policy that supports vulnerable families with children – this is naturally a foundation to build on.

But we also need an integrated approach, in which different parts complement each other.



We need a housing policy that enables young people to move into homes of their own. We also need a labour market that enables young people to pay the rent, and an education policy that helps them get an education suited to the labour market of the future. This requires new methods for social inclusion, in which young people can have their say and be heard. To create the conditions I mentioned earlier, different forces in society must work together as partners. Young people must be given the chance to express their views, must be shown respect and given influence. To achieve this, we must help them form their own organisations and take part in democratic activities in schools and leisure time. Their knowledge must also be respected when it is based on experiences gained in other countries and other cultures. Parents must be given an active role, for example on school boards. We need to offer parental training, and are currently working on this a great deal.

Clubs and societies, like sports clubs and societies, must be able to welcome and include young people with different experiences, and this requires support from society. Companies must help by offering work placements, trainee positions and the chance to experience working life. Housing companies must join forces with their residents to create secure environments for young people to grow up in. In Malmo we use linkworkers, people who bridge gaps and misunderstandings. They support residents in their meetings with institutions in society. It's important that our common institutions are able to relinquish their privileges, power and prestige. This is the task of challenging power structures, and is a whole issue of its own!

To sum up: to avoid a situation like the one in Paris, we need:

- Good public services, with many adults present who can detect problems,
- Role models for young people who motivate them in their schoolwork,
- Pupils and parents who participate and can influence work methods in schools,
- A secure and well-managed environment,
- A wealth of positive leisure activities that young people can influence themselves.

*Maria Joaquina Marques Serrão,  
City of Leiria, Portugal*

### **Good Governance and integrated approaches – Standards for the co-operation of public services, NGOs and the civil society**

The project of social development we present here – “Viver Melhor” [Living Better] – concerns a quarter of social housing, located at

the most heavily populated Parish of Leiria's Borough, the Parish of Marrazes. This Parish is the one welcoming the most citizens coming both from other areas of Portugal and from other countries. Here, we can find the greatest concentration of needs and social problems, the most of the existing social housing quarters (social rent or sale at controlled prices) and the highest rate of youth, comparatively to the average of Leiria's Borough. The territory affected by the “Viver Melhor” is composed by two hundred and eight homes, where six hundred people live, distributed by twenty-six blocks, with four floors each.

The Dr. Francisco Sá Carneiro Quarter was built during the 1980's (nineteen eighty's) decade by the Housing Ministry, in land belonging to the Marrazes Parish Council, answering a request from Leiria's Municipality. The main goal of that construction was to provide some families who had come from Africa, resulting from the process of independence of the former Portuguese colonies in that continent and who, in a transition period, lived in deactivated public buildings at Leiria's City, with new homes. At that time, the Quarter was isolated from the urban nucleus of the Parish of Marrazes, a situation that, nowadays, no longer occurs, resulting from the latter construction of new urban areas. The services of the Housing Ministry, which took responsibility for the Quarter's management for about twenty years, were located at another city, some sixty kilometres away, having no local office. At that time, the social management was carried out only by a social service technician and an overseer, who occasionally came to Leiria, paying attention to matters related only with housing (administrative, legal and neighbourhood issues). Besides the intervention of the entity that owned the buildings, an Association of Residents was created, with origin at the transitory lodgings where a part of the inhabitants lived before the definitive housing at the Dr. Francisco Sá Carneiro Quarter.

Since the beginning, the construction of this Quarter was a target of protests by the population who lived at Marrazes Parish, an area that, at that time, still had many rural traits. The populations from the small urban nucleus nearby found their tranquillity to be under threat, with the settlement of about six hundred individuals with socio-cultural characteristics very different from their own. On the other hand, and inherent to the process of attribution of the homes, there was a separation in the ways of living between the residents who had come from African countries and those who were originally from Leiria's region, a minority, with some of them being able to buy their own houses (at

low costs). It's also worthy of mention the low quality of the buildings/homes, that obeyed to the administrative rulings of the time, in which priority was given to the low costs of the construction, putting in clear disadvantage both the socio-cultural characteristics of the families to be lodged and the latter maintenance requirements. This restriction was a consequence of the dimension of the problem that affected the whole country – the mass arrival of residents and refugees from the nowadays African Portuguese-speaking countries.

Until today, the Quarter has been stigmatized by most of the population of the Parish where it is located, as well as by the general inhabitants of Leiria's Borough, greatly due to the "message" passed by the local and regional media. From the current demographic and socio-economic features of the residents, some aspects can be stressed, such as the high incidence of lone-parent families; the fact that second and third generation descendants from the families who came from Africa remain in the Quarter; the high level of unemployment and of occasional professional occupations; low levels of education, with strong absenteeism and early abandonment of school; violence/delinquency and addiction behaviour by the young people and third generation teenagers; lack of assumption of the parental responsibilities; and high incidence of inhabitants showing an apparent apathy as far as their civic, social and citizenship rights and obligations are concerned.

This being the framework with which the Social Action services of Leiria's Borough got acquainted through the Social Service Technicians, recruited during the ninety's decade and in the scope of the transfer of competences to the municipalities, through a law passed in 1999, it was proposed that the municipality defined that territory as a priority intervention area. The strategy adopted at that time intended the use of the new competences of the Portuguese municipalities, in the domain of the Social Action, namely in the fight against social exclusion, going a bit further, that is to say, instead of the participation it was supposed to have, the Borough decided to be, itself, the promoter of the approach to the residents of the Quarter, in direct co-operation with other public services, non-governmental organisations and the civil society.

The condition of social exclusion in which this territory could be found, bearing a negative image, both from the outside communities regarding the Quarter, and from the residents towards the exterior, involving not only individuals (natural and residents in the municipality), but also institutions, public organisms and respective technicians, was the determinant

of the initial approach methodology, which inserted two complementary stages. That initial approach was materialized, at the action level, through initiatives aimed at children – "Entertainments Workshop" – for which the participation of the Residents Association, of the regional services of the Youth Ministry, of the parents and of the children themselves was requested. The "Entertainments Workshop" took place during the school-holiday periods and consisted of outdoor and indoor activities and of visits of cultural, entertaining and learning nature. The activities of the "Entertainments Workshop" were programmed on a weekly basis with the participation of the children, with the goals of preventing risk behaviour, making them aware of the rules that living in a group implies and promoting the respect for the Quarter itself. The programme intended to contribute to the inclusion of the children in events of municipal scope, so as to diminish the stigmatization to which they were subjected as inhabitants of the Quarter, providing them, at the same time, with the possibility of experiencing ways of living and of having contacts with diversified environments, both at the social, environmental and cultural levels. Furthermore, through activities held outside the Quarter, some progresses towards the awareness rising of local institutions and organisms were made, with the intention of dignifying the image of this neighbourhood.

The "Entertainments Workshop", as the predecessor of the "Living Better" Project, established the first level of institutional co-operation, although only informally and occasionally, making the way to the current methodology. In this framework, and after a complementary approach of the residents, through the application of a small questionnaire, the "Living Better" Project was created, with its main goals being the rehabilitation and articulation of the communities resources, through the establishment of partnerships with public and private organisms, aiming at a greater autonomy of the residents for the exercise of citizenship and at the promotion of the intergenerational and multicultural relations, both in its territory and in the outside community. The Municipality's effort, at the institutional and administrative level, was materialized in making easier the approach of technicians, leaders and volunteers from public services, privates and non-governmental organizations towards the inhabitants, in their own territory, through diversified activities which were developed with children, young people and individuals with other ages.

As a result of this approach, new services were implanted in the Quarter, of which we point out a local office where two technicians

of the social area worked and two centres of activities for children and young people. At the methodological level, Leiria's Borough has made an effort so that the activities of the "Living Better" Project with children and young people always had as structural support the complementary work made with the respective family. At the action level, the activities programme systematically comprises the possibility that children and young people can define their own activities, according to their interests, as well as their inclusion in activities and events that take place at a municipal level and which are intended for the whole of the population. As an example of developed activities, we can mention health prevention, environmental education, gastronomy, computers, interpersonal relationship, awareness rising towards the professional training and insertion, arts and vacation camps. As examples of the established co-operation, we refer to the local offices of the Youth, Education, Health, Social Security and Employment Ministries, to the Residents Association, to the Youth Associations of Leiria, to the Police, the Army, the Fireman, to the Private Institutions of Solidarity, to the volunteers and to the owner of the buildings.

The current approach, at a methodological level, has been consolidating the co-operation among the services which intervene in this territory, towards a citizen and family-centred dimension, with priority to children and young people which are in a situation of social exclusion. The "Living Better" Project has promoted the integrated social work between the technicians and the animators working with this Quarter, systematized through the psychosocial support it develops at the local office and through the support of the public services, located outside the neighbourhood. Empowerment is the framework of this integrated social work, with the involved technicians identifying the problems and needs together with the residents, defining, also on this basis, the plan of insertion in the different areas (health, teaching, employment, social security, housing and others). The systematization of the integrated social work is also materialized by the usage of common criteria and instruments, discussed and evaluated by the whole of the representatives of the partnership, in monthly meetings. In these meetings, there is also place for the nomination of the technician, or technicians, responsible by accompanying each citizen or family, in what concerns the direct relationship. The beginning of each intervention can come from the resident or by indication of any of the technicians, animators or teachers working with the children, young people or families

living in the quarter.

The "Living Better" Project intends, with this methodology, to promote the inclusion of the residents in general, and of the children and young people in particular, in order to prevent new situations of danger and failure. As a consequence, a group of partners, besides the already mentioned organisms, was invited by the Commission of Protection of Children and Youngsters of Leiria, a non-judicial entity, whose legal attributions comprise the promotion and protection of the development of children and young people, as a way of preventing the application of measures by the courts. The integrated social work, which was being carried out informally among technicians, animators and teachers, was recently subscribed by the heads of nine organisms, through a joined "Partnership Agreement". This "Partnership Agreement" encompasses the enlargement of the integrated social work which was initiated by the "Living Better" Project to the whole territorial area of the Marrazes Parish, in the scope of the Parish Social Commission of Marrazes. The Parish Social Commission, an organism recently developed by the Municipality, has the attributions of identifying and defining the priorities of the social needs and problems, as well as the strategic planning of the fight against social exclusion. The Parish Social Commission, presided by the local Parish Council, includes the local actors, namely from the Dr. Sá Carneiro Quarter, through the Association of Residents and the institutions which are located there, thus promoting the participation of the inhabitants (youngsters and others) at the forums of discussion, evaluation and planning of the social development of the territory of which they are part.

As a result, we believe that, such as the "Entertainments Workshop" was the predecessor of the "Living Better" Project, this same Project will certainly be the predecessor of the methodologies to be adopted in other territories of Leiria's Borough, where the problems of social exclusion affecting children and young people are gradually increasing.

*Dr. Konrad Hummel, Stadt Augsburg,  
Bundesrepublik Deutschland*

### **Was sind Bedingungen von Politik, Verwaltung und Jugendarbeit für eine nachhaltige Sozialpolitik?**

#### *1. Sozialstaat am Ende?*

Kommunale Sozialverwaltung als Mangelmanagement? In den meisten westeuropäischen Städten werden die sozialstaatlichen Voraus-

setzungen, Dienste für Kinder und Jugendliche bereitzustellen mit öffentlichen Mitteln immer schlechter, vor allem wegen der Finanzierung aber auch wegen der Verschiedenartigkeit und Vielfalt der Probleme, Aufgabenstellung und Mitwirkung der Betroffenen (*compliance*). Ausgangspunkt ist für die meisten Stadtverwaltungen der Gegensatz von Sozialstaat und Zivilgesellschaft, das Gegenüber von staatlicher Steuerung der Jugendhilfe und Sozialleistungen einerseits und andererseits dem Zerfallen in vielfältigste Formen der Jugend(vereins)arbeit und der Herkunftsmilieus. In beiden Welten finden Veränderungsversuche statt – etwa Stadtteilprojektförderungen auf der staatlichen Seite und Initiativen und Einzelstiftungsprojekte auf der zivilgesellschaftlichen Seite.

An der passiven Rolle, Politik für Jugendliche zu machen, statt mit und von Jugendlichen, ändert sich noch wenig. Der politische Druck bleibt lobbybezogen für / gegen eine Gruppe innerhalb der Stadtgesellschaft. Eine Verschränkung ökonomischer, sozialkultureller und pädagogischer Aspekte findet kaum statt, weil unterschiedliche Systeme und Zuständigkeiten betroffen sind. Die Finanzmittel werden auf die schwierigsten Problemfälle konzentriert statt präventiv zu wirken.

### *2. Der Transformationsprozess: Umbau zu einer zivilgesellschaftlichen Sozialpolitik*

Auf beiden Seiten werden Veränderungen eingeleitet, so dass die Verwaltung mehr mit sozialräumlicher Arbeit, Kompetenzzentren, Beteiligung von Freiwilligen, Gleichwertigkeit staatlicher und verbandlicher Projekte reagiert. Die Politik formuliert Wert- und Leitgedanken und im zivilgesellschaftlichen Sektor erfolgen zahlreiche Organisations- und Projektangebote, die vor allem für Transparenz der Akteure und Aufbau partizipativer Strukturen sorgen (Beispiel: Bündnis für Augsburg).

- Vertrauen schaffen zu Einzelgruppen (z. B. Russlanddeutsche, türkische Jugend in Augsburg) und deren Performanz fördern (z. B. Jugendkulturenpreis).
- Politik sucht Konsens über Werte und Ziele und auf der operativen Ebene werden Projekte mit allen Akteuren gesucht.

### *3. Architektur einer urbanen Wohlfahrtsge- sellschaft*

Der Schwerpunkt wendet sich vom repräsentativen Prinzip (Gruppeninteressen zu vertreten) zur kooperativen Selbstverwaltung: Projektstrukturen, bei denen Fachkräfte, Institutionen, Betroffene und Freiwillige unterschiedlich aber aufeinander zwingend bezogene Rollen spielen. Probleme werden als Aufgaben von Stadt und Vereinen, Betroffenen und

freiwilligen Bürgern betrachtet – jeder Akteur braucht einen Platz im Projekt (Beispiel Sozialpaten). Jugend betrifft alle Politikbereiche und muss in unterschiedlichsten Formen selbst mitwirken. Querschnittsprojekte (wie z. B. Change in – Schülereinsätze / Hoffeste) spielen eine wichtige Rolle. Die Verwaltung managt solche Projektstrukturen. Die Aufgabe der städtischen Fachkräfte wandeln sich. Die Notwendigkeit zur Integration aller Projekte und Aktionen nimmt zu.

### *Leitgedanken der Augsburger Sozialpolitik – 10 Kurzthesen*

1. Sozialpolitik in Augsburg ist Politik von allen Gruppen der Stadt. Sozialpolitik ist nicht unterschiedslos für alle Gruppen der Stadt, sondern sie hat Menschen zu befähigen mitzuwirken, Vertrauen zu schaffen, ihnen Chancen zu geben und zur Eigenverantwortung aufzufordern.

2. Sozialpolitik in Augsburg hat Dienstleistungen qualitativ angemessen für alle Generationen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig Grenzen einer reinen Versorgungspolitik aufzuzeigen.

3. Sozialpolitik in Augsburg gibt allen Kindern Chancen, in und neben der Familie und für ihre Lebensgestaltung.

4. Sozialpolitik in Augsburg gibt allen Jugendlichen unabhängig von Herkunft und Schule Chancen eigener Erfahrungen und eigenen Lebens.

5. Sozialpolitik in Augsburg unterstützt aktiv die Integration aller ethnisch-kultureller Gruppen und eröffnet russlanddeutschen und türkischen jungen Menschen Chancen durch Leitprojekte.

6. Sozialpolitik in Augsburg baut Erwerbslosen Brücken zum Arbeitsmarkt.

7. Sozialpolitik in Augsburg eröffnet armen Menschen Chancen, Wohnung und Würde zu wahren.

8. Sozialpolitik in Augsburg sichert hochbetagten Menschen und ihren Angehörigen eine Chance, wohnortnah und in überschaubaren Pflegestrukturen alt zu werden.

9. Sozialpolitik in Augsburg greift soziale Ungleichheiten auf und versucht Wohn-, Bildungs- und Kultur-Institutionen für die Betroffenen zu gewinnen.

10. Sozialpolitik in Augsburg bedeutet Stärkung der Nachbarschaften, Stadtteile und Sozialregionen durch Chancen auf vielfältige Teilhabe und Abbau der Egoismen der Gruppen und Generationen gegeneinander.

### Panel III: Interkulturelle Strategien und die Förderung von Toleranz im Gemeinwesen

*Panagiota Ligdopoulou, City of Athens, Greece*

#### Social and Educational Action

The following is a linear presentation aiming to describe non-linear processes. Few words about the *Children & Family Support Centre*. The Greek NGO *Social & Educational Action* established the Children and Family Support Centre in 1997. The Centre is located in the area of Kolonos - Metaxourghio in Athens; it provides direct services through the Children's Day Centre, the Youth Centre and the Family Centre. The Centre supports children and families of ethnic/religious minorities, aiming at their social and educational integration. The Support Centre runs three different projects: a) the School Integration Programme for pre-school and school children, b) the Social Integration Programme for adolescents and young adults and c) the Family Counselling & Guidance Programme. The area of Kolonos & Metaxourghio lies in the centre Athens and it is a deprived area consisted mainly by socially vulnerable populations (Greek Muslims of Turkish origin, Roma of Greek and Albanian origin, homeless refugees and migrants), without the implementation of social planning and intervention programs; de-industrialization processes in the last two decades resulted in a rapid change of uses in the area, which consequently 'pushed' certain social groups in the outskirts of the city or elsewhere. As prices have gone up with the last development trends in this part of the capital, small coffee shops and tavernas, formerly owned by members of the local population, closed down and as a consequence many public spaces available for meeting with each other disappeared. Hence, a further breaking-down of social networks has been witnessed.

A number of approximately five hundred Greek Muslim & Roma families moved into the area from Thrace region in North Greece (beginning of 80s – being the 3<sup>rd</sup> wave of instigated migration away from the borders and towards the capital), responding to a state-initiated Integration Programme which never took place and which has been related with fears of potential alliances of non Christians with the neighbouring 'enemies'; hence the group follows semi-nomadic patterns, constantly moving between Thrace, Athens and the Greek Islands, where they are occupied professionally during the summer period. The group is characterized by very poor education

and social standards: almost every adult is illiterate and the (official) rate of unemployment reaches 100%; early marriages and a big number of children per family contribute to the poor financial profile of the group: family income is very much based on child-labor, as the occupational potential of adults is very limited; apart from that, family income is also based on state allowances, usually directly related to the number of children and children's attendance to school. There are many indications about extended drug and alcohol abuse, violence at home and so on.

As most of adults/parents lack any kind of school experience, the necessity of schooling is far from obvious for the population; taking also into account the very limited (material & human) resources as well as the 'necessity' of child-labor (many households meet their needs through the labor offered by the younger members of the family, such as selling handkerchiefs, flowers, washing car windows and so on), it becomes obvious why a great number of children never attend school, whereas others fail to perform a stable and successful attendance. Furthermore, adults as well as children do not have any success stories related with education in their environments, so they cannot imagine what education would have to offer to them. They have 'learned' they will remain a minority. First intervention area: School Integration 2005-2006: 76 children & teenagers (11-19 years old) participate in the School Integration Program. They are supported through the school registration processes (not always easy, as some children lack of any identification papers and locals schools with the support of the Ministry for Education refuse to register them), get preparation lessons for school, get psycho-social support, while daily meals are provided as well (in cooperation with Municipality of Athens... an outcome of the 2004 Olympics). Educational profile: late entrance in school system, usually in levels that do not match with the children's age and their educational skills, sporadic attendance; consequently: limited High School Entrance & high dropout rates in young ages (11-14 years old).

Second intervention area: Social & Labor Market Integration of young people excluded from the educational system: During the period of 2005-2006 35 Greek Muslim & Albanian Roma teenagers participated in the following activities: The Elementary School Certificate Program, The Human Rights Education Program, The Labor Market Integration Program, The Video & Photography Project, The Creative Workshop (painting & story telling), The Music Project, The International Youth Exchange Program (UK, July 2006). Third intervention area:

Family Counseling & Guidance: During the period of 2005-2006 (1<sup>st</sup> half) there has been 600 cases handled concerning: Legal Counseling & Guidance: civic rights and obligations, state allowances, school registration, health services. Individual & Family Guidance: personal & family empowerment concerning parental roles, motivation for school integration, health issues. The Family Center is also responsible for the practical training of Social Workers in cooperation with the Technical University of Athens.

### Networking

Participation in two urban development projects in cooperation with the Municipality of Athens and the Greek Manpower Employment Organization (OAED): 'Local Employment Initiatives': Network for Labor Market Integration – Counseling Services for 20 unemployed women in the 3rd City Department: needs-analysis, individual action plans, individual & family counseling, Labor Market Integration & follow-up. 'Integrated Small-scale Urban Development Initiatives': Counseling Services for 50 unemployed women in the 4rd City Department: needs-analysis, individual action plans, individual & family counseling, Labor Market Integration & follow-up.

### European Projects

The Support Centre participated/will participate in the following projects:

- European Commission Youth Programme, Action 1: Youth for Europe, Youth Exchanges: 'Crossleys' – Manchester, July 06.
- European Commission Youth Programme, Action 2: European Voluntary Service: 'Voluntary Services for Muslim Roma Teenagers'.
- European Commission Youth Programme, Action 3: Youth Initiatives, Networking Projects: 'Kolonos 04 – the traveling suitcase project'.
- European Commission Youth Programme, Action 3: Youth Initiatives, Future Capital: 1) 'Occupational Counselling Programme for disadvantaged youth – A multi-media Project Method' & 2) 'My home, my life - a multi-cultural art project for Roma children and their school peers'.
- European Commission Leonardo da Vinci Programme 2002-2006: 'European Passport on Professional Education in Early Intervention'.
- European Commission Action Program to encourage cooperation between Member States to combat Social Exclusion: 'Lobby for Children – Methods towards Social In-

clusion of Children in Europe'.

- European Commission Joint Actions Socrates, Leonardo Da Vinci and Youth: 'CIVIS in Europe'. It is worth noting here, that although the particular programme (drop-out prevention programme) is designed to run in cooperation with the local schools, this hasn't been possible, since the Ministry of Education has been orally refusing to grant permission for accessing schools in the area and simultaneously has been avoiding to give as a printed version of their refusal.

### Problem areas

NGOs are still called upon in order to replace a non-existent welfare state. Still, while NGOs are implementing programs that should be in fact implemented by the state, they do not receive any substantial financial support and hence they lack personnel, funds for continuous intervention programs and actions, adequate spaces. Some financial support is possible thanks to private interventions. A fact: as public actors and services have not been willing to offer any kind of support to the Centre's activities (apart from the meals left from the public day care centres), the projects described so far would have been implemented without the support of European funding programs.

It has been noticed that when it comes to state's measures in order to combat social exclusion, the Roma population faces further exclusion. For instance, Roma women are expected to participate in programs whereas no thought has been made about daycare centres for little kids. Furthermore, Roma women are almost always turned down during the interviewing process by the authorities (for employment support programs and so on). The latter phenomenon was most eloquently noticed with the recent programs run by the Municipality of Athens and OAED ('Local Employment Initiatives' and 'Integrated Small-scale Urban Development Initiatives').

Recently, it has been mentioned in widely circulated magazines in Greece, that the majority of EU housing money never reached the Roma population. It is also far from obvious, that religious identities aren't respected in Greece, since for instance there is not a single mosque in Athens (if one would wish to attend one, should leave the capital for a 3-day trip towards Thrace and come back).

There is a difficulty in combating widely shared stereotypes within the public, often recreated by social actors as well. Same stereotyping applies among the various members of ethnic and/or religious minorities in the area. For instance, it is difficult to involve youth of the Turkish speaking and Romani speaking Greeks

with Roma youth of Albanian origin.

Marginalization process implemented by the Greek state or where exclusion is not an accident... According to the Greek Helsinki Monitor to the European Roma Rights Centre (in a report published in September 2004): The existing legislation recreates marginalization processes: for instance the existence of the Ministerial Degree [1983] concerning "Health Regulation for the Organized Settlement of Nomads..."

European policies that have not been integrated: International Convention for the Elimination of All Forms of Racial Discrimination – article 14 (has not been signed), European Council Directive 2000/43/EU for the Implementation of the Equal Treatment of Persons Regardless of their Racial or Ethnic Origin (has not been adopted). Also, some of the following regulations have not been ratified by the Greek state: Frame Convention of the European Council for the Protection of the Ethnic Minorities, European Register for Peripheral and Minority Languages, European Convention for the Right to a Nationality, the UNESCO Convention Against Discrimination in Education and many more... Last, but not least, an important issue is the active participation of the Roma community in defining their own needs. For instance the term 'minority' has been hotly debated by some Roma, as they were afraid they may lose their access to an equal Greek identity, while stressing that language constructs realities and hence as a minority they may gain the status of a 'recognized outcast'. The same people suggested, they would rather focus on their identity as Greek citizen who face social exclusion on the grounds of human and civic rights.

*Anne Wehkamp, Stadt Solingen,  
Bundesrepublik Deutschland*

### **Integrationsarbeit der Stadt Solingen – Solingen ist interkulturell**

Die kreisfreie Stadt Solingen mit rund 163.000 Einwohnern liegt im Bergischen Land in Nordrhein-Westfalen. Die Wirtschaft in Solingen wurde lange von der Schneidwarenindustrie geprägt, die der Stadt den Beinamen „Klingenstadt“ verliehen hat. Im Laufe der Zeit sind weitere Zweige der metall- und kunststoffverarbeitenden Industrie hinzugekommen. So haben viele Zulieferer der Automobilindustrie hier ihren Firmensitz.

Die Einwohnerzahl Solingens ist in dem letzten Jahrzehnt zwar leicht, aber kontinuierlich gesunken. Zwischen 1992 und 2003 verlor die Stadt knapp 3.000 Einwohner. Prognosen ge-

hen davon aus, dass bis zum Jahre 2020 die Stadt um weitere 4,4 Prozent schrumpfen wird. In Solingen leben Menschen aus mehr als 130 Herkunftsländern und sehr unterschiedlichen Kulturen. Zuwanderung fand in größerem Umfang seit 1956 statt. Zunächst kamen Italiener und Jugoslawen, später Griechen, Spanier, Portugiesen, Türken, wenige Marokkaner und Tunesier in die Klingenstadt. Der Anwerbestopp aus dem Jahr 1973 führte nicht zu einer verstärkten Rückkehr in die Herkunftsländer. Die meisten der bis dahin allein lebenden Ausländer holten ihre Familien nach.

Der Anteil der ausländischen Einwohner an der Gesamtbevölkerung beträgt heute 13,9 Prozent. Also sind von den gut 163.000 Einwohnern knapp 23.000 Ausländer. Der Anteil der Zugewanderten ist aber weit höher: Unter der Berücksichtigung von Aussiedlern und Eingebürgerten liegt die Quote bei über 20 Prozent. In der Altersgruppe der unter Dreijährigen haben 38 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund. Viele der Bewohner mit Migrationshintergrund sind gut integriert. Teilweise leben sie schon über 40 Jahre hier, sie engagieren sich in Vereinen, haben einen guten Kontakt zu ihren Mitbürgern. Allerdings zeigt die Statistik, dass Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sie häufiger Sozialhilfe beziehen und niedrigere Bildungsabschlüsse aufweisen. Zuwanderer und ihre Nachkommen sind also auch in Solingen stärker von Benachteiligungen betroffen, die sich auf Gesundheit, Lebensqualität und Zukunftschancen auswirken.

Das Zusammenleben zwischen Deutschen und Zuwanderern in Solingen gestaltet sich in weiten Teilen gut. Ein tiefer Einschnitt war jedoch der Brandanschlag auf das Haus einer türkischen Familie Pfingsten 1993, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Dieses Ereignis beeinflusste das Klima in der Stadt nachhaltig. In der Folge kam es zu verstärkten Bemühungen um ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern. Die unterschiedlichen Ansätze haben Früchte getragen. Deutlich ist an vielen Stellen, dass es aktive Bemühungen um die Integration und ein gesellschaftliches Miteinander unterschiedlicher Kulturen in Solingen gibt. Die Stadt Solingen wurde im Juni 2005 mit dem Integrationspreis des Innenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik“ ausgezeichnet. Nachfolgend soll die Solinger Integrationspolitik und Integrationsarbeit kurz skizziert werden.

### *Interkulturelles Gesamtkonzept*

Die Verabschiedung des „Interkulturellen Gesamtkonzeptes“ im Dezember 2001 schaffte eine gute Grundlage für die Integrationsarbeit in Solingen. Dieses Konzept wurde zuvor in einem zweijährigen Prozess mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlichster Organisationen zu Schwerpunktthemen erarbeitet. Eine gute Unterstützung des Prozesses durch den Rat und die Verwaltungsspitze war wichtig und notwendig. Leitgedanke war, ein Netzwerk aller beteiligten Kräfte und Institutionen zu schaffen. Dadurch erfolgt eine gute Nutzung der vorhandenen Ressourcen von Kommune, Verbänden und Vereinen, Wohnungsbauunternehmen etc.

Es sind Synergieeffekte entstanden und eine zielorientierte Ausrichtung der weiteren integrationspolitischen Arbeit. Bei diesem interkulturellen Netzwerk handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe der Kommune. Es wurde eine „Umsetzungsgruppe Interkulturelles Gesamtkonzept“ gebildet mit Vertretern aller Verwaltungsressorts, Vertretern aus dem Integrationsrat und der Wohlfahrtsverbände. Die Umsetzungsgruppe trifft sich regelmäßig in vier- bis sechswöchigem Abstand, um über die interkulturellen Projekte in den unterschiedlichen Ressorts und bei den Verbänden zu berichten. In diesem Kreis werden Handlungsbedarfe ermittelt und Projekte entwickelt, die ressortübergreifend umgesetzt werden können. Das Thema Integration wird nicht nur auf sozialer Ebene behandelt, sondern als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern der Verwaltung und findet so auch bei Planungsfragen, strategischen Entscheidungen und Fragen der Stadtkonzeption Berücksichtigung. Die Frage der Zuwanderung gehört in die Wirtschaftsförderung und Personalentwicklung genauso wie in den Gesundheitsbereich, in die Beschäftigungsförderung, in die Kulturförderung, in den Sport, in die Stadtentwicklung und in das Thema Wohnen.

## **Ziele der Integrationsarbeit**

### *1. Sprache, Sprachförderung*

Alle neu eingereisten Migrantinnen und Migranten sollen unmittelbar über bestehende Angebote der Sprachförderung informiert werden. Intern ist anzustreben, alle Angebote miteinander zu vernetzen (Internet) und so einen vollständigen Überblick, auch für die Multiplikatoren, zu ermöglichen. Lücken in der Angebotsstruktur sind zu schließen. Die verschiedenen Sprachkurse sollten gemeinsamen Standards genügen. Eltern werden frühzeitig über die Wichtigkeit der Sprachentwicklung ihrer Kinder informiert. Gemeinsam mit Familienbildung, Kindertagesstätten und Schulen

sollte eine gemeinsame Konzeption zur Sprachentwicklung erarbeitet werden, auch unter Einbeziehung von Selbstorganisationen und Stadtteilprojekten. Die Kommunikation zwischen Zugewanderten und der Verwaltung ist sicherzustellen. Bei Sprachproblemen kann der mobile Übersetzungsdienst genutzt werden.

### *2. Arbeit/Beschäftigung*

Kurz- bis mittelfristig wird in Solingen dringend qualifiziertes Fachpersonal benötigt. Investitionen in die schulische und berufliche Ausbildung sind notwendig, um ausreichend qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Der Nachqualifizierung hier lebender Migrantinnen und Migranten kommt ein hoher Stellenwert zu. Sprachkurse, aber auch die Qualifizierung im Bereich neuer Medien stehen hier im Vordergrund. Ziele sind die Entwicklung passgenauer Beratungskonzepte und adäquater Angebote für verschiedene Gruppen (Jugendliche, junge Erwachsene, Existenzgründer/innen, ältere Migranten/innen und die Altersgruppe der 25-45jährigen).

### *3. Gesundheit*

Die Gesundheitsdienste sollen für Migrantinnen und Migranten bekannter gemacht werden durch entsprechendes Informationsmaterial. Die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen für Kinder muss verbessert werden. Außerdem gilt es, Kontakte zwischen Gesundheitsbereich und den verschiedenen Selbstorganisationen zu vermitteln. Jugend- und Drogenberatung, Kliniken, gutachterlicher Dienst etc. sind bei ihrer interkulturellen Öffnung zu unterstützen, auch durch das Bündeln von Informationen für Fachkräfte, z. . über mehrsprachige Info-Materialien, mehrsprachige Ärzte, Krankengymnasten etc.

### *4. Wohnen*

Die Verbesserung der sozialräumlichen Arbeit und der nachbarschaftlichen Entwicklung in den Wohnquartieren mit Hilfe eines qualifizierten Quartiersmanagements soll weiter entwickelt werden. Die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten bei künftigen Planungen ist dabei sicherzustellen. Unterstützungsangebote für Familien in den Stadtteilen sollen gestärkt werden. Mit den Steuerungsmöglichkeiten der Kommune soll versucht werden, unfreiwillige Konzentration von Migranten in einzelnen Wohngebieten zu verhindern und damit Ghettobildungen entgegenzuwirken.

### *5. Schule, Jugendhilfe*

Auf der Grundlage des Schulentwicklungsplans (2000) sollten bis zum Jahr 2010 alle Möglich-



keiten genutzt werden, die immer noch vorhandene Bildungsbenachteiligung zugewanderter Kinder zu verbessern. Dazu gehören unter anderem:

- Die Motivation von Eltern und ihrer Kinder zum Besuch interkultureller und muttersprachlicher Spielgruppen zu steigern.
- Die Wahrnehmung des Angebotes zum Besuch von Tageseinrichtungen ab dem 3. Lebensjahr zu steigern.
- Der Ausbau des Angebots an interkulturellen und muttersprachlichen Spielgruppen im Rahmen der Familienbildung.
- Die Anbindung des muttersprachlichen Unterrichts an den Regelunterricht.
- Die Entwicklung interkultureller Konzepte im Freizeitbereich.
- Intensive Beratung im Übergangsbereich Schule – Beruf“ anzubieten.

Migration ist somit nicht nur ein Querschnittsthema innerhalb der Kommune, sondern auch eine Gemeinschaftsarbeit von kommunalen und nicht kommunalen Akteuren.

Die Schwerpunkte der Arbeit liegen zurzeit auf folgenden Bereichen:

- Sprachförderung wird in Kindergärten und Schulen sowie für Eltern und Multiplikatoren aus den Migrantengruppen angeboten. Darüber hinaus wird die allgemeine Sprachkompetenz durch muttersprachlichen Unterricht und zweisprachige Eltern-Kind-Gruppen gefördert.
- Die Sprachlernangebote sind auf der Internetseite der Stadt Solingen aufgeführt und werden regelmäßig aktualisiert. Ziel ist eine noch bessere Vernetzung des Unterrichts, um ein umfassendes Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen.
- In 2004 wurden erstmals gezielt Sprachkurse für die Eltern von Schulneulingen eingerichtet, und so der hohen Motivation der Eltern Rechnung getragen, beim Schuleintritt der Kinder die eigenen Sprachkenntnisse zu verbessern. Seit 2005 werden gezielt Personen mit Erziehungsverantwortung angeschrieben, um an den Sprach- und Integrationskursen nach dem Zuwanderungsgesetz teilzunehmen.
- Der mobile Übersetzungsdienst mit über 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schlägt eine Brücke, wenn unterschiedliche Sprachen die Kommunikation erschweren. Er wird von Kindergärten, Schulen und anderen Einrichtungen angefragt. Ein weiterer Schwerpunkt sind schriftliche Übersetzungen im Sinne guter Kundenorientierung, um Dienstleistungen für Migranten bekannter zu machen. Die Koordinierung erfolgt durch das Büro der Ausländerbe-

auftragten.

- Im Rahmen des Projektes „Kommunen der Zukunft“ wurden für die Ausländerbehörde Servicegarantien erarbeitet mit dem Ziel der Verstärkung der Dienstleistungsorientierung für Migranten. Unter dem Titel „Die Ausländerbehörde Solingen / Partner für Solinger mit ausländischem Pass“ werden u. a. Termine für Beratungen angeboten. Die Struktur der Terminvergabe hat zu einer erhöhten Zufriedenheit bei Migranten und Mitarbeitern der Ausländerbehörde geführt.
- Dass junge Migranten eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung machen können, wurde durch Öffentlichkeitsarbeit stärker bekannt gemacht. Flyer werben dafür, dass mehr Auszubildende mit ausländischer Herkunft in die Verwaltung kommen.
- Fast 50 Prozent der Jugendlichen bezeichneten in einer Umfrage zur Stadtkonzeption 2003 das Zusammenleben zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen als schwierig. Angebote zur Gewaltprävention, Konfliktschlichtung und -vermeidung für Jugendliche sollen den Gewaltschutz und das Sicherheitsgefühl erhöhen.
- Belange und Sichtweisen von Migranten sollen in allen Bereichen stärker berücksichtigt werden – dazu gehören auch Themen aus Stadtplanung (z. B. Moscheen) und Wohnen (andere Wohnbedürfnisse) oder Stadtentwicklung (bei Bürgerbeteiligungen Interviewer mit Migrationshintergrund einzusetzen usw.). Ein mehrsprachiger Internetauftritt zur Rahmenplanung für ein Stadtgebiet, in dem viele Bewohner mit Migrationshintergrund leben, wurde erstellt.
- Im städtischen Fortbildungsangebot werden Qualifizierungen in Interkultureller Kompetenz angeboten.
- Die „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Familien“ (RAA) kümmert sich intensiv um die Förderung ausländischer Kinder, Jugendlicher und deren Familien. Das bedeutet zum Beispiel, dass alle neu zugezogenen Kinder und Jugendlichen an die RAA gemeldet werden, die einen Kindergarten besuchen können oder schulpflichtig sind. Dadurch wird ein flächendeckendes kommunales Beratungs- und Informationsangebot für alle „neuen“ Solinger und Solingerinnen mit Kindern zwischen 3 und 18 Jahren gewährleistet. Die Beratung bezieht die gesamte Familie mit ein.
- Das „Bündnis für Toleranz“ widmet sich dem Themenspektrum „Völkerverständigung und Toleranz“. Es werden Gedenkveranstaltungen organisiert (Jahrestag des

Brandanschläges, Reichspogromnacht). Die Aktion „Stolpersteine“ wurde initiiert, bei der Gedenksteine ins Straßenpflaster eingelassen werden. Ein jährlicher Preis für engagiertes und couragiertes Auftreten im Alltag wurde ausgelobt. Mit verschiedenen Partnern wurde „Schau nicht weg“ initiiert, ein Projekt, das Kinder und Jugendliche durch ein Netz an Ansprechpartnern vor Gewalt schützen soll.

- Im Jugendstadtrat waren ausländische Jugendliche immer stark vertreten. Seit der Wahl 2003 sind 40 % der gewählten Vertreter Jugendliche mit Migrationshintergrund. Insbesondere eine Arbeitsgruppe des Jugendstadtrates setzt mit dem Projekt „Junge Flüchtlinge“ positive Akzente und baut gezielt Kontakte zwischen jungen Flüchtlingen in Übergangsheimen und deutschen Jugendlichen auf.
- Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren aus Verwaltung, Politik, Migrantenselbstorganisationen und Wohlfahrtsverbänden. Dass Migranten sich als Teil der Gesellschaft empfinden, zeigt sich auch an der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in Solingen, z. B. bei dem Fest „Leben braucht Vielfalt“ mit mehr als 60 Migrantenselbstorganisationen, Verbänden, entwicklungspolitischen- und Naturschutzgruppen. Viele Zugewanderte sind in unterschiedlichsten Vereinen tätig oder wirken z. B. in Stadtteilinitiativen oder im christlich-islamischen Gesprächskreis aktiv mit.
- Eine städtische Integrationsbörse unter Einbeziehung der Migrantenselbstorganisationen und der Wohlfahrtsverbände vermittelt einen Überblick über die vielfältigen Angebote für Neuzuwanderer und schafft Vernetzungsmöglichkeiten für die im Integrationsnetzwerk aktiven Personen.
- Durch erfolgsorientierte und zielgruppenspezifische Maßnahmen der Arbeitsagentur und der ARGE werden die Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt gezielt verbessert.

*Politische Partizipation: Der „ZUWI“ – ein Modellprojekt zur Verbesserung der politischen Beteiligung von Zugewanderten*

Solingen hatte in der letzten Legislaturperiode einen „Ausschuss für Zuwanderer und Integrationsangelegenheiten“ (ZUWI) als Pilotprojekt des Landes NRW gebildet. Dieser Ausschuss wurde nun abgelöst durch einen „Zuwanderer- und Integrationsrat“ (weiterhin bleibt die Abkürzung ZUWI), dessen Genehmigung auf Antrag der Stadt Solingen nach § 126 der Gemeindeordnung des Landes NRW durch das Innenministerium erfolgte. Zehn Vertreter

der Ausländerinnen und Ausländer beraten und beschließen nun mit neun Ratsmitgliedern über wichtige Themen der Integrationspolitik. Der Zuwanderer- und Integrationsrat kann sich, ebenso wie der Ausschuss, mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen, Anträge an den Rat oder andere Ausschüsse richten und Zuschüsse für Projekte von Migrantenselbstorganisationen, ausländischen Vereinen, entwicklungspolitischen Gruppen und Flüchtlingsinitiativen bewilligen. Aufgrund der Erfahrungen, die in Solingen und Duisburg (wissenschaftlich begleitet durch das Landeszentrum für Zuwanderung) mit neuen Formen der Migrantenselbstvertretungen gemacht wurden, hat man sich in der neuen Legislaturperiode für die Bildung eines Integrationsrates entschieden, um auch zukünftig eine enge Verzahnung von Migrantenselbstvertretern und Ratsmitgliedern zu gewährleisten.

Die Mehrheitsverhältnisse wurden in dem neuen Gremium jedoch zu Gunsten der Migrantenselbstvertreter verändert. Es handelt sich bei dem Integrationsrat um ein Gremium, das an die Stelle des Ausländerbeirates nach § 27 der Gemeindeordnung NRW getreten ist. In Gemeinden ab 5.000 ausländischen Einwohnern ist nach der Gemeindeordnung ein Ausländerbeirat zu bilden. Ziel des Zuwanderer- und Integrationsrates ist es, eine qualifizierte politische Partizipation von Migranten in Solingen durch eine enge Verzahnung zwischen Migrantenselbstvertretern und Ratsmitgliedern sicherzustellen. Der Zuwanderer- und Integrationsrat führte im Sommer 2005 ein Wochenendseminar durch, bei dem die Ziele der neuen Legislaturperiode festgelegt wurden und bei dem die Gelegenheit bestand, sich besser kennen zu lernen und die Arbeitsweise aufeinander abzustimmen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in der Kommune eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen entwickelt und aufeinander abgestimmt werden. Dies führt dazu, dass das Ganze mehr ist, als die Summe seiner Teile – die Maßnahmen ergänzen sich gegenseitig. Dieser Ansatz hat die Jury des Bundesinnenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung im Jahr 2005 überzeugt. Unter dem Motto: „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik“ wurde Solingen mit dem Integrationspreis (in der Kategorie mittelgroße Städte) ausgezeichnet.

*Dr. Martina Schmied, Stadt Wien, Österreich*

**Integrations- und Diversitätspolitik in der Stadt Wien**

Im November 2004 habe ich die Konferenz in

Berlin besucht. Ich hatte erst im Oktober dieses Jahres die Aufgabe übernommen, in der neu gegründeten Magistratsabteilung 17 der Stadt Wien – zuständig für Integrations- und Diversitätsangelegenheiten – den Bereich „Kinder – Jugend – Schule“ zu leiten. Damals bin ich mit vielen Anregungen und Plänen nach Hause gefahren. Heute – etwas mehr als ein Jahr danach – kann ich Ihnen durchaus mit Stolz bereits von zwei erfolgreichen Projekten im Rahmen der Kinder- und Jugendförderung berichten.

In meinen Ausführungen möchte ich Ihnen zunächst diese Abteilung und ihre Aufgabenbereiche vorstellen und dann auf die genannten zwei Projekte im Rahmen der Sprachförderung näher eingehen.

#### *Warum eine neue Abteilung in der Kommunalverwaltung?*

Lange Zeit stand die Integrationspolitik Wiens im Zeichen des Abbaus von Konflikten, der Entwicklung kommunaler Strategien für Problemfelder sowie der Förderung der gesellschaftlichen Eingliederung von Ausländer/innen. Nach diesem durchaus erfolgreichen ersten Jahrzehnt war die Integrationspolitik in Wien jedoch mit Veränderungen in den Rahmenbedingungen konfrontiert, die Fragen der künftigen Weiterentwicklung aufwarfen und eine Selbstvergewisserung über den zurückgelegten Weg nahe legten.

Wie für andere europäische Großstädte auch, warten auf Wien neue Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Wir müssen uns der Aufgabe stellen, neue Antworten auf strukturelle Veränderungen im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik zu finden. Der demographische Wandel Wiens, der durch einen steten Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gekennzeichnet ist, die Ausdifferenzierung dieses Bevölkerungsteils [in neue Herkunftsgruppen, Pendelmigranten/innen sowie die bereits zweite und dritte Generation der traditionellen Herkunftsgruppen], dazu der zunehmende Bedarf der Wirtschaft an hochqualifizierten Zugewanderten, die Erweiterung der Europäischen Union und letztlich die Entstehung einer europäischen Dimension in Zuwanderungs-, Aufenthalts- und Asylrecht sind jene Faktoren, die den Weg der Wiener Integrationspolitik schon in den letzten Jahren beeinflusst haben und dies auf dem Weg ins 21. Jahrhundert noch weiter tun werden.

Im Oktober 2002 begann auf Initiative und unter der Leitung der damaligen Integrationsstadträtin der Entwicklungsprozess „Programm für Diversitätspolitik“. Grundlage dieses Prozesses war die politische Entscheidung, die Wiener Integrationspolitik zu einer Diversitätspolitik weiterzuentwickeln. Mit der

Neuformulierung der Betrachtungsweise fand ein Paradigmenwechsel statt: Integrationspolitik im herkömmlichen Sinn fragt letztlich immer noch: „Was muss getan werden, um ‚ihnen‘ – den Zugewanderten – die Eingliederung in ‚unsere‘ Gesellschaft zu erleichtern?“ Dagegen fragt Diversitätspolitik: „Was muss getan werden, damit in einer durch Migration stark veränderten Stadt die Verwaltung und die lokale Politik selbst den Bedürfnissen einer kulturell vielfältigen Bürgerschaft entspricht?“

Am 1. Juli 2004 beschloss der Wiener Gemeinderat eine neue Magistratsabteilung zu gründen – die MA 17 als „Abteilung für Integrations- und Diversitätsangelegenheiten“. Es war ein Schritt, der weit über Wien hinaus aufhorchen ließ und auf Interesse gestoßen ist. Aufhorchen ließ auch die Begründung, die die neue Integrationsstadträtin Maga Sonja Wehsely für die Gründung der MA 17 nannte: Damit würde Integration „vom Rand ins Zentrum“ geholt und Teil der kommunalen Verwaltung werden. Das langfristige Ziel der Diversitätspolitik der Wiener Stadtverwaltung ist es demnach, ein harmonisches Verhältnis zwischen der zugewanderten und der schon lange in Wien lebenden Bevölkerung im Alltag gelebte Realität werden zu lassen. Diversität ist eine Querschnittsmaterie und wird zum Leitthema für die gesamte Stadtverwaltung, mit dem sich diese in Zukunft intensiv beschäftigen wird. Dabei fungiert die MA 17 als „Brücke“ zwischen NGOs einerseits und Magistrat andererseits und unterstützt mit ihrem Know-how die anderen Magistratsabteilungen bei deren Tätigkeiten.

#### *Aufbau und Struktur der MA 17*

Der Aufbau der MA 17 spiegelt die beiden Grunddimensionen der Arbeit und des Aufgabenfeldes wider: Einerseits die Kompetenz in wichtigen Themenfeldern, die den kommunalen Aufgaben (damit konkreten Dienststellen des Magistrats bzw. Fonds oder Unternehmungen der Stadt Wien) gegenüberstehen. Dafür stehen strukturell die „Kernbereiche“, z. B. mein Bereich „Kinder-Jugend-Schule“ umfasst Kinder und Jugendliche vom Vorschulalter bis zum 18. Lebensjahr. Die Arbeitsschwerpunkte dabei sind:

- Intensivierung der Unterstützung für Kinder/Jugendliche (insbesondere: Förderung des Kindergartenbesuchs von Migrantenkinder und ergänzende Sprachunterstützung für Schüler/innen),
- Besondere Einstiegsunterstützung und Begleitung für Kinder/Jugendliche, die neu nach Österreich gekommen sind,
- Entwicklung und Erprobung von Modellen der Elternarbeit.

Andererseits die Kompetenz in der Kenntnis der *communities* und Vereine vor Ort sowie der konkreten Gegebenheiten in Regionen und Bezirken Wiens – das gewährleisten die Regionalstellen. In dem rund 50 Personen umfassenden Team, das je zur Hälfte aus Männern und Frauen besteht, haben fast 2/3 der Mitarbeiter/innen Migrationshintergrund, darunter sind der Großteil Migranten/innen der ersten Generation. Sie kommen aus 14 Ländern und sprechen mehr als 23 Sprachen. Diversität ist also in der MA 17 gelebte Alltagsrealität. Unsere Tätigkeit erstreckt sich von der niederschweligen Beratung vor Ort bis in die zentralen Bereiche der Kommunalverwaltung und Politik.

#### *Warum Diversitätspolitik?*

Insgesamt sind heute mindestens 25 % der gesamten Wiener Bevölkerung (1,65 Millionen auf einer Fläche von 414 km<sup>2</sup>) Zugewanderte mit oder ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Ein Anteil an der Gesamtbevölkerung, der nach Herkunft, Dauer der Ansässigkeit, Alter, Bildung und sozialer Stellung immer vielfältiger wird. Bereits 40% der ausländischen Staatsangehörigen stammen nicht mehr aus den – für Österreich – klassischen Herkunftsländern Ex-Jugoslawien und Türkei. Jährlich kommen ca. 800 Jugendliche neu nach Wien, davon sind ca. 500 älter als 15 Jahre und somit nicht mehr schulpflichtig. Jährlich bis zu 700 Jugendliche (davon mind. 2/3 älter als 15 Jahre) kommen neu nach Wien.

Eine wichtige Aufgabe, der wir uns stellen, ist die Niederlassungsbegleitung der neu ankommenden jungen Bürger und Bürgerinnen in unserer Stadt. Gerade jenen Menschen, die ihr zukünftiges Leben in unserer Stadt planen, wollen wir eine gute Starthilfe geben. Wir sind daher im letzten Jahr bemüht gewesen, bevorzugt uns um jene zu kümmern, die noch nicht in der Schule sind oder diese nicht mehr besuchen können. Wir haben in diesem Bereich zwei sehr viel versprechende Projekte gestartet. Das erste Projekt „Frühe Sprachförderung“ findet in Kooperation mit den zuständigen Fachabteilungen statt. Das zweite Projekt „Jugendkurse“ wurde gemeinsam mit zwei NGOs und der Schulbehörde entwickelt und umgesetzt. Dabei gehen wir von einem modularen System aus, das in Zukunft erweiterbar und ausbaufähig ist und einen möglichst individuellen Einstieg im passenden Modul ermöglicht.

#### *Frühe Sprachförderung in Wien*

Das Modell „Frühe Sprachförderung“ ist ein Kooperationsprojekt unserer Abteilung gemeinsam mit der für die Wiener Kindergärten zuständigen Magistratsabteilung und dem Wiener Stadtschulrat.

#### *Zielgruppe:*

Kinder, die noch keinen Kindergarten besuchen und bei der Schuleinschreibung ein Sprachdefizit aufweisen, werden zu einem Sprachkurs in einem städtischen Kindergarten eingeladen (eigenständiges Kursangebot). Kinder, die bereits einen städtischen oder privaten Kindergarten besuchen werden in ihren Kindergärten intensiv in der Unterrichtssprache Deutsch geschult.

#### *Ziel:*

Alle Kinder mit Migrationshintergrund und jene, die in Österreich geboren sind, jedoch über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen, sollen so gefördert werden, dass sie mit Eintritt in die erste Klasse Volksschule die Unterrichtssprache Deutsch ausreichend beherrschen. Dadurch soll erreicht werden, dass alle Kinder vom ersten Schultag an dem Unterricht folgen und so die Lernziele erreichen können. Die Nahtstelle zur Schule soll dadurch optimiert werden.

#### *Pädagogisches Konzept:*

Schwerpunkte dabei sind, ausgehend vom Kind und seinen individuellen Bedürfnissen:

- Grundkenntnisse der Sprache zu vermitteln,
- eine Arbeitshaltung des Kindes, vor allem fremd gestellten Aufgaben gegenüber zu entwickeln,
- Regelbewusstsein für das Verhalten in der Gruppe zu schaffen.
- Besonderes Augenmerk soll dabei auf jene Fertigkeiten gelegt werden, die dem Kind dann in der Schule das Erlernen von Rechnen, Schreiben und Lesen erleichtern.

Die Vermittlung dieser Kompetenzen erfolgt ausschließlich über kindergartenadäquate Methoden. Das Spiel und musisch-gestalterische Methoden nehmen hier zentralen Stellenwert ein. Es soll kein Kursmodell oder eine vorzeitige „Verschulung“ entstehen! Die Kursleiterinnen und Kursleiter werden für diese Aufgaben speziell geschult und erhalten praxisorientierte Arbeitsunterlagen. Vor allem den interkulturellen Kompetenzen der Pädagoginnen und Pädagogen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

#### *Zeitungsfang:*

Das Projekt beginnt Ende Februar und läuft bis Ende Juni (im September startet dann das Schuljahr). Insgesamt sind 120 Unterrichtseinheiten dafür vorgesehen, die Kinder sind 2 mal pro Woche drei Stunden im Kindergarten.

#### *Kosten:*

Die Teilnahme daran ist freiwillig und bis auf einen Unkostenbeitrag von 10 Euro für Materialien kostenlos. Den Löwenanteil der Kosten übernimmt die Stadt Wien, der Bund fördert jedes Kind mit 80 Euro. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Wir erwarten uns durch diese Maßnahme eine deutliche Steigerung nicht nur der sprachlichen Kompetenzen, sondern eine deutliche Erhöhung der Schulbereitschaft der zukünftigen Schülerinnen und Schüler der ersten Klasse Volksschule.

#### *Modell „Jugendkurse“*

Nahezu alle Jugendlichen, die neu nach Wien kommen brauchen Hilfestellungen im Bildungs- und Sozialbereich. Die meisten von ihnen sind bildungsmäßig und sozial benachteiligt und bringen oft nicht nur mangelnde Sprachkenntnisse in Deutsch, sondern auch Defizite in ihrer Schulbildung mit, welche ihre Integrationschancen verringern. In der Regel kommen sie nach dem 15. Lebensjahr nach Österreich und sind somit nicht mehr schulpflichtig. Damit ist ihnen auch der freiwillige Besuch der Pflichtschule verwehrt. In den letzten Jahren ist festzustellen, dass die Zahl der ausländischen Jugendlichen im Vergleich stärker zunimmt, als jene der inländischen Bevölkerung. Es ist daher für den Ballungsraum Wien wichtig und notwendig, diese Jugendlichen durch Qualifizierungsangebote beim Einstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Gerade für diese Jugendliche haben wir ein spezielles Kursangebot entwickelt, das jetzt bereits seit einem Jahr läuft und große Erfolge verzeichnen kann.

In vielerlei Hinsicht befinden sich diese Kids in einer Zwischenposition:

- Die Migration bringt einen – oft von der Familie bestimmten – Wechsel von Land und Umfeld mit sich.
- Sie entfernen sich vom Herkunftsland und haben noch keinen Zugang zu ihrer neuen Heimat gefunden.
- Sie sollen möglichst rasch und ernsthaft einen Job finden und doch sind sie in der Pubertät, in der sie ganz andere Dinge beschäftigen.
- Sie wollen zwar Deutsch lernen, aber nicht gemeinsam mit Erwachsenen, die womöglich noch ihre Eltern sind.

Innerhalb dieser Zielgruppe sind vor allem Mädchen hinsichtlich ihrer sozialen Stellung (innerfamiliär und soziokulturell bedingt) meist besonders benachteiligt. Die Jugendkurse bieten den Jugendlichen – insbesondere Mädchen – Rahmenbedingungen und Inhalte, die sowohl ihre Gleichstellung (Bildung, Arbeit, Soziales) als auch ihre gesamtgesellschaftliche Integra-

tion fördern soll.

#### *Zielgruppe:*

Jugendliche mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis 19 Jahren, die neu nach Wien kommen: über Familienzusammenführung oder als anerkannte Flüchtlinge.

#### *Ziel:*

Start- und Niederlassungsbegleitung für Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren:

- Förderung der Integration der Zielgruppe,
- Dokumentation und Bereitstellung von zielgruppenrelevantem Fachwissen.

#### *Angebote:*

- Deutschkurse für Anfänger und Fortgeschrittene
- Dauer: drei Monate, insgesamt 96 Stunden – 72 Einheiten Deutschunterricht
- sowie 24 Einheiten Kreatives Lernen.

Das entspricht auch den Vorgaben des europäischen Referenzrahmens für Sprachen. Diese Dauer ist für die Jugendlichen überschaubar, das Ziel liegt näher vor Augen und Erfolge sind schneller erlebbar. Die Jugendliche befinden sich somit in einer schulähnlichen Situation, was ihnen offensichtlich sehr entgegenkommt. Ein wichtiges Anliegen ist, dass jeden Monat neue Kurse starten und daher möglichst bald nach der Zuwanderung ein strukturiertes Tagesprogramm angeboten werden kann.

#### *EDV-Kurse:*

Jeden Monatsbeginn werden zwei EDV-Kurse (jeweils ein Einsteiger- und ein Fortgeschrittener) für je 9 Teilnehmer/innen gestartet. Die Kursdauer beträgt einen Monat und findet dreimal wöchentlich statt. Um den Fortgeschrittenkurs zu beginnen muss der Jugendliche den Grundkurs absolvieren oder über vergleichbare Kenntnisse verfügen. Das Ziel ist Erweiterung bzw. Vertiefung der erworbenen Fähigkeiten. Alle bisher behandelten Themen werden weitergeführt und Ihre Kenntnisse wesentlich erweitert. Nach diesem Kurs sind die Jugendlichen in der Lage, Texte zu bearbeiten, Tabellen zu erstellen und Präsentationen zu gestalten.

Kreativ-gestalterisches und aktivitätsbezogenes kursbegleitendes Angebot („Kreativeinheiten“):

Hinter diesem etwas „sperrigen“ Titel verbirgt sich das Erfolgsgeheimnis dieser Jugendkurse. Um den ersten Zugang zur deutschen Sprache und der Stadt Wien bzw. zum Land Österreich zu erleichtern, wurde seitens der Kursleiter/innen ein interaktiver und experimenteller Umgang entwickelt. Die Teilnehmer/innen sind nach dem ersten Monat in der

Lage, sich auf Deutsch vorzustellen, zu erzählen, wo sie herkommen etc. Dann geben ihnen gemeinsame Aktivitäten, Diskussionen und Interviews mit anderen oder ein Videofilm über und von österreichischen Jugendlichen gute Einblicke in den österreichischen bzw. deutschsprachigen Kultur- und Zivilisationsraum. Die Inhalte der Kreativseinheiten beziehen sich auf das Curriculum Deutsch als Zweitsprache und bereiten die Themenbereiche aus dem konkreten Sprachunterricht im Deutschkurs auf. Die Themenauswahl wird mit großer Sorgfalt und insbesondere auf die zielgruppenspezifischen Bedürfnisse altersadäquat durchgeführt. Einige der angebotenen Themen sind: persönliche Identität, Schule, Beruf, Arbeit, Medien, Sport, Kultur und Musik.

Sprache besteht nicht nur aus Grammatik, Phonetik und Lexik, sondern hat mehrere kulturelle Aspekte. Viele Jugendliche schließen zwar den Deutschkurs ab, wissen jedoch nicht, was typische Wiener Begriffe bedeuten. Mit der Vermittlung der Hintergründe aus Geschichte und Kultur wird auch der „Geist“ der Sprache besser verstanden. Die Jugendlichen bekommen damit auch eine bessere Orientierung in der ihnen noch neuen Wohn-, Ausbildungs-, Arbeits-, ... Umgebung. Die eigenen Erfahrungen und das eigene Erleben gewinnt damit so an Bedeutung, dass sie in die realen Umwelten integrierbar werden. Das kreativ-gestalterische Angebot findet parallel zum Deutschkurs statt. Dadurch wird der gegenseitige Austausch und die Zusammenarbeit mit den Lehrenden möglich und es kann so auf individuelle Bedürfnisse der Jugendlichen und Notwendigkeiten besser eingegangen werden. In dieser kreativ-gestalterischen Arbeit wird sehr viel Wert auf die Eigeninitiative der Jugendlichen gelegt.

Sie bringen aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen, ihrer unterschiedlichen Muttersprachen und vielen anderen Besonderheiten die erforderlichen Ressourcen mit, um die neue Sprache zu erlernen. Daher ist es unser Ziel, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und ihre Kreativität für diese Aufgabe nutzbar zu machen. Daher werden die Angebote der Kreativseinheiten ständigen konzeptuell weiterentwickelt. Bei den outdoor-Aktivitäten, wie Besuchen von Jugendeinrichtungen, Ausstellungs-, Bibliotheks-, Kino-, Kaffeehausbesuchen und vielen anderen mehr, sind die Jugendlichen selbst sehr eifrig. Sie führen Interviews, dokumentieren mit Video und Film, schreiben den Straßennamen Bedeutungen zu und tauschen sich mit anderen Jugendlichen aus. Die Aktivitäten sind sehr vielfältig. Das gemeinsame Merkmal ist, dass die Erfahrungen gemeinsam gemacht werden und sich die Realitäten der Wiener Öffentlichkeit, Lebensarten – kurz – des Alltags

in Wien darin widerspiegeln. Aus dem Alltagsleben heraus können neue Notwendigkeiten wahrgenommen und danach in den Unterricht aufgenommen werden.

Da die Jugendlichen in dieser Phase der Neuorientierung neben dem Erwerb von Fähigkeiten auch eine sozialarbeiterische Betreuung benötigen, werden diese Jugendkurse durch folgende Angebote ergänzt:

- Soziales: Clearing, Beratung und Weitervermittlung (Aufenthalt, Arbeit, Bildung, Freizeit, Soziales, Wohnen, Gesundheit etc.); Soziale Begleitung und muttersprachliche Betreuung (von Gruppen und Einzelnen)
- Begegnung in Gruppenaktivitäten: gegenseitiges Kennenlernen, Stärkung der Gruppen, Freizeit/Kulturangebote, Kennenlernen von Wien
- Information: Informationsplattform; Sammlung und Weitergabe von zielgruppenrelevanten Informationen (Infoveranstaltungen, Internetplattform)
- Elternabende

Die Eltern werden von Anfang an in die de facto kostenlosen Kurse eingebunden und regelmäßig über die Lernschritte ihrer Kinder informiert. Zu einer gelungenen gesamtgesellschaftlichen Integration von jungen Menschen gehört somit mehr als nur das Erlernen der Sprache. Einer erfolgreichen Sprachförderung müssen folglich ganzheitliche, vernetzte Strategien zu Grunde liegen. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Elternarbeit, die nicht nur bei diesen beiden Projekten eine wichtige Rolle spielt und die ein zentrales Anliegen unserer Arbeit ist. Gerade in diesem Bereich findet man vor allem in Deutschland sehr viele gute Modelle, die uns Vorbild und Anregung für unsere Bemühungen sein können.

## **Panel IV: Der Beitrag non-formaler Bildung für die beruflichen Perspektiven von benachteiligten Jugendlichen**

*Chester Morrison, City of Liverpool, UK*

### **Informal education and the participation of young people in Liverpool**

Liverpool is situated in the Northwest of England with a long history in multi ethnic co-existence. This self perception is reflected in the strap-line 'The world in one city' which underpinned its successful application to become European City of Culture in 2008. It has also achieved the status of World Heritage site and is also known for the exploits of its successful football teams.

Liverpool has a population of 445K people, which has been falling since the 1930s until recently when a slight increase was recorded. Of its total population 106k is age 11-25 and 40k is in the 13-19 age range. This latter age range is the primary concern of the youth service not just in Liverpool but nationally. Having said that some work is undertaken with young people outside of this age range but is limited by the percentage of youth service resources that can be deployed in that way. The recent development of children's trust or of children and young people's services requires collaboration from different professions and agencies. As this development matures, existing professional boundaries will become less distinctive, enabling a sharper focus on the needs of the child or young person.

Despite the growing re-emergence of Liverpool, it still faces a number of challenges. Unemployment rates are above the national average and significant numbers of young people are engaged in employment without training. In relation to government standards, educational achievements of school leavers have improved annually for the last five years and the trend is likely to continue. Within Liverpool are a number of wards which are among the 10% most deprived areas in the country.

Young people's role in civil society is a major concern both nationally and locally. There is to a degree a schizophrenic relationship between the policy framework and concerns for young people. This creates a situation where young people are seen as angels or demons. Fuelled by the media they are more often dressed as demons rather than angels. Despite an underlying consensus that those who are demons are greatly outnumbered by the angels, few successful measures are taken to shorten the shadow of the demons. As a consequence, the

overwhelming impression we are left with, is the demonisation of young people in our society. The picture I am presenting of Liverpool is one of growth and development but with significant numbers of people, young and old, at its margins, educationally and economically. It is also worth noting, our work with young people is set within a universal approach with the flexibility to take specific measures to address the needs of those who are particularly disadvantaged.

In addressing the theme; Contribution of non-formal education for the employment perspectives of disadvantaged young people, our analysis suggests, to be successful our actions must be placed within a wider context. Outlined above is an indication of that context socially, economically and educationally. The methods we use are rooted in a youth work process which is explained below.

Youth work is essentially a developmental process, which seeks to support young people through their transition into adulthood. One of the key markers on this journey for young people is their increased socio-economic independence. Entry into the labour market, which for the majority of young people is the only viable means to gain their economic independence, requires them to successfully negotiate a number of obstacles. Schooling and educational achievements remain important prerequisites to economic progress. However, at the same time they present barriers for some of our most needy young people. Aligned to this is the concept of self-empowerment, which is an essential component in the youth work process. It is worth emphasising that self-empowerment and economic independence are inextricably linked. A recent survey done by young people on young people in Liverpool identified the issues, which are most important to them. Top of their list was economics followed by friends and families. Incidentally, school came tenth on their list of most important things. Clearly from this survey, significant numbers of young people do not see the importance of education to their desire to achieve economic independence.

### *Participation*

Young people, in particular, those from disadvantaged communities face a range of barriers to their successful participation in civil society. We are of the opinion that the more opportunities young people have to participate in society the better their chance of being successful. To support this proposition the city council has created a number of structures and process to ensure the effective participation of young people in decision-making.

### *Different Approaches to Participation*

In our desire to make quick advances it is difficult to resist the temptation of immediate gains through the transplantation of ideas learnt from elsewhere. Another danger is the creation of structures and processes that are familiar and which mirror those for adults. However, the types of approaches used must be set within a local context and be relevant to the young people. We must also be remembered, participation exists on a continuum from involvement to empowerment. It is therefore a developing process with a number of key principles. These are:

#### *Sharing power*

- Power and influence of young people must be real.
- Goals must be achievable.
- System of accountability for under performance must be in place.
- Commitment must be serious and every effort made to deliver goals.
- Inclusive agenda and approaches (jointly and separately).

#### *Process of empowerment*

- Recognises and values differences;
- Encourages participation in line with ability and interest;
- Actively identifies barriers faced by young people;
- Provides support based on needs;
- Employs flexible methods;
- Develops young people's ability to overcome barriers;
- Creates understanding of different stakeholders' roles;
- Creates opportunities to manager and focus power.

#### *Embedded into structure and processes*

- Integral to structure and embedded in the processes;
- Assured support as part of job descriptions;
- Adaptable to different styles of participation;
- Processes and outcomes frequently evaluated and renewed;
- Organisational must be accountability for successful outcomes;

#### *Arrangements are equal and accountable*

- Funded as part of the core budget;
- Sufficient resources to support different types of participation by young people;
- Support to young people available in money and in-kind;
- Resources allocated by young people must

be within an agreed system of financial accountability.

A practical application of the above is demonstrated the role and functions of our *Youth Advisory Groups*:

- Created in consultation with young people;
- Linked to council's formal area committee structure;
- Have resources to allocate;
- Focus on young people within localities of which there are 10;
- It's a loose association of young people;
- Not a formal membership structure;
- Proceedings are fed into council's decision-making processes;
- Financial decisions are technically recommendations to the Area Committee;
- Politicians (2) attend but have no power of veto;
- Have representation on Area Committees;
- No restrictions on the numbers of young people who can attend;
- Part of a many sided participation strategy;
- Minutes of meetings are held by the Council's Secretariat for information, action and tracking;
- Recordings of meetings done either by young people or youth work staff;
- Young People decide main focus of meetings and who to invite;
- Meet prior to area meetings to decide what needs to be brought to the attention of politicians (within a 2 weeks window where possible);
- Encourage participation from marginalised groups;
- Is firmly part of the youth work process.

This mechanism provides young people with the opportunity to participate in service delivery as young workers and volunteers. At every stage they are involved in the informal education process which seeks to respond to their wide ranging needs.

#### *Role of Informal education*

One of the advantages of informal education is its ability to work in a focused way on the needs of individuals and groups and its flexibility to deliver in a variety of settings in ways, which are not obstructive.

#### *Informal education is a process which:*

- Values learning outside of schools and other formal learning environments;
- Supports skills development and personal growth;



- Creates new opportunities and challenges;
- Raises self-esteem and aids motivation;
- Promotes experiential learning;
- Develops individual potential;
- Promotes understanding of the social and political context;
- Values the individual;
- Uses the individual as the starting point;
- Recognises barriers to group or individual engagement;
- Takes the individual on a journey of discovery.

#### *Methods and approaches*

The methods and approaches used must be relevant to the situation with sufficient flexibility to incorporate innovations. One has to constantly ask questions concerning how the activities or programmes contribute to each of the points raised above. If we were to take the first point as an example, a question we need to ask ourselves is 'What evidence is there to demonstrate that informal education and learning is valued by young people and others?'

Informal education needs to reflect the concerns of the society in which it takes place. In Liverpool as elsewhere, we place great emphasis on the acquisition of awards, certificates, degrees and other forms of recognising achievements. It seems logical therefore, that we should find ways of recognising young people's achievement, through their engagement with youth services. In the young people conducted survey mentioned previously, more than 33% of their peers attend a youth club for three years or more. Most first degrees are no longer than that.

An important reason why we need to recognise informal education is the trigger and impetus it sometimes provides for young people to re-engage and take advantage of more formal education opportunities. In general, informal education is delivered to young people who attend voluntarily, some of whom act as volunteers. However, given socially disadvantaged young people's pressing economic concerns, opportunity should also be created to provide them with employment.

Responding to their economic needs is not enough since all such work must also take account of the informal education process. Central to the strategy to employ young people in Liverpool is the notion of peer education. There are three ways in which we centrally employ and support young people as peer educators. As we progress and develop our approaches, new styles will be used to attract even more marginalised groups of young people into service provision.

#### *Youth Engagement Team*

- Based young people being employed;
- Developed in consultation with young people;
- Have specific resources to carry out its activities;
- Act as a bridge between the service, its users and potential users;
- Sufficiently independent to organise conferences and seminars demanded by young people;
- Support young people to enhance their levels of participation in the service;
- Have the scope to work on a unit, area or city wide basis;
- Support other collaborations of young people;
- Operate on a peripatetic basis, training and supporting other young people;
- Pursue personal development agenda;
- Not seen as youth workers but as young workers and advocates for young people;
- Represent young people's interest though they are not themselves representatives of young people;
- Are professionally supported by staff;
- Research needs and views of young people;
- Housed in the Youth Service but works across other service areas;
- Form part of a many sided participation strategy;
- Have membership of youth focused committees e.g. Youth Select Committee;
- Have direct access to officers and politicians;
- Act as a channel so that different perspectives of young people are reflected in decisions.

On this programme young people age between 16 and 18 are employed for periods up to two years. It is a programme about to enter its fourth year of operation and those young people who have completed it have moved on to positive career destinations. Their career choices have so far been the police, youth work, media, arts and the navy. All have gone into careers with further training opportunities, which is not a typical experience for their contemporaries who have not had a similar exposure. One striking statistic is the numbers who have gone into youth and community work, although there is no stipulation concerning what career they can pursue. This informal education programme has become a recruiting vehicle for youth and community work locally. Evidently, young people are using youth workers as positive role models and in an era of chronic staff shortage this is most welcomed.

### *Street-mates*

This programme commenced in 2005-06 with a cohort of 47 young people. Those eligible to be employed were also in the age range of 16-18 years old. Mainly they were employed to support children between 8-12 years old during school holidays and to a reduced extent while they were at school. They were employed on fixed term contracts for a year with no flexibility to renew.

#### *The Street-mates programme aimed to:*

- Assist children and young people's engagement in locally provided, youth, sports and play programmes;
- Increase access by children and young people in local programmes within communities, thereby promoting inclusion and sustainability;
- Support children at risk of social exclusion into mainstream activities;
- Encourage and develop children and young people's long term interest in sports, arts and culture.

When the programme was evaluated 94% of the participants said they would definitely or possibly recommend the activities to a friend. Only 6% said that they would definitely not recommend it.

For young people who became Street-mates the programme enabled them to:

- Gain an accredited award;
- Receive training and gain valuable work experience;
- Earn money and gain some economic independence

### *School-mates*

This is a similar programme to Street-mates but with a focus on children making the transition from primary to secondary school. It is part of our extending school's programme, which is designed to widen the range of operational activities relating to a school, although not necessarily within its jurisdiction. This programme being an off-shoot of Street-mates has not yet operated for a full period. Consequently, no evaluative information is available currently.

### *Training*

Each programme is underpinned by training, which constitutes the first opportunity that a young people will have to gain an award, since the training is accredited through the Open College Network. The training we provide seeks to build on young people's interest and prior learning, which is the first step in valuing their experience and skills.

### *Provision of bespoke services for particular groups*

Whatever the levels of deprivation in an area some groups will be more disadvantaged than others. An adequate response requires resources to be targeted to meet those specific needs. This can be done either through support to self help organisations or by direct provision. In Liverpool we do both. One example is the development of Vision8, a joint initiative between Liverpool Youth Service and the Connexions Service.

This project created the opportunity for Black People to be recruited to work with Black young people primarily in Liverpool 8. Since there was insufficient numbers of trained Black youth workers in the area the project had to focus on recruiting unqualified workers. This approach had a number of advantages:

- It helped to change the profile of the mainstream delivery staff;
- It provided role models for other members of the community;
- It helped to overcome some of the cultural barriers between young people and local youth workers.

The recruitment process could not anticipate particular educational achievements. Consequently, it was made possible for the recruits to engage in a range of informal education processes to raise their awareness and understanding of youth work. All the recruits are studying youth work at one of the local universities and one of their numbers was recruited from the Youth Engagement Team.

### *Accredited Programmes*

Liverpool Youth Service has become an accredited centre with the Open College Network. This enables it to develop accredited informal education programmes, which reflect the needs and interests of the young people served. Some of the programmes produce are designed to address areas of skills shortages in the economy. Obviously, the emphasis is placed on vocational training and qualification in some instances. However, the opportunity is also there to accredit more cerebral activities.

Since the Open College Network is a national body the standards achieved by young people are transferable. The need to recognise young people's achievement through informal education is a national requirement. There are best value performance indicators, which each service must strive to achieve. The national performance indicators for England are:

- Each local authority should reach at least 25% of its resident 13-19 year olds;
- Of these 15% should become participants;

- 60% of participants should achieve a recorded outcome;
- 30% of participants should achieve and accredited outcome.

There are other indicators but these are not reported on centrally to the government. For those who are unfamiliar with the system it might be worth highlighting the difference between a recorded and an accredited outcome.

#### *Recorded outcome*

This is a locally determined standard which acknowledges the achievement of young people. It may be internally moderated but is not subject to any external scrutiny against a required standard. Consequently, recorded outcomes are less transferable and will not necessarily be recognised and valued by another authority.

#### *Accredited outcomes*

An accredited outcome may be achieved through a variety of ways, including a number of nationally recognised schemes. These include; The Duke of Edinburgh Award Scheme; Youth Achievement Awards; Junior Sports Leadership and more beside. Additionally, an accredited outcome may be achieved through a locally developed programme being accredited by, for example, the Open College Network. The variety of programmes available provides flexibility and the opportunity to accredit bespoke initiatives.

#### *Role of local authority youth services*

The role of the municipal authority in the provision of informal education is very important. Recent changes in social policy have placed the local authority in a central strategic leadership role. A result of this change is its increased role in enabling and commissioning the delivery of services through the utilisation of available expertise within the private, public and not for profit sectors.

Strategically; it influences the breadth of provision available to young people; it ensures equality of opportunity by making sure that provision is geographically, physically and environmentally accessible. Operationally; it delivers services in its own right; commissions and enables service delivery; monitors performance and quality; supports the development of local capacity as appropriate.

*José Alfaro, City of Granada, Spain*

#### **IMFE's non-formal training actions targeting youth**

The Municipal Institute for Training and Employment was created in 1992 for the City Council of Granada, Spain, as a tool to fight against unemployment. So we are a public autonomous body located within the City Council. Our general objective here would be to keep good levels of improvement in every training action related to employment (getting a first job, coming back to the labour market, changing one's job, promoting oneself within the same enterprise...), job hunting guidance (general or specialised when targeting specific groups), promotion of employment (catching up offers, promoting social responsibility in enterprises, safety at labour posts...) enterprises and entrepreneurship support (market analyses, guidance for setting up business, collating and providing useful statistic information...), socio-economical research to support citizenship initiatives and back up our own planning and designing processes) and equal opportunities in all actions (not only gender issues but those related to immigrant realities, people with disabilities, ethnic diversities...). We try to fulfil this general objective in a city of 244.716 citizens that bears an 8% of unemployment rate. So our general target group is the citizenship of Granada, this is to say a very much diverse society with an ever increasing number of immigrants.

Imfe's chart model is also a participative one that counts with all main disciplines and fundamental departments in a planning group. This makes possible that these key cross segment disciplines – gender and equal opportunities, evaluation, research, NICT and transnational cooperation –, are present in all actions. These actions will be implemented by three main fundamental pillars: the training, employment and enterprise departments; all supported by our administrative team and from our centres that are spread all over the city. Time did make change the institution adapting itself therefore to the changes of society. Intervention targeting groups at risk or situation of exclusion demand a territorial strategy with integral action batteries. Thus, Imfe makes itself present all around the city with nine different centres located in different districts. It is outstanding the fact that those bigger and better equipped buildings are in rather deprived areas (as it happens with the Centre of Entrepreneurship located in Zona Norte). Programmes and projects of different history and nature will financially support the already mentioned resources where 148 employees offer services for employment to all the Granada citizenship.

### *Training actions with youth*

Ever since its beginning Imfe set as one priority working with youth especially those unemployed and at risk or in situation of social exclusion. It was actually a continuation of the intervention that the City Council had been achieving along the 80's with training for employment, labour insertion and socio-cultural actions targeting youth needs.

Thus, training actions design for young people between the age of 16 up to the age of 30 keep existing in our city focussing on the improvement of professional skills, abilities and labour competencies making access for employment a real issue for young people. Our main actions in this field are: training of professions highlighting certification; LLL for getting, keeping or changing a post; rather specialised training; e-learning – consolidating our Aula Mentor which is an ALC that offers more than 80 courses from all family professions, this year the Aula Mentor has 580 students.

The unemployment rate among young people has decreased in the past 10 years in the city of Granada. A contribution to this has undoubtedly to do with the FPO courses achieved by Imfe. These special training for employment courses are adapted to the students needs. The FPO courses focuses on high demanded professions, properly certified and well known and reputed at a local and regional level. The students are almost 100% young people. Once they have gone through a learning process pass on to professional guidance, the design of their personal professional itinerary will be fulfilled and job hunting strategies will start taking place at the same time the training goes on. Through our labour intermediation we manage to have posts to offer once they have introduced their data in our DB (Servicio Granadino de Colocación); mentoring for employment more so with special groups like prisoners in III grade, homeless youth..., and again using our network resources not only to make possible labour insertion but to provide with quality; and again the European initiatives very important especially for innovation and experimentation.

In order to give value to entrepreneurship we promote self-employment in schools and high-schools, a very welcomed action that has already had some success by youngsters creating their own businesses up in the North Area of the city; again assessment and mentoring especially in the starting out and settling phases of a business adventure; and finally managing micro-credits. I have to highlight the need of finding out about useful financial tools that support entrepreneurship. We are currently exploring this matter through an Equal based

on Pillar 2 – Equal Tricycle: business on Wheels – which transnational project has as one of its actions to fulfil research on effective financial tools designed for entrepreneurship consolidation.

Non formal and informal training, programmes and projects are developed in the frame of EU Initiatives (RRHH, Integra, Equal), national programmes (Escuelas Taller and Casas de Oficios) as well as regional programmes (Experiencias Mixtas, Orienta, FPO...). One important issue is to make practice work at the same level that theory and with equal standards. Again, non formal training is essential not only for contributing to develop professional skills but also for preventing social exclusion. Extra school support contributes to both social exclusion prevention and domestic balance.

Integral actions are the green line for intervention towards youth. Coordinated actions designed with the participation of youth, and involving agencies of different nature, aim to transmit youngsters the empowerment they need to feel themselves main actors for the sustainable development of their districts. In this way, leisure activities have to be mixed up with pure theoretical ones. Imfe has promoted actions that range from exchanges in 94 with young people from Denmark that came under the motto of shooting a film, to those we are currently involved implying graffiti painting, dramatisation through theatre performances or flamenco music that have already recorded their first – and we hope not last - hits.

Agance de Proximité ADP, is a Leonardo pilot project which main product was a modular methodology for a new professional profile targeting women. This ADP profile consisted of professional buildings general care takers provided with a wide range of skills (from gardening, plumbing, painting to social intervention). So again an example of innovative integrating actions to narrow the existing gap between men and women tackling labour insertion.

It is important to highlight that for Imfe, learning has been (and it is) part of the process of implementing training actions so that the institute exercises it at the same time that tries to transmit the need of it. By implementing one project after the other, taking the evaluation results into the next one, has made our non formal education a well reputed one, valuable thereafter for youth that for whatever reasons find it difficult to match the standards set by a demanding society.

### *Challenges*

The institute has learnt quite a lot in these past

15 years, yet much higher is the mountain to climb up. It is not a mountain though but a dune. Society is an ever-changing paradigm; cities and districts are changing along with it. The more we learn, the more we know we know little, which should be a ever motivating element for being willing to learn. We still have a lot to learn about:

- unifying municipal actions so that the different departments optimise resources.
- consolidating the role of the administration as a neuralgic point to establish networks and working platforms supporting the design of programmes able to implement integral actions.
- finding new ways to guarantee continuity of good actions linked otherwise to the financial dependence of projects.
- carrying out studies of the actual impact of interventions at territorial levels.
- settling of participation as a valid methodology for letting youth construct their present and future.
- learning enough from youth with migrant or disability situations so as to design and implement with them proper actions to satisfy their needs.
- redesigning training for school failing students using non formal and informal education as a mean of preventing exclusion.

*Sandra Subota, City of Riga, Latvia*

### **Education, Youth and Sports Department of Riga City Council**

At the Republic of Latvia responsibility of local authorities in education is established by the Law on education. As subject of this law each local authority is responsible in its administrative territory to provide the children with possibility to obtain pre-school education and basic education in an institution closest to the child's place of residence, to provide the youth with possibility to obtain general education as well as to ensure hobby education and support extra-curricular activities, and children camps. In order to ensure the children living in its administrative territory the possibility to attend an education institution after free choice, the local authority in accordance with the procedure set by the Cabinet of Ministers concludes contracts and takes part in financing of those local authority education institutions, which attend pupils, living in its territory.

In political level responsibility on children and youth leisure time in Riga city Council is overseen by two committees – Education, youth issues and sports committee and Culture, Art

and Religion committee. On the executive level – Education, Youth and Sports Department of Riga City Council that controls comprehensive schools, hobby education and leisure time centres and institutions and sport schools.

There are different types of activities spending leisure time. Activities could be organised or non-organised. Non-organised activities are different ways of spending time when children use their leisure time in their own fashion – that are both entertaining (clubs, discos and cafes) and educational (visiting theatres, cinema, museums, reading books, etc.). Organised leisure time is when activities for children and youth are purposeful in order to involve and draw in children in different workshops and classes (in culture, sports, science, technical creativity, etc.). Also as a part of organised leisure time activities is hobby education - implementation of person's individual needs to get education depending on age and previous knowledge.

According to statistics 25.213 out of 90.025 school children are involved in hobby education or leisure time centres and institutions. 9379 are attending sport schools. These numbers show that more than one fourth of Riga city children and youth are spending their leisure time in organised activities. Altogether in Riga city 14 different hobby education and leisure time centres and institutions are providing children and youth with different activities to spend their leisure time.

Very popular in Riga are hobby education and leisure time centres and institutions that meet the requirements of children and youth systemised knowledge and skills in different arts, crafts, creativity or sports. These centres and institutions are optional and are coming next to compulsory education as an alternative possibility. Hobby education and leisure time centres and institutions help youth to understand and become acquainted with their own talents and abilities, meet their interests and also maybe sometimes their future profession.

#### *Institutions of interest education:*

- Children and youth centres,
- Technical creativity centres,
- Artistic creativity centres,
- Environmental education centre.

If looking on different numbers on children and youth interests in organised leisure time activities. Out of 25 213 children and youth the most popular subjects are in different crafts and arts (21%). Different sport activities come next where about 19% children and youth are involved. The least popular between children and youth are youth work (3%) and environmental

issues (4%). Other different ways of spending their leisure time organised are dance, drama, music, technical creativity, languages and other with quite equal interest levels.

Although different hobby education and leisure time centres and institutions are flourishing, during the last couple of years Education, Youth and Sports Department is developing also free time centres by schools. These centres are developing in order to fight different negative tendencies (gadding, visiting interclub, using alcohol and drugs, etc.) among youth when they don't have a place to stay in their neighbourhood, instead giving them place to spend their free time safe – playing table games, singing, reading books.

Next to organised leisure time education year by year in Riga is developing youth work. The main priorities of it are: establishing a system to support youth initiatives, promoting the participation of young people in decision making processes, activating student self-government.

Also as a popular branch of Education, Youth and Sports Department is the co-ordination of different camps children and youth. The Education, Youth and Sports Department co-ordinates camp function in Riga, it is responsible for camps of subordinate outside of Riga. In 2005 16088 children from Riga educational institutions participated in 430 camps. These camps are organised by children and youth centres, sport schools basic schools and different non-governmental organisations. Altogether 13-14% of Riga city school pupils took part in these camps during the year 2005. But these camps are not just for children and youth leisure time, they also target student that can work and organise these camps to get some money. Especially it is very common that these kinds of camps are organised for children from poor families, social risk group youngsters or handicapped youth. For children who want to earn some money during summertime but in conformity with Labour Law it is allowed to have hired job from the age of 13, we offer special labour camps where they can both work besides different educational events. In our work we are convinced that these camps develop creative and critically thinking personalities for Riga city. In 2005 874 teenagers participated in labour camps. These camps are led by social workers and police officers.

As a great example of children and youth centre we can mention our free time centre "Smaile". The centre is founded from Education, Youth and Sports Department of Riga City Council. The main philosophy of this centre is to prevent youth from destructive free time activities such as drugs, alcohol, smoking

etc. And to offer positive free time activities as sport, cultural and art activities. "Smaile" provides free time activities for children and teenagers for children and young people age of 7-25 and tries to develop social and life skills to help them in the integration process into the wider society. "Smaile" tries to attract new participants in various ways – either by special events organised every September in the neighbourhood or by cooperating with the social pedagogues of regular schools to attract the school's students. Those who are not currently attending schools, or can't be reached in any other way, usually are informed about "Smaile" activities by peers and current participants.

## Panel V: Kommunalen Forschungsdialog zwischen Jugendforschung, Jugendpolitik und Jugendarbeit

*Terje Grytten, Else Marie Stuenæs, Norway*

### The Oslo Youth Council

Let me begin by introducing us. My colleague here is Terje Bjerke Grytten, director of Oslo Youth Council, and I am Else Marie Stuenæs, project manager of the minority project in Oslo Youth Council. We will give some thoughts on the topic of this panel, but let me start off by giving you some details about our work.

### Brief background

Oslo Youth Council is an umbrella organisation for children- and youth organisations in Oslo. We have 53 member organisations including political youth organisations, minority organisations, scouts and religious organisations. Oslo Youth Council arrange meetings and seminars for our members, assist them in their daily work and provide arenas where they can cooperate with each other.

We were contacted by minority youth that needed help to establish their own organisations with activities for children and youth. The all ready existing organisations had little room for youth initiative. In addition the youth felt they had a different cultural background and other values than the previous generations. To provide the help these youngsters needed and to assist our traditional member organisations in their work with recruiting and inclusion of youth with minority backgrounds, Oslo Youth Council asked Oslo City Council for a founding to start the minority project in 2002.

### *Experience with the topic*

The main goal of the minority project is to increase participation among minority youth in traditional youth organisations and assist them in the establishment of their own independent youth organisations. The project include a network group with representatives from both traditional organisations and minority organisations that arranges meeting places for ethnic Norwegians and minorities.

When we started the project, we discovered that there was no research done on why there was a lack of participation from children and youth with minority backgrounds in traditional children and youth organisations. There was practically no policy from the government on the topic and the financial support was at the best scarce. The last years there has been an increased awareness about the issue amongst

politicians. We took initiative to have research done because we believe we get the best result in field when we have data to support the work we do.

The research was done by the Institute of labour and social research (Fafo) and is based on a survey of 3000 15-17 years old students. The results of the study show that minority youth participate less than other youth groups in organised activities, but that around 90 % would like to participate in different types of organisations. The interest is especially high among girls with Pakistani backgrounds. The results also give possible barriers against participation such as economic and cultural recourses and segregated youth cultures.

After the study was completed, Oslo Youth Council held a conference where the researcher presented the results and a girl with Pakistani background commented on the findings. There was a broad media coverage of the study including papers and radio. From our side we are following up on different levels. We have assisted the establishment of an organisation for Pakistani children and youth together with three resourceful youths with Pakistani backgrounds, the network group has used information from the study in their work which resulted in an event where our member organisations presented themselves and their work to youth in Oslo, and we work with organisations in their strategies for raised awareness of cultural differences and intern attitudes inside the organisations and projects of recruiting and involving minority youth. Oslo Youth Council and the member organisations have all benefited from the study. The institute of labour and social research (Fafo) has taken initiative for a new study concerning mechanisms inside the organisations that includes and excludes new members or possible members.

The way ahead for us includes the new study, developing the network group to a recourse group where other organisations can find knowledge, ideas and motivation, new efforts to involve policy makers on both local and national level, and concrete work with our organisations to help them develop their projects and internal documents to enable them to reach our common goal.

*What can hinder youth workers to actively use research in their day to day work, and what obstacles are there for youth workers who want to take initiative to getting a study done?*

Well, the answer to these questions is that quite a lot can stop youth workers in taking initiative to get a topic studied by researchers. I will make a leap over the obvious answer, which is that sometimes youth workers tend

to think that they already know the answers to a problem or challenge, and therefore there is no need for research. This is, of course, sometimes true, but certainly not always.

Youth workers often do not see research as a possibility, or they are simply not familiar with the research community. We are, if you may, predisposed to find the fastest alternative to solve a problem. We talk to other colleagues and our own network instead of exploring the possibility of getting the latest data on an issue. I know that some youth workers have a theory of talkers vs. doers. They think research is little action and the academic crowd is talkers, whereas they themselves are doers. They see the problem and want to do something about it as fast as possible. From the viewpoint of some researchers youth workers can come across as people with good intentions, but with little factual knowledge. We have made the experience, as doers, that we do a better job when we are listening to the so called talkers, and we think many others would as well.

When we first launched the project you heard about from my colleague, we knew that we had to get some sort of reliable data about what minority youth in Oslo thought about voluntary work, and being active in youth organisations. Prior to this there had not been any form of research done on the matter in question. Our biggest obstacle, by far, was to raise financial backing for a research project. The costs of getting research done are quite substantial in many cases. We actually spend 8 months to get this sorted out. It might not come across as a long time, but I can assure you it felt that way when the rest of our project depended on this research.

Youth workers do not necessarily have university education. Of course, the opposite is the case for researchers. Policy makers also tend to demand, or treat more seriously, a somewhat more advanced language and form. This may well be a significant factor for why some youth workers hesitate to both read research reports, and seldom take initiative to studies themselves. I will make the case that researchers often use words, expressions and language that can be hard for others to fully understand. One has to raise the question of who is the target group of the research being done. Researchers will have to bear this in mind when writing a report. An academic language, so to speak, is quite suitable when addressing fellow scholars, but will not be as effective if the persons at the receiving end are youth or youth workers.

When speaking to colleagues in the voluntary youth field I often hear that they have difficulties using research reports in their every-

day work due to the often general tone in them. Many feel that they do not get enough specific details and recommendations on what actions can be put into play in order to solve challenges that researchers have reviled. I am not sure if this is an easy obstacle to do anything about. Researches are, quite rightly, careful not to speculate when the data are inconclusive, but perhaps it is possible to give a few pointers directly to youth workers outside the formal report or paper, or possibly raise some questions that can lead youth workers on the right track?

I have given you some ideas on what we feel can be challenging about taking initiative to research and why perhaps some youth workers feel they are better off without getting involved in often complicated studies. Let us briefly take a look at what can make this triangle work better in the future, of course, from our point or view. In order to make the information flow between policy makers, youth workers and researchers better, new arenas for this should be developed. Creating such arenas could help researchers to reach a bigger audience. Youth workers would have the chance to have a dialogue with both researchers and policy makers, and an opportunity of getting our opinion across. Yet another outcome of such gatherings could be the creation of informal networks within the triangle.

Youth workers should more actively seek information on the latest data on issues that concern them in their daily work. On the other hand, researchers should make this information more easily available. And by this I mean more available when it comes to language used and getting their findings out beyond the academic circle. I want to stress this point because research is only useful for us in the field once we are aware of it.

It's very important that youth workers make sure to inform policy makers about what happens in the field. Policy makers need this feedback in order to make better policies in the future. If the authorities are to take initiative to research they would also need this info. On the other hand, policy makers should encourage such a dialogue more frequently than is the case today. The local and central government should be prepared to allocate more funding towards research in the youth field in the time to come. We think that this is particularly true when it comes to research on minority youth and their active participation in society. Youth workers should, like we have done, be vigorous in their effort to convince them to do so.

We strongly believe the most significant contribution youth workers could make when it comes to securing more and better research in



our line of work, is to make use of the research being done. If progress is being made, in our example if more youth with a minority background get active in voluntary youth organisations and participation structures, we convince policy makers to secure funding, make better and more efficient policies, and researchers will experience that their work leads to change. This will indeed be a great place to start when looking ahead.

*Manfred Zentner, jugendkultur.at – Institut für Jugendkulturforschung und Kulturvermittlung, Österreich*

### **Jugendforschung – Jugendpolitik – Jugendarbeit. Wie kann die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene funktionieren?**

Problemaufriss: Grundsätzlich sollte die Inklusion benachteiligter Gruppen ein vorrangiges Thema der Politik sein. Auch die politische Beteiligung der Benachteiligten sollte ein erklärtes Ziel kommunaler Politik sein – ohne jedoch aus den Augen zu verlieren, dass nur durch Partizipation allein, Probleme nicht gelöst werden. Das Zusammenspiel von Forschung, Politik und NGOs ist hilfreich – wenn nicht sogar unumgänglich notwendig –, wenn es um die Ausrichtung von kommunalpolitischen Maßnahmen zur Inklusion benachteiligter Personengruppen geht. Allerdings sind die Rollen und Aufgaben der beteiligten Akteure oftmals nicht von vornherein klar definiert. Die Berücksichtigung der Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung kann zu einer tatsachenbasierten Politik führen, wie sie heute als *state of the art* angesehen und gefordert wird.

Schon bei der Festlegung der Gruppe, die benachteiligt ist, ergeben sich Unklarheiten. Wird eine Gruppe definiert aufgrund eines Wohnorts, aufgrund der Bildung, der Herkunft oder aufgrund anderer Faktoren.

Es ergeben sich daraus zwei Hauptfragen:

1. Wer ist benachteiligt? Wodurch besteht eine Benachteiligung? Wobei ist eine Gruppe benachteiligt? Möchte man diese Benachteiligung aufheben?

2. Von wem geht einerseits der Impuls zur Festlegung und Definition der Benachteiligung aus, und von wem ein Impuls zur Aufhebung derselben? Ist es Ziel der Politik? Folgt die Entscheidung Erkenntnissen der Jugend- und/oder Sozialarbeit? Sind Erkenntnisse der Forschung ausschlaggebend?

Diese Fragen zielen darauf ab, die Definitionsmacht zu klären. Beim Setzen politischer Maßnahmen zur Inklusion benachteiligter Gruppen wird immer eine positive Diskriminierung vorgenommen. Dieser Form der Un-

gleichbehandlung müssen sich die politisch Verantwortlichen bewusst sein, und sie sind gehalten, ihre Entscheidungen zu begründen. Nicht nur aufgrund kurzsichtiger parteipolitischer Überlegungen – Wiederwahl – sondern weil die Maßnahmen auch überprüfbar und evaluierbar sein müssen, vor allem auch um nicht gewünschten systemischen Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Nachfolgend sollen Beispiele für mögliche Kooperationen von Jugendarbeit, Jugendforschung und Politik auf kommunaler Ebene aufgezeigt werden. Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Jugendpolitik, Jugendarbeit und Jugendforschung auf kommunaler Ebene, bei dem die Politik den Anstoß gegeben hat, stellt die kommunale Jugendpolitik der Stadtgemeinde Dornbirn in Vorarlberg (A) dar. Hier wurde 1992 beschlossen, die Jugendarbeit zu verstärken und bereits vorhandene Aktionen zu bündeln. Eine Zusammenarbeit von Vereinen – verbandlicher Jugendarbeit – und offener Jugendarbeit war das Ziel. Daher wurde ein Jugendrahmenplan erstellt und die einzelnen Empfehlungen und Beschlüsse in der Jugendarbeit und der Jugendpolitik umgesetzt. Ein Jugendnetzwerk, ein Jugendbeirat, Jugendbeteiligungsprojekte und eine Verstärkung der offenen Jugendarbeit bildeten einige der Punkte, die im Lauf der Zeit etabliert wurden. Im Jahr 2001 wurde die Dornbirner Jugendstudie in Auftrag gegeben, mit der einerseits die bisherigen Maßnahmen evaluiert werden sollten, andererseits aber auch neue Herausforderungen festgestellt und beschrieben werden sollten. Daraufhin wurde eine Adaption der Ausrichtung der von der Stadt geförderten Jugendarbeit eingeleitet.

Ein Ergebnis der Studie war auch das Aufzeigen der vorhandenen Infrastruktur für Jugendliche und damit auch das der Defizite. Eine Folgerung der Untersuchung bestand auch in dem Versuch, verstärkt für arbeitssuchende Jugendliche aktiv zu sein. Das neueste Projekt stellt unter dem Titel „Job Ahoi“ Jugendlichen, die über einen längeren Zeitraum arbeitssuchend waren, die niederschwellige Möglichkeit zur Verfügung, langsam in einen geordneten Arbeitsalltag (wieder) einzusteigen. Das Ziel dieser Idee ist es, einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung persönlicher Lebenssituationen von Jugendlichen in der Region Dornbirn zu leisten. In einer angemieteten Werkstatt restaurieren bzw. renovieren junge Menschen – aktuell ohne offizielle Erwerbstätigkeit – unter handwerklich und sozialpädagogisch kompetenter Begleitung ausgewählte Boote. Das niederschwellige Beschäftigungsprojekt wird ab Beginn im Oktober 2005 laufend evaluiert. Nähere Informationen über die Jugendpoli-

tik in Dornbirn und über das Projekt Job Ahoi sind im Internet unter [www.jugendindornbirn.at](http://www.jugendindornbirn.at) und [www.ojad.at](http://www.ojad.at) zu finden.

Der Jugendzukunftsplan, der von jugendkultur.at – Institut für Jugendkulturforschung und Kulturvermittlung konzipiert wurde, bietet Gemeinden, die an einer Verbesserung der Angebote für Jugendliche interessiert sind, ein verlässliches Planungsinstrument für die Neugestaltung der Jugendpolitik. Der Jugendzukunftsplan bindet von Anfang an alle Beteiligten in die Konzeption zukünftiger Jugendpolitik ein, indem durch einen gemeinsamen Workshop von Kommunalpolitiker/innen aller Parteien, Jugendarbeiter/innen sowie Vertreter/innen anderer Interessengruppen der Gemeinde zunächst die vorrangigen Themenbereiche der Jugendpolitik in der Gemeinde erfasst werden. Anschließend wird im Rahmen einer repräsentativen Studie der *Status quo* der Jugendarbeit und Jugendpolitik erhoben. Dabei werden sowohl Angebote als auch Defizite der Jugendinfrastruktur in der Gemeinde aufgezeigt, aber auch Wünsche und Bedürfnisse sowie Problemlagen der Jugendlichen vor Ort festgestellt. Die Präsentation der Ergebnisse vor der Gemeinde ermöglicht es, alle Einwohner über die Vorgänge zu informieren und ihnen die Situation der Jugendlichen präsent zu machen. Jugendvertreter/innen, Jugendarbeiter/innen und Jugendliche erarbeiten, basierend auf den Ergebnissen der Ist-Analyse einen Forderungskatalog an die Jugendpolitik, der von den Jugendlichen selbst im Gemeinderat präsentiert wird, wonach gemeinsam mit Kommunalpolitikern ein Jugendzukunftsplan erstellt wird. Erfolgreich wurde dieses Projekt bereits in der Stadtgemeinde Schwechat in Niederösterreich durchgeführt.

Oftmals geht der Impuls für eine Adaption der Jugendpolitik von NGOs aus, wobei jene Gruppen beschrieben werden, für die mehr getan werden müsste, um sie zu integrieren und ihnen gleiche Chancen zu schaffen. Der Nachteil dieses Ansatzes besteht darin, dass eine Vielzahl von Organisationen unterschiedliche Gruppen von Benachteiligten definieren. Es kann sich hierbei um Migrantinnen, Schulabbrecher/innen, Frauen, Minderheiten, Bildungsschwache, körperlich oder geistig Benachteiligte oder auch regional Benachteiligte und andere Gruppierungen handeln. Das Problem, das sich aus der Fülle von verschiedenen Problemgruppen ergibt, besteht in den partikulären Interessen der einzelnen Gruppen und den damit verbundenen möglichen Interessenskonflikten mit anderen Gruppen. NGOs können zwar die Notwendigkeit von Maßnahmen aufzeigen, haben allerdings selten genügend Einfluss, Politik und die gesamte Ge-

sellschaft von ihren Anliegen zu überzeugen. Die Einbeziehung von Forschung ist daher oft zweckmäßig, um „objektive“ Argumente für die Behandlung der Themen zu erlangen. Gibt dagegen die Forschung von sich aus durch eine Beschreibung der Situation den Anstoß zur Behandlung des Problems, fehlen oftmals die Bereitschaft der Politik, Maßnahmen zu setzen, und die Möglichkeit vor Ort durch Vereine aktiv zu werden.

Insgesamt erkennt man, dass die Einbindung der Politik unumgänglich notwendig ist, dass allerdings auch insgesamt eine bessere Zusammenarbeit von Forschung, Politik und Zivilgesellschaft angepeilt werden muss, um mit den Problemen der Benachteiligung erfolgreich umgehen zu können. Bei der erfolgreichen Kooperation der drei Gruppen hat jeder Teil des Dreiecks das Recht – möglicherweise auch die Pflicht – die Behandlung des Themas Inklusion / Exklusion bestimmter Gruppen anzustoßen, und den Austausch mit den anderen Gruppen zu forcieren. NGOs und Politik sollen ihrerseits forschungsleitende Fragen formulieren, während sowohl Politik als auch Vereine dazu angehalten sein sollten, sich in ihrer Arbeit auf Forschungsergebnisse zu stützen.



COUNCIL OF EUROPE  
CONSEIL DE L'EUROPE



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

## Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik

### Veranstalter:

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates

Direktorat für Jugend und Sport des Europarates

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

der Bundesrepublik Deutschland

Französisches Ministerium für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände

# Konferenz

Regiestelle E&C der Stiftung SPI



Entwicklung und Chancen  
junger Menschen  
in sozialen Brennpunkten

### Europäische Konferenz und Verleihung des Europäischen Jugendpreises „Young Active Citizens“ 2005

#### Organisator:

Regiestelle E&C der Stiftung SPI

#### Datum:

30. Januar bis 1. Februar 2006

#### Veranstaltungsort:

Hémicycle, Europarat, Strasbourg, Frankreich

#### Konferenzsprachen:

Deutsch, Englisch, Französisch

#### Kontakt:

regiestelle@eundc.de

## Programm

### Montag, 30. Januar 2006 | Plenum, Hémicycle

#### 12.00 Anmeldung

#### 13.30 Eröffnungsveranstaltung

#### Kulturelles Rahmenprogramm

#### 14.00 Begrüßung

Maud de Boer-Buquicchio, Stellvertretende Generalsekretärin  
des Europarates

Fabienne Keller, Bürgermeisterin der Stadt Strasbourg

Dr. Peter Fricke, Leiter der Abteilung „Kinder und Jugend“ des  
Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
der Bundesrepublik Deutschland

Valéry Genniges, Kabinett des französischen Ministers für  
Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände, Berater in  
europäischen und internationalen Angelegenheiten

Jordi Curell Gotor, Europäische Kommission, Referatsleiter  
Jugendpolitik, Direktion Jugend, Sport und Beziehungen  
mit den Bürgern

#### 15.30 Europäischer Jugendpreis „Young Active Citizens“ 2005 Preisverleihung

*Moderation:* Maud de Boer-Buquicchio,

Stellvertretende Generalsekretärin des Europarates

#### Kulturelles Rahmenprogramm

16.15 Kaffeepause

17.00 **Der Berlin-Prozess und seine Folgen**

**Statements der Veranstalter**

Ulrich Bohner, Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates

Dr. Ralf-René Weingärtner, Direktorat für Jugend und Sport des Europarates

Peter Kupferschmid, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland

17.45 **Hinweise zu den weiteren Aktivitäten auf der Konferenz**

Hartmut Brocke, Stiftung SPI Berlin

18.00 Shuttle zu den Hotels

19.30 **Empfang der Stadt Strasbourg im Rathaus**

**Dienstag, 31. Januar 2006 | Panel Session, Hémicycle**

9.30 **Statement**

Jean-Marie Bockel, Bürgermeister der Stadt Mulhouse, Frankreich

10.00 **Einführung in die Panels**

Peter Lauritzen, Direktorat für Jugend und Sport des Europarates

10.15 **Panels: Standards und Indikatoren für gute Praxis auf lokaler Ebene**

**Panel I: Junge Menschen erobern Räume – Partizipation und Beteiligung vor Ort**

*Moderation:* Alexander Bartling, Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates

*Präsentationen:* Giuseppe Porcaro, Advisory Council on Youth, Europarat  
Chantal Risser, Stadt Mulhouse, Frankreich  
Joachim Barloschky, Stadt Bremen, Deutschland  
Mary Hanlon, John Hanley, Stadt Dublin, Irland  
Elfa Spitzenberger, Gertraud Sobotka, Stadt Linz, Österreich

*Kommentare:* Maren Sierks, Stadt Berlin, Deutschland  
Anikó Molitorisz, Peter Gergely, Stadt Budapest, Ungarn

*Berichterstattung:* Antje Klemm, Regiestelle E&C

**Panel II: Good Governance und integrierte Ansätze – Standards für die Zusammenarbeit von Verwaltung, NGOs und Zivilgesellschaft**

*Moderation:* Hartmut Brocke, Stiftung SPI Berlin

*Präsentationen:* Dr. Konrad Hummel, Stadt Augsburg, Deutschland  
Britta Ström, Stadt Malmö, Schweden  
Dr. Maria Joaquina Marques Serrão, Stadt Leiria, Portugal  
Janice Hoiles, Stadt Brighton, Großbritannien

*Kommentare:* Ursula Schenck, Stadt Mannheim, Deutschland  
Hermann Dorenburg, Stadt Offenbach, Deutschland  
Dr. Siegfried Haller, Stadt Leipzig, Deutschland  
Nika Travnikova, Stadt St. Petersburg, Russland

*Berichterstattung:* Rainer Schwarz, Regiestelle E&C

**Panel III: Interkulturelle Strategien und die Förderung von Toleranz im Gemeinwesen**

*Moderation:* Peter Lauritzen, Direktorat für Jugend und Sport des Europarates

*Präsentationen:* Anne Wehkamp, Stadt Solingen, Deutschland  
Paul Kmen, Stadt Iasi, Rumänien  
Panagiota Ligdopoulou, Stadt Athen, Griechenland  
Dr. Martina Schmied, Stadt Wien, Österreich  
Hibat Tabib, AFPAD, Stadt Pierrefitte-sur-Seine, Frankreich

*Kommentare:* Christian Meineke, Stadt Marburg, Deutschland  
Miriam Traversi, Stadt Bologna, Italien

*Berichterstattung:* Dr. Heike Riesling-Schärfe, Regiestelle E&C

**Panel IV: Der Beitrag non-formaler Bildung für die beruflichen Perspektiven von benachteiligten Jugendlichen**

*Moderation:* Peter Kupferschmid, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland

*Präsentationen:* Eva Martin Pérez, Telesfora Ruiz, José Alfaro, Stadt Granada, Spanien  
Sandra Subota, Stadt Riga, Lettland  
Chester Morrison, Stadt Liverpool, Großbritannien  
Frédérique Loutrel-Radice, Stadt Strasbourg, Frankreich  
Katrín Lundmark, Stadt Skellefteå, Schweden

*Kommentare:* Annette Berg, Stadt Monheim am Rhein, Deutschland  
Merete Papapetros, Frank Støerup, Stadt Kopenhagen, Dänemark  
Prof. Dr. Nazmi Oruç, Stadt Eskisehir, Türkei  
Heidrun Nedoma, Stadt Stralsund, Deutschland  
Bernd Kammerer, Stadt Nürnberg, Deutschland

*Berichterstattung:* Judith Schwarzbürger, Regiestelle E&C

**Panel V: Kommunalen Forschungsdialog zwischen Jugendforschung, Jugendpolitik und Jugendarbeit**

*Moderation:* Dr. Heike Förster, Deutsches Jugendinstitut e.V.

*Präsentationen:* Lasse Siurala, Stadt Helsinki, Finnland  
Terje Grytten, Else Marie Stuenæs, Oslo Youth Council, Norwegen  
Prof. Dr. Helmut-Armin Willems, Luxemburg  
MMag. Manfred Zentner, Österreich  
Prof. Howard Williamson, Großbritannien

*Kommentare:* Alexandra Raykova, Forum of European Roma Young People  
Sunduss Al-Hassani, Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO)  
Bettina Schwarzmayr, European Youth Forum  
Margo Gorman, Combined European Bureau for Social Development (CEBSD)  
William Lay, Confederation of Family Organisations in the European Community (COFACE)

*Berichterstattung:* Andreas Hemme, Regiestelle E&C

**Mittwoch, 1. Februar 2006 | Plenum, Hémicycle**

**9.30 Präsentation und Diskussion der Panel-Ergebnisse**

Regiestelle E&C

**10.30 Von Konferenzen zu sozialer Koproduktion – zur Notwendigkeit einer integrierten Jugendpolitik und transkommunalen Zusammenarbeit in Europa**

*Moderation:* Hartmut Brocke, Stiftung SPI Berlin

Didi Baenziger, Network on Youth Participation and Active Citizenship

Dr. Konrad Hummel, Stadt Augsburg

Hilde Zach, Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Erziehung

Sarah Levin, Banlieues d'Europe

Peter Lauritzen, Direktorat für Jugend und Sport des Europarates

Prof. Howard Williamson, Universität Glamorgan

Hibat Tabib, AFPAD, Pierrefitte-sur-Seine, Frankreich

**12.30 Schlussfolgerungen und Ausblick**

Yavuz Mildon, Vize-Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, Präsident der Kammer der Regionen

**13.00 Ende der Konferenz**

Imbiss

**13.00** Mittagspause

**14.30** Weiterführung der Panels

**16.30** Kaffeepause

**17.15** Weiterführung der Panels

**19.15** Shuttle zum Europäischen Jugendzentrum Strasbourg

**19.30 Gemeinsamer Abend im Europäischen Jugendzentrum Strasbourg**

Empfang des Direktors für Jugend und Sport des Europarates

Abendessen und DJ

**European Conference: Integrated Children and Youth Policies in Europe – Needs for Disadvantaged Neighbourhoods**  
**30 Jan – 1 Feb 2006 in Strasbourg**

Mandy	Adam	Bezirksamt Mitte von Berlin	Iranische Str. 3	13341	Berlin	Germany	mandy.adam@ba-mitte.verwalt-berlin.de
Liudmilla	Ageeva	All-Russian-Children's Center „ORLYONOK“	Krasnodarsky kray	352842	Tuapsinsky Rayon	Russia	orlyonok@tuapse.ru
Bernd	Albrecht	Stadt Monheim am Rhein, FB Jugend, Beschäftigung und Qualifizierung	Rathausplatz 10a	40789	Monheim a. R.	Germany	balbrecht@monheim.de
José	Alfaro Gómez	Instituto Municipal de Formación y Empleo, IMFE	C/Horno de S. Matias 2-4	18009	Granada	Spain	oficina.cooperacion@imfegranada.es
Sunduss	Al-Hassani	Council of Europe - Representative of Forum of European Muslim and Youth Organisations (FEMYSO)	31 Moseley Road	SK 5HJ	Cheadle, Cheshire	UK	sunduss@al-hassani.net
Inguna	Almbauere	Education Youth and Sports Dep.	Hanzas Str. 7	1045	Riga	Latvia	inguna.almbauere@ijsd.riga.lv
Ahmad	Ammouri	DRK Jugendhütte/Projektgruppe Tenever	Züricher Str. 40a	28325	Bremen	Germany	drk.jugendhuettenhb@web.de
Dita-Rasa	Antone	Youth Centre „Smaile“ Riga	Maskavas Str. 279/7	1063	Riga	Latvia	smaile@rsdc.lv
Karen	Austin	Ungdomsstyrelsen, National Board of Youth Affairs	Box 17801, Ringvägen 100	11894	Stockholm	Sweden	karen.austin@ungdomsstyrelsen.se
Didem	Aydinmakina Kaba	Educational Volunteers of Turkey	19 Mayıs Cad. No. 1	26130	Eskisehir	Turkey	didemk@tegv.org
Didi	Baenziger	Network on Youth Participation and Active Citizenship (NYPAC)	16 Millstream House, Jamaica Road	SF1643G	London	UK	dietrich@youthparticipation.info
Ulrike	Bahr	Stadt Augsburg, Sozialreferat, Jugendhilfeausschuss	Maximilianstraße 4	86150	Augsburg	Germany	sozialreferat@augzburg.de
Joachim	Barloschky	Amt für Soziale Dienste, Quartiersentwicklung Tenever	Neuwieder Str. 44a	28325	Bremen	Germany	joachim.barloschky@afsd.bremen.de
Eckhard	Barth	Sozial- u. Jugendbehörde, Sozialer Dienst	Kochstr. 7	76133	Karlsruhe	Germany	eckhard.barth@sjb.karlsruhe.de
Alexander	Bartling	Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe	BP 431, R6	67006	Strasbourg	France	alexander.bartling@coe.int

Stefan	Becsky	Europäische Zeitschrift für Jugendpolitik	c/o IJAB, Heussallee 30	53113	Bonn	Germany	becsky@ijab.de
René, Dr.	Bendit	Deutsches Jugendinstitut e.V.	Nockherstr. 2	81541	München	Germany	bendit@dji.de
Annette	Berg	Stadt Monheim am Rhein, FB Jugend, Beschäftigung und Qualifizierung	Rathausplatz 10a	40789	Monheim a. R.	Germany	aberg@monheim.de
Christina	Bertram-Mayer	Stadt Bonn, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abt. Jugendförderung	Bottlerplatz 1	51103	Bonn	Germany	christina.bertram-mayer@bonn.de
Iris	Bawidamann	Council of Europe / EYC	30, rue Pierre de Coubertin	6700	Strasbourg	France	
Maurice	Blanc	Université Marc Bloch	22, rue Descartes	67084	Strasbourg	France	maurice.blanc@umb.u-strasbg.fr
Jean-Marie	Bockel	Sénateur-Maire de la ville de Mulhouse	2, Rue Pierre et Marie Curie	68948	Mulhouse	France	jmbockel@ville-mulhouse.fr
Peter	Böhme	Fachbereich Jugendamt Potsdam	Friedrich-Ebert-Str. 79-81	14461	Potsdam	Germany	peter.boehme@rathaus.potsdam.de
Ulrich	Bohner	Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe	BP 431, R6	67075	Strasbourg	France	ulrich.bohner@coe.int
Simone	Bommelje	NIZW International Center	P.O.Box Igisz	3501	PP Utrecht	Netherlands	s.bommelje@nizw.nl
Markus	Boonen	Praktikant beim BMFSFJ	Weiers Wiesen 24	53229	Bonn	Germany	markus_boonen@web.de
Klaus	Bremers	Amt für Jugend und Familie	Stadthaus 1/343-Postfach 210360	27524	Bremerhaven	Germany	klaus.bremers@magistrat.bremerhaven.de
Hartmut	Brocke	Stiftung SPI	Müllerstr. 74	13379	Berlin	Germany	info@stiftung-spi.de
Jürgen	Bürger	Jugendförderung Stadt Solingen	Burgstr. 101	42655	Solingen	Germany	j.buerger@solingen.de
Silvia Matias	Carreira Risques Pereira	Leiria City Council	Largo da Republica 1	2414-006	Leiria	Portugal	accasocial@cm-leiria.pt
Florian	Cescon	Council of Europe / DG IV	30, rue Pierre de Coubertin	67000	Strasbourg	France	
Doris	Colditz	Stadtverwaltung Gera	Golgannstr. 68	07545	Gera	Germany	jugendamt.infopoint@gera.de
Elvira	Corona	Xanadu youth association UNICEF	Via Santa Lucia 35	09040	Maracalagonis	Italy	elvira_corona@yahoo.it
Jordi	Curell Gotor	European Commission, Head of Unit Youth Policies, Directorate Youth, Sport and Relations with the Citizen	Office: VM 2 - 05/52	1049	Brussels	Belgium	
Maud	de Boer-Buquicchio	Deputy Secretary General of the Council of Europe	Avenue de l'Europe	67075	Strasbourg	France	

Petra	Dinkelacker	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	Germany	regiestelle@eundc.de
Hermann	Dorenburg	Stadt Offenbach, Jugendamt	Berliner Str. 100	63065	Offenbach	Germany	hermann.dorenburg@offenbach.de
Marie-Luise	Dreber	Internationaler Jugendaustausch und Besucherdienst	Godesberger Allee 142-148	53175	Bonn	Germany	dreber@ijab.de
Thomas	Ehlert	Jugendamt Leipzig	Naumburger Str. 26	04229	Leipzig	Germany	tehlert@leipzig.de
Heike	Eichler	Kinder-, Jugend und Freizeitzentrum „CH“	Fritz-Gießner-Str. 14	07552	Gera	Germany	club@jugendclub-cm.de
Ülle	Erman	Association of Municipalities of Estonia	23/25 Tatau Str.	10116	Tallin	Estonia	ulle.erman@taebla.ee
Francesca	Fabi	Municipality of Bologna	via cà Selvatica 7	40123	Bologna	Italy	bid7274@iperbole.bologna.it
Michael	Fähndrich	BAG Evangelische Jugendsozialarbeit	Wagenburgstr. 26-28	70184	Stuttgart	Germany	faehndrich@bagejsa.de
Robert	Farrugia	Ministère de la Jeunesse, des Sports et de la Vie Associative	95, avenue de France	75650	Paris	France	robert.farrugia@jeunesse-sports.gouv.fr
Birgit	Fechner	BA Tempelhof-Schöneberg, Abt. Familie, Jugend, Sport	John-F.-Kennedy-Platz 1	10820	Berlin	Germany	bfechner@ba-temp.verwalt-berlin.de
Sue	Feighery	eb4u - East Brighton for you	Wilsbourne Centre, Whitehawk Road	BN2 5FL	Brighton	UK	sue.feighery@brighton-hove.gov.uk
Cristina Isabel	Fernandes Esteves	Leiria City Council	Torre 2 2 Andar	2410-221	Leiria	Portugal	
Claudia	Fietz	Stadtverwaltung Dresden, Jugendamt	Riesaer Str. 7	01129	Dresden	Germany	cfietz@dresden.de
Heike, Dr.	Förster	Deutsches Jugendinstitut e.V. / Außenstelle Halle	Franckeplatz 1, Haus 12/13	06110	Halle	Germany	foerster@dji.de
Peter, Dr.	Fricke	German Federal Ministry for Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth	Rochusstraße 8-10	53123	Bonn	Germany	stephanie.schaefer@bmfsfj.bund.de
Michael	Fritz	Stadt Karlsruhe, Koordinierungsstelle Stadtsanierung	Zähringer Str. 72	76133	Karlsruhe	Germany	michael.fritz@kos.karlsruhe.de
Paul	Fülbier	BAG Jugendsozialarbeit e.V.	Hohe Str. 73	53119	Bonn	Germany	fuelbier@bag-jugendsozialarbeit.de



Valéry	Genniges	Ministère de la Jeunesse, des Sports et de la Vie Associative	95, avenue de France	75013	Paris	France	valery.genniges@jeunesse-sports.gouv.fr
Peter	Gergely	Municipal Government of Budapest	Varoshaz U. 9-11	1052	Budapest	Hungary	gergelyp@budapest.hu
Oliver	Gernhardt	Jugendamt Dortmund	Ostwall 64	44122	Dortmund	Germany	ogernhardt@stadtdo.de
Ernest	Gongolo	Association de quartier Hauts-Champs	176, Av. A. Motte	59100	Roubaix	France	ernest.gongolo@wanadoo.fr
Margo	Gorman	Combined European Bureau for Social Development (CEBSD)	Trummon West	Laghey	Co. Donegal	Ireland	margogorman@eircom.net
Barbara	Gothe	Stadtverwaltung Bad Langensalza	Marktstr. 1	99947	Bad Langensalza	Germany	b.gothe@bad-langensalza.thueringen.de
Ingo, Dr.	Gottschalk	Landeshauptstadt Magdeburg	W.-Höpfner-Ring 4	39116	Magdeburg	Germany	gottschalk@jga-magdeburg.de
Ralph	Grasselt	Amt für Jugend und Familie	Bahnhofsstr. 53	09106	Chemnitz	Germany	ralph.grasselt@stadt-chemnitz.de
Terje	Grytten	Oslo Youth Council	Møllergata 3	0179	Oslo	Norway	terje@unginfo.oslo.no
Silke	Haack	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (bbr)	Deichmanns Aue 31-37	53179	Bonn	Germany	silke@haack@bbr.bund.de
Soris	Hanganu	Head of Community, Service Department Institute for Penal Reform	Bucuresti 23 A str., of. 300	MD 2001	Chisinau	Moldavia	hanganus@irp.md
Siegfried, Dr.	Haller	Stadt Leipzig, Jugendamt	Naumburger Str. 26	04229	Leipzig	Germany	jugendamt@leipzig.de
John	Hanley	Dublin City Council	Welfare Section Block 1, Civic Offices Wood Quay	8	Dublin	Ireland	johnpaul.hanley@dublincity.ie
Mary	Hanlon	Dublin City Council	Welfare Section Block 1, Civic Offices Wood Quay	8	Dublin	Ireland	mary.hanlon@dublincity.ie
Zdenka	Hasova	Brno Municipality	Koliste 19	60167	Brno	Czech Republic	hasova.zdenka@brno.cz
Gülnur Özkaya	Hayran	Odunpazari Municipality	Yenidogan mah. Gankoru Sokak Nr. 4	26140	Eskisehir	Turkey	gulnuroz kaya@superonline.com
Emma	Hegarty	W.I.M.P.S. Public Achievement	87 Wellington Park	BT96DP	Belfast	Northern Ireland	tully@publicachievement.com

Pia	Hellberg Lannerheim	City of Malmo	August Palms Plats 1	20580	Malm	Sweden	britta.strom@malmo.se
Andreas	Hemme	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	Germany	regiestelle@eundc.de
Lotte	Henriksen	Århus Department for Social Inclusion	Valdemarsgade 18	8000	Århus C	Denmark	lohe@bu.aarhus.dk
Günter	Heymann	Hansestadt Hamburg, Jugend- und Sozialdezernat	Harburger Ring 33	21073	Hamburg	Germany	guenter.heyman@harburg.hamburg.de
Gudrun	Hinze	Stadtverwaltung Neuruppin	Karl-Liebknecht-Str. 33	16816	Neuruppin	Germany	gudrun.hinze@stadtneuruppin.de
Helmut-Armin	Hladjk	Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt/Main	Eschersheimer Landstr. 241-249	60320	Frankfurt/Main	Germany	helmut-armin.hladjk@stadt-frankfurt.de
Jacqueline	Hofmann	Elterninitiative „Zwergenclub“	Barbarossastr. 57	09112	Chemnitz	Germany	jacquelinehofmann@chemonline.de
Janice	Hoiles	eb4u - East Brighton for you	Wilsbourne Centre, Whitehawk Road	BN2 5FL	Brighton	UK	janice.hoiles@eb4u.org.uk
Georg	Horcher	Jugendamt der Hansestadt Rostock	Neuer Markt 3	18055	Rostock	Germany	georg.horcher@rostock.de
Martin	Hückeler	ARGE Solingen	Kamper Str. 35	42699	Solingen	Germany	martin.hueckeler@arbeitsagentur.de
Konrad, Dr.	Hummel	Stadt Augsburg, Sozialreferat	Maximilianstraße 4	86150	Augsburg	Germany	sozialreferat@augsburg.de
Stanislav, Dr.	Jaburek	Magistrat Brno	Koliste 19	60167	Brno	Czech Republic	prevkrimi@brno.cz
Anita	Janczak	Warsaw Social Care Institute	ul. Chodecka 2	03-332	Warszawa	Poland	a_janczak@gazeta.pl
Eva	Jansen	Ursula Gymnasium	Ursula Str. 12	57439	Attendorn	Germany	jansen67@web.de
Arthur Nigel	Jenner	Brighton and Hove City Council	376 Carden Avenue	BN1 8LJ	Brighton	UK	nigel.jenner@brighton-hove.gov.uk
Elisabeth	Jente	Stadt Lübbenau Spreewald	Kirchplatz 1	03222	Lübbenau	Germany	stadt@luebbenau-spreewald.de
Jelena	Jerinic	Standing Conference of Towns and Municipalities	Makedonska 22	11000	Beograd	Serbia and Montenegro	jelena.jerinic@skgo.org
Arnold	Jung	Stadt Mannheim, Amt für Wohnungswesen und Stadterneuerung	E2, 15	68159	Mannheim	Germany	arnold.jung@mannheim.de
Yves	Jung	Council of Europe	30, rue Pierre de Coubertin	79000	Strasbourg	France	

Margarete	Jungblut	Stadt Neuruppin, Fachbereich Soziales	Karl-Liebknecht-Str. 33	16816	Neuruppin	Germany	margarete.jungblut@stadtneuruppin.de
Guido	Kaesback	Jugend für Europa	Godesberger Allee 142-148	53175	Bonn	Germany	kaesback@jfemail.de
Bernd	Kammerer	Stadt Nürnberg, Jugendamt	Dietzstr. 4	90443	Nürnberg	Germany	J5@stadt.nuernberg.de
Andreas, Dr.	Kapphan	Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge u. Integration	Alexanderplatz 6	11018	Berlin	Germany	andreas.kapphan@bmfjsfj.bund.de
Anna	Karailieva	CEE Citizens Network	Kapitulska 13	97401	Banska Bystrica	Slovak Republic	anna@ceecn.net
Gabor	Katai	Mobilitas	Auerikai Ut 96	1145	Budapest	Hungary	katai.gabor@mobilitas.hu
Fabienne	Keller	Mayor of the City of Strasbourg	1, place de l'Etoile	67070	Strasbourg	France	fabienne.keller@cus-strasbourg.net
Anna, Dr.	Kende	Institute of Psychology, Hungarian Academy of Science	Victor Hugo Utca 18-22	1132	Budapest	Hungary	kendea@mtapi.hu
Kathrin	Kircher	Landeshauptstadt Dresden	Hamburger Straße 19	01067	Dresden	Germany	kkircher@dresden.de
Carola	Kirsch	Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Jugend	Pestalozziallee 1a	38440	Wolfsburg	Germany	carola.kirsch@stadt.wolfsburg.de
Sigrid	Klebba	Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Abt. Jugend, Familie und Sport	Frankfurter Allee 35/37	10247	Berlin	Germany	sigrid.klebba@ba-fk.verwalt-berlin.de
Antje	Klemm	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	Germany	regiestelle@eundc.de
Paul	Kmen	IASI County Council	brd. Stefan cel Mare si Sfint 69	700075	IASI	Romania	pkmen@yahoo.com
Josef	Kobler	Magistrat Linz, Kinder- u. Jugendservice	Rudolfstr. 18	4040	Linz	Austria	josef.kobler@mag.linz.at
Lothar	Kopp	Bundeszentrale für politische Bildung	Stresemannstr. 90	10963	Berlin	Germany	kopp@bpb.de
Laura	Kosztics	Roman Society for Cultural and General Education	Orgona u.20	7632	Pecs	Hungary	kolaura@citromail.hu
Hans-Ulrich, Dr.	Krause	Kinderhaus Berlin-Mark Brandenburg	Neustrelitzer Str. 57	13055	Berlin	Germany	kinderhaus.krause@t-online.de
Ursula	Krickl	Deutscher Städte- und Gemeindebund	Marienstr. 6	12207	Berlin	Germany	ursula.krickl@dstgb.de

Elena	Ksenofontova	All-Russian-Children's Center „ORLYONOK“	Krasnodarsry Kray	352842	Tuapsinsky Rayon	Russia	ksenofontovi@nm.ru
Gabriele	Kühn	Kompetenzzentrum Familie	Gögginger Str. 59a	86159	Augsburg	Germany	gabriele.kuehn@augzburg.de
Bernd	Kuhnke	Stadt Eberswalde, Fachdienst für Jugend und Bildung	Braidestr. 41-44	16225	Eberswalde	Germany	e.lenke@eberswalde.de
Volker	Kümmel	Landkreis Neunkirchen, Kreisjugendamt	Wilhelm-Heinrich-Str. 36	66765	Ottweiler	Germany	v.kuemmel@landkreis- neunkirchen.de
Jutta	Küppers	Stadt Fürth, Jugendamt	Königsplatz 2	90762	Fürth	Germany	jutta.kueppers@fuerth.de
Sabine, Dr.	Kuntz	Deutsch-Französisches Jugendwerk	Molkenmarkt 1	10179	Berlin	Germany	kuntz@ofaj.org
Peter	Kupferschmid	German Federal Ministry for Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth	Rochusstr. 8-10	53107	Bonn	Germany	Peter.Kupferschmid@bmfsfj.bund. de
Maria da Graca Silva	Lage	Camara Municipal do Porto	Place General Humberto Delgado	4049001	Porto	Portugal	grace.lage@cm-porto.pt
Sevgi	Laize	Association Themis	36 rue d'Oberlin	67000	Strasbourg	France	
Renate	Latsch	Bürgerinitiative für soziale Fragen	Damaschkeweg 96	35039	Marburg	Germany	latsch@bsf-richtsberg.de
Peter	Lauritzen	Directorate of Youth and Sport of the Council of Europe	30, rue Pierre de Coubertin	67000	Strasbourg	France	peter.lauritzen@coe.int
William	Lay	Confederation of Family Organisations in the European Community	17, Rue de Londres	1050	Brussels	Belgium	coface@brutele.be
Kalishia	Le Coutre	eb4u - East Brighton for you	Wilsbourne Centre, Whitehawk Road	BN2 5FL	Brighton	UK	sue.feighery@brighton-hove.gov. uk
Anna	Lechowska	Association of Children and Young People	ul. Okrezna 21	67200	Glogow	Poland	anna@lechowski.pl
Leszek	Lechowski	City of Glogow, Head of the Municipal Council	Rynek 10	67200	Glogow	Poland	leszek@lechowski.pl
Erika	Lefter	Mures County Council	2, Primariei Street	540026	Targu Mures	Romania	office@cjmures.ro
Marcus	Lehmann	Bezirksamt Mitte von Berlin	Karl-Marx-Allee 31	10178	Berlin	Germany	marcus.lehmann@ba-mitte. verwalt-berlin.de

Edmund	Lenke	Stadt Eberswalde, Fachdienst für Jugend und Bildung	Braidestr. 41-44	16225	Eberswalde	Germany	e.lenke@eberswalde.de
Sarah	Levin	Banlieues d'Europe	13a rue du Hohwald	67000	Strasbourg	France	banlieues.deurope@wanadoo.fr
Panagiota	Ligdopoulou	Social & Educational Action	Aristonos 6-8 & Pierias 8	10441	Athens	Greece	socedact@otenet.gr
Erika	Lotz-Halilovic	Soziale Stadt, Marburg-Richtsberg	Sudetenstr. 43	35039	Marburg	Germany	lotz-halilovic@web.de
Beate	Lubitz	BA Tempelhof-Schöneberg, Abt. Familie, Jugend, Sport	John-F.-Kennedy-Platz 1	10820	Berlin	Germany	lubitz@ba-temp.verwalt-berlin.de
Dorette	Lück	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	Germany	regiestelle@eundc.de
Katrin	Lundmark	Förenningen Urkraft	Box 55	93121	Skellefteå	Sweden	katrin@urkraft.se
Nadine	Lyamour-Bassa	Council of Europe / EYC	30, rue Pierre de Coubertin	67000	Strasbourg	France	
Therese	Madden	Dublin City Council, Welfare Section	Wood Quay	8	Dublin	Ireland	terry.madden@dublincity.ie
Jenney	Maguire	W.I.M.P.S. Public Achievement	87 Wellington Park	BT96DP	Belfast	Northern Ireland	tully@publicachievement.com
Viktoria	Makkos	Mobilitas	Maria U9	7621	Pecs	Hungary	makkos.viktoria@mobilitas.hu
Pascal	Mangin	Deputy Mayor of the City of Strasbourg	17, rue Schulmeister	67100	Strasbourg	France	pascal.mangin@cus-strasbourg.net
Maria Joaquina	Marques Serrao	Leiria City Council	Largo da Republica 1	2414-006	Leiria	Portugal	joaquina@cm-leiria.pt
Eva	Martin Pérez	Instituto Municipal de Formación y Empleo, IMFE	C/Horno de S. Matias 2-4	18009	Granada	Spain	oficina.cooperacion@imfegranada.es
Elena	Matei	IASI County Council	brd. Stefan cel Mare si Sfint 69	700075	Iasi	Romania	elamatei2005@yahoo.com
Lindsay	McCullough	W.I.M.P.S. Public Achievement	87 Wellington Park	BT96DP	Belfast	Northern Ireland	tully@publicachievement.com
Niels	Megggers	IJAB e.V.	Heussallee 30	53113	Bonn	Germany	megggers@ijab.de
Tobias	Meigel	Stadt Aalen, Stadtplanungsamt	Marktplatz 30	73430	Aalen	Germany	tobias.meigel@aalen.de
Christian	Meineke	Stadt Marburg, Jugendamt	Friedrichstr. 36	35037	Marburg	Germany	christian.meineke@marburg-stadt.de
Florian, Dr.	Melchert	Landtag NRW	Platz des Landtags 1	40221	Düsseldorf	Germany	florian.melchert@landtag.nrw.de

Margarete	Meyer	Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung	Porscheplatz	45121	Essen	Germany	margarete.meyer@stadtentwicklung.essen.de
Werner	Meyer	Stadt Marburg, Jugendamt	Friedrichstr. 36	35037	Marburg	Germany	werner.meyer@marburg-stadt.de
Ehler	Meyer	Stadt Nienburg, Fachbereich Jugend und Soziales	Marktplatz 1	31582	Nienburg	Germany	e.meyer@nienburg.de
Andrea	Michel	Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat	Carstennstr. 58	12205	Berlin	Germany	michela@drk.de
Jonas	Mickus	Association of Local Authorities in Lithuania	T. Vrublevskio g.6	1100	Vilnius	Lithuania	jonas.mickus@lsa.lt
Yavuz	Mildon	Vice-President of the Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe, President of the Chamber of Regions	BP 431, R6	67075	Strasbourg	France	
Tatjana	Mögling	Deutsches Jugendinstitut e.V.	Haus 12/13, Franckeplatz 1	06110	Halle	Germany	moegling@dji.de
Anikó	Molitorisz	Municipal Government of Budapest	Varoshaz U. 9-11	1052	Budapest	Hungary	molitorisza@budapest.hu
Chester	Morrison	City of Liverpool	Municipal Building Dale Street	L22DH	Liverpool	UK	chester.morrison@liverpool.gov.uk
Frances	Mulholland	W.I.M.P.S. Public Achievement	87 Wellington Park	BT96DP	Belfast	Northern Ireland	tully@publicachievement.com
Ersan	Mutlu	Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit	Eduard-Grunow-Str. 24	28203	Bremen	Germany	rost@waja-bremen.de
Heidrun	Nedoma	Hansestadt Stralsund, Amt für Jugend, Familie und Soziales	Marienstr. 1	18439	Stralsund	Germany	jugend.soziales@stralsund.de
Kerstin	Neuberg	Bezirksamt Spandau, Abt. Jugend und Familie	Klosterstr. 36	13578	Berlin	Germany	k.neuberg@ba-spandau.verwalt-berlin.de
Sabine	Nölke-Schaufler	Stadt Augsburg, Amt für Soziale Dienste	Maximilianstraße 4	86150	Augsburg	Germany	los@augzburg.de
Fatih	Öncü	Odunpazari Municipality	Yenidogan mah. Gankoru Sokak Nr. 4	26140	Eskisehir	Turkey	gulnuroz kaya@superonline.com
Nazmi, Prof.	Oruc	Council member of Odunpazari and Greater Municipality of Eskisehir	2510 F Block D.8 Yenikent Mah.	26050	Eskisehir	Turkey	nazmioruc@yahoo.com

Hans-Werner	Pabst	Landeshauptstadt Magdeburg, Jugendamt	Lübecker Str. 32	39124	Magdeburg	Germany	hans-werner.pabst@jga.magdeburg.de
Agnieszka	Pakac	Poznan City Hall-Councillor	Plac Kolegiacki 17	60967	Poznan	Poland	kasiah@zmp.poznan.pl
Merete	Papapetros	Koebenhavns Kommune	Islands Brugge 37	2300	Copenhagen 5	Denmark	mpa@uuf.kk.dk
Rainer	Pede	Bezirksamt Mitte von Berlin	Karl-Marx-Allee 31	10178	Berlin	Germany	rainer.pede@ba-mitte.verwalt-berlin.de
Ivita	Peipina	Latvian Association of Local and Regional Governments	1, Maza Pils Street	1050	Riga	Latvia	ivita@lps.lv
Sandra	Pernar	GONG	Trg bana Jelacica 15/IV	10000	Zagreb	Croatia	sandra@gong.hr
Friedhelm	Petri	Stadt Northeim, Jugend- und Kulturzentrum	Scharnhorstplatz 1	37154	Northeim	Germany	petri@northeim.de
Kate, Dr.	Philip	School of Education, University of Aberdeen	Macrobert Building, King's College, Aberdeen AB 24, 5UA	AB 24 3 QY	Aberdeen, Scotland	UK	k.l.philip@abdn.ac.uk
Günther	Poggel	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport	Beuthstr. 6-8	10117	Berlin	Germany	guenther.poggel@senbjs.verwalt-berlin.de
Axel	Pohl	Iris e.V.	Fürststr. 3	72072	Tübingen	Germany	axel.pohl@iris-egris.de
Andrzej	Poranski	Association of Polish Cities	Ul. Robocza 46a	61-517	Poznan	Poland	apo@zmp.poznan.pl
Giuseppe	Porcaro	Advisory Council on Youth of the Council of Europe	Via Guglielmo Marconi 33	8003	Mariglianella	Italy	gporcaro@unior.it
Michael	Power	Waterford Leader Partnership	Dunhill Business Park		Dunhill, Co Waterford	Ireland	wleaderp@eircom.net
Nevenka	Preslenkova	City of Ljubljana	Reslieva 18		Ljubljana	Slovenia	nevenka.preslenkova@ljubljana.si
Franziska	Quasdorf	Stadt Bitterfeld	Markt 7	06749	Bitterfeld	Germany	quasdorf@bitterfeld.de
Detlef	Raabe	Deutscher Bundesjugendring	Mühlendamm 3	10178	Berlin	Germany	detlef.raabe@dbjr.de
Roxana	Radulescu	European Public Health Alliance	39-41 Rue d'Arlon	1000	Brussels	Belgium	roxana@epha.org
Sarip	Ramiza	Council of Europe / DG III	30, rue Pierre de Coubertin	67000	Strasbourg	France	
Stefan, Dr.	Rappenglück	Forschungsgruppe Jugend und Europa	Prinzregentenstr. 7	80538	München	Germany	rappenglueck@fgje.de
Alexandra	Raykova	Forum of European Roma Young People	p.b.106	1373	Sofia	Bulgaria	alex_raykova@yahoo.co.uk

Rudolf	Reimüller	Stadt Nürnberg, Jugendamt	Dietzstr. 4	90443	Nürnberg	Germany	rudolf.reimueller@stadt.nuernberg.de
Cornelia	Reinauer	Mayor of Berlin Friedrichshain-Kreuzberg	Frankfurter Allee 35/37	10247	Berlin	Germany	cornelia.reinauer@ba-fk.verwalt-berlin.de
Holger	Reinberg	Bezirksamt Hamburg-Harburg, Jugendamt	Harburger Ring 33	21073	Hamburg	Germany	holger.reinberg@harburg.hamburg.de
Hanka	Richter	Stadt Frankfurt/O., Amt für Jugend und Soziales	Logenstr. 8	15230	Frankfurt/Oder	Germany	hanka.richter@frankfurt-oder.de
Heike, Dr.	Riesling-Schärfe	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	Germany	regiestelle@eundc.de
Barbara	Rink	Student	Hindenburgstr. 55	55118	Mainz	Germany	barbara_rink@gmx.net
Chantal	Risser	Adjointe au Sénateur Maire de la ville de Mulhouse	2, Rue Pierre et Marie Curie	68948	Mulhouse	France	chantal.risser@ville-mulhouse.fr
Stefan	Röben	Ursula Gymnasium	Ursula Str. 12	57439	Attendorn	Germany	b.roeben@t-online.de
Irina	Romanets	All-Russian-Children's Center „ORLYONOK“	Krasnodarsry kray	352842	Tuapsinsky Rayon	Russia	romanec@orlyonok.ru
Axel	Ronig	Stadt Hamm, Jugendamt	Caldenhoferweg 159	59063	Hamm	Germany	ronig@stadt.hamm.de
Antje	Rothemund	Council of Europe	Zivatar utca 1-3	1025	Budapest	Hungary	antje.rothemund@coe.int
Anna	Royon-Weigelt	Centre Francais de Berlin	Müllerstr. 74	13349	Berlin	Germany	royon-weigelt@centre-francais.de
Telesfora	Ruiz	Instituto Municipal de Formación y Empleo (IMFE)	C/Horno de S. Matias 2-4	18009	Granada	Spain	telesfora.ruiz@imfegranada.es
Patrick	Rüttjes	Stadt Quakenbrück-Neustadt, Quartiersmanagement	Friedrichstr. 37a	49610	Quakenbrück	Germany	sozialestadt@quakenbrueck.org
Walter	Sablotny	Bezirksamt Berlin-Pankow, Abt. Jugend, Schule und Sport	Danziger Str. 81	10405	Berlin	Germany	jug1000@ba-pankow.verwalt-berlin.de
Richard	Sancho Andreo	Association Themis	36, rue d'Oberlin	67000	Strasbourg	France	themis-direction@wanadoo.fr
Torgny	Sandgren	Ungdomsstyrelsen, National Board of Youth Affairs	Box 17801, Ringvägen 100	11894	Stockholm	Sweden	karen.austin@ungdomsstyrelsen.de
Joachim	Sauer	BDKJ, Referat für europäische Jugendpolitik	Carl-Mosterts-Platz 1	40477	Düsseldorf	Germany	jsauer@bdkj.de



Werner	Schaffeld	Hansestadt Hamburg, Jugendamt Hamburg Mitte	Billstedter Hauptstr. 12	22111	Hamburg	Germany	werner.schaffeld@hamburg-mitte.hamburg.de
Sabine	Schaub	MIT Spangenberg GmbH	Rathausstraße 7	34286	Spangenberg	Germany	sabine.schaub@spangenberg.de
Robert	Scheller	Stadt Würzburg, Sozialreferat	Karmelitenstr. 43	97070	Würzburg	Germany	sozialreferat@stadt.wuerzburg.de
Ursula	Schenck	Stadt Mannheim, FB Kinder, Jugend und Familie	K1, 7-13	68159	Mannheim	Germany	ursula.schenck@mannheim.de
Hans- Joachim	Schild	Council of Europe European Youth Centre Directorate of Youth and Sport	30, rue Pierre du Coubertin	67000	Strasbourg	France	Joachim.Schild@coe.int
Martina	Schmied	Magistrat der Stadt Wien	Friedrich-Schmidt-Platz 3	1080	Wien	Austria	martina.schmied@m17.magwien.gv.at
Carole	Schorlé-Stefan	Association Adéquation	16 rue Jaques Preiss	68008	Colmar	France	ade.conseil@calixo.net
Jutta	Schultes	Stadt Wuppertal, Geschäftsstelle GB 2	Postfach	42269	Wuppertal	Germany	jutta.schultes@stadt.wuppertal.de
Rainer	Schwarz	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	Germany	regiestelle@eundc.de
Judith	Schwarzburger	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	Germany	regiestelle@eundc.de
Bettina	Schwarzmayr	European Youth Forum	120, rue Joseph II	1000	Brussels	Belgium	bettina.schwarzmayr@youthforum.org
Christoph	Schwind	Mayor of the City of Jena	Leutragraben 1	07743	Jena	Germany	schwind@jena.de
Maren	Sierks	Bezirksamt Neukölln, Jugend und Familie / Jugendhilfeplanung	Karl-Marx-Str. 83	12040	Berlin	Germany	maren.sierks@ba-nk.verwalt-berlin.de
Joan	Simon	Mures County Council	2, Primariei Street	540026	Targu Mures	Romania	office@cjmures.ro
Kerstin	Sischka	Internationale Akademie der Freien Universität Berlin / YEPP	Königin-Luise-Str. 24-26	14195	Berlin	Germany	KerstinSischka@web.de
Jan, Dr.	Sipos	Ministry of Education of the Slovak Rep.	Strotlova 1	81330	Bratislava	Slovak Republic	jan.sipos@minedu.sk
Lasse	Siurala	Helsinki City Youth Department	Helsingin Nuorisokeskus	PB 5000	Helsinki	Finland	lasse.siurala@nk.hel.fi
Gertraud	Sobotka	Magistrat Linz, Amt für Soziales, Jugend und Familie	Hauptstr. 1-5	4041	Linz	Austria	gertraud.sobotka@mag.linz.at
Elfa	Spitzenberger	Magistrat Linz, Amt für Soziales, Jugend und Familie	Hauptstr. 1-5	4041	Linz	Austria	elfa.spitzenberger@mag.linz.at

Wolfgang	Steinbauer	Office of the Mayor of the City of Innsbruck	Marie-Theresien-Str. 18	6010	Innsbruck	Austria	w.steinbauer@magibk.at
Peter	Stieglbauer	Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde	Rathaus West	76133	Karlsruhe	Germany	peter.stieglbauer@sjb.karlsruhe.de
Frank	Stoerup	Copenhagen City Youth School Belmans Gade 5 C	Fredericiagade 39	1310	Copenhagen	Denmark	fts@kku.dk
Anette	Stolp	Stadt Chemnitz, Amt für Jugend und Familie	Bahnhofstr. 53	09111	Chemnitz	Germany	anette.stolp@stadt-chemnitz.de
Martin	Strecker	Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend	Otto-Brenner-Str. 9	30159	Hannover	Germany	st@aej-online.de
Britta	Ström	City of Malmo - development manager	Stadskontoret - City Office	20580	Malmo	Sweden	britta.strom@malmo.de
Else Marie	Stuenaes	Oslo Youth Council	Møllergata 3	0179	Oslo	Norway	terje@unginfo.oslo.no
Jens	Stuhldreier	Stadt Solingen, Senatsverwaltung	Raffaelstr. 15	42719	Solingen	Germany	j.stuhldreier@solingen.de
Katrin	Stützer	Koordinatorin für Migranten in E&C-Gebieten	Amselweg 43	09123	Chemnitz	Germany	katrin_stuetzer@gmx.de
Sandra	Subota	Education Youth and Sports Dep.	Hanzas Str. 7	1045	Riga	Latvia	sandra.subota@ijsd.riga.lv
Vlatka	Svedruzic	GONG	Trg bana Jelacica 15/IV	10000	Zagreb	Croatia	sandra@gong.hr
Jarmila	Svetlikova	SMO CR (Verband der Städte und Gemeinden der Tschechischen Republik)	KCP ul.5 kvetna 1640/65	14021	Praha 4	Czech Republic	jirova@smocr.cz
Barbara	Szczerbinska	Foundation in support of local Democracy	Dojudy Fabr. 26	15555	Bialystoc	Poland	bastek@data.pl
Gábor	Szóllösi	University of Pécs	Rókus utca 2.	7623	Pécs	Hungary	szollosi@tolna.net
Hibat	Tabib	AFPAD - Association pour la formation, la prévention et l'accès au droit	7, place de la Libération	93380	Pierrefitte-sur-Seine	France	secretariat@afpad.pierrefitte93.fr
Agnieszka	Tatera	Polish Youth Council	M. Konopnickiej ul. 6	00-491	Warsaw	Poland	agnieszka.tatera@prm.org.pl
Agnieszka	Teodorczyk	Council of Europe	30, rue Pierre de Coubertin	67000	Strasbourg	France	
Reinhard	Thies	Diakonisches Werk der EKD	Reichensteiner Weg 24	14195	Berlin	Germany	thies@diakonie.de
Peter	Tigges	Stadt Spangenberg	Marktplatz 1	34286	Spangenberg	Germany	peter.tigges@spangenberg.de

Miriam	Traversi	Municipality of Bologna	via cà Selvatica 7	40123	Bologna	Italy	miriam.traversi@comune.bologna.it
Nika G.	Travnikova	Philanthropic Fund „Korchak Centre“	Rijskaya Str. 4 apt.1	195196	St. Petersburg	Russia	travnika@yandex.ru
Ludger	Urbic	Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit	Carl-Mosterts-Platz 1	40477	Düsseldorf	Germany	urbic@bdkj.de
Heike	Völger	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe	Mühlendamm 3	10178	Berlin	Germany	heike.voelger@agj.de
Antonia	Volk	BA Tempelhof-Schöneberg, Abt. Familie, Jugend, Sport	John-F.-Kennedy-Platz	10820	Berlin	Germany	volk@ba-temp.verwalt-berlin.de
Thomas	Vollmer	Y.E.S. Forum	Wagenburgstr. 26-28	70184	Stuttgart	Germany	thomas.vollmer@yes-forum.org
Charlotte	van Hees	United Nations Programme on Youth	2 UN Plaza, DC2 1306	10017	New York	USA	vanhees@un.org
Gerhard	Weber	Mayor of the City of Regensburg	Rathausplatz 1	93047	Regensburg	Germany	weber.gerhard@regensburg.de
Ralf	Weber	Landkreis Saarlouis, Kreisjugendamt	Prof. Notton-Str. 2	66740	Saarlouis	Germany	amt51-jhp@kreis-saarlouis.de
Anne	Wehkamp	Stadtverwaltung Solingen, Ausländerbeauftragte	Schlagbaumer Str. 126	42653	Solingen	Germany	a.wehkamp@solingen.de
Ralf-René, Dr.	Weingärtner	Directorate of Youth and Sport of the Council of Europe	30, rue Pierre de Coubertin	67075	Strasbourg	France	rene.weingaertner@coe.int
Lutz	Wiederanders	Stadt Leipzig, Jugendamt, Sachgebiet Straßen-sozialarbeit	Roßplatz 5/6	04103	Leipzig	Germany	lutz.wiederanders@streetwork-leipzig.de
Hans Peter	Wiertert- Wehkamp	Institut für Soziale Innovation	Opferfelder Str. 22	42719	Solingen	Germany	wiertert-wehkamp@web.de
Andreas	Wilhelm	Stadt Halle/Sa., FB Kinder, Jugend und Familien	Franz-Schubert-Str. 04	06108	Halle	Germany	andreas.wilhelm@halle.de
Peter	Wilhelm	Landkreis Merzig Wadern, Kreisjugendamt	Bahnhofstr. 44	66663	Merzig	Germany	p.wilhelm@merzig-wadern.de
Helmut, Prof.	Willems	Université du Luxembourg	Faculté LSHASE BP2	7201	Walferdange	Luxembourg	helmut.willems@uni.lu
Howard, Prof.	Williamson	University of Glamorgan	School of Humanity, Law and Social Science	372AA	Ponty Pridd CF	UK	howard@glam.ac.uk
Doerthe, Dr.	Winter-Berke	Forschungsgruppe Jugend und Europa	Prinzregentenstr. 7	80538	München	Germany	winter@fgje.de

Gabi	Wittekopf	Institut für stadtteilbezogene Sozialarbeit	Holzstr. 7-9	45141	Essen	Germany	gabi.wittekopf@uni-duisburg-essen.de
Rolf	Witte	Bundesverein kulturelle Jugendbildung (BKJ)	Küppelstein 34	42557	Remscheid	Germany	witte@bkj.de
Peter	Wootsch	Free Lance	Vitwrlat Y 8	1025	Budapest	Hungary	peter.wootsch@t-online.hu
Stefan	Woßmann	Stadt Dortmund, Jugendamt	Ostwall 64	44122	Dortmund	Germany	swossmann@stadtdo.de
Dieter	Wunderlich	Landratsamt Wunsiedel, Kommunale Jugendarbeit	Jean-Paul-Str. 9	95632	Wunsiedel	Germany	dieter.wunderlich@landkreis-wunsiedel.de
Hilde	Zach	Mayor of the City of Innsbruck	Marie-Theresien-Str. 18	6010	Innsbruck	Austria	w.steinbauer@magibk.at
Manfred	Zentner	jugendkultur.at	Bauernmarkt 6/5	1010	Wien	Austria	mzentner@jugendkultur.at
Gabriele	Ziering	Stadt Wien, Jugendamt, MA 11	Rüdengasse 11	1030	Wien	Austria	zig-rab@m11.magwien.gv.at
Rainer	Zingler	Stadt Mannheim, Amt für Wohnungswesen und Stadterneuerung	E2, 15	68159	Mannheim	Germany	rainer.zingler@mannheim.de